

# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2010

II

NDZ-GmbH

---

### Inhaltsverzeichnis

<i>Ulrich Busch</i> : Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen	.....	5
<i>Volkmar Schöneburg</i> : Vom Ludergeruch der Basisdemokratie. Geschichte und Schicksal des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches der DDR	.....	24
<i>Jörg Roesler</i> : Ein anderes Deutschland war möglich. Alternative Programme für das wirtschaftliche Zusammengehen beider deutscher Staaten	.....	34
<i>Andreas Diers</i> : Linkssozialismus. Ursprünge und Geschichte 1917-1989	.....	47
<i>Hartmut Rübner</i> : Rote Hilfe in der Schweiz. Konstitutionsbedingungen und Praxisformen einer Solidaritätsorganisation der Neuen Linken (1968-1980)	.....	66
<i>Wilma Ruth Albrecht</i> : Arbeiterbewegung und literarische Familienchronik. Chronik als Roman	.....	88

## 45. Linzer Konferenz der ITH

*Rana P. Behal*: Paradigmenwechsel in der Geschichtsschreibung  
zu Arbeit und Arbeitern in Südostasien ..... 103

*Zhang Minjie*: Urbanisierung und Arbeitsmigranten in China:  
Das Beispiel Yiwu ..... 117

## Dokumentarisches

*Elke Scherstjanoi*: Mai 1945 – Woina kaputt!  
Aus Erinnerungsberichten deutscher Soldaten ..... 123

## Biografisches

*Volker Hoffmann*: Zwischen Parteaufbau und Pädagogik.  
Krupskaja in Deutschland und auf Reisen ins nahe Ausland ..... 137

## Information

*Ruth Stoljarowa*: Zur Leninforschung in Russland. Anlässlich  
des 140. Geburtstages von Vladimir I. Ul'janov am 22. April 2010 ..... 151

## Bericht

*Stefan Bollinger*: Auf dem Prüfstand: Erbe und Tradition der Linken.  
Anmerkungen zu einer Konferenz am 19./20. Februar 2010  
in Leipzig ..... 157

## Buchbesprechungen

*Rolf Walter (Hrsg.)*: Geschichte der Arbeitsmärkte.  
Erträge der 22. Arbeitstagung der Gesellschaft  
für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Peter Hübner) ..... 162

---

<i>Beatrix Bouvier u. a. (Hrsg.):</i> Was bleibt? Karl Marx heute. Workshop vom 14.-16. März 2008 (Martin Hundt)	..... 165
<i>Jörn Schütrumpf (Hrsg.):</i> Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang (Andreas Lotz)	..... 168
<i>Donna T. Haverty-Stacke:</i> America's Forgotten Holiday. May Day and Nationalism, 1867-1960 (Mario Keßler)	..... 170
<i>Ulla Plener (Hrsg.):</i> Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen (Marga Voigt)	..... 173
<i>Walter Baier/Lisbeth N. Trallori/Derek Weber (Hrsg.):</i> Otto Bauer und der Austromarxismus. „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke (Uli Schöler)	..... 175
<i>Christiane Leidinger:</i> Keine Tochter aus gutem Hause. Johanna Elberskirchen (1864-1943) (Ralf Hoffrogge)	..... 178
<i>František Čapka:</i> Odbory v českých zemích v letech 1918-1948 [Die Gewerkschaften in den Böhmischem Ländern in den Jahren 1918-1948] (Veronika Arndt)	..... 180
<i>Ulla Plener:</i> Mirko Beer. Biografie in Dokumenten (Rainer Bert)	..... 182
<i>Klaus Kinner unter Mitarbeit von Elke Reuter u. a.:</i> Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 3: Im Krieg (1939 bis 1945) (Herbert Mayer)	..... 184
<i>Hellmut G. Haasis:</i> „Den Hitler jag ich in die Luft“. Der Attentäter Georg Elser (Heiner Jestrabek)	..... 187
<i>Oliver Jens Schmitt/Eva Anne Frantz (Hrsg.):</i> Albanische Geschichte. Stand und Perspektiven der Forschung; Hubert Neuwirth: Widerstand und Kollaboration in Albanien 1939-1944 (Erwin Lewin)	..... 188
<i>Andreas Diers:</i> Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948 (Harald Jentsch)	..... 192
<i>Silke Satjukow:</i> Befreiung? Die Ostdeutschen und 1945 (Jürgen Birg)	..... 195

<i>Peter Arlt</i> : Die Flucht des Sisyphos. Griechischer Mythos und Kunst. Eine europäische Bildtradition, ihre Aktualität in der DDR und heute (Siegfried Prokop)	.....	197
<i>Bernd Fischer</i> : Als Diplomat mit zwei Berufen. Die DDR-Aufklärung in der Dritten Welt (Herbert Mayer)	.....	198
<i>Mary Fulbrook</i> : Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR (Evemarie Badstübner)	.....	201
Thomas Großbölting (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand (Joachim Eichler)	.....	203
<i>Dorle Zilch</i> : Millionen unter der blauen Fahne. Die FDJ – Zahlen, Fakten, Tendenzen. Unter besonderer Berücksichtigung der Funktionäre und der Mädchenpolitik (Siegfried Prokop)	.....	205
<i>Werner Abelsbauser</i> : Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer (Heinz Niemann)	.....	206
<i>Donald Filtzer u. a. (Hrsg.)</i> : A Dream Deferred. New Studies in Russian and Soviet Labour History (Jörg Roesler)	.....	208
<i>Tanja Pentz (Hrsg.)</i> : Sowjetische Bergleute und Industriearbeiter – Neue Forschungen (Dierk Hoffmann)	.....	210
<i>Lisa Jandi</i> : Vom „roten Gürtel“ zum „braunen Gürtel“? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten (Jürgen Hofmann)	.....	211
<i>Klaus Höpcke</i> : Über linke Heimatliebe. Texte um die Jahrtausendwende (Siegfried Ittershagen)	.....	212
 Autorenverzeichnis	 .....	 215
 Impressum	 .....	 216

# Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen

Ulrich Busch

## *Einleitung*

Es gibt kaum ein Ereignis im Kontext der deutschen Vereinigung, das wissenschaftlich und publizistisch so gründlich aufgearbeitet worden ist wie die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990.<sup>1</sup> Trotzdem bestehen gerade hier die größten Irrtümer und Fehleinschätzungen, Mythen und Falschmeldungen bis heute fort. Dies betrifft den Vorgang selbst, also die Umstellung des Währungs-, Kredit-, Geld- und Münzwesens der DDR gemäß den Festlegungen im Staatsvertrag vom 18. Mai 1990,<sup>2</sup> als auch die Vorbedingungen dafür und die wirtschaftlichen Folgen dieses Prozesses.

Im Rückblick wird deutlich, dass die Währungsunion ein *monetärer* Vorgang von enormer *wirtschaftlicher* Tragweite war, der aber auf einer *politischen* Entscheidung beruhte. Zudem muss die Währungsunion als ein außerordentlich komplexer Vorgang, getragen von politischen Bestrebungen in Ost und West und eingebettet in die *Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, dem wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaket zur Verwirklichung der deutschen Einheit, begriffen werden.

Das übergreifende Ziel der Währungsunion bestand darin, die deutsche Vereinigung gemäß Art. 23 des Grundgesetzes (GG) in Gang zu setzen und unumkehr-

---

1 Siehe Peter Bofinger/Norbert Kloten: The German Currency Union of 1990 – A Critical Assessment. The Impact on German Monetary Policy, in: Stephen F. Frowen/Jens Hölscher (Hrsg.): The German Currency Union of 1990, a critical assessment, Basingstoke u. a. 1997, S.203-221; Michael C. Burda: The Consequences of German Economic and Monetary Union. Center for Economic Policy Research, Discussion Paper No. 449, London 1990; Ulrich Busch: Die Währungsunion, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S.75-92; Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998; Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin 1993; KfW (Hrsg.): Mit der D-Mark zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und zur deutschen Einheit. Eine Dokumentation, Berlin 1996; Manfred Streit: Die deutsche Währungsunion, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S.675-719; Hans Jörg Thieme: Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: Gernot Gutmann/Ulrich Wagner (Hrsg.): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart-Jena 1994, S.131-158.

2 Siehe Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. (im Folgenden: Staatsvertrag), in: Die Verträge zur Einheit Deutschlands, München 1990, S.1-24 (BGBl. II, S. 537).

bar zu machen und die DDR-Wirtschaft schnellstmöglich in das bundesdeutsche Wirtschaftsgefüge zu inkorporieren. Damit aber war sie streng genommen weder dem Sinne noch der Form nach eine „Währungsunion“, worunter man im Allgemeinen den „Zusammenschluss souveräner Staaten mit vorher unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsgebiet“<sup>3</sup> versteht, nicht aber den *währungspolitischen Anschluss* eines Staates als Vorbedingung für dessen Auflösung und territoriale Eingliederung in einen anderen Staat.

Die deutsch-deutsche Währungsunion hatte die Einbeziehung der DDR in den Geltungsbereich der D-Mark zum Ziel, also die Abschaffung der *Mark der DDR* als Währung der DDR und die Übernahme der *D-Mark*, der Währung der Bundesrepublik Deutschland, durch die DDR. Ferner die Übertragung der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf das Territorium der DDR, die Auslösung der marktwirtschaftlichen Transformation als Schocktherapie für die Volkswirtschaft der DDR und die Reduktion der ostdeutschen Geldbestände auf ein vermeintlich inflationsneutrales Maß. Sie bedeutete für die DDR, die Währungshoheit aufzugeben und die geldpolitische Verantwortung an die Deutsche Bundesbank abzutreten. Damit unterscheidet sich die deutsch-deutsche Währungsunion grundsätzlich von früheren Währungsunionen, zum Beispiel der Münzunion des Deutschen Zollvereins von 1857. Aber auch von der Europäischen Währungsunion, welche 1999 damit begann, dass zunächst in elf Staaten, inzwischen sind es 16, eine kollektive Währung eingeführt wurde, welche die nationalen Währungen ersetzte. Mit der Europäischen Zentralbank (EZB) übernahm eine supranationale Institution die Aufgaben der nationalen Notenbanken. Demgegenüber erscheint die deutsch-deutsche Währungsunion lediglich als ein Vehikel der deutschen Wiedervereinigung. Ungeachtet der gewählten Terminologie war sie so wenig eine Währungsunion wie die deutsche Vereinigung eine wirkliche Vereinigung souveräner Staaten war. Letzterer Vorgang wurde mit dem Begriff „Anschluss“ zutreffend beschrieben.<sup>4</sup> Analog dazu lässt sich die Währungsunion als währungspolitischer Akt einer wirtschaftlichen Vereinnahmung und staatlichen Inkorporation begreifen. Dies entspricht auch dem historischen Werdegang und dem Reifeprozess des Wiedervereinigungskonzepts, in dem der währungspolitische Anschluss der DDR immer einen zentralen Platz einnahm.

#### *Der 1. Juli 1990 als „Tag X“*

Am Beginn des Vereinigungsprozesses stand die Einführung der D-Mark in der DDR. Geäußert wurde eine derartige Absicht zuerst von der SPD-Abgeordneten im Bundestag Ingrid Matthäus-Maier. Anfang Februar 1990 brachte dann Bun-

---

3 Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Bd. 4, München 1987, S.2023. Siehe auch Willi Albers u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 8, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1980, S.546-548.

4 Siehe Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte, Frankfurt/Main 1999.

des Finanzminister Theo Waigel einen ähnlichen Vorschlag ins Gespräch. Am 6. Februar bot Bundeskanzler Helmut Kohl der DDR-Regierung offiziell Gespräche über eine „Währungsunion“ an. Er konnte sich dabei bereits auf eine „Vertragsskizze“ stützen, welche im Bundesfinanzministerium erarbeitet worden war. Die Vorarbeiten dafür reichten bis Dezember 1989 zurück.<sup>5</sup> Teilweise fußten sie auf Vorüberlegungen und Planspielen, wie sie im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen und im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands seit 1952 angestellt worden waren.<sup>6</sup> Der Plan einer Währungsunion entschied nicht nur die Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugunsten der von der Ost-CDU geführten „Allianz für Deutschland“. Die Währungsunion war auch der entscheidende Schritt bei der Überführung der staatssozialistischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft und für deren Integration in die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung.

Die Währungsunion zum 1. Juli 1990 bedeutete die Vorwegnahme der deutschen Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Und damit deren Unumkehrbarkeit, denn mit der Einführung der D-Mark in der DDR wurden Tatsachen geschaffen, welche die staatliche Vereinigung unabdingbar machten. Bezeichnenderweise sah die „Bild“-Zeitung in diesem Datum bereits Monate zuvor den „Tag X“, das mysteriöse Datum der Wiedervereinigung aus der Zeit des Kalten Krieges, nun endlich verwirklicht.<sup>7</sup> Dem währungspolitischen Anschluss der DDR folgte am 3. Oktober mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland der staatliche Anschluss. Damit war die deutsche Einheit vollzogen. Deutschland existiert von nun an als wiedervereinigter europäischer Staat mit *einer* Eigentums- und Rechtsordnung, *einer* Wirtschaftsordnung, *einer* Sozialordnung und *einer* Währung, ist aber immer noch gespalten in *zwei* Teilgesellschaften mit unterschiedlich entwickelter Wirtschaftskraft, ungleichen Lebensbedingungen und einer verschiedenartigen Tradition.<sup>8</sup> Unerreicht ist bis heute auch die *innere* Einheit, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Angleichung der kulturellen Werte.<sup>9</sup>

Die D-Mark gehört zu den Gründungsmythen der westdeutschen Gesellschaft. Für viele Ostdeutsche verkörperte sie in den Jahren der Teilung die unerfüllte Sehnsucht nach westlichem Wohlstand, nach Freiheit, Reichtum und Glück. Ihre Vorreiterrolle im Prozess der Wiedervereinigung verlieh ihr daher in mehrfacher Hinsicht einen besonderen Stellenwert: *Erstens* wurde sie zum herausragenden Symbol der deutschen Einheit. Dieselbe Währung wie die Westdeutschen in den

---

5 Walter Romberg äußerte sich dazu in einem Interview im „Freitag“ am 30.6.2000.

6 Siehe Karl Heinz Roth: Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000.

7 Der Sonntag, an dem die D-Mark kommt, in: Bild, 29.3.1990, S.4.

8 Siehe Michael Brie: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S.201-236.

9 Siehe Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch Deutsche Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S.454-466.

Händen zu haben, erzeugte bei vielen Ostdeutschen die *Illusion* wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Der mit der Währungsunion einsetzende „große Ostwestgeldtransfer“, schrieb Regina Mönch, „egalisierte eine bis dahin geteilte Gesellschaft“.<sup>10</sup> In Wahrheit aber traten die Unterschiede erst jetzt richtig hervor, wurden quantifizierbar und daher in ihrer distinktiven Wirkung vollends begriffen.

*Zweitens* wurde die Währungsunion zum spezifischen Charakteristikum für den Umbruch in Ostdeutschland. Dieser hob sich dadurch vom Transformationsprozess in anderen postsozialistischen Ländern ab und schien ihm den Status eines „privilegierten Sonderfalls“ zu verleihen.<sup>11</sup> In Wirklichkeit handelte es sich aber lediglich um ein anderes Verlaufsmuster der Transformation, bei welchem die Wohlfahrtsgewinne größtenteils am Anfang standen, die Verluste an Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit, Lebensqualität usw. jedoch zeitverzögert auftraten. Im Unterschied zu Ostdeutschland hatten es andere Länder in den ersten Jahren des Umbruchs außerordentlich schwer, erlebten danach aber, unterstützt von der Europäischen Union, eine Periode steigender Wohlfahrtsgewinne und rascher Aufholerfolge. In Ostdeutschland dagegen erlahmt der wirtschaftliche Aufbau mehr und mehr, und der Aufholprozess stagniert seit Jahren.<sup>12</sup>

*Drittens* erschien die Währungsunion vielen als ein bloßer monetärer Akt ohne große Bedeutung für die reale Ökonomie. Dies erwies sich jedoch als Trugschluss, denn mit der Währungsumstellung erfolgte die entscheidende Weichenstellung für den gesamten Vereinigungsprozess und für den *Aufbau Ost*. Oftmals in falscher Richtung, wie noch zu zeigen sein wird.

Die Diskussion um die Währungsunion und ihre Folgen reißt nicht ab. Was von den einen als „Erfolg“ gewertet wird, erscheint anderen als „Katastrophe“. Indes geht manches, was diskutiert wird, an den Fakten vorbei und gehört ins Reich der Legende. So zum Beispiel die These von der „Alternativlosigkeit“ der getroffenen Entscheidung<sup>13</sup> oder die Behauptung, die „Ostmark“ sei kaum etwas wert gewesen, ein bloßer „Alu-Chip“. Das gilt aber auch für die Mären von einem „Umtauschkurs 1:1“ und dem DM-Eintausch als vermeintlich „exzellentem Geschäft“ für die Ostdeutschen,<sup>14</sup> von der D-Mark als „Geschenk des Wes-

10 Regina Mönch: Geldlos glücklich? Ein Nachruf auf die Ostmark, in: Kursbuch 130, Berlin 1997, S.21.

11 Siehe Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/1996, S.46-54; Ders.: Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate, Gütersloh 1999.

12 Siehe Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg 2009.

13 Siehe Lutz Hoffmann: Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg 1993, S.21-25; Jürgen Gros: Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozess 1989/90, Mainz 1994; Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2005, S.234.

14 Siehe Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005, S.40.

tens“<sup>15</sup> an den Osten, einem „solidarischen Opfer“ für die Einheit<sup>16</sup> usw. Bei Lichte besehen handelt es sich hierbei um Versuche, eine unter Zeitdruck und als politischer Kompromiss zustande gekommene, in ihren Wirkungen und Folgen aber höchst problematische Entscheidung im Nachhinein als unvermeidlich und zum Vorteil für die Ostdeutschen hinzustellen. Um die fatale Wirkung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaft zu entschuldigen und die im Gefolge dieses Desasters für den Westen entstandenen Kosten zu rechtfertigen, wird dem Ganzen nachträglich der Nimbus einer solidarischen Geste angedichtet.

Die Entscheidung der Bundesregierung im Februar 1990, das bislang favorisierte Stufenkonzept der Vereinigung aufzugeben und die Inkorporation der DDR über eine Ausdehnung des Währungsgebietes in Angriff zu nehmen, folgte – neben wahltaktischen Motiven – einem wohldurchdachten Kalkül. Dazu gab es im Bonner Kanzleramt und in den zuständigen Ministerien entsprechende Vorarbeiten und strategische Planungen.<sup>17</sup> In dem Konzept hatten die Interessen der Industrie, der Banken, der Versicherungsbranche und der Handelskonzerne angemessene Berücksichtigung gefunden, sodass von einem Alleingang der Politik absolut keine Rede sein kann.<sup>18</sup>

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, ihr Zustandekommen wie ihre konkrete Ausgestaltung sind Indiz dafür, dass bei der Wiedervereinigung die institutionelle Integration und die ordnungspolitische Gleichschaltung des Ostens gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder Vorrang hatten. Der Kollaps der ostdeutschen Produktion infolge der Einführung der D-Mark, der Zusammenbruch des Binnenmarktes und nachfolgend auch der Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa und deren Übernahme durch westdeutsche Firmen, all das wurde von der Politik vorhergesehen und billigend in Kauf genommen. Ebenso die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, die Verödung und

---

15 So behauptet zum Beispiel der ehemalige Treuhand-Manager Scherpenberg: „Wenn ich mir die Bilanz der Staatsbank der DDR anschau, hat der Umtauschkurs dazu geführt, daß wir den Sparern der DDR [...] etwa 100 Mrd. DM geschenkt haben, weil ihre Sparguthaben nicht werthaltig waren.“ Norman van Scherpenberg: Das Instrumentarium der Treuhand zur Privatisierung, in: Birgit Breuel/Michael C. Burda (Hrsg.): Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005, S.45.

16 So spricht Wiesenthal in Bezug auf die Umstellung der Sparguthaben und die paritätische Einkommensumstellung von „an die DDR-Bevölkerung ausgereichten Gratifikationen“, durch welche „eine signifikante Verbesserung der Einkommens- und Vermögenssituation“ eingetreten sei. Wiesenthal, Die neuen Bundesländer, S.47.

17 Siehe Roth, Anschließen, S.81-88. Besonders sei hier auf einige, im Anhang abgedruckte Dokumente hingewiesen. So zum Beispiel auf das Modell einer „sofortigen Währungsvereinheitlichung mit Quotenverfahren und differenzierten Kursen“ vom 28.4.1953 (S.130f.).

18 Während DDR-Wirtschaftsexperten vor einer übereilten Währungsunion warnten (Siehe Neues Deutschland, 9.2.1990), drängten „Vertreter der bundesdeutschen Finanzwelt“ auf die rasche Einführung der D-Mark in der DDR – möglichst noch vor den Volkskammerwahlen am 18.3.1990. Auch bei der EG-Kommission bestanden gegen eine Ausweitung des Währungsgebietes „keinerlei Bedenken“ (Berliner Zeitung, 13.2.1990).

Entvölkerung ganzer Landstriche, die Massenarbeitslosigkeit und die Abhängigkeit des Ostens von Transferzahlungen.

Auf eine den wirtschaftlichen Umbau und gesellschaftlichen Wandel aktiv gestaltende Struktur- und Industriepolitik wurde dagegen bewusst verzichtet. Allein der Markt sollte es richten. Die Politik beschränkte sich darauf, die schlimmsten sozialen Folgen finanziell aufzufangen. Dieser Weg war teuer und langwierig, versprach der westdeutschen Wirtschaft jedoch maximale Umsatzsteigerungen, stabile Marktanteile und schnelle Gewinne. Im Osten, so wurde angekündigt, würde die rasche Währungsunion die Voraussetzungen für Investitionen und moderne Strukturen schaffen. Aber diese Rechnung ging in Vielem nicht auf.

Vor allem verfehlte der *Aufbau Ost* sein proklamiertes Ziel, in den neuen Ländern einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren und Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas zu machen. Auch zwei Jahrzehnte nach der Währungsunion ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht in Sicht. Ostdeutschland ist ökonomisch unterentwickelt und in weiten Teilen ohne Chance und Perspektive, es hängt finanziell „am Tropf“ des Westens und droht zum deutschen Mezzogiorno zu werden. Ein Befund, der erschrecken mag, aber kaum überrascht, denn im Rückblick wird deutlich, dass die entscheidenden Weichenstellungen hierfür bereits 1990 mit der Währungsunion erfolgt sind.<sup>19</sup>

#### *Ausgangslage und wirtschaftliche Voraussetzungen*

Als Helmut Kohl der Regierung der DDR am 6. Februar 1990 überraschend das Angebot einer Währungs- und Wirtschaftsunion unterbreitete, befand sich die DDR politisch und ökonomisch in einer tiefen Krise. Die Wirtschaft verlor dramatisch an Dynamik und zehrte in vielen Bereichen von der Substanz. Hinzu kam der Exodus Hunderttausender, die nach dem Fall der Mauer ihrer Heimat den Rücken kehrten. Mit der Eskalation der wirtschaftlichen Probleme wuchs die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die Exporterlöse ließen sich kaum mehr steigern, ohne Importe aber war das Land nicht lebensfähig, und die Möglichkeiten, bei westlichen Banken neue Kredite zu erhalten, schrumpften sichtlich. Die Schulden in konvertierbarer Währung betragen zum 31. Dezember 1989 19,9 Mrd. VM.<sup>20</sup> Der Schuldendienst belastete die DDR-Wirtschaft zunehmend. Die Lage schien aussichtslos.<sup>21</sup> Gleichwohl kann von einem wirtschaftlichen Kollaps

---

19 Siehe Ulrich Busch: *Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002.

20 Deutsche Bundesbank: *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989*. Frankfurt/Main 1999, S.59.

21 So stellten Gerhard Schürer u. a. am 28.9.1989 fest, dass bei dem „jetzt erreichten Niveau [...] der Verschuldung eine Unterschreitung der Exportziele unweigerlich die Zahlungsunfähigkeit bedeuten“ würde (Geheime Kommandosache b 5-111/89, S.4. Kopie des Dokuments im Besitz des Autors). Eine ähnliche Einschätzung der Lage findet sich in der „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“ vom 30.10.1989, abgedruckt in: Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz*, Berlin 2000, S.287-304.

oder „Staatsbankrott“, von einer „Pleite“ im strengen Sinne des Wortes, nicht gesprochen werden. Wirtschaft und Staat funktionierten noch. Selbst die Verbindlichkeiten im Ausland wurden pünktlich bedient.<sup>22</sup> Die Frage war jedoch: Wie lange noch? Die Zukunftsaussichten waren düster. Das wusste man in Berlin wie in Bonn. Deshalb war Eile geboten. Die Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage standen – auch international – unter Zeitdruck.

Die wichtigste Frage, die es im Vorfeld der Währungsunion zu klären galt, war die Frage nach dem „Wert“ der Mark der DDR, nach dem Kursverhältnis zwischen DDR-Mark und D-Mark. Diese Frage war völlig offen,<sup>23</sup> da es zwischen den beiden deutschen Währungen keinen Wechselkurs gab. Dem innerdeutschen Handel und Zahlungsverkehr lag von 1948 bis 1990 lediglich ein im Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 und im Berliner Abkommen vom 20. September 1951 bilateral vereinbartes Verrechnungsverhältnis von 1:1 zugrunde.<sup>24</sup> Dieses Verrechnungsverhältnis sagte über den „Wert“ der DDR-Mark aber genauso wenig aus wie die illegalen Sortenkurse, die in Westberliner Wechselstuben notiert wurden und die zwischen Oktober 1989 und Juni 1990 im Mittel zwischen 10,9 und 35,0 (DM je 100 DDR-Mark) schwankten.<sup>25</sup> Für eine verlässliche Kursbestimmung war dieser „Nebenmarkt“, der „die Vorstellungen eines wirklich freien Marktes in keiner Weise“ erfüllte, entschieden zu eng und „nicht hinreichend repräsentativ“. Zudem führte das absolute Verbot der Aus- und Einfuhr der DDR-Währung beim Tausch von vornherein zu „hohen Abschlägen“, wodurch die DDR-Mark im Verhältnis zu ihrer Binnenkaufkraft in den Wechselstuben stark unterbewertet wurde.<sup>26</sup>

Einen funktionierenden Devisenmarkt mit aussagefähigen Wechselkursen gab es für die DDR-Mark nie. Der Außenhandel vollzog sich überwiegend im Rahmen bilateraler Vereinbarungen auf der Basis von Verrechnungseinheiten bzw. spe-

---

22 „Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur Währungsunion und der Umstellung auf die DM am 1.7.1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten.“ (Wenzel, Was war die DDR wert, S.12).

23 Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl erklärte in einem Interview zu der Frage, was die Mark der DDR heute eigentlich wert sei: „Diese Frage ist gar nicht so einfach zu beantworten. Es gibt ja keinen Wechselkurs zwischen DDR-Mark und D-Mark, jedenfalls keinen, der sich aus dem freien Markt ergibt.“ (Karl Otto Pöhl: Wir haben den gesetzlichen Auftrag, die D-Mark stabil zu halten, Interview, in: Die Welt, 10.4.1990, S.6.). Er erteilte damit all jenen eine klare Absage, die das interne Devisenumrechnungsverhältnis der DDR im Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet von 4,4 oder den Umtauschkurs für DDR-Mark an Westberliner Wechselstuben hier als Richtgröße ansetzen wollten.

24 Siehe Jochen Plassmann: Die Rolle der Deutschen Bundesbank im innerdeutschen Zahlungsverkehr, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, S.655-674.

25 Siehe Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion mit der DDR, in: Monatsberichte, 42 (1990) 7, S.14-29, hier S.24.

26 Ebenda, S.24f.

zieller Verrechnungswährungen wie dem Transferablen Rubel. Für den internen Ausweis der in konvertierbarer Währung getätigten Außenhandelsumsätze bediente man sich einer synthetischen Währungseinheit, der Valutamark (VM)<sup>27</sup> sowie spezieller Devisenertragskennziffern und Richtungskoeffizienten, um den Valutagegenwert in DDR-Mark zu berechnen. Der Umrechnungsfaktor für eine D-Mark betrug zuletzt 4,40. Dem entsprach eine Devisenertragskennziffer von 0,23. 1971 hatte diese Kennziffer noch 0,5 betragen, 1980 0,42, 1985 0,35 und 1986 0,28.<sup>28</sup>

Aus diesen Daten lassen sich zwar bestimmte Rückschlüsse auf die Außenhandels- und Devisenrentabilität der DDR ziehen. Um ein Kursverhältnis handelte es sich dabei jedoch nicht. Zudem gilt es zu beachten, dass sich diese Kennziffern ausschließlich auf den Handel mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) bezogen, nicht aber auf den für die DDR mindestens ebenso wichtigen Handel mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, nach der englischen Bezeichnung auch COMECON genannt). Ferner gilt, dass in der DDR, wie in anderen Ländern auch, der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts nicht für den Export, sondern für den Binnenmarkt produziert wurde. Zudem bezog sich ein Großteil der Preise auf „nicht handelbare Güter“, insbesondere Dienstleistungen, sodass aus dem Währungsverhältnis im Außenhandel mit dem NSW keinesfalls unvermittelt auf den „Wert“ der DDR-Mark geschlossen werden kann. Viel mehr als durch den Außenwert wurde dieser „Wert“ durch die *Binnenkaufkraft des Geldes* bestimmt. Und diese lag – nach übereinstimmender Auffassung voneinander unabhängiger Experten – bis zuletzt signifikant *über* der der D-Mark.<sup>29</sup>

Das Paradoxon, wonach die Binnenkaufkraft der DDR-Mark deutlich *über* und ihr „Außenwert“ deutlich *unter* dem der D-Mark lag, lässt sich mit der Unterbewertung der DDR-Mark im Außenhandel und der Preissetzung auf dem Binnenmarkt erklären. Erstere resultierte aus der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität der DDR bei „handelbaren Gütern“, aber einer durchaus mit Westdeutschland vergleichbaren Produktivität bei „nicht handelbaren Gütern“. Letztere beruhte auch auf einer wachsenden Subventionierung des Grundverbrauchs, was komparative Rechnungen erschwerte. Infolge einer derartigen Konstellation kam es zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen Kaufkraftparität und Wechselkurs (Außenwert). Dies lässt sich auch in anderen Volkswirtschaften beobachten. Im Falle der DDR schlug sich der Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik im Devisenertragskoeffizienten von zuletzt 0,23 nieder. Binnenwirtschaft-

---

27 Die Valutamark war die dem Währungskurs entsprechende einheitliche Ausdrucksform ausländischer Währungen in Mark der DDR. Für die Umrechnung galt 1 VM = 1 D-Mark. Siehe Armin Volze: Die gespaltene Valutamark, in: Deutschland Archiv, 32 (1999) 2, S.232-241.

28 Siehe Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, Tübingen 1992, S.61.

29 Siehe dazu die Übersicht in: ebenda, S.55.

lich jedoch sorgten Subventionen und ein verhältnismäßig niedriges Preisniveau dafür, dass die Kaufkraft der DDR-Mark vergleichsweise hoch war.

Hinzu kam, dass die beiden deutschen Währungen *qualitativ* grundverschieden waren, ordnungspolitisch also kein gleichwertiges Geld verkörperten.<sup>30</sup> Dies geht auf die Verschiedenheit beider Wirtschaftsordnungen zurück und schließt jeden direkten quantifizierenden Vergleich, wie ihn ein marktbestimmter Wechselkurs voraussetzt, aus. Darüber hinaus implizierte die Verschiedenartigkeit beider Währungen nicht nur voneinander abweichende Bestimmungen hinsichtlich Funktionalität, Stabilität, sozialen Stellenwerts usw., sondern auch spezifische Eigenschaften, die für die Bewertung des Geldes in der Öffentlichkeit, für dessen Reputation, ausschlaggebend waren. Hierzu zählten die freie Konvertibilität der D-Mark, im Unterschied zur Nichtkonvertibilität der DDR-Mark, der jeweilige Außenwert, ablesbar im (offiziellen oder eben illegalen) Umtauschkurs der jeweiligen Währung und deren Reputation im Ausland als „Weltwährung“ oder „Binnenwährung“. Ferner die im Austausch jeweils dafür erhältliche Produktpalette, die im Falle der D-Mark faktisch das Güterangebot der gesamten Welt umfasste, im Falle der DDR-Mark aber auf den Binnenmarkt der DDR bzw. die Märkte der RGW-Länder beschränkt war.<sup>31</sup>

Schließlich waren für die Wertbestimmung des Geldes die Kaufkraftunterschiede auf den Binnenmärkten und, daraus abgeleitet, die Kaufkraftrelationen zwischen beiden Währungen zu berücksichtigen. Entsprechende komparative Berechnungen zeigten, dass die DDR-Mark hier, bezogen auf den Standardverbrauch ostdeutscher privater Haushalte, besser abschnitt als die D-Mark. Dies galt insbesondere für Haushalte mit Kindern und von Rentnern, bei denen die DDR-Mark eine bis zu 50 Prozent höhere Kaufkraft aufwies als die D-Mark. Übrigens auch eine größere Stabilität. Bezogen auf die Verbrauchsstrukturen westdeutscher Haushalte war die Differenz jedoch geringer oder sogar negativ, sodass der Kaufkraftvorteil der DDR-Mark stark *verbrauchsabhängig* war. Mithin war klar: Bei einer Änderung des Verbrauchsverhaltens, wovon im Ergebnis der Währungsunion und der Anpassung der Preisstruktur in der DDR auszugehen war, würde sich der Kaufkraftvorteil rasch verlieren.<sup>32</sup>

Zum Zwecke der Begründung eines „nutzenadäquaten Umtauschverhältnisses“ ermittelte das Statistische Bundesamt im Vorfeld der Währungsunion auf der Grundlage eines gekreuzten Warenkorbes für die DDR-Mark einen Wert von

---

30 Theoretisch lässt sich die qualitative Verschiedenheit des Geldes bis zur Leugnung jeglicher Geldqualität der Münzen und Banknoten im Staatssozialismus treiben. Siehe dazu Gunnar Heinsohn/Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Marburg 2002, S.296f.

31 Hinzu kamen Aus- und Einfuhrbeschränkungen sowie Kontingentierungen und Limitierungen im Reisezahlungsverkehr, welche die ohnehin stark eingeschränkte Umtauschbarkeit der DDR-Mark zusätzlich begrenzten.

32 Siehe Ulrich Busch: Preise und Einkommen in Ostdeutschland. in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005) 5, S.73-92.

1,08 DM.<sup>33</sup> Hätte man bei der Festlegung der Umstellungssätze diese Größe zum generellen Maßstab genommen, so wären die Einkommen *und* die Geldvermögen der DDR-Bürger im Verhältnis 1:1 umgestellt worden. Dies hätte zweifellos der realen Kaufkraftrelation besser entsprochen als die praktizierte Regelung, die für die Geldvermögen einen Umstellungssatz von grundsätzlich 2:1 vorsah<sup>34</sup> und mit einem Vermögensverlust für die DDR-Bevölkerung verbunden war. Andere Aspekte wären dabei jedoch unberücksichtigt geblieben: So waren neben den Geldbeständen auch die Kredite umzustellen. Und „eine Umstellung aller Schuldverhältnisse 1:1“ konnte „die DDR mit Sicherheit nicht verkraften“.<sup>35</sup> Bei den Krediten war also durchaus eine Abwertung wünschenswert, um den ohnehin kaum wettbewerbsfähigen Unternehmen den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Diskutiert wurde daher eine asymmetrische Umstellung von Forderungen (1:1) und Verbindlichkeiten (2:1 bzw. 4:1), bei welcher der Staat den Ausgleich (von 80 bzw. 150 Mrd. DM) hätte finanzieren müssen. Um ein solches Modell durchzusetzen, fehlte es jedoch an der erforderlichen Einsicht und Bereitschaft zur Solidarität. Umgesetzt wurde ein politischer Kompromiss, bei dem letztlich *alle* verloren bis auf die westdeutsche Wirtschaft, welche einen „konjunkturellen Impuls“ erhielt und einen wirtschaftlichen „Boom“ verzeichnete, der zu einem „höheren Wachstum“ und einer „Zunahme der Auslastung des Produktionspotenzials“ führte, wie sie bis dahin noch niemals beobachtet worden waren.<sup>36</sup> Hauptverlierer aber waren die ostdeutschen Unternehmen und im Gefolge dessen die ostdeutschen Lohnabhängigen.<sup>37</sup>

### *Verlauf und Resultate der Währungsunion*

Die Modalitäten der Währungsunion wurden im „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (Staatsvertrag) am 18. Mai 1990 einvernehmlich geregelt.<sup>38</sup> Danach bildeten die beiden deutschen Staaten vom 1. Juli 1990 an ein Gebilde mit einem einheitlichen Währungsgebiet und mit der D-Mark als ge-

33 Siehe Statistisches Bundesamt: Zahlen, Fakten, Trends: Extra 9/1990-2.

34 Siehe Art. 10 (5), Staatsvertrag, S.5.

35 Pöhl, Wir haben den gesetzlichen Auftrag.

36 Otmir Issing: Gesamtwirtschaftliche Folgen des deutschen Einigungsprozesses. Vortrag auf dem Zermatter Symposium am 8. August 1993 in Zermatt, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln (Frankfurt/Main), 2003, Nr. 55, S.2.

37 Rüdiger Pohl, damals Mitglied des Sachverständigenrates, hat diese Wirkung vorhergesehen und beschrieben: „Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, daß sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen, die schon viele Märkte erobert haben, drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.“ (Berliner Zeitung, 20.4.1990).

38 Siehe Anm. 2.

meinsamer Währung. Als Notenbank für den gesamten Währungsraum fungierte von nun an die Deutsche Bundesbank. Dieser oblag es auch, die organisatorischen und technischen Aufgaben der Währungsumstellung vorzunehmen. Da die Einführung der D-Mark in der DDR ausschließlich über Konten abgewickelt wurde, mussten innerhalb kürzester Frist 24,7 Millionen Konten umgestellt und den Inhabern entsprechende Verfügungsmöglichkeiten über Bargeld eingeräumt werden. Dazu war es erforderlich, Banknoten und Münzen im Gesamtwert von 28 Mrd. DM in die neuen Bundesländer zu transportieren und in den Geldinstituten bereitzustellen. Für die Durchführung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs waren aufwendige technische Veränderungen im Bankensystem vorzunehmen. Diese waren im Wesentlichen bis Ende 1990 abgeschlossen.<sup>39</sup> Die Umstellung der Währung erfolgte differenziert nach Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen, also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen, im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis 2:1. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2.000, 4.000 bzw. 6.000 Mark. Diese wurden nach Altersgruppen gestaffelt 1:1 umgestellt. Für Guthaben von Ausländern galt ein Umstellungssatz von 3:1.<sup>40</sup>

Dies bedeutete, dass die Verbindlichkeiten des Staates, der Betriebe, der Wohnungsbaugesellschaften usw., aber auch private Kredite durch die Währungsumstellung nominell halbiert wurden. Ebenso geschah es mit Forderungen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Guthaben der Bevölkerung dagegen wurden im Mittel zu einem Satz von 1,5:1 umgestellt. Die sich durch die asymmetrische Bilanzumstellung ergebende Lücke auf der Aktivseite wurde mittels eines bilanziellen Ausgleichspostens in Höhe von 26,4 Mrd. DM zu Lasten des Bundes geschlossen. Dieser Posten ging später in den Erblastentilgungsfonds ein. Insgesamt erfolgte durch die Währungsumstellung eine Verkürzung der Geld- und Kreditbilanz der DDR von 446,6 Mrd. Mark auf 246,0 Mrd. DM.<sup>41</sup> Die Geldvermögen der privaten Haushalte reduzierten sich von 193,4 Mrd. Mark auf 129,1 Mrd. DM. Zum Ausgleich für den der Bevölkerung hierdurch entstandenen Umtauschverlust in Höhe von 64,3 Mrd. Mark sollte den Sparern laut Staatsvertrag „ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen“ eingeräumt werden.<sup>42</sup> Diese Klausel findet sich auch im Einigungsvertrag vom 31. August 1990.<sup>43</sup> Unter Verweis auf die Bilanz der Treuhandanstalt, wel-

---

39 Siehe Deutsche Bundesbank: Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsberichte, 42 (1990) 10, S.25-32.

40 Siehe Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli 1990, in: Monatsberichte, 42 (1990) 6, S.42-50.

41 Siehe Deutsche Bundesbank, Währungsunion, S.26.

42 Staatsvertrag, Art. 10.6.

43 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990, Art. 25,6, in: BGBl. II, S.889.

che ihr aktives Geschäft 1994 mit einem Defizit von 270 Mrd. DM beendete, wurde sie aber *nicht*, auch nicht partiell, umgesetzt.<sup>44</sup>

Die Festlegung der Umstellungssätze basierte auf einer politischen Entscheidung. Dabei hatte sich die DDR bei den Löhnen, Renten und anderen Stromgrößen mit ihrer Forderung nach einem Kurs von 1:1 durchgesetzt. Bei der Umstellung der Bestandsgrößen folgte die Regelung weitestgehend den Vorstellungen der Deutschen Bundesbank, welche auf einem Umstellungssatz von 2:1 bestanden hatte.<sup>45</sup> Bei der Begründung ihrer Position hatte die Bundesbank vor allem die Stabilität der Währung im Auge, weshalb sie eine sich strikt am Wirtschaftspotenzial der DDR orientierende Begrenzung der Geldmenge anstrebte. Dabei saß sie jedoch merkwürdigerweise dem Trugschluss auf, alles Geld auf den Konten in der DDR sei als Liquidität anzusehen. Folglich rechnete sie die Geldbestände auf den Spargirokonten als täglich verfügbares Geld *in summa* der Geldmenge M1 zu. De facto handelte es sich hierbei aber überwiegend um *langfristig* angelegte Spargelder im Sinne von M3 bzw. sogar um Geldkapital, welches nicht zum liquiden Geldvolumen zählte, da es nicht sofort kaufkraftwirksam wurde.<sup>46</sup> Die Berücksichtigung dieser eigentlich plausiblen Tatsache hätte es erlaubt, einen größeren Teil der Spareinlagen 1:1 umzustellen, so wie es auch die meisten Experten gefordert hatten.<sup>47</sup> Es hätte dazu lediglich bedurft, bestimmte Geldbestände als Termineinlagen oder Spareinlagen mit längeren Kündigungsfristen zeitweilig festzulegen. Dazu aber war die Deutsche Bundesbank nicht bereit. Auch die Inflationsängste der Bundesbank entbehrten geldwirtschaftlich jeglicher Grundlage und erwiesen sich deshalb letztlich als irrational. Es kam weder zu dem befürchteten „Kaufrausch“ noch zu einem dramatischen inflationären Preisanstieg in Deutschland infolge einer gestiegenen Nachfrage in Ostdeutschland. Vielmehr wandelten die ostdeutschen Haushalte ihre Spareinlagen sukzessive in längerfristige Geld- und Kapitalanlagen um, sodass sich die Geldmenge schon bald auf ein vertretbares Maß reduzierte. Der zulasten der ostdeutschen Sparer

---

44 Siehe Ulrich Busch: Argumente für einen fast vergessenen Passus des Einigungsvertrages, in: UTOPIE kreativ, 1994, Nr. 43/44 (Mai/Juni), S.122-138.

45 Die DDR hatte für Spareinlagen der Bevölkerung einen Umstellungssatz von 1:1 gefordert. Sie fand hierin Unterstützung bei Wirtschaftsforschern und der Staatsbank der DDR. Siehe taz, 5.4.1990.

46 In der Abgrenzung der Bundesbank umfasste M1 Bargeld und Sichteinlagen, M2 zudem Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und M3 zusätzlich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Geldkapital in Form von Anleihen, Obligationen, Sparbriefen usw. wurde dagegen nicht zur Geldmenge gerechnet.

47 Siehe zum Beispiel das Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, worin gefordert wird, dass „die Sparguthaben grundsätzlich im Verhältnis 1:1 umgestellt werden“. Jeder andere Umstellungssatz „käme einer Enteignung mit einer erheblichen Vermögensseinbuße für die Bevölkerung gleich“ und wäre deshalb „für die Bevölkerung der DDR völlig unakzeptabel“ (Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion. Gutachten. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 179, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1990, S.21f.)

vorgenommene „Währungsschnitt“ erwies sich damit im Rückblick als nicht hinreichend begründet.

Durch die Währungsunion mit der DDR hatte sich der DM-Geldumlauf um 180 Mrd. DM erhöht, was 14,7 Prozent der westdeutschen Geldmenge entsprach. Zwölf Monate später waren dies bloß noch 11,5 Prozent, was bereits etwa dem ostdeutschen Produktionspotenzial vom 1. Halbjahr 1990 entsprach.<sup>48</sup> Die Zunahme der Geldmenge erwies sich damit als ein temporäres und durchaus beherrschbares Phänomen. Die Deutsche Bundesbank stellte später fest, dass sich für die Sicherung der Geldwertstabilität zu keinem Zeitpunkt „ernsthafte Probleme“ ergeben hätten.<sup>49</sup> Der Umtauschverlust der ostdeutschen Bevölkerung hingegen ist ebenso eine bleibende Tatsache wie das daraus resultierende Missverhältnis bei der Vermögensverteilung. Dieses Faktum belastet die deutsche Einheit schwer und ist mitverantwortlich dafür, dass es den ostdeutschen Gründern, Selbstständigen und Kleinunternehmern bis heute chronisch an Eigenkapital mangelt.

### *Wirkungen und Folgen*

Mit der Währungsunion wurden mehrere untereinander konkurrierende Zielstellungen verfolgt. Das *unmittelbare* Ziel bestand darin, über die Ausdehnung des Währungsgebietes für die westdeutschen Unternehmen den Markt der DDR zu öffnen und durch das Umsatzplus dem drohenden Konjunkturabschwung 1990/91 entgegenzuwirken. *Übereifendes* Ziel war jedoch, mit der Einführung der D-Mark als Kohärenz stiftendem Element im Wirtschaftsprozess den entscheidenden Schritt in Richtung deutsche Einheit und marktwirtschaftliche Transformation zu gehen. Beide Prozesse, die Wiedervereinigung wie der marktwirtschaftliche Umbau der ostdeutschen Wirtschaft, wurden durch die Währungsunion unwiderruflich und unumkehrbar. Durch den Verzicht der DDR auf die Währungshoheit und die bedingungslose Preisgabe des Binnenmarktes wurde faktisch der Anschluss an die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet vollzogen. Die politische Vereinigung war jetzt nur noch eine Formsache. Zum Beitritt nach Artikel 23 GG (alte Fassung) gab es nach dem 1. Juli 1990 keine Alternative mehr. Zugleich aber war die Währungsunion Kernstück der Transformation und als solche „Teil der Schocktherapie“, welcher die Wirtschaft der neuen Länder in den Folgejahren unterzogen wurde.<sup>50</sup> Die marktwirtschaftliche Transformation, aber auch die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in die Wirtschaftsordnung und -struktur der Bundesrepublik, nahmen hier ihren Anfang. Die Treuhandanstalt schließlic

---

48 Die Rechnung fällt allerdings etwas anders aus, wenn man das durch den Crash 1990/91 um mehr als ein Drittel reduzierte Produktionspotenzial Ostdeutschlands als Referenzgröße zugrunde legt. Danach hätte die Geldmengenexpansion dann nur noch etwa sieben Prozent betragen dürfen, um inflationsneutral zu sein. (Siehe Thieme, Währungsunion S.149).

49 Streit, Deutsche Währungsunion, S.701.

50 Ebenda, S.690f.

und Allokationsentscheidungen auf ihre Weise nur, was mit der Währungsunion begonnen worden war. Daneben aber wurden noch andere Ziele verfolgt:

*Erstens* die Ausstattung der Bevölkerung mit Liquidität, um den Güterabsatz zu sichern und den Menschen in den neuen Bundesländern einen angemessenen Konsum- und Lebensstandard zu ermöglichen. Eine inflationäre Entwertung aller Geldvermögen und Besitzstände wie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern hätte das unmittelbare Ziel obsolet werden lassen und die übergreifende Zielstellung zumindest gefährdet.

*Zweitens* die zumindest teilweise Entschuldung des Staates und der Wirtschaft, um den ostdeutschen Ländern und Kommunen, vor allem aber den Unternehmen, den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Dieser Vorsatz wurde nur „halb“ erreicht und in der Folge gleich durch mehrere Regelungen konterkariert, insbesondere durch die Altschuldenregelung und durch das Restitutionsprinzip.<sup>51</sup>

Und *drittens* sollte der Geldüberhang an DDR-Mark beseitigt werden, um die Stabilität der D-Mark durch die Währungsunion nicht zu gefährden und für Unternehmen wie Haushalte eine strenge Budgetrestriktion herbeizuführen.<sup>52</sup>

Die beiden zuerst genannten Ziele wurden im Prinzip durch die asymmetrische Umstellung aller Forderungen und Verbindlichkeiten realisiert. Im Ergebnis verlor die Bevölkerung bei dieser Transaktion jedoch rund ein Drittel ihres Geldvermögens und die Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften wurden mit einem Schuldenberg von 167,1 Mrd. DM belastet. Dabei war es mehr als strittig, ob es sich bei den Krediten der Staatsbank der DDR an die volkseigene Wirtschaft überhaupt um Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne gehandelt hatte. Nicht wenige Experten bestritten dies vehement.<sup>53</sup> Auf jeden Fall trug die praktizierte Verfahrensweise dazu bei, ostdeutsche Unternehmen in den Ruin zu treiben, da diese vielfach nicht in der Lage waren, die nunmehr marktlich verzinsten Altkredite zu bedienen. Gleichzeitig bewirkten die Umstellung der Löhne im Verhältnis 1:1 und die rasche Anhebung des Tariflohniveaus für die Unternehmen einen Kostendruck, auf welchen sie nur mit Entlassungen und Produktions-

---

51 Siehe hierzu Thomas G. Betz: Die Eigentumsfrage. Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, in: Bahrmann/Links, Am Ziel vorbei, S.107-123; Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000.

52 Trotz fehlender empirischer Belege ging man in der Bundesrepublik vielfach davon aus, dass in der DDR wie in den realsozialistischen Ländern überhaupt ein „immenser Geldüberhang“ existiere, der, würde er nicht beseitigt, „große Inflationsgefahren“ in sich berge (Dirk Wentzel: Die Transformation der Währungsordnung in der DDR, in: Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Mampel (Hrsg.): Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, S.521-536, hier S.530.

53 Siehe dazu die einschlägigen Arbeiten von Karl-Albrecht Schachtschneider, Harry Nick, Rupert Scholz, Klaus Leciejewski, Reinhard Pohl u. a. sowie die Recherche von Ilona Wiesejahn: Der doppelte Skandal. Das Milliardengeschäft mit erfundenen DDR-Schulden und einkassierten Banken, Berlin 2001.

einschränkungen reagieren konnten. Beides wirkte sich volkswirtschaftlich für Ostdeutschland katastrophal aus.

Das dritte Ziel beruhte auf einer Fiktion, da der Geldüberhang in der DDR im Unterschied zu anderen postsozialistischen Ländern nur von verhältnismäßig geringem Umfang war. Nach Berechnungen des Finanzministeriums und der Staatsbank der DDR betrug er etwa 15 Prozent der Geldbestände.<sup>54</sup> Andere Schätzungen gingen von einer ähnlichen Größenordnung aus,<sup>55</sup> die auch von westdeutschen Experten geteilt wurde.<sup>56</sup> Allein durch die nichtparitätische Umstellung der Spargirokonten wurden aber 33 Prozent der privaten Geldbestände liquidiert. Insgesamt belief sich die Kürzung der Geld- und Kreditbilanz durch die Währungsumstellung auf 45 Prozent des Geldvolumens. Die Fehlinterpretation der Spargirokonten als eine der Geldmenge M1 zuzurechnende Größe und die Überzeichnung des inflationären Potenzials der DDR hatten die Hüter der Geldwertstabilität in Frankfurt am Main offensichtlich zu einer Überreaktion veranlasst. Möglicherweise aber rechneten sie auch von vornherein nicht mit einem Aufschwung im Osten, sondern mit einem wirtschaftlichen Fiasko und schneiderten deshalb den „Geldmantel“ entsprechend eng, passgerecht für ein deutlich geschrumpftes Wirtschaftspotenzial.

Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig: Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen, für die ostdeutsche Wirtschaft waren sie verheerend. Die Wirtschaftsleistung ging, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, innerhalb weniger Monate um mehr als ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Noch nie ist in Friedenszeiten ein solches Ausmaß an wirtschaftlicher Zerstörung registriert worden.

Die Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren und werden noch lange auf der wirtschaftlichen Landkarte Deutschlands zu sehen sein. Sie lassen sich jedoch kaum mehr isoliert behandeln, da sie inzwischen durch andere Prozesse überlagert wurden. Erst im Kontext mit der Lohnpolitik der Tarifparteien, der Tabula-rasa-Politik der Treuhandanstalt und der Sozialpolitik des Staates wird der Charakter der Währungsunion als Auftakt im Vereinigungsprozess und Signal für eine falsche ökonomische Weichenstellung erkennbar.

Ein Großteil der Bevölkerung sieht dies weniger kritisch. Offensichtlich wirkt hier immer noch der D-Mark-Mythos nach. Auch war für viele die paritätische Umstellung der Löhne, Renten usw. von größerer Bedeutung als die Abwertung der Ersparnisse. Obwohl bei den Einkommen ein Verlust an Kaufkraft eintrat, werteten viele DDR-Bürger angesichts der ungewohnten Angebotsfülle und der

---

54 Zit. nach: Streit, Deutsche Währungsunion, S.679.

55 Siehe Karlheinz Tannert u. a.: Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht, Berlin 1990. Dort wird von einem Geldüberhang von 30 bis 60 Mrd. Mark gesprochen (S.11).

56 So stellte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft in einem Gutachten fest, dass das von der DDR gezeichnete „vergleichsweise harmlose Bild“ eines Geldüberhangs von „15 bis 20 Prozent der gesamten Geldbestände“, das „von westlichen Experten nicht in Zweifel gezogen“ werde, „keinen Währungsschnitt“ rechtfertige (Sozialverträgliche Ausgestaltung, S.19).

Konsumfreiheit die Währungsumstellung als „Gewinn“. Diese Auffassung wurde noch dadurch verstärkt, dass die D-Mark in den ersten Monaten nach der Währungsunion in den neuen Bundesländern eine höhere Kaufkraft besaß als im Westen, da Mieten, Pachten, Tarife und Gebühren nicht sofort an das Westniveau angepasst wurden und Subventionen noch eine Zeitlang bestehen blieben. Dies änderte sich dann aber rasch: 1991 stiegen die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland um 26,5 Prozent.<sup>57</sup> Insgesamt erhöhten sich die Konsumgüterpreise zwischen 1990 und 2001 hier sehr viel schneller als in Westdeutschland, nämlich um 70,2 Prozent gegenüber 27,7 Prozent.<sup>58</sup> Der anfängliche Kaufkraftvorteil „Ost“ schmolz rasch dahin, und die Einkommenserhöhungen wurden durch Preiserhöhungen zu einem Gutteil wettgemacht. 1995 stellte Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer fest, dass die *realen* Einkommen im Ergebnis der Währungsunion „in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten“.<sup>59</sup> Dies schloss für einige Personengruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose) durchaus Realeinkommensverluste ein.

Ungünstiger als auf die Einkommen wirkte sich die Währungsunion auf die Vermögen der privaten Haushalte aus.<sup>60</sup> Dies betraf zuvörderst die *Geldvermögen*, bei denen es durch den Währungsschnitt zu einem Verlust von 64,3 Mrd. Mark und durch den nachfolgenden Anstieg des Preisniveaus darüber hinaus zu einem beträchtlichen Abwertungsverlust kam.<sup>61</sup> Betroffen war hiervon vor allem der Mittelstand, da bei Handwerkern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Architekten, Rechtsanwälten und sonstigen Selbstständigen der größte Teil der Geldvermögen konzentriert war.<sup>62</sup>

Neben den Geldvermögen waren aber auch *Sachvermögen* in Form von Gebrauchsgütern einer spürbaren Entwertung unterworfen. Diese betraf zuerst

57 November 1991, bei Zugrundelegung der Verbrauchsstruktur von 1989 (Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, 44 (1992) 2, S.37).

58 Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 17, Reihe 7, Wiesbaden 2002, S.136-139.

59 Hans Tietmeyer: Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative, in: Pressemitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 48/1995, Nr. 48, S.1.

60 Siehe Ulrich Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: Jürgen Backhaus/Günter Krause (Hrsg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S.9-50.

61 Diverse Gutachter, wie zum Beispiel der Leiter des IW Köln, Gerhard Fels, sahen hierin „eine unzumutbare Entwertung“ der ohnehin nicht hohen Ersparnisse der DDR-Bevölkerung (Handelsblatt, 12.3.1990). Ähnlich urteilte der Kronberger Kreis renommierter Wirtschaftswissenschaftler (siehe Frankfurter Institut: Argumente zur Wirtschaftspolitik, Nr. 30/Februar 1990).

62 Analysen zufolge wiesen die Konten von Einzelhandwerkern und anderen Selbständigen im Durchschnitt den mehr als dreifachen Bestand auf als Konten von Arbeitern und Angestellten. Insgesamt befanden sich 1989 etwa 60 Prozent des gesamten Einlagenbestandes auf zehn Prozent der Sparkonten (siehe Jürgen Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Wolfgang Glatzer/Gerhart Kleinhenz (Hrsg.): Wohlstand für alle?, Opladen 1997, S.208f.).

Güter, die den westlichen Importen *absolut*, im technischen Niveau und in der Leistung, unterlegen waren wie zum Beispiel Computer, Unterhaltungselektronik und Pkws. Diese Güter verkörperten infolge ihrer überhöhten Preise in der DDR wertmäßig einen hohen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte. Durch die Währungsunion fielen sie dramatisch im Preis. Der zweite Devaluationsschub erfasste Güter, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten kaum unterschieden, dort aber erheblich günstiger produziert oder importiert wurden: Möbel, Schuhe, Textilien, Teppiche, Haushaltstechnik. Ihr Schicksal besiegelte der Markt, indem die Käufer nunmehr westliche Erzeugnisse präferierten. Schließlich wurden solche Güter entwertet, die als Gebrauchswerte westlichen Erzeugnissen durchaus ebenbürtig und zudem häufig auch noch billiger als im Westen waren, denen aber das Stigma „made in GDR“ anhaftete. Hierunter fielen Bücher, Bilder, Tonträger, Spielwaren, Medikamente. Zuletzt erfasste der Entwertungsprozess jene Güter, für die es aufgrund des Zusammenbruchs der Produktions- und Lieferketten keine Ersatzteile oder Komplementärgüter mehr gab. Dadurch verkörperte binnen weniger Monate das gesamte, über Jahrzehnte akkumulierte Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte nur noch einen Bruchteil seines einstigen Wertes. Ganze Wohnungseinrichtungen besaßen von heute auf morgen keinen positiven Marktwert mehr.

Die einzige Vermögensart, die von der allgemeinen Entwertung verschont blieb, war das *Immobilienvermögen*. Hier vollzog sich im Regelfall sogar eine beträchtliche Aufwertung, sodass die Eigentümer von ostdeutschen Immobilien ihre Position im Ergebnis der Währungsunion verbesserten. Sie sind eindeutig Gewinner des Vereinigungsprozesses. Im Unterschied zum Geld- und Sachvermögen, bei denen die Verteilung infolge der Währungsunion egalitärer wurde, vergrößerte sich beim Immobilienvermögen die Differenzierung. Dieser Effekt verstärkte noch die Umstellung der auf den Immobilien lastenden Schulden im Verhältnis 2:1, wodurch diese halbiert wurden. Das machte die Eigentümer entsprechender Objekte gegenüber den Sparern quasi zu Doppelgewinnern.<sup>63</sup> Inzwischen hat sich dieser Effekt jedoch relativiert. Wie eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2009 zeigt,<sup>64</sup> haben sich im letzten Jahrzehnt aber die „Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert“. Von den rund 6,6 Billionen Euro Nettovermögen der privaten Haushalte entfiel 2007 ein geringerer Teil auf ostdeutsche Haushalte als noch 2002. Selbst der absolute Wert ostdeutscher Vermögen nahm ab. Entscheidend trug dazu die Marktwertentwicklung bei Immobilien bei. Diese verlief im letzten Jahrzehnt im Osten, abweichend von der Preisdynamik im Westen, überwiegend *negativ*. Mit

---

63 Richard Schröder hat sehr anschaulich an seinem eigenen Beispiel demonstriert, wie man als Immobilienbesitzer durch die Währungsunion gleich mehrfach zum „Einigungsgewinner“ wurde. (Siehe Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg-Basel-Wien 2007, S.191f. Siehe dazu auch Ulrich Busch: Ostdeutschland und das Erbe der DDR, in: Berliner Debatte Initial 19 (2008) 1-2, S.168-175.

64 Siehe Joachim Frick/Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht (Berlin), 76 (2009) 4, S.54-67.

dem Rückgang der Bevölkerung ist hier flächendeckend eine Entwertung von Immobilienvermögen zu verzeichnen. Ausgenommen davon sind lediglich bestimmte Ballungszentren wie Berlin, Dresden und Potsdam sowie bevorzugte Lagen an der Ostseeküste oder im oberen Elbtal. Da ein Großteil der Vermögen in selbst genutzten Immobilien besteht, hat dies gravierende Auswirkungen auf die Vermögensposition der ostdeutschen Haushalte insgesamt.

Viel massiver jedoch als die privaten Vermögen wurde durch die Währungsunion das Volksvermögen der DDR, insbesondere das Produktivvermögen, in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozess begann unmittelbar mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 und war eine direkte Folge der unvorbereiteten und ungeschützten Konfrontation der zum großen Teil veralteten und kaum wettbewerbsfähigen Betriebe mit der weit besser aufgestellten Konkurrenz auf den nunmehr offenen Märkten. Dabei zeigte sich die ökonomische Logik der Währungsumstellung mit aller Konsequenz: Denn, so plausibel und begründet es unter Kaufkraftgesichtspunkten war, die Stromgrößen im Verhältnis 1:1 umzustellen, so verhängnisvoll erwies sich dies für die Unternehmen, da diese dadurch ein kaum zu bewältigendes Kostenproblem bekamen. Die Währungsumstellung kam für sie einer Aufwertung um 300 bis 400 Prozent gleich. Es liegt auf der Hand, dass die meisten Betriebe einer derart drastischen Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz ohne vorübergehende Hilfe nicht gewachsen waren.

Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 und das Zerreißen der Netze langjähriger Kooperations- und Lieferbeziehungen beschleunigten den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft zweifelsohne. Vor allem aber waren es der mit dem 1. Juli 1990 einsetzende ungleiche Wettbewerb auf dem *Binnenmarkt* und der Rückgang der Nachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash herbeigeführt haben. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten führten für die meisten Betriebe schon bald nach dem Start in die Marktwirtschaft zum Kollaps und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Parallel dazu vollzog sich eine Entwertung fachlicher Qualifikation. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze wurde obsolet und damit die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Berufsinhalte usw. In kürzester Zeit wurden so die in der DDR an der beruflichen Entwicklung ausgerichteten Biografien von Generationen entwertet und dadurch ein beachtlicher Teil des ostdeutschen Humankapitals faktisch liquidiert. Der Neuaufbau kostete Zeit und sehr viel Geld und ist bis heute nicht abgeschlossen.

### *Fazit*

Als Kern der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und als Vorausprozess des Jahrhundertprojekts der Wiedervereinigung bildete die Währungsunion das Fanal der marktwirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands und der Überwindung der Teilung Deutschlands. Sie war das eigentliche „Wagnis“ in dem

gesamten Prozess,<sup>65</sup> ein politischer Coup und zugleich ein wirtschaftliches Hardspiel. Mit ihr wurden Fakten geschaffen und Weichen für die Zukunft gestellt. Als „point of no return“ für die deutsche Einheit war die Währungsunion deren wirtschaftlich bestimmendes Ereignis. Alles was danach kam, knüpfte hieran an und fand hierin seine entscheidenden Voraussetzungen. Dies galt für die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt gleichermaßen wie für den *Aufbau Ost*, für die Lohnpolitik ebenso wie für die West-Ost-Transfers und die Kosten der Einheit.

Heute stellen die Politiker die Währungsunion gern als alternativlos hin und werten sie als einen spektakulären Erfolg. Sie war beides nicht, aber sie hat zumindest politisch einiges bewirkt. Wirtschaftlich war sie ein großes Desaster und insbesondere für die ostdeutsche Industrie ihre Wirkung katastrophal. In keinem anderen postsozialistischen Land wurde so viel an wirtschaftlicher Substanz zerstört wie in Ostdeutschland. Für die ostdeutschen Unternehmen bedeutete die Währungsunion die Einführung einer „Marktwirtschaft ohne Markt“<sup>66</sup>. Dies konnten sie wirtschaftlich nicht verkraften; ihr Ruin war deshalb von Anfang an beschlossene Sache. Die Folge war eine Entwertung ihres Anlagevermögens und der Verlust eines Drittels der Arbeitsplätze. Auch dies war keine Überraschung. Eher erstaunt, dass es dabei blieb und auch zwei Jahrzehnte später der *Aufbau Ost* sein Ziel, in den neuen Ländern eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu generieren, immer noch nicht erreicht hat. Noch immer ist „der Abstand in der Wirtschaftsleistung zwischen West und Ost [...] beträchtlich“<sup>67</sup> und noch immer gibt es keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Deutschland.

Die ostdeutsche Bevölkerung gelangte durch die Währungsunion in den Besitz einer attraktiven Währung. Ihre Einkommen stiegen größtenteils und das durchschnittliche Lebensniveau erhöhte sich. Dieser positive Aspekt wurde jedoch konterkariert durch den Verlust öffentlicher und privater Vermögen. Wenn Ost und West heute „nichts so sehr trennt wie die Vermögensverteilung“,<sup>68</sup> so ist dies nicht zuletzt auf die Währungsunion zurückzuführen. Dies gilt für die private Vermögenslage, mehr aber noch für die volkswirtschaftliche Situation.

---

65 Grosser, Wagnis.

66 Birgit Breuel: Die Treuhandanstalt – Zielvorgaben, Rahmenbedingungen und Ergebnisse, in: Dies./Michael C. Burda (Hrsg.): Ohne historisches Vorbild, Berlin 2005, S.16.

67 Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Berlin 2009, S.5.

68 Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Reinbek 2005, S.163.

# Vom Ludergeruch der Basisdemokratie. Geschichte und Schicksal des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches der DDR

Volkmar Schöneburg

„Kein Sozialismus ohne Installierung der Menschenrechte,  
keine Installierung der Menschenrechte ohne Sozialismus“  
(Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde)<sup>1</sup>

Am 15. September 1989 fand in Babelsberg an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften eine Konferenz der Rechtswissenschaftler der DDR zum 40. Jahrestag der Republik statt. Diese Akademie hatte durch die Babelsberger Konferenz von 1958 zweifelhaften Ruhm erlangt. Damals war gegen das antistalinistische Tauwetter auch in der Rechtswissenschaft das politbürokratische, instrumentelle Rechtsverständnis als herrschend festgeschrieben worden, wonach das Recht lediglich Instrument, nicht aber Maß der Politik sei. Die Konferenz von 1989 stand unter der Überschrift „Die Verfassung“. Im Plenum der Tagung breitete sich Entsetzen unter den Funktionsträgern der SED und linientreuen Rechtswissenschaftlern aus, als Karl-Heinz Schöneburg, später einer der Autoren des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches und Richter am Brandenburger Landesverfassungsgericht, äußerte: „Der Verfassungsbruch ist das häufigste Kavaliersdelikt unserer Partei- und Staatsfunktionäre.“<sup>2</sup>

## *Die beiden DDR-Verfassungen*

Bereits 1946 legte die SED einen Verfassungsentwurf für Gesamtdeutschland vor. Jener Entwurf, der sehr stark von der Weimarer Verfassung geprägt war, bildete die Grundlage für die 1948 vom Verfassungsausschuss des Deutschen Volksrates unter Vorsitz von Otto Grotewohl ausgearbeitete und mit der Gründung der DDR in Kraft getretene Verfassung. Auf die Arbeit des Verfassungsausschusses nahm die sowjetische Besatzungsmacht kaum Einfluss. Wie das Grundgesetz der Bundesrepublik war auch die Verfassung der DDR von 1949 eine Reaktion auf die Erfahrungen mit der Auflösung der Weimarer Republik, auch wenn etwa 80 Artikel der Weimarer Verfassung zum Teil wortwörtlich übernommen wurden. Die Verfassung von 1949 bekannte sich zur Volkssouveränität und Gewalteneinheit, also zu einer herausgehobenen Position des Parla-

---

1 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt am Main 1991, S.11.

2 (Timm Kunstreich: Interview mit) Karl-Heinz Schöneburg: Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst, in: Widersprüche, 1990, H. 36, S.36. Siehe auch Uwe-Jens Heuer: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002, S.149.

ments (Volkskammer), bei dem die oberste Legislative, die Exekutive und die Rechtssprechung kontrollierende Gewalt lag. Die historische Begründung dafür war durchaus schlüssig. Die Verfassung war auch darüber hinaus von dem unterschiedenen demokratischen Impuls der Nachkriegsjahre geprägt. Die Grundrechte waren in dieser Verfassung noch als Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt sowie als Gestaltungsrechte der Bürger konzipiert. Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde geregelt. Die SED konnte sich bei der Erarbeitung der Verfassung gegen den Widerstand von CDU und LDPD dahingehend durchsetzen, dass Massenorganisationen am politischen Entscheidungsprozess gleichberechtigt beteiligt wurden und das parlamentarische System mit dem sogenannten Blockgedanken verknüpft wurde.

Die Verfassung von 1949 wurde in der DDR in vielerlei Hinsicht verletzt. Sie war daher nur ein Dokument, mehr Vision als Richtschnur, weshalb nicht zu Unrecht auch von einer „verfassungsleeren Zeit“ gesprochen wird.<sup>3</sup>

Die Gründe waren vielfältiger Natur. Zwar stand bei der Ausarbeitung der Verfassung die politische Entwicklung in der SBZ Pate, dennoch war die Verfassung auch auf ein Gesamtdeutschland ausgerichtet, dessen Perspektiven jedoch zunehmend verblassten. Damit waren Kollisionen mit dem Verfassungstext vorgeplant. Außerdem setzte sich in der SED verstärkt ein Rechtsverständnis durch, wonach das Recht Mittel und Instrument der Macht, im Zweifelsfall aber nicht deren Maß war. Und drittens korrespondierte dieses Rechtsverständnis mit den sich etablierenden realen Machtstrukturen, in deren Zentrum das Politbüro der SED stand, wohingegen die Verfassung keinen Führungsanspruch der SED normierte. Die uneingeschränkte und verfassungswidrige Machtposition sicherte sich das Politbüro der SED über einen ganz bestimmten Funktionsmechanismus, zu dem die Partei- und Kaderpolitik im Staatsapparat ebenso zählte wie die eingerichtete direkte funktionale Kontrolle, die der ZK-Apparat und das Politbüro der SED gegenüber Regierung und Parlament ausübten. Durch jenes zweigleisige System konnte die Volkskammer der DDR zu keiner Zeit ihre verfassungsrechtliche Stellung ausüben. Vielmehr wurde sie von Anfang an zu einer Akklamationsinstitution des Politbüros degradiert.

Es war insofern nur folgerichtig, dass die noch bestehenden Verwaltungsgerichte schon 1948 de facto nicht mehr arbeiteten. Entsprechend den Vorstellungen der SED-Führung war die Verwaltungsgerichtsbarkeit eine für den Sozialismus systemwidrige Kontrolle der Justiz über die staatliche Verwaltung. Die Abschaffung der Verwaltungsgerichtsbarkeit erfolgte 1952 durch eine interne Anordnung des Innenministers. Sie wurde damit gerechtfertigt, dass mit dem auf der 2. Parteikonferenz der SED (Juli 1952) gefassten Beschluss, in der DDR die Grundlagen des Sozialismus zu errichten, eine Interesseneinheit von Staat und Bürger entstehe. Mit der Unterstellung einer Interessenidentität von Staat und Bürger wurde

---

3 Siehe Karl-Heinz Schöneburg: *Gesellschaftliche Umbrüche und Verfassung* (1919, 1933, 1949, 1968 und 1990), in: *Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert*, Jena 1994, S.32.

zugleich behauptet, dass der Bürger keinen Schutz vor dem Staat benötige und somit auch keine einklagbaren subjektiven Rechte brauche. Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit sei nicht verträglich mit der einheitlichen Staatsgewalt. Später, auf der berüchtigten „Babelsberger Konferenz“ von 1958, wurde auch das Verwaltungsrecht als Rechtszweig vorläufig liquidiert. Erst 1988 beriet das Politbüro im Kontext mit der KSZE-Folgekonferenz über die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und fasste dementsprechende Beschlüsse, die in das im Dezember 1988 verabschiedete halbherzige Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen mündeten.

Im Übrigen folgte aus der angenommenen Identität zwischen Staat, Bürger und Volk auch die Ungleichgewichtung zwischen den politischen und sozialen Menschenrechten zuungunsten der politischen in der Rechtspraxis der DDR.

Der Verfassung von 1949 folgte in der DDR die von 1968/74, welche von der Volkskammer erlassen und durch Volksabstimmung bestätigt wurde. Das Zustandekommen und die Ausgestaltung dieser Verfassung dokumentieren, dass Beschlüsse der SED mittlerweile das oberste Prinzip der Rechtssetzung und Rechtsgestaltung in der DDR waren. Das Verfahren und die inhaltliche Ausrichtung der Verfassungsgesetzgebung wurden von Walter Ulbricht, dem damaligen Ersten Sekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, in einem ganz kleinen Kreis festgelegt, wobei dieser die Notwendigkeit einer neuen Verfassung zuerst aus den außenpolitischen Zusammenhängen herleitete. Als Ulbricht im Dezember 1967 der Volkskammer vorschlug, eine neue Verfassung auszuarbeiten, hatte er den Entwurf bereits in der Tasche. Dieser war im Geheimen unter direkter Anleitung Ulbrichts von einer handverlesenen Kommission erarbeitet worden. Die Rohfassung wurde im Politbüro der SED beraten und verändert und sodann Leonid I. Brežnev, dem Generalsekretär der KPdSU, zur Stellungnahme vorgelegt. Der nun auch mit sowjetischen Änderungen versehene Entwurf wurde Ende Oktober durch einen ebenfalls geheim gehaltenen Beschluss des Zentralkomitees der SED gebilligt. Der in der Praxis schon längst vollzogene Führungsanspruch der SED als der Staatspartei wurde in Artikel 1 der Verfassung nun offen formuliert. Die Verfassung bekannte sich zum Prinzip der Gewalteneinheit und dem der Volkssouveränität, das jedoch verfassungsrechtlich dem Prinzip des demokratischen Zentralismus subordiniert wurde. Grundrechte waren in dieser Verfassung weder Abwehrrechte gegen den Staat noch einklagbar. Verwaltungsgerichte oder eine Verfassungsgerichtsbarkeit waren nicht vorgesehen. Die wichtige Herrschaftskontrollfunktion des Rechts fehlte. Der Bürger, fühlte er sich in seinen Rechten verletzt, war auf den Untertanenpfad der Eingaben verwiesen. Das Ungleichgewicht zwischen den politischen und sozialen Menschenrechten wurde fortgeschrieben.<sup>4</sup>

---

4 Siehe Karl A. Mollnau: Die Rechtsstaatsproblematik in der Rechtswissenschaft der DDR, in: Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, 1996, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S.23-33; Ders.: Das Eigene und das Fremde, in: Jörg Franke u. a. (Hrsg.): Spannung im Verfassungsbogen, Potsdam 1998, S.132-140.

Letztlich war die Verfassung von 1968/74 in der Praxis der DDR ein politisches Dokument für Feiertage, jedoch kein juristisches Dokument.

*Die verfassungsrechtliche Situation im Herbst 1989*

Es nimmt nicht wunder, dass die Protagonisten des Herbstes 1989, die Bürgerbewegungen und die Reformkräfte in der SED, die Verfassungsfrage thematisierten. Im Spätsommer hatte sich eine gemeinsame Front gegen die Gerontokraten des Politbüros gebildet, die sich quer durch die politischen Auffassungen in der DDR zog. Diese gemeinsame Front unterstellte die Existenz der DDR als legitim, bestritt jedoch exakt das, was Otto Reinhold zu diesem Zeitpunkt formulierte: Eine DDR ohne Sozialismus, so wie er bestand, habe keine Existenzberechtigung.<sup>5</sup> Es galt aber, die DDR und damit auch den Sozialismus anders zu denken, als jener Chef der SED-Akademie für Gesellschaftswissenschaften sich Sozialismus vorstellte. Den Bürgerbewegungen ging es nicht darum, das SED-Regime zu stürzen, sondern es der öffentlichen Kontrolle zu unterziehen und zu demokratisieren.

Mit diesen Vorstellungen trafen sich die Bürgerbewegungen mit dem Reformkräften innerhalb der SED. Beispielsweise forderten die Autoren des Projektes „Moderner Sozialismus“ einen Parteienpluralismus, die Akzeptanz der Basisaktivitäten der Bürger, die Einklagbarkeit der Grundrechte und folglich die Erarbeitung einer neuen Verfassung für die DDR.<sup>6</sup>

Zwischen den Bürgerbewegungen und den Reformern in der SED bestand Einigkeit darüber, dass es für das Ziel einer an Haupt und Gliedern erneuerten DDR einer neuen Verfassung bedurfte. Es ging ihnen um eine Gesellschaftsgestaltung im Rahmen einer Verfassungsdiskussion. Im Übrigen stand auch die große Demonstration am 4. November 1989 in Berlin, der Höhepunkt des historischen „Herbstsemesters“, unter einem verfassungsrechtlichen Aspekt. Das verdeutlicht bereits ein Blick auf die verwendeten Lösungen: „Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit“, „Öko-Daten ohne Filter“ oder „Visafrei bis Hawaii“.<sup>7</sup> Demonstriert wurde vornehmlich für Presse- und Meinungsfreiheit sowie für Freizügigkeit.

Ende 1989 kam es in der DDR zur Bildung der Runden Tische. Sie waren Vermittlungsstellen, die der Opposition Einfluss auf exekutive und legislative Prozesse einräumten und zugleich jene Autorität besaßen, die die delegitierte Staatsmacht längst verloren hatte.

Alle Teilnehmer des Zentralen Runden Tisches stimmten im November 1989 darin überein, sofort mit der Erarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die

---

5 Siehe Bernd Florath: Opposition und Widerstand, in: Clemens Burrichter/Detlef Narkath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945-2000, Berlin 2006, S.407f.

6 Siehe Harald Bluhm u. a.: Sozialismus in der Diskussion 2. Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990.

7 Zit. nach: Volker Braun: Werktag 1. Arbeitsbuch 1977-1989, Frankfurt am Main 2009, S.977.

DDR zu beginnen. Der Zentrale Runde Tisch berief daher eine Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“. Alle relevanten politischen Gruppen und Parteien waren in dieser Arbeitsgruppe vertreten, von der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ bis hin zur CDU. Der Plan jener Arbeitsgruppe sah vor, den Verfassungsentwurf einer im Mai 1990 zu wählenden Volkskammer zur Bestätigung vorzulegen und danach über eine Volksdiskussion und einen Volksscheid zu verabschieden.

Der Fahrplan, den sich die Arbeitsgruppe gegeben hatte, wurde jedoch durch die politischen Ereignisse sehr schnell obsolet. Da die Volkskammerwahl auf den März vorgezogen wurde, musste auch die Arbeitsgruppe die Arbeit am Entwurf beschleunigen. Ein erster, unfertiger Entwurf lag dem Zentralen Runden Tisch auf seiner letzten Sitzung am 12. März 1990 vor. Die Vertreter der Bewegungen und Parteien am Runden Tisch fassten an diesem Tag den Beschluss: „5. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches ist in die Debatte um eine neue gesamtdeutsche Verfassung einzubeziehen, wie dies auch in der Präambel und im Artikel 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen ist.“<sup>8</sup> Der Gesamtentwurf einer neuen Verfassung wurde im April vorgestellt und am 5. April 1990 dem Ministerpräsidenten übergeben.<sup>9</sup> Nicht ohne Grund gilt das Dokument als Vermächtnis des Runden Tisches.

Die folgenden Diskussionen in der Volkskammer dokumentieren das Verfassungsverständnis im neu gewählten Parlament. Unzählige Debatten um die Vereidigung und die dabei verwendete Eidesformel der Minister und um das Staatswappen dominierten die Plenarsitzungen. Hingegen war die Behandlung des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches eher beschämend. Auf der 3. Tagung der Volkskammer am 19. April 1990 war dieser Verfassungsentwurf Gegenstand der Diskussion innerhalb einer Aktuellen Stunde. In der Debatte führte Gerd Poppe (Bündnis 90/Grüne, früher Initiative für Frieden und Menschenrechte) aus, dass erst eine neue Verfassung die Grundlage bilde für den auf Volkssouveränität basierenden Rechtsstaat.<sup>10</sup> Poppe zählte selbst zur Arbeitsgruppe „Neue Verfassung“. Ähnlich wie Poppe argumentierte Gerhard Riege (PDS), der seine Genugtuung darüber zum Ausdruck brachte, dass der Verfassungsentwurf des Runden Tisches durchdrungen sei von einem demokratischen und humanistischen Grundgestus und die positiven und negativen Erfahrungen aus 40 Jahren DDR verarbeitet habe. Der Entwurf sei wichtig, so Riege, für einen gleichberechtigten Einigungsprozess und gleichzeitig ein Angebot für eine Verfassung

---

8 Entwurf einer Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches vom 6. April 1990, in: Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, hrsg. von Ingo von Münch unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter Hoog, Stuttgart (1991), S.122-162, hier Anhang: Beschluß des Runden Tisches vom 12. März 1990, S.161.

9 Siehe Klaus Emmerich: Geschichte des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches, in: Demokratie und Recht, 1990, H. 4, S.376-381.

10 Siehe Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode (3. Tagung), Donnerstag, den 19.4.1990, S.52.

des geeinten Deutschlands.<sup>11</sup> Die Vertreterin des Demokratischen Aufbruchs, Rechtsanwältin Brigitta-Charlotte Kögler, meinte hingegen: „Wozu brauchen wir noch eine Verfassung? [...] Der Verfassung, die wir bisher hatten, der sozialistischen, haben wir die Absage erteilt. Das hat das Votum am 18. März eindeutig ergeben. (Beifall bei CDU, DA und DSU) Es bedarf überhaupt nicht mehr des formellen Aktes, diese Verfassung z. B. außer Kraft zu setzen. Sie ist außer Kraft gesetzt worden durch das Volk, durch die Abstimmung. (Unruhe im Saal. Ja-wohl! und Beifall bei CDU, DA und DSU) Teile und Rudimente dieser 74er-Verfassung existieren noch, aber in der Form eines einfachen Gesetzes.“<sup>12</sup> Darüber hinaus argumentierten Abgeordnete mit Zeitnot. Der Übergang, in dem man sich befände, ließe Zeitverschwendung für eine Verfassungsdiskussion nicht zu. Was bei Brigitta-Charlotte Kögler besonders offenkundig war: Hier reproduzierte sich letztlich das Rechtsverständnis der SED.

Das parlamentarische „Aus“ für den Entwurf folgte dann in der 5. Sitzung der Volkskammer am 26. April 1990. Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne hatte zwei Anträge eingebracht: zur Inkraftsetzung eines vorläufigen Grundgesetzes für die DDR und zur Volksabstimmung über eine neue Verfassung.

Es waren dann die SPD-Politiker Reinhard Höppner (auch Vizepräsident der Volkskammer) und Richard Schröder (Fraktionsvorsitzender), die es mit einigen Geschäftsordnungstricks erreichten, dass über beide Anträge in folgender Form zusammen abgestimmt wurde: „Wer ist dafür, daß diese Anträge zur Sachberatung an den Verfassungsausschuß überwiesen werden?“<sup>13</sup> In der Abstimmung äußerten sich 179 Abgeordnete dagegen und 167 dafür, die Anträge zu überweisen. „Nicht überweisen“ bedeutete in diesem Fall jedoch, die Debatte ergebnislos zu beenden. Damit verschwand der Verfassungsentwurf des Runden Tisches in der Schublade der Volkskammerpräsidentin, Dr. Sabine Bergmann-Pohl. Er erreichte nicht einmal den Verfassungsausschuß.

1862 hielt Ferdinand Lassalle in einem Bürger-Bezirks-Verein Berlins einen Vortrag „Über Verfassungswesen“. Hintergrund dieses Vortrages war der Preußische Verfassungskonflikt. Lassalle unterschied in seiner Rede zwischen der Verfassung und dem Verfassungsgesetz. Die Verfassung bilden die tatsächlichen Machtverhältnisse eines Landes, wohingegen das Verfassungsgesetz lediglich ein beschriebenes Blatt Papier sei – wertlos, wenn es den realen Machtverhältnissen nicht entspreche.<sup>14</sup> Verfassungsfragen sind Machtfragen! Das ist die heute noch gängige Quintessenz der Verfassungstheorie Lassalles.

Dass die Behauptung Lassalles so falsch nicht ist, zeigt auch das Schicksal der Verfassung des Runden Tisches, die folgenlos vom Tisch der Volkskammer

---

11 Siehe ebenda, S.56.

12 Ebenda, S.53. Siehe auch ausführlich zur Diskussion in der Volkskammer Uwe-Jens Heuer/Gerhard Riege: Der Rechtsstaat – eine Legende?, Baden-Baden 1992, S.25ff.

13 Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. 10. Wahlperiode. 5. Tagung, Donnerstag, den 26. April 1990, S.126.

14 Siehe Ferdinand Lassalle: Reden und Schriften, Leipzig 1987, S.130, 147.

gefeht wurde, als deren frisch gewählte Mehrheit sich eilig auf den Beitrittsweg begab.

### *Volkseigentum + Demokratie*

Aber das Schicksal der Verfassung des Runden Tisches war auch von deren Inhalt vorherbestimmt. Das Verfassungsgesetz eines Staates oder Bundeslandes enthält immer die grundlegenden und zugleich folgenreiche Bestandteile der herrschenden Ordnung einer Gesellschaft, Elemente deren wirtschaftlicher, politischer und geistiger Verhältnisse. Volker Braun hat im November 1989 die Intensionen, von denen sich die Mehrheit der Autoren des Verfassungstextes leiten ließ, auf den Punkt gebracht: „Volkseigentum + Demokratie, das ist noch nicht probiert, noch nirgends in der Welt. Das wird man meinen, wenn man sage: made in GDR. Die Verfügungsgewalt der Produzenten.“<sup>15</sup>

Fasst man die inhaltlichen Neuheiten der Verfassung des Runden Tisches zusammen, die ihr faszinierendes Moment ausmachen, so wird klar, dass das Projekt „Neue Verfassung“ an der konservativen Mehrheit in der neu gewählten Volkskammer scheitern musste.

Das Faszinosum dieser Verfassung ist bereits das Staatssymbol: Schwerter zu Pflugscharen, ergänzt durch die Präambel aus der Feder von Christa Wolf. Da heißt es u. a.: „Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseres Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen, [...] gründend auf der revolutionären Erneuerung, entschlossen, ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln, das Würde und Freiheit des einzelnen sichert, gleiches Recht für alle gewährleistet, die Gleichstellung der Geschlechter verbürgt und unsere natürliche Umwelt schützt, geben sich die Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik diese Verfassung.“<sup>16</sup>

Der Verfassungstext ist des Weiteren geprägt von den negativen und positiven Erfahrungen aus der DDR. Er lehnt sich an und setzt sich auseinander mit dem Bonner Grundgesetz. Das Großartige an dieser Verfassung und am Verfassungsgebungsprozess war der Versuch, das, was sich im Oktober/November 1989 „von unten“ an Umbrüchen vollzogen hatte, in eine verfassungsrechtliche Form zu gießen. Anders ausgedrückt: Es ging darum, die Impulse „von unten“, die zur Beseitigung des verkrusteten stalinistischen Systems geführt hatten, verfassungsrechtlich zu verankern.

Folge dieser Überlegungen war, dass der Menschenrechtsteil des Entwurfs als ein klares Bekenntnis zur Basisdemokratie angelegt ist. Dies drückt sich darin aus, dass Bürgerkomitees, Bürgerbewegungen, Gruppierungen „von unten“, Interessengemeinschaften das Recht eingeräumt wurde, sich in den staatlichen Willens-

---

15 Volker Braun: Wir befinden uns soweit wohl. Wir sind erst einmal am Ende, Frankfurt am Main 1998, S.21.

16 Entwurf einer Verfassung, S.122f.

bildungsprozess einzubringen bzw. diesen zu kontrollieren. Beispielsweise heißt es im Art. 35: „Vereinigungen, die sich öffentlichen Aufgaben widmen und dabei auf die öffentliche Meinungsbildung einwirken (Bürgerbewegungen), genießen als Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle den besonderen Schutz der Verfassung.“<sup>17</sup> Dem Grundgesetz ist solche Art Basisdemokratie fremd.

Das Bekenntnis zur Basisdemokratie führte auch dazu, dass Sperrklauseln im Entwurf nicht verankert wurden, hingegen aber eine Volksgesetzgebung verfassungsrechtlich geregelt wurde. Art. 89 lautet: „Die Gesetze werden durch die Volkskammer oder durch Volksentscheid beschlossen.“<sup>18</sup> Im Art. 98 wird weiter ausgeführt: „Gesetzesvorlagen zu einem Volksentscheid werden durch Volksbegehren beim Präsidenten der Republik eingebracht. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf zugrunde liegen. Im Entwurf sind neun Vertrauensleute zu benennen. Der Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn das Begehren von 750 000 stimmberechtigten Bürgern gestellt wird.“<sup>19</sup>

Solche Institute finden sich im Grundgesetz nicht. In den Beratungen zum Grundgesetz war, um die Vernachlässigung basisdemokratischer Elemente zu legitimieren, eine konstruierte Vergangenheit herangezogen worden. Aber weder die Macht des Volkes noch die Plebiszite – die beiden Volksabstimmungen in der Weimarer Republik zur Fürstenenteignung (1926) und Young-Plan (1929) waren bekanntlich gescheitert – hatten die Republik von Weimar ruiniert, wie seinerzeit in den Debatten um das Grundgesetz kolportiert wurde.

Die Verfassung des Runden Tisches sieht mehrere Formen des Eigentums vor, wobei auch dem genossenschaftlichen Eigentum besonderer Schutz zukommen sollte. Art. 29 Abs. 2 lautet dementsprechend: „Das persönlich genutzte und das genossenschaftliche Eigentum sowie die aufgrund eigener Leistung erworbenen Rentenansprüche und -anwartschaften stehen unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Der Erwerb von persönlichem Eigentum an Wohnungen und Wohngrundstücken und die Bildung genossenschaftlichen Eigentums werden gefördert.“<sup>20</sup>

Zudem baut der Entwurf die verfassungsrechtliche Gleichstellung von Mann und Frau weiter aus (auch indem das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft normiert wird) und gewährt jedem Bürger den unentgeltlichen Zugang zu allen öffentlichen Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen.

Der Entwurf macht auch Ernst mit der Einheit der Menschenrechte. Er regelt die politischen Freiheitsrechte ebenso wie die sozialen Rechte (Recht auf angemessenen Wohnraum, Recht auf Arbeit). Ein Blick auf das gegenwärtig geltende Grundgesetz macht den Unterschied deutlich. Unter Grundrechten werden im

---

17 Ebenda, S.132.

18 Ebenda, S.145.

19 Ebenda, S.148.

20 Ebenda, S.130.

Grundgesetz die elementaren Bürgerrechte, also die politischen Freiheitsrechte verstanden. Sie sind zugleich objektives Recht der Gesellschaft und subjektives Recht der Bürger. Soziale Grundrechte gibt es in der geschriebenen Verfassung nicht, obgleich das Sozialstaatsgebot (Art. 20, 25 und 28) zu dem mit einer Unveränderbarkeitsklausel versehenen Kern des Grundgesetzes zählt. Dieser Zustand entspricht dem Ungleichgewicht zwischen Rechts- und Sozialstaat in der bundesdeutschen Verfassungsordnung.<sup>21</sup> Es ist aber ein Gebot des Völkerrechts, die Einheit von sozialen und politischen Grundrechten als gleichermaßen Menschenrechte herzustellen. Zumindest ergibt sich dies aus den beiden Internationalen Pakten über bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966.<sup>22</sup> Denn es bleibt, um mit Hegel zu sprechen, nur eine „leere Abstraktion“, die Würde des Menschen für unantastbar zu erklären, ohne zugleich die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen dieser Würde sicherzustellen. Man muss nicht Marxist sein, um zu begreifen, dass wirkliche Freiheit die Bedingungen ihrer Verwirklichung impliziert.

Es ist diese Erkenntnis, auf der die Menschenrechtskonzeption der Verfassung des Runden Tisches fußt. Eine Erkenntnis, die heute, in einer Zeit, da Regierungen oft den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorrangig als einen Kampf gegen Arbeitslose führen, gar nicht hoch genug zu bewerten ist.

#### *Was bleibt von der Verfassung des Runden Tisches?*

Natürlich haben auch Entwürfe eine Wirkungsgeschichte. Man denke an die Jakobiner-Verfassung von 1793 oder die Paulskirchen-Verfassung von 1848. Der Entwurf der Verfassung des Runden Tisches umfasst ein Gedankenmaterial, welches bei der Erarbeitung der ostdeutschen Länderverfassungen eine bedeutende Rolle spielte. Vor allem die Brandenburger Landesverfassung trägt Spuren des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches. Zum Beispiel regelt der Entwurf, dass der Strafvollzug vornehmlich der gesellschaftlichen Wiedereingliederung dienen soll (Art. 12 Abs. 4).<sup>23</sup> Dementsprechend heißt es im Art. 54 der Brandenburger Landesverfassung: „Im Strafvollzug ist die Würde des Menschen zu achten; er muss darauf ausgerichtet sein, den Strafgefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftat zu führen.“ Auch die sozialen Grundrechte finden sich in der Brandenburger Landesverfassung. Aber aus dem Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung (Art. 27 der Verfassung des Runden Tisches) ist die Verpflichtung des Landes, im Rahmen seiner Kräfte durch eine Politik der Vollbeschäftigung und Arbeitsförderung für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen, geworden (Art. 48 Abs. 1 der Landesver-

---

21 Siehe Hermann Klenner: Staatsziele als Bürgerrechte? Zum Verbindlichkeitsgrad von Staatszielen in der Brandenburger Verfassung, in: Lothar Bisky/Heinz Vietze (Hrsg.): Reformbedarf einer modernen Verfassung, Potsdam 2002, S.24-31.

22 Die beiden Pakte sind abgedruckt in: Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte, Berlin 1982, S.430ff.

23 Siehe Entwurf einer Verfassung, S.125.

fassung). Aus dem Recht auf angemessenen Wohnraum (Art. 25 der Verfassung des Runden Tisches) ist in der Landesverfassung die Verpflichtung des Landes geworden, „im Rahmen seiner Kräfte für die Verwirklichung des Rechts auf einen angemessenen Wohnraum zu sorgen, insbesondere durch Förderung von Wohneigentum, durch Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus, durch Mieterschutz und Mietzuschüsse.“ (Art. 47 der Landesverfassung).<sup>24</sup> Die sozialen Grundrechte sind also hier zu Staatszielbestimmungen zurückgestutzt worden.

Volker Braun formulierte im Oktober 1989: „Die Frage ist, ob es nicht etwas moderneres gibt, als den Zirkus der Parteien, eine Demokratie der Basis, eine Demokratie, die Lösungen für alle will. Freizügig und selbstbewußt, solidarisch in sich und mit der Natur und mitdenkend mit der Welt.“<sup>25</sup> Diese Frage ist noch nicht beantwortet. Die Verfassung des Runden Tisches versucht eine Teilantwort.

---

24 Hans-Georg Kluge/Boris Wolnicki (Hrsg.): Verfassungsgericht des Landes Brandenburg, Baden-Baden 1999, S. 310, 308.

25 Braun, Wir befinden uns soweit wohl, S.17.

Ein anderes Deutschland war möglich.

Alternative Programme für das wirtschaftliche Zusammengehen beider deutscher Staaten

Jörg Roesler

„Es gab keine Alternative“, betonte Wolfgang Schäuble, der Chefunterhändler des Einigungsvertrages auf westdeutscher Seite, rückblickend in einem Interview im Mai 2008. Konkret bezog er sich damit auf die Deindustrialisierung, die in der (Ex-)DDR nach deren ökonomischem Anschluss an die BRD in Gestalt der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion eintrat.<sup>1</sup> Nach Schäuble war die Einleitung des Einheitsprozesses mit der Ablösung der DDR-Planwirtschaft durch die Marktwirtschaft der Bundesrepublik, die an einem einzigen Tag – dem 1. Juli 1990 – vollzogen wurde, unvermeidbar. Eine Wahl, d. h. die freie Entscheidungsmöglichkeit für einen anderen als den eingeschlagenen Weg für das Zusammengehen beider deutscher Staaten gab es nicht – angeblich.

Mit diesem Beitrag soll das geistige Ringen um das Zusammengehen beider deutscher Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet rekonstruiert und nachgewiesen werden, dass es Ende 1989/Anfang 1990 eine grundsätzlich alternative Möglichkeit, zur Einheit Deutschlands zu gelangen, durchaus gab. Sie war weder fiktiv, noch blieb sie den damals in den Einigungsprozess Involvierten verborgen. Alternative Vorstellungen zum Zusammengehen beider deutscher Staaten wurden erarbeitet, veröffentlicht und debattiert. Solche Vorstellungen wurden von den maßgeblichen Politikern, insbesondere dem Kanzler der Bundesrepublik allerdings nicht aufgegriffen. Heute finden sie kaum noch Erwähnung. Das ist das Resultat einer Geschichtsschreibung, die den Vereinigungsprozess – von Jahrestag zu Jahrestag – mehr und mehr glättet. Dieses Vergessen gilt auch für die „Jubiläumsgeschichtsschreibung“ aus Anlass des 20. Jahrestages des deutschen Vereinigungsprozesses.

Die in der Regel in Programmen oder programmatischen Studien fixierten alternativen Vorstellungen zum Einheitsprozess sind Gegenstand dieses Beitrages. Doch sei, bevor wir uns den Alternativvorstellungen zuwenden, noch einmal die schließlich realisierte Transformation der DDR-Wirtschaft vorgestellt.

#### *Die realisierte Variante des ökonomischen Zusammengehens*

Sie bestand in der Übernahme des bundesdeutschen Wirtschaftsmodells, „soziale Marktwirtschaft“ genannt. Diese hatte in der vierzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik mehrere Wandlungen erfahren. Bei der 1989 in der Bundesrepublik real existierenden sozialen Marktwirtschaft handelte es sich konkret um die

---

1 Siehe Es gab keine Alternative. Gespräch der Journalisten Gabriele Oertel und Jürgen Reents mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, in: Neues Deutschland, 18.5.2009.

seit Mitte der 1960er-Jahren keynesianistisch begründete, anfangs staatsinterventionistisch geprägte, seit 1982 jedoch unter neoliberalen Vorzeichen abgerüstete freie Marktwirtschaft. Der 1982 eingeleitete Prozess der stärkeren „Vermarktwirtschaftlichung“ und Privatisierung war 1989 noch im Gange. Die wichtigsten Merkmale dieser „Sozialen Marktwirtschaft“ waren Ende der 80er-Jahre die überwiegende Steuerung der Wirtschaft über den Marktmechanismus und ein weitgehender Monismus der Eigentumsform, d. h. das Vorherrschen des Privateigentums. Eine rasche und konsequente Übertragung der westdeutschen Marktwirtschaft auf die DDR, von Kritikern auch als Überstülperung des westdeutschen Wirtschaftsmodells bezeichnet, verlangte in ihrer Konsequenz, den Einigungsprozess durch eine Währungs- und Wirtschaftsunion auf dem Wege der Schocktherapie einzuleiten.

Den für diese Art der Vereinigung verantwortlichen westdeutschen Politikern ging es bei der Schaffung eines „Instant-Kapitalismus“ auf dem Gebiet der DDR nicht nur um die vollständige Übernahme des bundesdeutschen Wirtschaftssystems, sondern auch um die Vorwegnahme des für die (alte) Bundesrepublik als Endziel angestrebten konsequent neoliberalen Modells. Deutlich ausgesprochen wurde dies in dem einzigen wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten, das eine Währungs- und Wirtschaftsreform am Beginn des Einigungsprozesses guthieß. In ihm hieß es: „Bei einigen auch in der Bundesrepublik nicht oder nicht ausreichend liberalisierten Bereichen wie dem Verkehrswesen, den Versicherungen und der Telekommunikation sollte die DDR sogar über die Rückständigkeit der Bundesrepublik hinweggehen und sich unmittelbar an den Ländern der EG (Vorläufer der EU, J. R.) orientieren, die auf dem jeweiligen Gebiet den höchsten Liberalisierungsgrad erreicht haben“.<sup>2</sup> Der Historiker Georg Fülberth formulierte diese Zielstellung später kurz und bündig so: „Zugleich waren diese Privatisierungen (in Ostdeutschland) ein Vorgriff auf die Aufhebung öffentlichen Eigentums, die in der Folgezeit auch im Westen stattfand.“<sup>3</sup>

Die am 1. Juli 1990 realisierte Variante der wirtschaftlichen Vereinigung wurde Mitte Dezember 1989 im Kanzleramt unter Helmut Kohl geboren. Entsprechende Planspiele gab es um diese Zeit auch im Finanzministerium. Im Verlauf des Januars wurden aus den Planspielen ernsthafte Überlegungen. Anfang Februar 1990 entschied sich die Bundesregierung dafür, die Wirtschafts- und Währungsunion zeitlich an den Beginn des Prozesses zu setzen, den sie der DDR-Regierung zur Annäherung beider deutscher Staaten vorschlug. Die Pläne für eine Währungsunion wurden am 7. Februar 1990 im Kabinett beschlossen und am 17. Februar anlässlich einer Bundestagsdebatte zur Deutschlandpolitik auch

---

2 Hans Willgerodt unter Mitwirkung von Barbara Dluhosch/Malte Krüger: Vorteile der Wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Köln März 1990, S.34.

3 Georg Fülberth: *Finis Germaniae*. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 2007, S.239.

öffentlich verkündet.<sup>4</sup> Seit dem 7. Februar tagte in kurzen Abständen der „Kabinettsausschuß Deutsche Einheit“ in Bonn und beschäftigte sich mit den einzelnen Maßnahmen zur Realisierung der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion. In der ersten Märzhälfte, im Nachhinein also, lieferte Hans Willgerodt, Wirtschaftsprofessor an der Universität Köln, der Regierung die „wissenschaftliche Grundlage“ für ihr Vorgehen, das Gutachten „Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“, das in großer Auflage als Sonderdruck des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erschien.<sup>5</sup>

Wenig später, am 18. März, gewann die von Bundeskanzler Kohl zusammengestellte „Allianz für Deutschland“ die Volkskammerwahlen in der DDR. Damit war das Transformationskonzept der Bundesregierung auch für die DDR politisch abgesichert. Mitte Mai wurde der Vertrag über die wirtschaftliche Vereinigung, der sogenannte „erste Staatsvertrag“, von den Finanzministern beider Länder unterzeichnet. Er trat am 1. Juli 1990 in Kraft.<sup>6</sup>

#### *Alternativprogramme zu Schocktherapie und Totalprivatisierung im Osten*

Zwischen Mitte Dezember 1989 und Anfang Februar 1990 gewann nicht nur Kohls Transformationskonzept Gestalt. Von verschiedenen Seiten wurden auch Konzepte entwickelt und Programme vorgelegt, die explizit oder eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext andere Vorstellungen zur Umwandlung der Planwirtschaft der DDR in eine Marktwirtschaft und zum wirtschaftlichen Zusammengehen beider deutscher Staaten beinhalteten. Bestimmte Forderungen waren allen diesen Programmen gemeinsam: Die zukünftige Wirtschaft im Osten Deutschlands sollte zwar über den Markt gesteuert werden, aber in eine Rahmenplanung eingebunden sein. Niemand wollte die Fortsetzung des bisherigen Systems direkter Planung. Aber der Staat sollte die aus dem Rahmenplan abgeleiteten indikativen Planziele mithilfe fiskalischer Instrumente (Steuern, Kredite, Subventionen usw.) durchsetzen können. Privateigentum sollte in Zukunft überwiegen, doch sollten Staats-, kommunales und genossenschaftliches Eigentum eine bedeutende Rolle spielen. Nicht Monismus, sondern Pluralismus der Eigentumsformen wurde in den Programmen gefordert.

Der Verzicht auf eine totale Transformation hätte für eine schrittweise Verwirklichung des Übergangs zur Marktwirtschaft parallel zur politischen Annäherung beider deutscher Staaten bzw. zur Herstellung der deutschen Einheit Raum gelassen. Die Verfasser der Programme vertraten die „Krönungstheorie“, d. h. der

---

4 Siehe Hanns Jürgen Küsters: Entscheidung für die deutsche Einheit, in: Ders./Daniel Hofmann (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes, München 1998, S.80-90.

5 Siehe Willgerodt/Dluhosch/Krüger, Vorteile.

6 Siehe Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Der Staatsvertrag. Grundlage der deutschen Einheit, Berlin-Bonn, Juni 1990.

Währungsverbund sollte erst am Ende einer Annäherung bzw. Angleichung des wirtschaftlichen Niveaus beider deutscher Staaten stehen.<sup>7</sup>

Diese Programme sind heute weitgehend vergessen. Es gibt auch keinen vollständigen Überblick über sie. Hier seien wenigstens fünf Alternativvorstellungen aus der DDR und drei aus der Bundesrepublik genannt. Chronologisch geordnet, handelt es sich bei den programmatischen Vorstellungen, die in der DDR entstanden, um folgende:

- „Leitsätze liberal-demokratischer Politik heute“ der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), veröffentlicht in „Der Morgen“ vom 5. Dezember 1989,
- „Position der CDU für Gegenwart und Zukunft“, erarbeitet für den Sonderparteitag vom 15./16. Dezember 1989,
- Interview mit Gerd Poppe, einem der drei Sprecher der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, über die programmatischen Vorstellungen dieser Bürgerbewegung vom Dezember 1989,
- 1. Entwurf für Programm und Statut des Neuen Forum vom 10. Januar 1990,<sup>8</sup>
- „Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR. Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 16.11.1989“. Das Konzept wurde am 1. Februar 1990 vom Ministerrat der DDR beschlossen<sup>9</sup> und am 5. Februar vom Runden Tisch „als Grundlage weiterer notwendiger Entscheidungen zur Durchführung der Wirtschaftsreform“ positiv eingeschätzt.<sup>10</sup>

Die bekanntesten in der Bundesrepublik entwickelten Vorstellungen zu einer schrittweisen wirtschaftlichen Annäherung beider deutscher Staaten und zur Bewahrung spezifischer Eigentums- und Lenkungsverhältnisse in der DDR – wenigstens für eine mehrjährige Übergangszeit – sind:

- das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 20. Januar 1990 der Regierung übergebene Sondergutachten „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten“,<sup>11</sup>

---

7 Siehe Küsters, Entscheidung, S.949.

8 Gesamtdeutsches Institut: Dokumentation zur Entwicklung der Blockparteien der DDR von Ende September bis Anfang Dezember 1989, Bonn 1989; Gesamtdeutsches Institut: Dokumentation zur Entwicklung der neuen Parteien und Bürgerrechtsgruppen in der DDR (November 1989-Februar 1990), Bonn 1990.

9 Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR: Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990.

10 Ebenda, S.IV.

11 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990, Wiesbaden 1990.

- die Studie für die Landtagsfraktion der SPD Niedersachsen „Umbau der DDR-Wirtschaft und Implikationen für die BRD“,<sup>12</sup>
- der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (F.D.P) zu einem 3-Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR vom 6. Februar 1990.<sup>13</sup>

Wie reagierten die maßgeblichen Politiker, d. h. die führenden Mitglieder der Koalitionsregierung von CDU/CSU und F.D.P, insbesondere Kanzler Kohl, Bundesfinanzminister Theo Waigel und der F.D.P-Spitzenpolitiker Otto Graf Lambsdorff auf die veröffentlichten alternativen Programme? Wie wurde Stellung dazu genommen und mit den alternativ denkenden Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern umgegangen? Tatsache ist, dass keines dieser Programme bei der Transformation der DDR-Wirtschaft Berücksichtigung fand.

#### *Der Umgang mit den alternativen Programmen*

Wie die herrschende Politik auf die alternativen Vorstellungen der wirtschaftspolitischen Gegenseite reagierte, sei für die in der DDR entwickelten programmatischen Vorstellungen am Beispiel der wirtschaftlichen Aussagen in den „Leitsätzen“ der LDPD geschildert.

Am 9. und 10. Februar 1990 tagte der außerordentliche Parteitag der LDPD. Der Justizminister der Regierung Modrow, Kurt Wünsche, de facto Nachfolger des bisherigen langjährigen LDPD-Vorsitzenden Manfred Gerlach, entwickelte gestützt auf die „Leitsätze“ auf dem Parteitag in einer mit viel Beifall aufgenommenen Rede seine Vorstellungen von einer gemischten Wirtschaft in der DDR. Nach ihm sprach sich der westdeutsche Parteitagsgast, der FDP-Politiker Graf Lambsdorff, gegen das von Wünsche vorgetragene Konzept aus. Ein „halbherziges Ja zur Marktwirtschaft heißt nichts anderes als ein halber Erfolg auf dem Weg zu neuen Wohlstandschancen.“ Die DDR, formulierte Lambsdorff, brauche Privateigentum ohne Wenn und Aber, „nicht nur an kleinen Handwerksbetrieben [...], sondern Privateigentum auch an Großbetrieben“. <sup>14</sup> Den LDPD-Politikern gab er zu verstehen, dass eine baldige Wirtschafts- und Währungsunion in Bonn bereits „beschlossene Sache“ sei. „Es wird einige Jahre dauern, dann wird hier eine wachsende, dynamische Wirtschaft bestehen, die schneller wächst als die bei uns.“ Zu Gerlachs Nachfolger wurde Rainer Ortleb gewählt. Für sein Auftreten auf dem Parteitag war er „eingestellt [worden] von seinen professionell arbeitenden freidemokratischen Beratern.“ <sup>15</sup>

---

12 Werner Kampeter: Umbau der DDR-Wirtschaft und Implikationen für die BRD. Studie für die Landtagsfraktion der SPD Niedersachsen, Hannover, 30. Januar 1990.

13 Siehe BMWI Tagesnachrichten, Nr. 9507, 8.2.1990.

14 Zit. nach: Manfred Bogisch: Illusionen. Enttäuschungen. Vereinnahmung. Politik der ostdeutschen Liberalen im Anschlussjahr 1990 (hefte zur ddr-geschichte 96), Berlin 2005, S.11.

15 Zit. nach: ebenda, S.13, 15.

Ein derart kaltschnäuziges Vorgehen gegen Politiker, die alternative Vorstellungen zur Wirtschaftseinheit vertraten, gab es nicht nur in der Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschen. Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann, der in seinem Ministerium einen Plan zur schrittweisen wirtschaftlichen Annäherung beider deutscher Staaten hatte ausarbeiten lassen, wurde in der entscheidenden Kabinettsitzung vom 7. Februar 1990 von Kanzler Kohl überhaupt nicht für voll genommen. Darüber berichtete der Spiegel: „Brav trug er [Haussmann] noch einen Tag vor der Kabinettsitzung der FDP-Fraktion einen eigenen Stufenplan vor, an dessen Ende das stehen sollte, was er tags darauf im Kabinett an den Anfang stellen mußte“,<sup>16</sup> d. h. die Wirtschafts- und Währungsunion.

Nicht viel besser als Wirtschaftsminister Haussmann erging es Werner Kampeter mit seiner im Auftrage der Landtagsfraktion der SPD Niedersachsen ausgearbeiteten Studie zum „Umbau der DDR-Wirtschaft“. In einem Brief an den Autor dieses Beitrages berichtete er darüber: „Das Papier wurde innerhalb der SPD außerordentlich hart verurteilt als Rückfall hinter das Godesberger Programm. [...] Gelesen wurde es schon, auch in diversen Ministerien und auch vom Bundeskanzleramt. Aber die Dinge gingen halt einen anderen Gang und [der SPD-Kanzlerkandidat] Lafontaine übernahm nur das Zahlenwerk und setzte sich zwischen alle Stühle.“<sup>17</sup>

In der Politik wurde also kräftig geholt, wenn es darum ging, alternative Vorstellungen über das wirtschaftliche Zusammengehen beider deutscher Staaten aus der Welt zu schaffen. Wie aber verhielten sich die tonangebenden Politiker der Bundesrepublik gegenüber den alternativen Programmen der von ihnen selbst bestellten Wirtschaftswissenschaftler?

Das sei anhand des Sondergutachtens des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargestellt, das den zuständigen Regierungsinstitutionen am 20. Januar 1990 zugestellt worden war. Das Gutachten traf in der letzten Phase des Verständigungsprozesses von Bundeskanzleramt und Finanzministerium über die Währungsunion bei Kanzler Kohl ein und dürfte ihn kaum erfreut haben. Denn die Sachverständigen mahnten an, bei der Umgestaltung der DDR-Wirtschaft bedacht- und behutsam vorzugehen: „Ideal wäre es, wenn die einzelnen Reformen gleichzeitig vollzogen würden, dies ist jedoch nicht möglich. Nicht alles kann auf einmal bewältigt werden; mancher Reformschritt benötigt eine geraume Zeit für die Vorbereitung, für die Durchführung und für das Wirksamwerden.“ Die Sachverständigen sprachen sich zwar für den Vorrang privaten Eigentums aus, setzten ihm aber auch Grenzen. Privatisierung „bedeutet nicht die Überführung der DDR in eine ‚staatsfreie Wirtschaft‘.“ Die Freigabe der Preise sollte schrittweise vorgenommen werden, zunächst nur „bei

---

16 Der Spiegel, 1990, Nr. 7, S.25f.

17 Brief von Werner Kampeter vom 16. April 2007 an den Autor.

allen international handelbaren Gütern“.<sup>18</sup> Eine Schocktherapie lehnten die Wirtschaftsexperten somit ab.

Anfang Februar erfuhren die Verfasser des Gutachtens, dass Bundeskanzler Kohl ihre Vorstellungen offensichtlich vollständig zu ignorieren gedachte. Daraufhin wandte sich der Vorsitzende des Sachverständigenrats Hans K. Schneider am 9. Februar 1990 im Namen seiner Kollegen in einem Brief an Kohl: „Mit Besorgnis“, hieß es einleitend, „verfolgt der Sachverständigenrat die jüngsten Überlegungen, die auf die baldige Einführung einer Währungsunion mit der DDR hindrängen. Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen. [...] Was an Reformschritten in der DDR bislang unterblieben ist, kann nicht durch eine Währungsunion ausgeglichen werden.“ Abschließend hieß es unmissverständlich: „Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel“.<sup>19</sup> Eine direkte Antwort auf dieses Schreiben bekamen die Mitglieder des Sachverständigenrats nie.

Indirekt reagierte Kohl aber auf zweierlei Weise. Am 17. Februar, d. h. acht Tage nach Eingang des Briefes, sprach der Kanzler in seiner Bundestagsrede zur Deutschlandfrage von „kritischen Stimmen von Experten“ zur Kabinettsentscheidung, wies diese Stimmen jedoch mit folgenden Worten zurück: „In einer solchen Situation geht es um mehr als Ökonomie, so wichtig Ökonomie auch ist.“<sup>20</sup> Den Vorwurf, die Stimme der Wissenschaftler ignoriert zu haben, wollte Kohl jedoch nicht auf sich sitzen lassen. Die eigentliche und ausführliche Antwort erfolgte durch ein bestelltes Gutachten, das für die Bundesregierung vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln unter Federführung von Professor Hans Willgerodt angefertigt wurde. Dieses Gutachten hatte zwei Funktionen.

Erstens sollte es nachweisen, dass das Eintreten der Sachverständigen für ein behutsames Vorgehen und eine – wenigstens zeitweilige – Beibehaltung staatlichen Eigentums und planwirtschaftlicher Elemente bei der Einrichtung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland wissenschaftlich unhaltbar sei. So kann man zum Thema „gemischte Wirtschaft“ bei Willgerodt lesen: „Für die Lenkung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wird dieser Prozeß über den Markt gesteuert oder über einen zentralen gesamtwirtschaftlichen Plan. [...] Wenn die Absicht bestehen sollte, für die Lenkung des gesamtwirtschaftlichen Prozesses eine Art ‚dritten Weg‘ zwischen Markt und Plan zu suchen, so wäre ein solcher Versuch zum Scheitern verurteilt“.<sup>21</sup> Gegen die Beibehaltung von Volkseigentum in dieser oder jener Form des Staatseigentums, gegen daraus resultierende Staatsbetriebe, die vor dem Aufkauf durch private Investoren aus dem Westen geschützt wären, schrieb Willgerodt: „We-

---

18 Sachverständigenrat, Zur Unterstützung, S.5, 13, 18.

19 Küsters/Hofmann, Dokumente, S.778f.

20 Das Parlament, 1990, Nr. 9-10, S.2.

21 Willgerodt/Dluhosch/Krüger, Vorteile, S.1f.

sentlich wirksamere Impulse können erreicht werden, wenn Gebietsfremde nicht nur in [...] beschränkter Form (Joint Ventures), sondern generell und ohne Begrenzung auf eine bestimmte Quote durch Beteiligung oder Gründung von Tochtergesellschaften tätig werden können.“<sup>22</sup>

Besonders kritisch äußerte sich Willgerodt über die Mahnung des Sachverständigenrats, eine Schocktherapie zu vermeiden: „Das oft empfohlene allmähliche und schrittweise Vorgehen, mit dem die ordnungspolitische Wende schonender vollzogen werden soll, verkennt weitgehend das zu lösende Problem, für das es keine Zwischenlösungen geben kann.“<sup>23</sup>

Willgerodt nannte in seinem Gutachten nicht die Namen der Vertreter „irriger“ ökonomischer Vorstellungen. Ihm ging es darum, nicht nur Fachwissenschaftlern, sondern auch wirtschaftswissenschaftlichen Laien nahezubringen, dass die in Ausarbeitung befindliche Transformationspolitik des Kanzlers nicht nur praktisch durchführbar, sondern auch wissenschaftlich gerechtfertigt war. Zweifellos an den ökonomischen Laien gerichtet waren Argumentationen in Willgerodts Gutachten im Stile der folgenden: „Wer wegen seiner Befürchtungen vor einem Systemwechsel ihn nur langsam und schrittweise vornehmen will, verhält sich wie ein Patient, der den Zahnarzt bittet, einen entfernungsbedürftigen Zahn nicht, wie es möglich wäre, mit einem einzigen Ruck herauszuziehen, sondern lieber möglichst lange Stück für Stück mit einem alten Bohrer abzutragen.“<sup>24</sup>

Neben der Diskreditierung der Anhänger einer behutsamen Transformation unter den Wirtschaftswissenschaftlern hatte das Willgerodtsche Gutachten also eine zweite Funktion. Es sollte beweisen, dass der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR richtig und unbedenklich war. Im Prinzip schloss Willgerodt aus, dass die von den Sachverständigen bei einer allzu raschen und umfassenden Transformation vorhergesagten Probleme überhaupt eintreten könnten. Die These, „wonach der Übergang zur Marktwirtschaft für die Volkswirtschaft der DDR im ganzen zunächst mit empfindlichen Wohlstandseinbußen verbunden sein müsse“, zweifelte Willgerodt an. „Daß hierzu eine Notwendigkeit besteht, ist ganz und gar unwahrscheinlich, wenn nicht sehr groteske Fehler begangen werden.“<sup>25</sup>

Stattdessen stellte er blühende Gewerbelandschaften in Aussicht, die in der DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion seiner Meinung nach entstehen würden: „Nach Öffnung der Grenze für den Freihandel mit der Bundesrepublik werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe gesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. [...] Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesre-

---

22 Ebenda, S.25.

23 Ebenda, S.4.

24 Ebenda, S.37.

25 Ebenda, S.35.

publik oder ein Kapitalbeitrag zugeflossen ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenübersteht. [...] Die bisher künstlich zurückgestauten Aktivitäten im Handwerk und der mittleren Privatwirtschaft erleben einen explosionsartigen Aufschwung. [...] Die gerade zu Beginn der Reform zu erwartende Produktivitätssteigerung kann sehr hoch sein und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe durch Kostensenkung massiv erhöhen.“<sup>26</sup>

Zweifellos trug die rasche Verbreitung von Willgerodts Gutachten dazu bei, jenen Stimmen besorgter Wirtschaftswissenschaftler ihre Wirkung zu nehmen, die sich mit ihrer Kritik an der Kohlschen Variante der wirtschaftlichen Vereinigungspolitik an die Presse wandten, nachdem sie der Kanzler so geflissentlich überhört hatte. Einer der fünf Wirtschaftsweisen, Lutz Hoffmann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin-Zehlendorf, hatte sich in einem Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter dem Titel „Wider die ökonomische Vernunft“ entschieden gegen die von Kohl beabsichtigte Art der wirtschaftlichen Zusammenführung beider deutscher Staaten ausgesprochen.<sup>27</sup> Andere taten das auch, aber es blieben ihrer wenige. Als die Wirtschafts- und Währungsunion beschlossene Sache war, verstummten oppositionelle Stimmen unter den westdeutschen Wirtschaftswissenschaftlern vollends.

Erst im Februar 1991 ließen sich kritische Geister unter den Wirtschaftswissenschaftlern wieder in den Medien vernehmen. Anlass war die nach dem 1. Juli 1990 im Osten eingetretene katastrophale Wirtschaftslage, die selbst im neuen Jahr 1991 kaum Anzeichen einer Besserung zeigte. Ins Negative gerutscht war die Industrieerzeugung in der DDR – verglichen mit dem Vormonat – erstmals im November 1989. Der Rückgang belief sich auf zwei Prozent. Verglichen mit dem Jahresdurchschnitt von 1989 betrug die Industrieproduktion im März 1990 97,8 und im Juni 86,0 Prozent. Der Niedergang hielt sich also im ersten Halbjahr 1990, vor der Wirtschafts- und Währungsunion, noch in Grenzen. Im ersten Monat der Währungsunion, d. h. von Juni zu Juli, fiel die Industrieproduktion der DDR dagegen dramatisch um 35 Prozent. Im Dezember 1990 lag der Wirtschaftsindex (1989 = 100 genommen) für die gesamte Industrie bei 45,5 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie bei 43 Prozent, in der Leichtindustrie (ohne Textilien) bei 39 Prozent, in der Textilindustrie bei 29 Prozent, in der Bauindustrie bei 23 Prozent.<sup>28</sup>

---

26 Ebenda, S.36, 43f.

27 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.2.1990.

28 Monatszahlen 1990, zit. nach: George A. Akerlof u. a.: East Germany in from the Cold The Economic Aftermath of Currency Union, in: Brookings Papers of Economic Activity, 1991, H. 1, S.7.

In den ersten Monaten des Jahres 1991 fragten nicht wenige Kommentatoren in den Medien, wie es möglich sei, dass diejenigen Wirtschaftswissenschaftler, die im ersten Halbjahr 1990 so günstige Prognosen über das Gelingen der Transformation gemacht hatten, sich so irren konnten. Die Situation nutzte Lutz Hoffmann, um den Befürwortern der Schocktherapie unter seinen Kollegen, insbesondere Willgerodt, in einem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Artikel im Frühjahr 1991 unmissverständlich politische Willfähigkeit vorzuwerfen: „Die Tatsache, daß in einer repräsentativen Demokratie die Chance, gewählt zu werden, wirtschaftspolitische Entscheidungen wesentlich mitbestimmt“, schrieb Hoffmann darin, „kann doch wohl nicht heißen, daß die Ökonomen die Aufgabe hätten, im nachhinein die ökonomische Rationalität solcher Entscheidungen zu begründen. [...] Wirtschaftspolitische Berater sollten nicht in die Rolle von Claqueuren schlüpfen, nur weil sie fürchten, daß die Politiker sonst ihren Sachverstand als ‚politisch wertlos‘ beiseite schieben könnten.“<sup>29</sup>

*Unverträglichkeit oder Verträglichkeit von Markt und Plan. Das Beispiel der „Planification“*  
Willgerodt hatte sich hinsichtlich der von ihm vorhergesehenen positiven Wirkung der unvorbereiteten Öffnung der DDR für den bundesdeutschen bzw. den Weltmarkt auf das Wirtschaftspotenzial also total geirrt. Heißt das aber, dass die vom Sachverständigenrat empfohlene schrittweise Öffnung günstigere Ergebnisse gebracht hätte? Prinzipieller gefragt: Wäre die von diesem propagierte Mischung aus Markt und Plan, aus privatem und staatlichem Eigentum (bei eindeutigem Überwiegen des ersteren) überhaupt lebensfähig gewesen? Willgerodt und andere Anhänger des Neoliberalismus bestritten das bis zu der im Herbst 2008 beginnenden Weltwirtschaftskrise energisch.

Willgerodts Kritiker hatten aufgrund der politischen Kräftekonstellation in Deutschland 1989/90 keine Chance, ihre Vorstellungen verwirklicht zu sehen. Die Beantwortung der Frage nach der Lebensfähigkeit einer gemischten Wirtschaft muss daher zum Mittel des Vergleichs greifen. Hatte jemals in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Volkswirtschaft existiert, die aufgrund ähnlicher Vorstellungen gelenkt wurde, wie sie die Sachverständigen empfohlen hatten?

Solche Länder mit gemischtwirtschaftlichem Eigentum und beträchtlichem Einfluss des Staates auf die Lenkung der Wirtschaft gab es im westlichen Europa tatsächlich eine ganze Anzahl. Eines der wichtigsten unter ihnen war Frankreich in der zweiten Hälfte der 40er- bis Anfang der 70er-Jahre.<sup>30</sup> Der Begriff, unter dem die gemischte Wirtschaft des Landes damals subsumiert wurde, hieß „Planification“. Auf dieses Beispiel gehe ich deshalb besonders gern ein, weil es tatsächlich Vorschläge von Wissenschaftlern gab, in der DDR-Wirtschaft in der

---

29 FAZ, 26.4.1991.

30 Siehe Jean-Alain Lesourd/Claude Gérard: Histoire Économique XIX et XX siècles, Bd. 2, Paris 1963, S.444-448.

Übergangsperiode von der Plan- zur Marktwirtschaft nach dem Muster der Planification zu verfahren.

Im Januar 1990 veröffentlichten die westdeutschen DDR-Forscher Gernot Gutmann und Werner Klein im Auftrage der Jakob-Kaiser-Stiftung „Skizzen zur Reform des Wirtschaftssystems in der DDR“.<sup>31</sup> Darin entwickelten sie den Vorschlag, in der DDR eine gemischte Wirtschaft, d. h. eine auf verschiedenen Eigentumsformen beruhende und sowohl vom Markt als auch über den staatlichen Plan regulierte Wirtschaft einzuführen. „Es wäre eine Variante einer Verknüpfung von ‚Plan und Markt‘ denkbar, nämlich die indikative Planung. Dies könnte methodisch versucht werden durch Verfahren der ‚Planification‘, angewendet auf die Bedingungen der DDR.“<sup>32</sup>

Die Planification wurde in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Ziel war die Modernisierung der französischen Wirtschaft, um sie international wettbewerbsfähiger zu machen.<sup>33</sup> Mithilfe eines gesamtwirtschaftlichen, nach Branchen aufgegliederten Planes koordinierte und steuerte der Staat die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur. Das betraf nicht nur den unter anderem durch Enteignung von Nazikollaborateuren wie Renault erweiterten staatlichen, sondern auch privaten Sektor.

Die im französischen Volkswirtschaftsplan und in den Branchenplänen formulierten Ziele waren hingegen nur für die staatlichen Organe und die öffentlichen Unternehmen bindend. Deren Anteil lag damals in den wichtigsten Zweigen der Energiewirtschaft zwischen 78 und 100 Prozent, im Transportwesen zwischen 37 (Schifffahrt) und 100 Prozent (Eisenbahnen), bei Banken und Versicherungen zwischen 43 und 100 Prozent und in der Industrie zwischen zwölf (Automobilbau) und 61 Prozent (Flugzeugbau).<sup>34</sup> Um auch die privaten Unternehmen für die staatlichen Planvorgaben zu gewinnen, arbeiteten die Regierung und das 1946 gegründete Plankommissariat mit materiellen Anreizen, d. h. mit staatlichen Finanzbeihilfen, Krediten, Steuernachlässen und anderen Subventionen.<sup>35</sup> Die Planung war also sowohl direktiv als auch indikativ. Der erste französische Volkswirtschaftsplan dieser Art war 1946 bis 1950 der Monnetplan, Frankreichs „ehrgeiziges Modernisierungsprogramm“<sup>36</sup>, benannt nach dem Schöpfer der Planification Jean Monnet. Wichtiger Bestandteil der Planification war die Mitar-

---

31 Siehe Gernot Gutmann/Werner Klein: Skizzen zur Reform des Wirtschaftssystems in der DDR. Konsequenzen für die Deutschlandpolitik. Jakob-Kaiser-Stiftung. Entwicklung in Deutschland (Manuskripte zur Umgestaltung in der DDR), Januar 1990, S.36f., 38-43.

32 Ebenda, S.39.

33 Siehe Bernard J. Foley (Hrsg.): *European Economies Since the Second World War*, New York 1998, S.48.

34 Siehe Lesourd/Gérard, *Histoire Économique*, S.445.

35 Siehe Ivan T. Berend: *Markt und Wirtschaft. Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert*, Göttingen 2007, S.175.

36 Barry Eichengreen: *The European Economy since 1945. Coordinated Capitalism and beyond*, Princeton/Oxford 2007, S.59.

beit der Unternehmensverbände und Gewerkschaften in Gremien, die das Plankommissariat und die Regierung berieten. Im Jahr 1958 kam ein Sozialrat hinzu, 1962 die Raumordnungsbehörde DATAR, die für ein ausgewogenes Wachstum der Regionen zu sorgen hatte.<sup>37</sup>

Die Planification erwies sich in Frankreich als eine Erfolgsgeschichte. Unter den Bedingungen des Laissez-faire, d. h. der Lenkung der Wirtschaft fast ausschließlich über den Markt, hatte sich das durchschnittliche jährliche Wachstums des französischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 1870 und 1913 auf 1,6 Prozent belaufen. In der Zeit der Planification (hier: 1950 bis 1973) waren es 5,1 Prozent. Mit der Rückkehr zum (Neo-)Liberalismus verringerte sich das Wachstum der französischen Wirtschaft erneut. Das BIP stieg zwischen 1973 und 1998 nur noch um 2,1 Prozent jährlich.<sup>38</sup>

Damit war, lange bevor der Ökonom Willgerodt in seinem Gutachten das Gegenteil behauptete, bewiesen, dass eine gemischte Wirtschaft zumindest mittelfristig mit Erfolg betrieben werden kann.

Gutmann und Klein war dies nicht entgangen, und deshalb engagierten sie sich in ihrer Studie vom Januar 1990 für die Anwendung des Planificationsmodells auf die DDR. „Für eine zeitweise Übernahme der Methodik der Planification als Übergangslösung, ohne damit das französische Modell kopieren zu wollen, könnten folgende Argumente sprechen: Als Instrumente der indikativen wirtschaftspolitischen Beeinflussung der Marktbedingungen bieten sich zins-, kredit- und steuerpolitische Maßnahmen, evtl. auch selektiver Art, an (Zinssubventionen, staatliche oder staatlich garantierte Kredite, Steuerleichterungen)“.<sup>39</sup> Eine breite beratende Mitwirkung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und politischer Institutionen wie Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, Unternehmensvertreter und Regierungen könne helfen, die Akzeptanz der notwendigen Reformschritte zu erhöhen. „Man könnte“, argumentierten Gutmann und Klein weiter, „Planungskommissionen als Abteilungen des Wirtschaftsministeriums, also ohne eigene Entscheidungsbefugnis bilden, die sich der Infrastrukturpolitik und Regionalentwicklung widmen.“<sup>40</sup> Die von ihnen angestrebte gemischte Wirtschaft hätte mehr ostdeutschen Wirtschaftsfunktionären die Möglichkeit gegeben, ihr Wissen weiterhin im Interesse der Volkswirtschaft zu nutzen. Und ostdeutscher Sachverstand hätte, wie Gutmann und Klein meinten, durch solche „Plankommissionen“ genutzt werden können: „Letztlich wäre das Fachwissen

---

37 Siehe Henrik Uterwedde: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel, in: Marieluise Christadler/Ders. (Hrsg.): Länderbericht Frankreich: Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 1999, S.211-227, hier S.209.

38 Siehe Angus Maddison: The World Economy. A Millennial Perspective, Paris (OECD) 2001, S.262.

39 Siehe Gutmann/Klein, Skizzen, S.42f.

40 Ebenda, S.40f.

von Personen in die Arbeit der Kommissionen einzubringen, die bisher entsprechende Aufgaben in der Wirtschaftsadministration wahrgenommen haben.“<sup>41</sup>

### *Fazit*

Gutmann und Klein griffen bei der Entwicklung ihrer Vorstellungen, wie die DDR wirtschaftlich zu reformieren sei und wie beide Deutschlands wirtschaftlich zusammengehen sollten, anders als Willgerodt nicht auf eine bloße theoretische, niemals zuvor erprobte Konstruktion (die Einführung des Neoliberalismus mittels Schocktherapie) zurück. Stattdessen leiteten sie ihre Vorstellungen von einer „gemischten Wirtschaft“ in der DDR bzw. in Ostdeutschland von einem praktischen Beispiel der „mixed economy“, von der französischen Planification, ab, die fast drei Jahrzehnte lang gut funktioniert hatte. Wenn dennoch die beiden Verfechter der Einführung der Planification in der DDR genau wie alle übrigen Vertreter alternativer Vorstellungen über die für ein Zusammengehen beider deutscher Staaten notwendigen Veränderungen ohne Erfolg agierten, dann lässt das nur eine Schlussfolgerung zu: Nicht ökonomischer Sachverstand, sondern politisches Kalkül bestimmte Auswahl und Durchsetzung jener Variante der wirtschaftlichen Vereinigung, die zur Deindustrialisierung führte und damit die vollständige ökonomische Abhängigkeit des Ostens vom Westen Deutschlands bewirkte.

Alternativen zu diesem Schicksal, das bis heute ein selbsttragendes Wachstum in den neuen Ländern verhindert hat, bestanden. Sie fanden ihren Ausdruck in wahrscheinlich mehr als einem Dutzend Programmen, vorgetragen in Ost und West, von Vertretern unterschiedlicher Parteien und Weltanschauungen. Diese Programme wurden allesamt von den herrschenden westdeutschen (und ab April 1990 auch ostdeutschen) Politikern verhindert, zur Unwirksamkeit verdammt und in den folgenden beiden Jahrzehnten totgeschwiegen.

---

41 Ebenda, S.42.

# Linkssozialismus. Ursprünge und Geschichte 1917-1989

Andreas Diers

## 1. Was ist Linkssozialismus?

Was unterscheidet Linkssozialismus von anderen theoretischen und politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, z. B. vom Kommunismus oder von der Sozialdemokratie? Über die Definition des Linkssozialismus herrscht keine einhellige Auffassung. Für einige Autoren ist schon der Begriff eine bloße Tautologie – ihrer Ansicht nach ist jeder Sozialismus per se links, oder er ist kein Sozialismus.<sup>1</sup> Trotzdem befürworten diese Autoren die Verwendung des Begriffes Linkssozialismus, da er sich eingebürgert habe. Dieser Auffassung kann prinzipiell gefolgt werden. Die theoretischen und praktisch-politischen Unterschiede innerhalb der sozialistischen Bewegung herauszuarbeiten, „kann davor schützen, diese Differenzen aus partei- oder wissenschaftsegoistischen Interessen kurzerhand einfach zu negieren.“<sup>2</sup> Der Linkssozialismus ist in der Arbeiterbewegung als eine eigenständige Richtung zu betrachten.<sup>3</sup>

Schon seit dem „Revisionismusstreit“ in der deutschen und internationalen Sozialdemokratie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert waren die ersten grundlegenden theoretischen und politischen linkssozialistischen Konzeptionen im Wesentlichen erkennbar: Sie bestanden in der dialektischen Auffassung des Verhältnisses von Reform und Revolution sowie von Demokratie und Diktatur, die als eine antirevisionistische *und* antidogmatische marxistische Position der Theorie und der praktischen Politik zunächst vieler sozialdemokratischer, nach 1918 auch kommunistischer Parteien widersprach. Linkssozialisten waren Gegner einer ausschließlich reformistischen Politik und kämpften gegen Antikommunismus und Antibolschewismus als politisches Disziplinierungsmittel der Arbeiterbewegung. Zugleich kritisierten sie die einengende Verpflichtung auf verbindliche historische Vorbilder bei der revolutionären Veränderung der Ge-

---

1 Siehe Uwe Arndt u. a.: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt am Main 1990, S.197. Max Adler differenzierte schon 1932 in einem nach wie vor sehr lesenswerten Artikel zwischen einem „rechten“ und einem „linken“ Sozialismus, siehe Max Adler: Die historische Funktion des Linkssozialismus, in: Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, 1932, H. 2, Februar, S.71-76. Der generelle Unterschied zwischen diesen beiden Strömungen im Sozialismus besteht nach Ansicht Adlers dabei in dem „Gegensatz einer *reformistischen* zur *klassenrevolutionären* Auffassung des Emanzipationskampfes des Proletariats, des Weges zum Sozialismus.“ (S.72)

2 Michael Franzke/Uwe Rempe (Hrsg.): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998, S.XIII.

3 So auch Helmut Konrad: Der Linkssozialismus – eine eigenständige Position?, in: Peretz Merchav: Linkssozialismus in Europa zwischen den Weltkriegen, Wien 1979, S.XI-XXVI, hier S.XXIV.

sellschaft und traten für demokratische Diskussionsprozesse ein. Sie saßen so häufig, ja fast immer zwischen allen Stühlen in den Parteien der Arbeiterbewegung.<sup>4</sup> Die theoretisch-philosophischen und politischen Konzeptionen der Linkssozialisten zeichneten sich seit dem Revisionismusstreit dadurch aus, dass sie sowohl die politischen als auch weltanschaulich-philosophischen Positionen des Sozialreformismus kritisierten und sich mit ihnen auseinandersetzten.<sup>5</sup>

## 2. Die Ursprünge linkssozialistischen Denkens bis 1917

In Deutschland können drei Phasen unterschieden werden: 1.) die Herausbildung und Entwicklung als theoretische und politische Strömung in der Sozialdemokratie;<sup>6</sup> 2.) die theoretische, politische und organisatorische Verselbstständigung;<sup>7</sup> 3.) die organisatorische Selbstständigkeit als eigenständige Parteien.<sup>8</sup>

Am Ende der 80er- und zu Beginn der 90er-Jahre des 19. Jahrhunderts hatten sich marxistische Auffassungen im internationalen Maßstab als dominierende Ideologie in der Arbeiterbewegung weitgehend durchgesetzt. Die Parteitage in zahlreichen Ländern und die dort beschlossenen Programme sowie die Gründung der Zweiten Internationale 1889 drückten diesen Entwicklungsprozess aus. Zugleich behaupteten sich noch andere Auffassungen innerhalb der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, „und zwar anarchistische Positionen links und der ganze Komplex der christlichen Arbeiterbewegung rechts von der offiziellen Linie“.<sup>9</sup> Der offiziellen, „parteiamtliche“ Marxismus der Sozialdemokratie war jedoch weitgehend eine stark vergrößerte und zum Teil dogmatisch verknöcherte Variante der Erkenntnisse von Marx und Engels. Vor allem das Verständnis für das dialektische Verhältnis von Reform und Revolution war fast vollständig verloren gegangen. Es hatte sich „eine weitgehend mechanistische Auffassung vom historischen Ablauf der gesellschaftlichen Formationen durchgesetzt, für die die Verantwortung wohl in erster Linie bei Karl Kautsky zu suchen sein dürfte.“<sup>10</sup> Besonders die SPD-Führer beschränkten die revolutionäre

4 Siehe dazu: Ebenda.

5 Siehe auch Franzke/Rempe, *Linkssozialismus*, S.XI.

6 Diese erste Phase begann im September 1898 mit einer Artikelserie von Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ zum Revisionismusstreit in der SPD. Die Artikel sind 1899 in der Broschüre „Sozialreform oder Revolution“ zusammengefasst worden. Siehe Rosa Luxemburg: *Sozialreform oder Revolution*, in: Dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 1, Erster Halbbd., Berlin 1982, S.369-445.

7 Diese Phase begann am 4.8.1914, als nach der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten auf Initiative von Rosa Luxemburg die „Gruppe Internationale“ entstand.

8 Die dritte Phase begann mit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) am 6.4.1917.

9 Konrad, *Linkssozialismus*, S.XII.

10 Ebenda. Die verkürzte und mechanistische Auffassung einer materialistischen Geschichtsauffassung kommt in den zahlreichen historischen Schriften von Karl Kautsky seit 1890 zum Ausdruck, siehe besonders Karl Kautsky: *Die materialistische Geschichtsauffassung* (2 Bde.: Bd. 1: *Natur und Gesellschaft*, Bd. 2: *Der Staat und die Entwicklung der Menschheit*), Berlin 1927. Zu Karl Kautsky siehe Harald Koth: *Meine Zeit wird wieder kommen. Das Leben des Karl Kautsky*, Berlin 1993.

Haltung praktisch auf eine abstrakte Interpretation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dadurch entstand in der Sozialdemokratie ein Bruch: Auf der einen Seite hielt sie grundsätzlich an der revolutionären Änderung des Gesellschaftssystems fest, die sich in Zukunft irgendwann einmal als historische Notwendigkeit automatisch vollziehen würde. Andererseits galt es, die materielle, geistige, juristische und politische Situation der Arbeiterklasse durch das Erkämpfen von Reformen zu verbessern. Die notwendige revolutionäre Gesellschaftsänderung trat in den Hintergrund.

Mit ihrer Kritik am Revisionismus von Eduard Bernstein entwickelte Rosa Luxemburg als Erste einen Ansatz für eine linkssozialistische politische Konzeption. Dieser bestand in der Wiederentdeckung und Betonung des Zusammenhangs von Reform und Revolution: „Stets diente [...] im Laufe der Geschichte die gesetzliche Reform zur allmählichen Erstarkung der aufstrebenden Klasse, bis [diese] sich reif genug fühlte, die politische Macht zu erobern und das ganze bestehende Rechtssystem umzuwerfen, um ein neues aufzubauen.“<sup>11</sup> Dieser „revolutionäre Reformismus“ war eine linkssozialistische Antwort auf den Revisionismus und auf die mechanistischen Revolutionserwartungen. Sie lehnte ein Schablonendenken und Textexegesen der „Klassiker“, mit denen die jeweiligen konkreten historischen Rahmenbedingungen negiert wurden, ab.<sup>12</sup>

### 3. Die Entwicklung in den Jahren 1917-1933

Nach der ideologischen und organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung sowie nach dem Anschluss großer Teile der linken Strömungen an die 1919 gegründete Kommunistische Internationale entwickelten sich internationale linkssozialistische Strömungen teils innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, teils als selbstständige Organisationen. Im Folgenden wird hinsichtlich der Jahre 1917 bis 1945 auf die Entwicklungen in Deutschland und Österreich eingegangen. Die Entwicklungen in den anderen Ländern bleiben einer umfassenden Analyse und Darstellung vorbehalten.<sup>13</sup>

In Österreich, wo sich lediglich kleinere Gruppen zur Kommunistischen Partei konstituierten, behielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAP) ihre dominierende Stellung, „in ihr agierte bald eine bedeutende linke Strömung, die durch Otto Bauer, Max Adler, zeitweilig und bedingt durch Friedrich Adler, Julius Deutsch, Käthe und Otto Leichter, Ilona Duczyńska-Polanyi, Oskar Pollak, Therese Schlesinger u. a. repräsentiert wurde“.<sup>14</sup>

---

11 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1987, S.427.

12 Dazu siehe: Konrad, Linkssozialismus, S.XIII f.

13 Einen Überblick über die Entwicklungen in einigen europäischen Ländern gibt Merchav, in: Merchav, Linkssozialismus, S.1-99.

14 Heinz Niemann: Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines „dritten Weges“, in: UTOPIE kreativ, 1999, H. 107, S.11-22, hier S.15. Zur SDAP und den in ihr vorhandenen verschiedenen Strömungen des Austromarxismus gibt es zahlreiche Untersuchungen und Darstellungen, wie z. B. das Stichwort „Austromarxismus“ im „Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus“ (HKWM).

Die ihrer Mitgliederzahl und ihrem politischen Einfluss nach in Deutschland bedeutendste Partei, die ansatzweise als eine linkssozialistische Partei bezeichnet werden kann, war in den Jahren 1917 bis 1922 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD).<sup>15</sup> Dieser Partei gehörte zeitweise die „Spartakusgruppe“ bzw. der „Spartakusbund“ um Rosa Luxemburg, August Thalheimer,<sup>16</sup> Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Leo Jogiches, Clara Zetkin, Julian Marchlewski und Karl Liebknecht an, bis der Spartakusbund zusammen mit anderen linken Organisationen am 31. Dezember 1918/1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete.<sup>17</sup>

Die USPD wurde in den Jahren 1919 und 1922 zwischen der KPD und der SPD aufgegeben. Der zahlenmäßig kleinere Teil, der sich auf dem Hallenser Parteitag 1920 dem Anschluss an die Komintern widersetzt hatte, schloss sich mit Aus-

---

Siehe ferner vor allem: Christoph Butterwegge: *Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen*, Marburg 1991; Ilias Katsoulis: *Sozialismus und Staat. Demokratie, Revolution und Diktatur des Proletariats im Austromarxismus*, Meisenheim am Glan 1975; Georg Fischer/Peter Rosner: *Politische Ökonomie und Wirtschaftspolitik im Austromarxismus*, Wien 1987; Norbert Leser: *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien-Frankfurt-Zürich 1968; Peter Kulemann: *Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur*, Hamburg 1979. Zu Otto Bauer siehe Detlev Albers/Josef Hindels/Radice Lombardo (Hrsg.): *Otto Bauer und der „Dritte Weg“*. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt am Main-New York 1979. Zu Max Adler siehe Alfred Pfabigan: *Max Adler. Eine politische Biographie*, Frankfurt am Main - New York 1982, auch *Max Adler. Ausgewählte Schriften*, hrsg. von Norbert Leser/Alfred Pfabigan, Wien 1981. Sehr kritisch bewertet die Rolle von Otto Bauer und Max Adler in der Arbeiterbewegung Peter Goller: *Otto Bauer – Max Adler. Beiträge zur Geschichte des Austromarxismus (1904-1938)*, Wien 2008.

15 Zur Geschichte der USPD siehe u. a. Hartfrid Krause: *USPD*, Frankfurt am Main 1975; David W. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution: A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922*, Ithaca-London 1975; Robert F. Wheeler: *USPD und Internationale – Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*, Frankfurt am Main 1975; Curt Geyer/Wolfgang Benz/Hermann Graml: *Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD*, Stuttgart 1982; Eugen Prager: *Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD*, Bonn 1982; Dieter Engemann: *Die Nachfolgeorganisationen der USPD*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1991, H. 1, S.37-45; Ders./Horst Naumann: *Zwischen Spaltung und Vereinigung. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren 1917-1922*, Berlin 1993.

16 Zu August Thalheimer siehe Jürgen Kaestner: *Die politische Theorie August Thalheimers*, Frankfurt am Main 1982; Theodor Bergmann/Wolfgang Haible: *Die Geschwister Thalheimer. Skizzen ihrer Leben und Politik*, Mainz 1993; Harald Jentsch: *Die politische Theorie August Thalheimers 1919-1923*, Mainz 1993.

17 Die Rolle des Spartakusbundes bei Gründung und Entwicklung der USPD hat Ottokar Luban kritisch analysiert, siehe: Ottokar Luban: *Die Rolle der Spartakusgruppe bei der Entstehung und Entwicklung der USPD Januar 1916 bis März 1919*, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2008/II, S.69-76.

nahme der Gruppe um Georg Ledebour und Theodor Liebknecht 1922 wieder der SPD an.<sup>18</sup> Bis 1931 existierte die USPD als Splittergruppe weiter und schloss sich dann der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an. Vor dem Anschluss an die SPD 1922 war noch die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) mit Paul Levi<sup>19</sup> an der Spitze in die USPD eingetreten. Die ehemaligen Mitglieder dieser beiden Organisationen bildeten den Kern einer neuen Linken innerhalb der reformistischen SPD. Dazu können neben Levi u. a. Kurt Rosenfeld, Heinrich Ströbel, Tony Sender, Robert Dißmann, Max und Ruth Seydewitz, Siegfried Marck, Fritz Sternberg, Karl Böchel, Arkady Gurland, Ernst Eckstein, Maria Rausch gezählt werden.<sup>20</sup>

Das Hauptfeld der Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten um die Staats- und Demokratieauffassung war von Anfang an die Stellung zur Oktoberrevolution und zur Sowjetmacht in der UdSSR.

Nach der Oktoberrevolution 1917 sollte im Selbstverständnis der Sozialdemokratie das Konzept eines Demokratischen Sozialismus einen „Dritten Weg“ zum Aufbau einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus auf der einen und der „Diktatur des Bolschewismus“ auf der anderen Seite aufzeigen.<sup>21</sup>

Der bei weitem größte Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland wie auch weltweit ging demgegenüber nach den Erfahrungen der mithilfe der Sozialdemokratie durch die Konterrevolution blutig niedergeschlagenen Räterepubliken in Ungarn, Bremen, Bayern, der Slowakei, der Novemberrevolution in Deutschland und der Entwicklung in Österreich bald nach der Oktoberrevolution vom sowjetischen Modell als dem einzig möglichen und verbindlichen aus. Das stand im Widerspruch zur marxistischen Methodologie. Eine Ausnahme bildeten einige wenige kritische Kommunisten, die sich in Deutschland 1928 in der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) (KPD [O]) und international in der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition organisierten.

Auch die Linkssozialisten lehnten die kritiklose Glorifizierung der Entwicklung in der UdSSR durch die kommunistischen Parteien ab. Sie übernahmen dabei gleichzeitig die auch von Otto Bauer und Friedrich Adler vertretene Position „Hände weg von Sowjetrußland!“. Auf der Grundlage dieses solidarischen Bekenntnisses zur Sowjetunion entwickelten sie ihre zum Teil sehr kritischen Positionen zur inneren Verfasstheit der Sowjetunion und der KPdSU, besonders zu den immer deutlicher werdenden stalinistischen Verkrustungen und Pervertierungen.

---

18 Siehe dazu: Helmut Arndt: Die Formierung der Linken in der VSPD zwischen Nürnberger und Heidelberger Parteitag (1922-1925), in: Heinz Niemann: Auf verlorenem Posten? Linkssozialismus in Deutschland, Berlin 1991, S.12-20.

19 Levi war wegen der Veröffentlichung seiner kritischen Schrift „Unser Weg. Wider den Putschismus“ im April 1921 aus der KPD ausgeschlossen worden.

20 Siehe Niemann, Linkssozialismus, S.15.

21 Einen groben, aber insgesamt recht brauchbaren Überblick über die Theorie und Praxis des „Demokratischen Sozialismus“ in der Weimarer Republik gibt Franz Ritter: Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main-New York 1981.

Die Linkssozialisten im 20. Jahrhundert waren – wie schon Karl Marx und Friedrich Engels im 19. Jahrhundert – generell der Auffassung, dass sowohl eine bestimmte Stufe der industriellen kapitalistischen und zivilisatorischen Entwicklung wie auch die Konstituierung der Arbeiterklasse zur dominierenden und zahlenmäßig stärksten Klasse der Gesellschaft notwendig sind, um die sozialistische Revolution erfolgreich durchführen und anschließend den Sozialismus aufbauen zu können. Aber die Verteidigung dieser marxistischen Position diene ihnen nicht zur prinzipiellen Ablehnung oder gar Verteufelung des bolschewistischen Versuchs.

Hier wird der Unterschied zwischen dem orthodoxen Marxismus eines Kautsky und der Marxismusauffassung der Linkssozialisten deutlich. Zahlreiche Sozialdemokraten um Karl Kautsky verurteilten auf der Grundlage ihres Verständnisses der marxistischen Geschichtsauffassung die Oktoberrevolution und die UdSSR prinzipiell „als falsch, verfrüht, im Grunde antisozialistisch und lehnten sie vehement ab.“<sup>22</sup>

Die meisten Linkssozialisten hielten es im Gegensatz zu dieser Position für möglich, dass unter bestimmten Voraussetzungen der Aufbau des Sozialismus mit einer despotischen Herrschaft beginnen kann. Sie lehnten es ab, die beginnende Entwicklung hin zum Sozialismus wegen eines abstrakten Begriffs der Demokratie preiszugeben, und gingen davon aus, dass sich der mit einer despotischen Phase beginnende Sozialismus später zu einem demokratischen System wandeln, liberalisieren und reformieren werde.

In der deutschen und internationalen Sozialdemokratie wurde in den 20er- und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts immer mehr eine abstrakte „Demokratie“ als Weg, Mittel und Ziel der Arbeiterbewegung angesehen. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wurde in der Sozialdemokratie immer mehr durch einen abstrakten Antagonismus von Demokratie und Diktatur ersetzt, der Sozialismus weitgehend zu einer „Vision ohne theoretische Substanz und ohne praktischen Bezug zur verfolgten Gesellschaftsstrategie und Tagespolitik“.<sup>23</sup>

Zwar hielten in dieser Zeit in Deutschland noch einige führende Sozialdemokraten (etwa Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding) und Gewerkschafter (z. B. Theodor Leipart, Fritz Naphtali) mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie<sup>24</sup> an einer Variante des „Dritten Weges“ fest. Aber tatsächlich wurde in den Jahren der Weimarer Republik fast nur von Linkssozialisten in Deutschland und linken Austromarxisten in Österreich über einen neuen „Dritten Weg“ zum Sozialismus nachgedacht und teilweise heftig gestritten. Den Linkssozialisten, darunter Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Wolfgang Abendroth, Henryk Grossmann, ging es bei den

---

22 Niemann, Linkssozialismus, S.16.

23 Ebenda, S.13.

24 Siehe dazu Fritz Naphtali (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928; Klaus Novy: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main-New York 1978; Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, Berlin 2006.

Auseinandersetzungen mit anderen politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung nicht nur um Wege und Formen der Demokratisierung der Wirtschaft bis zur Umwandlung privatkapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches und in Gemeineigentum, sondern darüber hinaus um die Grenzen der bürgerlichen Demokratie und den Charakter von Macht und Herrschaft im bürgerlich-demokratischen Staat. Sie stritten gleichzeitig vehement um das Parteienkonzept, um eine breite Bündnis- und Koalitionspolitik, um die Rolle der Gewerkschaften sowie um Wehr- und Abrüstungsfragen.

Zwischen den linken Austromarxisten in Österreich und den deutschen Linkssozialisten gab es viele Gemeinsamkeiten, aber auch beträchtliche Unterschiede. Die größte Differenz bestand in der Staats- und Machtfrage. Während Otto Bauer und seine Anhänger „viel angestrengter über Formen und Wege des Herankommens und des allmählichen, von einer breiten demokratischen Unterstützung getragenen parlamentarischen Übergangs an die Macht nachdachten“, drängten die Verhältnisse in Deutschland die deutschen Linkssozialisten dazu, „in der Machtfrage eine radikalere Position für notwendig und richtig zu halten“.<sup>25</sup>

Den Erfordernissen eines linkssozialistischen und gleichzeitig realistischen strategischen und taktischen Konzepts kam in Deutschland das Programm der SAPD<sup>26</sup> von 1932 am nächsten. Es kann als Kernstück des damaligen strategischen Denkens über einen „Dritten Weg“ für das Herankommen an eine sozialistische Gesellschaft angesehen werden.<sup>27</sup> Die SAPD wurde im Frühjahr 1932 gestärkt durch den Übertritt einer Minderheit der KPD(O)-Mitglieder um Jacob Walcher, Paul Frölich und August Enderle,<sup>28</sup> die in der folgenden Zeit maßgeblichen Einfluss auf die theoretische Entwicklung und auf die Politik der SAPD nahmen.

Der immer stärker werdende Faschismus führte teilweise zu einer Radikalisierung des Linkssozialismus in Deutschland. Bei den deutschen Linkssozialisten

---

25 Niemann, Linkssozialismus, S.15f. Zu dieser Problematik ausführlich: Butterwegge, Austromarxismus, S.295-427.

26 Zur SAPD siehe Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Hannover 1983; Heinz Niemann: Gründung und Entwicklung des SAP bis zum I. Parteitag (1931-1932). Der I. Parteitag der SAP. Ausbruch und Verlauf der innerparteilichen Krise bis zur Auflösung der Partei, in: Ders., Auf verlorenem Posten?, S.97-182.

27 Siehe zur Programmatik die Prinzipienklärung der SAPD, in: Niemann, Auf verlorenem Posten?, S.286-293.

28 Zur KPD(O) siehe Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), Meisenheim am Glan 1964; Jens Becker: Der Widerstand der KPD-O im Faschismus, Mainz 1992; Paul Elflein: Immer noch Kommunist?, Hamburg 1978; Jürgen Kaestner (Hrsg.): Gegen den Strom: KPD-Opposition – Ein Kolloquium zur Politik der KPO (1928-1945), Frankfurt am Main 1984; Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten, Mainz 1994; Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg 2001.

gewann der Österreicher Max Adler wachsenden Einfluss. Ihm ging es um den Nachweis des bürgerlichen Klassencharakters einer lediglich politischen Demokratie. Diese Demokratie blieb für ihn eine bloß formale, wenn sie nicht zu einer *sozialen Demokratie* weiterentwickelt würde. Die faschistische Gefahr führte Anfang 1933 in der SAPD zu Auseinandersetzungen, die Mehrheit des Parteivorstandes um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz befürwortete die Auflösung der Partei und den Eintritt der Mitglieder in die SPD und in die KPD. Dem Auflösungsaufruf, dem sich der linke Flügel widersetzte, schloss sich von den damals etwa 15.600 Mitgliedern lediglich ein knappes Zehntel an. Die linke Strömung in der SAPD um Paul Frölich und Jakob Walcher, Fritz Sternberg und Klaus Zweiling sowie die Leitung des Jugendverbandes der Partei hielten den Aufbau einer neuen revolutionären Partei und einer neuen kommunistischen Internationale für politisch sinnvoll. In diesem Zusammenhang führten diese Linken, die sich dem „Londoner Büro“, einer Vereinigung linkssozialistischer und unabhängiger kommunistischer Parteien,<sup>29</sup> angeschlossen hatten, 1934 Fusionsverhandlungen mit der trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga (der sogenannten 4. Internationale).

#### *4. Die Entwicklungen in den Jahren 1933-1945*

Seit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland arbeiteten Linksozialisten verschiedener Organisationen in der Illegalität. Vielen war bewusst, dass es sich beim Faschismus nicht nur um eine kurze historische Episode handelte, und sie stellten ihre Strategie und Taktik auf einen langen Kampf ein. Im antifaschistischen Widerstand orientierten sie sich nicht auf Massenaktionen, sondern auf konspirative Aktionen und darauf, Kerne der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Dadurch gelang es der SAPD, den Revolutionären Sozialisten Deutschlands (RSD), der Gruppe „Neu Beginnen“, der KPD(O) und anderen Zwischengruppen in den Jahren bis 1936, ihre Strukturen vor der Gestapo zu verbergen. Sie waren dabei erfolgreicher als die Massenparteien SPD und KPD und verloren in dieser Zeit weniger Mitglieder als diese.<sup>30</sup> Viele ihrer Mitglieder mussten emigrieren, in Deutschland gebliebene wurden verhaftet und in Zuchthäuser oder Konzentrationslager gesperrt. Einige, so Ernst Eckstein und Franz Bobzien, wurden ermordet.

1937/38 wurden die meisten Strukturen der linkssozialistischen Organisationen in Deutschland zerschlagen. Zugleich verschärfte sich in dieser Zeit – bedingt vor allem durch die stalinistische Entwicklung der UdSSR – die politischen Differenzen unter den Linksozialisten. 1937 wurde eine Reihe von Mitgliedern der

---

<sup>29</sup> Ihm gehörten unter anderem die spanische Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit (Partido Obrero de Unificación Marxista – POUM), die britische Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party – ILP) sowie die niederländische Revolutionäre Sozialistische Partei (Revolutionair Socialistische Partij – RSP) und die Unabhängige Sozialistische Partei (Onafhankelijk Socialistische Partij – OSP) an.

<sup>30</sup> Siehe Hans Rainer Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, S.169-271.

SAPD um Erwin Ackerknecht, Walter Fabian und Peter Blachstein aus der Partei ausgeschlossen, die die Gruppe „Neuer Weg“ gründeten. Zahlreiche Linksozialisten kämpften während des Spanischen Bürgerkrieges auf der republikanischen Seite und im Zweiten Weltkrieg in den antifaschistischen Widerstandsbewegungen Griechenlands, Frankreichs und anderer Länder. Allerdings brachen nach Ausbruch des Weltkrieges die Kontakte zwischen den Exilvorständen bzw. den Exilgruppen und den noch aktiven Untergrundgruppen in Deutschland weitgehend zusammen. In den Exilstrukturen zeigten sich Tendenzen der Auflösung (so zerbrach die Exilleitung der SAPD in rivalisierende Gruppen um Jakob Walcher und Paul Frölich). Einige linkssozialistische Organisationen näherten sich wieder der SPD an, so die Gruppen der SAPD in Schweden. In Großbritannien schlossen sich die Mitglieder der SAPD 1941 der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien an.<sup>31</sup>

### *5. Die Entwicklung in den Jahren 1945-1989*

In Westeuropa etablierte sich der Linksozialismus trotz Krieg und Verfolgung nach 1945 rasch wieder. Schon kurz nach dem Krieg wirkte eine neue, sich als linkssozialistisch verstehende Sammlungsbewegung, die in Gruppen- und Parteigründungen mündete. In einigen Ländern musste die Bewegung neu beginnen, in anderen strukturierten sich ehemalige Gruppen und Parteien um. Die Linksozialisten bezogen einen Standort, der sie als eigenständig von kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien unterschied und sich von diesen bewusst absetzte. Sie erstrebten einen eigenen Weg zum Sozialismus, verbanden parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf miteinander und wollten die Menschen bei der Durchsetzung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Interessen unterstützen.

### *Linksozialismus in der Bundesrepublik*

Nach Krieg und faschistischer Herrschaft gab es in Deutschland sowohl Bestrebungen, die KPD und die SPD wieder zu gründen als auch eine gesamtdeutsche linkssozialistische Einheitspartei zu bilden. Zu den ersten Gruppen, die solche „Einheitsorganisationen“ verkörperten, gehörten die Antifa-Ausschüsse,<sup>32</sup> die dann von den Besatzungsmächten in Ost und West aufgelöst wurden. Viele Linksozialisten arbeiteten in der SPD und der KPD, die wieder gegründet worden waren, mit. Sie passten sich entweder an oder wurden ausgeschlossen. Trotz der Erfahrung mit den Splitterparteien in der Weimarer Republik gab es Versuche parteiloser Sozialisten, ausgeschlossene Mitglieder von SPD und KPD in neuen sozialistischen Parteien zu sammeln.

---

31 Zur Geschichte dieser Union siehe Ludwig Eiber: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ 1941-1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998.

32 Siehe dazu u. a. Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Der kleinste gemeinsame Nenner in diesen Gruppen war die Kritik an der Theorie und Praxis von SPD und KPD. Ein gemeinsames Ziel zu formulieren, gelang nicht, da die meisten Aktiven ihre eigenen Ziele nicht aufgeben wollten.

Die erste linkssozialistische Partei nach dem Krieg war die maßgeblich von Heinrich Galm<sup>33</sup> in Offenbach 1945 gegründete Arbeiterpartei (AP).<sup>34</sup> Sie blieb eine Splittergruppierung, die sehr stark auf die Person Galms orientiert war, deren Ortsgruppen nicht mehr als 1.000 Mitglieder zählten und die bereits 1948 ihren Höhepunkt überschritten hatte. Der Versuch einer Vereinigung mit ihr nahestehenden Parteien, wie der Sozialistischen Union Worms, gelang nicht. Seit 1950 auf Offenbach beschränkt, erfolgte 1954 die Auflösung der AP.

1951 wurde in Worms die Unabhängige Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD) gegründet.<sup>35</sup> Die Initiatoren waren ausgeschlossene Mitglieder der KPD, die mit Ideen Titos sympathisierten. Interesse fanden sie bei den Mitgliedern den trotzkistischen Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD).<sup>36</sup> Schon 1952 brach die UAPD wegen unüberbrückbarer politischer Differenzen auseinander und löste sich auf. Der größte Streitpunkt war dabei die Haltung zur Sowjetunion.

Linkssozialisten mit einer kritischen Haltung zur Sowjetunion und zur DDR suchten nach einem unabhängigen organisatorischen Zusammenhalt und lehnten eine Zusammenarbeit mit Kommunisten in anderen linkssozialistischen Gruppen ab.<sup>37</sup> So gründete sich 1950 um die Zeitschrift „Funken“<sup>38</sup> ein Diskussionskreis linker Sozialdemokraten. Der Kreis, der marxistische Traditionen in der SPD wiederbeleben wollte, hatte nie mehr als 800 bis 1.000 Mitglieder, darunter aber eine Reihe einflussreicher sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre. Der Versuch nach der Bundestagswahl 1957, sozialdemokratische Linke zu sammeln und Einfluss auf die SPD-Programmdiskussion zu nehmen, scheiterte. Als der SPD-Parteivorstand Anfang 1961 den Unvereinbarkeitsbeschluss über eine Mitgliedschaft in der SPD und im „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) fasste, schlossen sich Teile des Kreises um den „Funken“ daraufhin dem

33 Zu Heinrich Galm siehe: Werner Fuchs-Heinritz (zusammen mit Bernd Klemm): Heinrich Galm. Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von H. und M. Galm, zusammengestellt nach Gesprächen. Nachwort von A. Mirkes, Offenbach am Main 1980.

34 Siehe Siegfried Heimann: Linkssozialismus in Deutschland nach 1945, in: Thomas Meyer u. a.: Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S.405f.

35 Siehe ebenda.

36 Die IKD entstand im Oktober 1933 als eigenständige Organisation der bis dahin innerhalb der KPD wirkenden Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten).

37 Zum Scheitern des Aufbaus einer linkssozialistischen Partei in der BRD nach 1945 siehe Siegfried Heimann: Zum Scheitern linker Sammlungsbewegungen zwischen SPD und KPD/SED nach 1945: Die Beispiele USPD und UAPD, in: Rolf Ebbinghausen/Friedrich Tiemann (Hrsg.): Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984, S.301-322.

38 Den „Funken“ gab Fritz Lamm heraus. Zur Entstehung und den Entwicklungen des „Funken“ siehe: Karljo Kreter: Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986.

„Verein Sozialistische Fördergemeinschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS“ an. Aus ihm ging 1962/63 der Sozialistische Bund (SB) hervor.<sup>39</sup>

Der SB wollte seine Kritik an SPD, Westintegration und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik mit der Kritik an der Politik der Sowjetunion und der Neuen Linken verbinden und eine neue Organisationsform finden.<sup>40</sup> 1967 wurde auf seine Initiative das „Sozialistische Zentrum“ (SZ) gebildet. Zu dieser Zeit suchte der SB auch die Zusammenarbeit mit der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS, gegründet 1960) und der Deutschen Friedens-Union (DFU, gegründet am 17. Dezember 1960 in Stuttgart). Das Zentrum zu einer neuen Partei zu formen, gelang nicht. Doch formierte sich ein Wahlbündnis für die Bundestagswahlen 1969, das aber bereits mit der Invasion des Warschauer Paktes in die ČSSR 1968 zerbrach. Gegen Ende des Jahres 1970 löste sich der Sozialistische Bund auf, die meisten Mitglieder traten der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro (im Folgenden ebenfalls als SB abgekürzt) bei.

In den 70er-Jahren wuchs bei den Linksozialisten die Unzufriedenheit mit der SPD und der sozialliberalen Koalition. 1982 gründeten ausgeschlossene oder ausgetretene Sozialdemokraten die Partei Demokratischer Sozialisten (DS).<sup>41</sup> Führende Mitglieder wie Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen kehrten der stagnierenden Partei schnell den Rücken. Eine Zusammenarbeit mit den Grünen scheiterte, 1991 löste sich die Partei, der teilweise sogar ein linksozialistischer Anspruch abgesprochen wird, auf.

Im Februar 1969 war die Gründung des Sozialistischen Büros<sup>42</sup> und der Zeitung „links“ erfolgt.<sup>43</sup> Aktivisten aus der Friedens-/Ostermarschbewegung hatten auf eine „autonome Organisation um eine sozialistische Publikation und ein Büro“<sup>44</sup> orientiert, in deren Mittelpunkt die Gesellschaftsanalyse und deren praktische Umsetzung stehen sollten. Diese antiautoritäre Organisation sollte keine Institution sein, sondern in diese hinein wirken, kommunistuskritisch, jedoch nicht antikommunistisch sein. Das SB und die Zeitschrift boten Diskussionspodien, Publikationen und Arbeitskreise zu den verschiedensten beruflichen Themen und Gruppen an. 1971 warb das SB mit Thesen für die Formierung einer unabhängigen sozialistischen Bewegung in der BRD. Es strebte „einen „Prozeß

---

39 Dazu Einzelheiten in: Heimann, Linksozialismus, S.406; Eberhard Dähne: SDS und Neue Linke 1959 ff: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht ...“, in: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, 2008, Nr. 74, Juni, S.69-79.

40 Siehe Heimann, Linksozialismus, S.406.

41 Siehe dazu Arndt u. a., Die Demokratischen Sozialisten.

42 Siehe dazu Gottfried Oy: Spurensuche Neue Linke – Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links* (Sozialistische Zeitung 1969 bis 1997), rls-papers, Frankfurt am Main 2007.

43 Sozialistisches Büro (Hrsg.): Für eine neue sozialistische Linke. Analysen. Strategien. Modelle, Frankfurt a. M. 1973.

44 Oy, Spurensuche, S.254.

der Vereinheitlichung der sozialistischen Kräfte“ in der BRD an,<sup>45</sup> in dem es als organisatorisches Dach fungieren wollte.

Die Wirkungsgeschichte des SB in den 70er-Jahren war in geografischer und thematischer Hinsicht groß. In den Mittelpunkt seines Organisationskonzepts stellte es Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen der Menschen. Dabei sollten keine Aktionen von oben durch den SB organisiert werden. 1975 scheiterte ein Thesenentwurf, der als Grundlage einer sozialistischen Programmatik gedacht war. 1979 begannen Auseinandersetzungen über die weitere Entwicklung des SB. Ein Teil der Aktiven trieb die „Antirepressionsarbeit“ weiter. Sie hatte ihren Höhepunkt 1976 im Antirepressionskongress gefunden, die Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung fand hier ihren Abschluss. Ende der 70er-Jahre hatte das SB seinen Zenit erreicht, ab 1980 verstand es sich als zentrale Organisation der Alternativbewegung. Die publizistische Aktivität des SB mit der Zeitschrift „links“ geriet ab 1981 in eine Krise. Das Ende der Sowjetunion, die Vereinigung Deutschlands und der Golfkrieg 1991 erschütterten das Selbstverständnis des SB, 1995 gab es die letzte gemeinsame Veranstaltung von SB und „links“. 1997 wurde die Herausgabe der Zeitschrift beendet. Die Zeitschrift „express“ hat bis heute als Publikation des SB überlebt. Das SB selbst war seit Ende der 80er-Jahre von der aktuellen Entwicklung abgekoppelt, als politischer Akteur tritt es kaum noch in Erscheinung. Es existiert heute jedoch noch als Herausgeber der Zeitschrift „Widersprüche“.

Seit Ende der 60er-/Anfang der 70er-Jahre wurden in der BRD mehrere sozialistische und linkssozialistische Zeitschriften und Zeitungen herausgegeben. Die Zeitschrift „Sozialistische Politik“ (SoPo) erschien als sozialistische Publikation für Politologie und Sozialwissenschaften in Berlin (West) von April 1969 bis Dezember 1978. Zu Beginn der 70er-Jahre kam es in der Redaktionskonferenz zwischen dem Redaktionskollektiv um Joachim Bischoff und Heinz Bierbaum und der Mehrheit der Redaktionskonferenzmitglieder zu Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung der Zeitschrift.<sup>46</sup> Nach Ansicht der Mehrheit der Redaktionskonferenz orientierte sie sich politisch zu sehr auf die SEW und die DKP, sie gründete daher 1971 eine eigene neue Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes – Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik“ (PRO-KLA). Im Dezember 1978 wurde die Herausgabe der „SoPo“ nach 46 Ausgaben eingestellt. Seit 1972 geben Joachim Bischoff und Heinz Bierbaum zusammen mit Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und den Sozialistischen Studiengruppen e.V. (SOST) die Zeitschrift „Sozialismus“ heraus. Personell und organisatorisch ist diese Zeitschrift eng mit dem Projekt Klassenanalyse<sup>47</sup> sowie dem Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung (VSA) verbunden.

---

45 Ebenda, S.256.

46 Dazu siehe Sozialistische Politik. Nachdruck ausgewählter Beiträge aus Heft 1-10. Auswahl-Reprint. Mit einem Nachtragheft, Erlangen 1974.

47 Siehe dazu Heiko Asseln: Darstellung und Kritik philosophischer und politisch-soziologischer Ansätze des „Projekt Klassenanalyse“ (PKA), Köln 1979.

*Linkssozialismus in Frankreich*

In Frankreich ist der Linkssozialismus eng mit dem Begriff der *Zweiten Linken* verbunden. Diese ist ein Gemisch linker Strömungen, die sich Anfang der 60er-Jahre von der *Ersten Linken* abgesetzt hatten. Mit dem Begriff der Ersten Linken ist der ursprünglich kommunistische Mehrheitsflügel der Arbeiterbewegung, die Französische Kommunistische Partei (Parti Communiste Français – PCF) und ihre Gewerkschaft Allgemeiner Gewerkschaftsbund (Confédération Générale du Travail – CGT) und die alte sozialistische Partei (Section Française de l'Internationale Ouvrière – SFIO) gemeint. Die Zweite Linke teilte sich in Frankreich nicht in Splittergruppen auf, sondern gründete Parteien und Gewerkschaftsorganisationen, die zeitweilig der Ersten Linken das Repräsentationsmonopol streitig gemacht und sich „als echte Quellen der Erneuerung linker Theorie und Praxis erwiesen haben“.<sup>48</sup> Die Zweite Linke berief sich immer wieder auf sozialistische Strömungen vor 1945 in Frankreich, die weder sozialdemokratisch noch „leninistisch“ waren (Anarchisten, Syndikalisten, Frühsozialisten usw.). 1958 gründete sich die Unabhängige Sozialistische Partei (Parti Socialiste Autonome – PSA, 1960 umbenannt in Sozialistische Einheitspartei; Parti Socialiste Unifié – PSU), als eine Alternative zu Kommunisten und Sozialdemokraten. In den 1960er-Jahren übernahm die bereits seit 1946 existierende sozialistische Fraktion Neuaufbau (Resconstruction) des Französischen Bundes christlicher Arbeiter (Confédération française des travailleurs chrétiens – CFTC) die Gewerkschaft und gestaltete sie zum linkssozialistischen Französischen Demokratischen Gewerkschaftsbund (Confédération française démocratique du travail – CFDT) um. Im Mai 1968 wurde sie zur führenden Kraft und zum Bezugs- und Sammlungspunkt der Zweiten Linken. Zum ideologischen Kernpunkt wurde das Konzept der Arbeiterselbstverwaltungswirtschaft mit vergesellschafteten Betrieben und demokratischer Planung. Damit erfolgte eine Abgrenzung von Strategien, „die den Sozialismus qua staatlicher Reform oder kadermäßig organisierter Revolution ‚einführen‘ wollen“. An die Stelle der Organisationsmacht der Apparate sollte die Selbstständigkeit „mündiger Bürger und Produzenten“ treten.<sup>49</sup> Seit dem Ende der 70er-Jahre fand die Selbstverwaltungsidee kaum noch Interesse, ihre Protagonisten hatten sich größtenteils der neu gegründeten Sozialistischen Partei (Parti Socialiste) angeschlossen. Nach 1981 war die Zweite Linke Juniorpartner der Linksregierung. Realistische sozialistische Alternativen als Antwort auf die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise konnte allerdings auch sie nicht anbieten.

*Linkssozialismus in Italien*

In Italien sammelte sich der Linkssozialismus in der *Neuen Linken* oder in der „unabhängigen“ Linken, die ein sehr breites Spektrum umfasste. Ihre Entstehung verdankten sie der politischen und kulturellen Hegemonie der Italienischen

---

48 Claus Leggewie: Sozialistische Parteien in Frankreich/Zweite Linke, in: Meyer u. a., Lexikon, S.406f.

49 Ebenda, S.407.

Kommunistischen Partei (Partito Comunista Italiano – PCI) in der italienischen Arbeiterbewegung. Diese Hegemonie ergab sich aus dem Umstand, dass die Italienische Sozialistische Partei (Partito Socialista Italiano – PSI) nach langen parteiinternen Auseinandersetzungen seit ihrer Koalition mit den italienischen Christdemokraten ab 1962/63 politisch in die Mitte des italienischen Parteienspektrums gerückt war. Zwischen radikaldemokratischer Politik und basisnaher Klassenaktion blieb ein Terrain, das von der PCI nicht vollständig und glaubwürdig ausgefüllt werden konnte. Die Grenzen waren jedoch immer fließend, sie wurden durch neue gesellschaftliche Mobilisierungen (z. B. 68er-Bewegung) erweitert oder auch eingengt.

In den 50er- und 60er-Jahren gelang es der PCI nicht, sich vollständig vom Stalinismus zu lösen, während die Politik der PSI immer neokapitalistischer wurde. In dieser Zeit entstanden mehrere Initiativen und Gruppen einer linkssozialistischen Strömung, die sich von beiden Parteien abgrenzten. So sammelten sich um die von Raniero Panzieri herausgegebene Zeitschrift „Quaderni Rossi“ in Turin und anderen Städten Norditaliens betriebliche Aktivisten und unabhängige Intellektuelle aus PCI und PSI. Sie bemängelten, dass die Linke den Kontakt zur betrieblichen Arbeitswelt verloren hatte. Über die sogenannte „Arbeiteruntersuchung“ versuchten sie, die durch die technologische Entwicklung neue Zusammensetzung der Arbeiterschaft zu einer neuen Arbeitspolitik zu nutzen. „Der ‚subjektive Faktor‘ des ‚Arbeiterstandpunkts‘ wurde später auch zum theoretischen und politischen Schlüssel des sogenannten ‚Operäismus‘ (M. Tronti, A. Negri), einer bewußt ‚einseitigen‘ Lektüre der kapitalistischen Gesellschaft als Produkt der Arbeitskämpfe.“<sup>50</sup>

1966 kam es zu einer kurzzeitigen Wiedervereinigung der PSI mit der Italienischen Sozialdemokratischen Partei (Partito Socialista Democratico Italiano – PSDI) zur Vereinigten Sozialistischen Partei (Partito Socialista Unitario – PSU), die aber schon 1969 im „Heißen Herbst“ wieder zerbrach. Der linkssozialistische Flügel spaltete sich ab und trat der Italienischen Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit (Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria – PSIUP) bei. Diese Partei fand vor allem unter Gewerkschafts- und Betriebsaktivisten viel Interesse. Sie berief sich auf Rosa Luxemburg und trat für einen radikaldemokratischen Massenkampf ein, der als Voraussetzung für Sozialismus gesehen wurde.

Im „Heißen Herbst“ 1969 verband sich in Italien der Studentenkampf mit den Arbeitskämpfen. Die daraus entstandene Bewegung beeinflusste die Organisationen und Parteien der Arbeiterbewegung. Bis 1974 entwickelte sich aus der Studentenbewegung und der von den Gewerkschaften vernachlässigten (jüngeren) norditalienischen Arbeitergeneration eine Massenbewegung Zehntausender sogenannter Militanter. Diese stellten sich bewusst gegen die PCI und bildeten die Basis für verschiedene Parteien der Neuen Linken, die allerdings Mitte der 70er-

---

50 Otto Kallscheuer: Linkssozialistische Richtungsgruppen in Italien, in: Meyer u. a., Lexikon, S.407-410, hier S.408.

Jahre vielfach wieder verschwanden oder bedeutungslos wurden. Zu den wichtigsten Gruppen gehörten:

– Die „manifesto-Gruppierung“ gründeten Mitgliedern der PCI, die wegen Fraktionismus ausgeschlossen worden waren. Die Gruppe wollte die traditionelle sozialistisch-kommunistische Bewegung mit der 68er-Bewegung verbinden, um so einen neuen revolutionären Block als Träger der Revolution im Westen zu schaffen. Für sie gab es keinen Bruch zwischen alter und neuer Linken, wodurch sie andere radikale Gruppen nicht für die Gründung einer einheitlichen Partei der Neuen Linken gewinnen konnte. Daran zerbrach die Gruppe. Ende der 70er-Jahre gab es nur noch die Zeitung „il manifesto“ sowie die kleine Partei der Proletarischen Einheit (Partito di Unità Proletaria – PdUP), die 1984 in der PCI aufging.

– Die Gruppen „Lotta Continua“ und „Potere Operaio“ engagierten sich besonders in den Arbeiter- und Fabrikkämpfen (sie waren Vertreter der politischen Konzeption des „Operaismus“). Ihre strategische Perspektive war die Arbeiterautonomie, verstanden als Autonomie des Arbeitskampfes, der sich gegen die Sachzwänge der Kapitalverwertung und gegen die traditionellen Arbeiterorganisationen richtete. Ihre Strukturen der Fabrikkämpfe, entwickelt im „Heißen Herbst“, versuchten sie noch aufrechtzuhalten, als die Gewerkschaften diese Formen schon längst übernommen hatten. Die Strategie der Arbeiterrevolte, den Lohnkampf bis an die Schwelle des bewaffneten Aufstandes voranzutreiben, scheiterte, da die Gewerkschaften und die PCI mittlerweile wieder erstarkt waren und aus dem „Heißen Herbst“ gelernt hatten. Beide Gruppen lösten sich in den 70er-Jahren auf, verließen die Fabriken und wandten sich der „Stadtteilbewegung“ zu. Die Kritik der neuen Frauenbewegung an deren männerdominierten Politikformen gab 1974 den letzten Anstoß zur Auflösung.

– Mitte der 70er-Jahre gründeten Reste der linkssozialistischen Strömungen und verschiedene maoistische Gruppen (u. a. Avanguardia Operaia) die kleine linksradikale Partei Proletarische Demokratie (Democrazia Proletaria – DP). Nachdem sich der größte Teil der Mitglieder Ende 1991 der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Partito della Rifondazione Comunista – PRC) angeschlossen hatte, existiert die DP heute noch als kleine Restpartei.

Die kleinen Linksparteien versuchten, die PCI links zu überholen, Ende der 70er-Jahre war die Neue Linke jedoch gescheitert. Der Neuen Linke Italiens gelang es zwar nicht, ihren politischen Anspruch, eine Revolution zu machen, umzusetzen. Kulturell hat sie aber einiges bewegt.

Nachdem die PCI mit den Christdemokraten 1973 den „Historischen Kompromiss“ eingegangen war, führte dies zu einem Bruch mit der neuen Studenten- und Jugendrevolte. Von diesem Konflikt profitierte eine kleine Bürgerrechts- und Bewegungspartei, die Radikale Partei (Partito Radicale), die sozialen Protest und Politik zu vereinen suchte. Ihre Medienstrategie, durch Aktionen in Fernsehen und Presse einzelne Bürgerrechte durchzusetzen, schadete ihr aber mehr, als dass sie ihr nützte.

In den 80er-Jahren gab es in Italien parteiunabhängige ökologische und pazifistische Proteste, die von Resten der Neuen Linken und christlichen Basisgruppen getragen wurden. Eine neue politische Partei entwickelte sich aus diesen

Initiativen vorerst nicht. Dies verhinderte unter anderem die PCI durch ihr offenes und flexibles Verhältnis zu diesen Initiativen.

### *Linksozialismus in Skandinavien*

In Skandinavien existiert neben den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien eine linksozialistische Bewegung, die innerhalb der Gesellschaft einen nicht unerheblichen politischen Einfluss hat.<sup>51</sup> Mehrere linksozialistische Parteien sind sowohl in kommunalen als auch in nationalen Parlamenten vertreten, oft mit besseren Wahlergebnissen als die traditionellen kommunistischen Parteien. Die linksozialistischen Parteien streben einen eigenständigen Weg zum Sozialismus an. Ihre Entstehungsgeschichte ist sehr unterschiedlich.

Die älteste der linksozialistischen Parteien ist die dänische Sozialistische Volkspartei (Socialistik Folkeparti – SF). Sie wurde 1958 von Mitgliedern der KP Dänemarks gegründet, die aus der Partei wegen revisionistischer Tendenzen ausgeschlossen worden waren. Die politische Ausrichtung der SF war damals eurokommunistisch. In ihr sammelten sich linke Sozialdemokraten und bürgerliche Pazifisten aus der Anti-Atomwaffen-Bewegung. Ihre Mitgliederzahl wuchs bis Anfang der 60er-Jahre rasch an (ca. 5.000). Auch bei Wahlen hatte sie gute Erfolge und gehört seither zu den etablierten Parteien Dänemarks. Mitte der 60er-Jahre kam es in der SF zu Konflikten zwischen den parlamentarisch-reformistischen Gründungsmitgliedern (vor allem Arbeitern) und den antiautoritär-außerparlamentarischen jüngeren Mitgliedern (vor allem Studenten und Intellektuellen). Kritisiert wurde von deren Parteilinken, dass die Partei die sozialdemokratische Minderheitenregierung entgegen ihrem eigenen Programm stützte. Zur Spaltung kam es, als die Mehrheit der SF-Abgeordneten sowohl einer unsozialen Mehrwertsteuer als auch dem Verteidigungshaushalt zustimmte. Die neue Partei Linksozialisten (Venstresocialisterne – VS) Dänemarks wurde zum Sammelbecken etlicher linker Splittergruppen und antiautoritär-außerparlamentarischer Gruppen. Dadurch war die VS wesentlich zerstrittener als die SF und entwickelte nur Minimalforderungen. Das führte in der Folge zu Abspaltungen, sodass die Partei immer mehr schrumpfte. Einen Aufschwung erlebte die VS in der Krise Mitte der 70er-Jahre, als die Reformpolitik der Sozialdemokraten an ihre Grenzen kam, doch zu einer starken Kraft innerhalb der Linken wurde sie nicht. In den 80er-Jahren näherten sich VS und SF wieder an, ohne eine Wiedervereinigung anzustreben. Mittlerweile hatte die SF einen Linksruck erlebt und sich von ihrer Haltung, eine bloße Parlamentspartei zu sein, verabschiedet. Mitte der 80er-Jahre vertrat sie eine Kompromissposition zwischen Parlamentarismus und Räte-demokratie. Sie wollte die sozialistische Gesellschaft durch Reformen erreichen. Die VS, die sich als revolutionäre Partei versteht, hielt das für illusorisch.

---

51 Zu den linksozialistischen Parteien in Skandinavien siehe Frauke Rubart: Linksozialistische/eurokommunistische Parteien in Skandinavien, in: Meyer u. a., Lexikon, S.410-412.

In Norwegen gab in den 50er-Jahren ein Kreis linker Sozialdemokraten (teilweise ehemalige Kommunisten) die oppositionelle Zeitung „Orientering“ heraus. Seine Mitglieder kämpften gegen die Westintegration und Atombewaffnung des Landes. 1961 gründeten dessen führende Mitglieder die Sozialistische Volkspartei (Sosialistisk Folkeparti – SF), nachdem sie aus der Norwegischen Arbeiterpartei (Det norske Arbeiderparti – DNA) ausgeschlossen worden waren. Aufgrund der strengen Parteidisziplin der DNA schlossen sich nur wenige DNA-Links der neuen Partei an. Die SF verfolgte außenpolitisch eine Politik der Neutralität und forderte Bündnisfreiheit. Innenpolitisch profilierte sie sich wenig. 1973 war sie zusammen mit der KP Norwegens und dem Arbeiterinformationskomitee<sup>52</sup> an der Gründung der Sozialistischen Wahlallianz der EG-Gegner beteiligt. Das Hauptziel der Allianz „bestand darin, den Sieg der Europagegner bei der Volksabstimmung über den EG-Beitritt parlamentarisch abzusichern und zu verteidigen.“<sup>53</sup> Da das Bündnis bei den Parlamentswahlen 1973 einen großen Erfolg erzielte, entschlossen sich die Bündnispartner, eine neue Linkspartei zu gründen. Die KP Norwegens beteiligte sich daran aber nicht mehr und blieb eigenständig, während die SF in der 1975 neu gegründeten Sozialistischen Linkspartei (Sosialistisk Venstreparti – SV) und ihr Parteiorgan „Orientering“ in der neuen Zeitung „Ny Tid“ aufgingen. Die SV vertrat glaubhaft die Anliegen der neuen sozialen Bewegungen, was dazu geführt hat, dass sich im norwegischen Parteiensystem keine grüne Partei herausgebildete.

In Schweden ist der Linkssozialismus eng verbunden mit der heutigen Linkspartei, die aus der früheren Kommunistischen Partei Schwedens entstand. In den 50er-Jahren stand die KP noch vorbehaltlos zu den sozialistischen Ländern. Das änderte sich erst 1962 nach dem schlechten Abschneiden der Partei bei den Kommunalwahlen. Unter ihrem Vorsitzenden Carl-Henrik Hermansson setzte ein Wandlungsprozess ein, der verhinderte, dass die Partei in der Bedeutungslosigkeit versank. Die Kommunistische Partei Schwedens entwickelte sich zu einer demokratischen Linkspartei. 1967 verabschiedete sie ihr neues, eurokommunistisches Programm, das keinen Bezug auf den „Leninismus“ oder den demokratischen Zentralismus nahm. Die Veränderung der Partei führte zu einem Ansteigen der Mitgliederzahl. Viele Menschen, die sich der Neuen Linken zugehörig zählten, traten in die neue Linkspartei ein. Das führte dazu, dass sich die Partei sogar weiter radikalisierte. 1969 benannte sich die KP in Kommunistische Linkspartei (Vänsterpartiet Kommunisterna – VPK) um und erklärte sich zu einer revolutionären Partei, die sich deutlicher von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) abgrenzen wollte als die alte KP Schwedens. Dies führte zu Auseinandersetzungen mit den Traditionalisten innerhalb der Partei. Diese missbilligten den schärferen Kurs gegenüber der SAP und meinten, dass die VPK sich von

---

52 Das Arbeiterinformationskomitee war 1972 von linken Sozialdemokraten mit dem Ziel gegründet worden, innerhalb der Arbeiterpartei und in den Gewerkschaften über die negativen Aspekte des von der DNA-Spitze angestrebten EG-Beitritts zu informieren.

53 Rubart, Linkssozialistische/eurokommunistische Parteien, S.411.

einer Arbeiterpartei zu einer Akademiker- und Mittelschichtenpartei gewandelt hätte. Die Traditionalisten spalteten sich 1977 ab und gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei (Arbetarpartiet Kommunisterna – APK). In den folgenden Jahren näherte sich die VPK immer mehr den neuen sozialen Bewegungen an. 1987 wurde „kommunistisch“ aus dem Parteinamen gestrichen. Grund war die Abkehr von ihrer kommunistischen Vergangenheit, die aber nur halbherzig aufgearbeitet wurde, was der Partei in der Folgezeit immer wieder Schwierigkeiten einbrachte.

#### *Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Linkssozialismus in den einzelnen Ländern*

Nach 1945 wurden in allen hier aufgeführten Ländern Parteien links von den Sozialdemokraten und in Abgrenzung zu den Kommunisten gegründet. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt. Der Hauptgrund zur Gründung neuer linken Parteien oder Gruppen war die Kritik an den bestehenden sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterparteien. In Italien und Schweden bezog sich die Kritik vor allem auf die kommunistischen Parteien. An den kommunistischen Parteien wurden deren Haltung zu den sozialistischen Ländern und besonders ihr Verhältnis zur Sowjetunion sowie deren Sozialismusverständnis kritisiert. Die Linkssozialisten, die sich nicht als antikommunistisch, sondern als Kritiker der „moskautreuen“ Parteien und deren politischen Kurses verstanden, suchten einen anderen Weg zum Sozialismus.

Die Gründung der linkssozialistischen Parteien und Gruppen erfolgte durch Aktivisten, die mit den beiden alten Arbeiterparteien nicht zufrieden waren, oder durch ehemalige Mitglieder, die aus diesen ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren. Wie in der Bundesrepublik, Italien und Norwegen gab es Sammlungsbewegungen um Zeitschriften.

Viele dieser zumeist kleineren Parteien und Gruppen lösten sich nach nicht allzu langer Zeit wieder auf. Manche Gruppen, die gegründet worden waren, um Einfluss auf die Mitglieder und die Politik der beiden traditionellen Parteien zu nehmen, vereinigten sich später – wie in Deutschland – wieder mit diesen. Andere arbeiteten mit diesen beiden Parteien zusammen, wie etwa in Skandinavien.

Viele Gruppen und Parteien einte lediglich die Kritik an den beiden traditionellen Arbeiterparteien, dies reichte aber als Grundlage einer dauerhaften eigenständigen Politik nicht aus. Es fehlten eine gemeinsame Theorie und deren Umsetzung in die Praxis. Dies gelang lediglich in Italien und hatte Ausstrahlung auf das „Sozialistische Büro“ in Deutschland.

Es gab – wie in der BRD und in Italien – auch Gruppen, die bewusst nicht den Status einer Partei annehmen wollten. Andere gründeten sich bewusst als Parteien mit dem Ziel, an Wahlen teilzunehmen. Etliche erhielten aber bei den Wahlen kaum Stimmen und blieben unbedeutend. Andere wiederum konnten den etablierten Parteien Paroli bieten und waren sehr erfolgreich. Nicht wenige Parteien und Gruppen erlebten zahllose Spaltungen und splitterten sich immer weiter auf. Bemerkenswert ist, dass die Gewerkschaften bei vielen linkssozialistischen Parteien und Gruppen offensichtlich kaum eine Rolle spielten. Eine Ausnahme bil-

dete Frankreich, was sich mit der syndikalistischen Entwicklung in der Politik erklären lässt. Die Arbeitswelt ist zwar ein Dreh- und Angelpunkt linkssozialistischer Theorie und Politik, aber die Gewerkschaften wurden nicht als Vertreter der Arbeiter gesehen. Es gab jedoch auch keine – wie z. B. bei den „Rätekommunisten“ in den Niederlanden – theoretisch begründete Ablehnung der Gewerkschaften. Nur bei den Gruppen, die sich bewusst nicht als Partei verstanden, ist aus dem Konzept der Arbeiterautonomie und Selbstverwaltung zu ersehen, warum bei ihnen die Gewerkschaften keine Rolle spielten: Sie setzten auf den „mündigen Bürger“. Ebenfalls ist auffällig, dass es außer in Italien in keinem Land gelang, 1968 und in den Jahren danach zwischen der Studenten- und der Arbeiterschaft eine Verbindung herzustellen. Ein wichtiges Ziel aller Linkssozialisten wurde bislang in keinem Land erreicht: eine von ihnen angestrebte „Revolution im Westen“.

# Rote Hilfe in der Schweiz. Konstitutionsbedingungen und Praxisformen einer Solidaritätsorganisation der Neuen Linken (1968-1980)<sup>1</sup>

Hartmut Rübner

Seit Mitte der 1950er-Jahre gilt die Schweiz als eine prosperierende Industriegesellschaft, die weltweit über eines der höchsten Aufkommen des Bruttosozialprodukts pro Kopf verfügt. Einige kulturelle Eigenheiten charakterisieren länderspezifische Merkmale des beschleunigten Industrialisierungsprozesses. Dies betrifft explizit gemeinschaftsideologische Relikte oder auch eine tradierte nationale Integrationsideologie, die sich hier trotz des liberalen Fortschrittskonsenses in einem vergleichsweise stärkeren Maße niederschlugen und wohl auch konservierten als anderswo.<sup>2</sup> Demnach wird der „schweizerischen Nachkriegsmodernität“ der Charakter einer „halbierten Modernität“ zugesprochen, die insoweit einen „wirtschaftlichen Wachstumsoptimismus und Gemeinschaftskonservatismus“ kombinierte, wie „durch staatliche Steuerung und soziale Abfederung die gemeinschaftsgefährdenden Potentiale des gesellschaftlichen Wandels unter Kontrolle gehalten oder kompensiert schienen.“<sup>3</sup> Dabei zeigte sich die Kluft zwischen Land und Stadt weniger ausgeprägt, sodass noch in den 1980er-Jahren ein relativ geringer Urbanisierungsgrad konstatiert wird. Dieses Phänomen korrelierte mit einer konstitutionellen Verfasstheit, dem Föderalismus der Eidgenossenschaft, in der sich die lokalen Traditionen von Selbstverwaltung und Eigeninitiative einschließlich der geografischen und sprachethnischen Regionaldifferenzierungen widerspiegelt. Die Metropolen des Landes sind „weniger räumlich segregiert“, es existieren „keine Slums“. Der urbane Lebensstil ist als weniger städtisch definiert worden, weil für rurale Lebenswelten typische Formen sozialer Kontrolle lange nachwirkten.<sup>4</sup> Die ausgeprägte Verhaltenskonformität schlug sich in relativ niedrigen Kriminalitätsraten nieder. Außerdem fanden Subkulturen

---

1 Dieser Text ist im Zusammenhang eines unabhängigen, zusammen mit Markus Mohr organisierten Kollektivprojekts zur Geschichte der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik zwischen 1968 und 1980 entstanden. Dessen Ergebnisse werden voraussichtlich 2010 unter dem Titel „Prinzip Solidarität“ in einem Sammelband dokumentiert.

2 Siehe Markus Furrer: Die Apotheose der Nation. Konkordanz und Konsens in den 1950er Jahren, in: Urs Altermatt/Catherine Bosshart-Pfluger/Albert Tanner (Hrsg.): Die Konstruktion einer Nation. Nation und Nationalisierung in der Schweiz, 18.-20. Jahrhundert, Zürich 1998, S.101-118.

3 Mario König/Georg Kreis/Gaetano Romano: Einleitung. Reformprojekte, soziale Bewegungen und neue Öffentlichkeit, in: Dies. (Hrsg.): Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, Zürich 1998, S.9-20, hier S.12.

4 Siehe Hanspeter Kriesi: Die Zürcher Bewegung. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge, Frankfurt am Main-New York 1984, S.173.

oder Jugenddelinquenz keinen günstigen Nährboden, zumal sich „authentische subkulturelle Stile“ innerhalb der Vereine oder der in die Arbeitssphäre integrieren Arbeiterjugend kaum herausbilden konnten. Für die sozialen Bewegungen der Schweiz bot jedoch die transnationale Neue Linke (besonders der angrenzenden europäischen Länder), mit der sie auch durch personelle Beziehungsstrukturen eng verwoben war, Impuls gebende Referenzpunkte.<sup>5</sup> Dies sind allesamt Faktoren, die für die weitere Darstellung der Roten Hilfe (RH) der Schweiz, insbesondere der Roten Hilfe in Zürich (RH-Z) in mancher Hinsicht von nicht unerheblicher Bedeutung sein dürften. Was andere Agglomerationen der Schweiz kennzeichnet, erscheint demzufolge auch für Zürich prototypisch: Eine enorme Binnenzuwanderung aus den ländlichen Regionen seit den 1950er-Jahren sowie der gleichzeitig einsetzende Bevölkerungszuwachs durch ausländische, zunächst qualifizierte Arbeitsmigranten aus Italien führten zu einer räumlichen Konzentration von zumeist jüngeren BewohnerInnen vor allem in den Wohnquartieren der Unterklasse. Infrastrukturelle Defizite mitsamt allen negativen Aspekten einer Suburbanisierung begannen sich schon in den frühen 1960er-Jahren deutlich abzuzeichnen.<sup>6</sup> Als die größte Stadt des Landes und als Finanzstandort von internationaler Bedeutung konnten die rund 700.000 Züricher Einwohner (1970) über einige bedeutsame Kultur- und Bildungseinrichtungen verfügen, die sich jedoch vornehmlich dem Geschmack des gehobenen Bürgertums anpassten. Und so ist Zürich über längere Zeit „eine Großstadt mit provinziellem Gepräge geblieben, ein wirtschaftliches Zentrum ohne politische Macht, eine Stadt am Rande des nationalen und internationalen politischen Geschehens“.<sup>7</sup>

### *Globusprovisorium und Autonome Bunkerrepublik*

Diese Mixtur aus Provinzialität und Urbanität, verbunden mit einem materiell hohen Lebensstandard, beförderte zweifellos eine latente Konformitätstendenz. Angesichts der teilweise recht feindselig gegen subkulturelle Phänomene eingestellten Bevölkerung schlug die stillschweigende Frustration mancher Jugendlicher unter dem Eindruck einer weltweiten Revolte bald in einen entschiedenen Protest um. Im Frühling 1968 entstand aus etwa zwanzig linken Zirkeln der Neuen Linken („Junge Sektion“ der kommunistischen Partei der Arbeit, Fortschrittliche Studentenschaft Zürich usw.) eine neue, die Vielzahl der politischen Gruppierungen koordinierende Assoziation, die Fortschrittlichen Arbeiter, Schüler und Studenten (FASS). Die Extremismusforschung sieht in ihnen einen Hort des amorphen Sponti-Maoismus antizipiert. So hätten sich die FASS geschickt das „Protest- und Aggressionspotential“ der Jugendlichen zunutze gemacht,

---

5 Siehe Nicole Peter: Switzerland, in: Martin Klimke/Joachim Scharloth (Hrsg.): 1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977, New York-London 2008, S.229-237, hier S.230f.

6 Siehe Hans Boller: Jugendradikalisierung und Neue Linke in der Schweiz, Zürich 1976, S.55-65; Thomas Stahel: Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968, phil. Diss., Zürich 2006, S.23-32.

7 Kriesi, Zürcher Bewegung, S.183.

welches sich ansatzweise bereits bei einem Auftritt der Rolling Stones am 14. April 1967 offenbart hätte.<sup>8</sup> Innerhalb eines Jahres organisierten die FASS jedenfalls mindestens 17 Demonstrationen, mit bis zu 3.000 TeilnehmerInnen. Einen Wendepunkt des Jugendprotestes markierte das Konzert von Jimi Hendrix am 31. Mai 1968, gegen das die Polizei mit rigoröser Brutalität vorging und das in Straßenkrawalle ausartete. Zum Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen entwickelten sich die Forderungen nach einem jugendkulturellen Freiraum. Konkret war dazu das Globus-Provisorium ausersehen, ein austrangiertes Kaufhaus, das man nach einem basisdemokratischen Beschluss der Vollversammlung vom 14./15. Juni 1968 besetzen wollte. Als der Stadtrat die Räumlichkeiten ungeachtet anderslautender Zusagen an eine Lebensmittelkette vermietete, kam es zum sogenannten „Globus-Krawall“ vom 29./30. Juni, bei dem 380 Polizisten sich mit den rund 2.000 Demonstranten Straßenschlachten bis dato unbekanntem Ausmaßes lieferten. Mindestens 40 teilweise schwer verletzte Polizisten und Demonstranten waren zu verzeichnen. Hinzu kamen 169 verhaftete Personen, von denen einige anschließend in dafür vorbereiteten Räumlichkeiten schwer misshandelt wurden. Der Stadtrat verhängte ein Demonstrationsverbot, investierte unter Umgehung der parlamentarischen Entscheidungsfindung in teure Wasserwerfer und leitete etwa 300 Strafverfahren ein. Dagegen formierte sich alsbald eine bis in bürgerliche Kreise reichende Solidaritätskampagne. Um die AktivistInnen der Bewegung im Umgang mit Justiz und Polizei zu unterstützen, aber auch eine kritische Öffentlichkeit herzustellen, initiierten die FASS, der Hauptträger der Globusbewegung, die Selbsthilfeorganisation Gruppe Saint-Just.

Gegen die mutmaßlichen „Drahtzieher“ der Globuskrawalle leitete der Regierungsrat eine veritable Hexenjagd ein. Diese gipfelte Ende 1970 im Globusprozess von Winterthur, einem siebenwöchigen Verhandlungsmarathon, der für die Angeklagten freilich noch relativ glimpflich ausging. Das Globusereignis steht insofern symbolisch für 1968 in Zürich, als es einerseits die bruske Reaktion der Behörden zeigte und die mangelnde Toleranz der Mehrheitsgesellschaft inklusive ihrer Presse offenlegte, andererseits jedoch die gegenkulturelle Kreativität beflügelte.<sup>9</sup> Innerhalb der Neuen Linken der Schweiz setzten danach längere Diskussionsprozesse und Strategiedebatten ein. Sie wirkten desintegrativ, weil daraus eine Fraktionierung der Bewegung folgte. Daher können die Jahre 1969/70 als eine Zeit des Übergangs gelten, in der sich die Fronten neu aufstellten. Die Gemeinderatswahlen vom März 1970 änderten die Konstellation im Stadtrat, sodass sich die Ausgangsposition für die Befürworter eines autonomen Jugendzentrums

---

8 Siehe Dominique Wisler: *Drei Gruppen der Neuen Linken auf der Suche nach der Revolution*, Zürich 1996, S.66-73, hier S.67.

9 Siehe Rahel Bühler: *Krawall! Die mediale Inszenierung der Ereignisse vom 29. und 30. Juni in der Deutschschweizer Presse*, in: Angelika Linke/Joachim Scharloth (Hrsg.): *Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn*, Zürich 2008, S.65-76; Urs Zweifel: *Polizeilicher Ordnungsdienst im „Aufbruch ‚68“*, in: König/Kreis/Romano, *Dynamisierung*, S.183-199; Erika Hebeisen/Elisabeth Joris/Angela Zimmermann (Hrsg.): *Zürich 68. Kollektive Aufbrüche ins Ungewisse*, Zürich 2008.

zu verbessern schien.<sup>10</sup> Das zuvor unter dem Dach der FASS assoziierte Lager der Linken begann dennoch schon 1969 zu erodieren, da zwei Richtungen mit einschlägigen Fraktionen ausscherten. Zum einen war dies vor allem die Jugendsektion der Partei der Arbeit sowie zum anderen die aus der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich hervorgegangene ouvrieristische Strömung, die sich entweder auf das traditionelle Subjekt des Klassenkampfes, auf die Arbeiterklasse, oder aber auf die Jugendschichten kaprizierten. Deshalb setzte man dort, entsprechend der operaistischen Fabrikagitation oder auch der maoistischen Massenkampflinie, auf eine revolutionäre Arbeiterorganisation. Für diese proletarische Offensivstrategie standen die Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich (RAZ) oder die Kommunistische Gruppe Arbeiter Politik, aus der wiederum die Schweizerische Kommunistische Organisation (SKO) hervorging.<sup>11</sup> Davon unterschied sich eine unorthodoxe Tendenz. Diese – eher randgruppenorientiert aufgestellt und sich an den alltäglichen Nebenwidersprüchen abarbeitend – stand der als systemimmanent eingeschätzten Arbeiterschaft sowie der Theorieproduktion distanzierter gegenüber. Daher wurden spontane, subkulturelle Organisationsformen angestrebt, wie z. B. – ab Sommer 1970 – von der Autonomen Linken Zürich. Die antiautoritär-spontaneistische Bewegung, die verschiedene Rockergruppierungen integrierte, pflegte primär ihren hedonistischen Lebensstil.<sup>12</sup> Es wurde davon ausgegangen, dass in den ab 1970 entstehenden Politikommunen ein herrschaftsfreie Ordnung antizipierendes, gesellschaftstransformierendes Praxismodell gefunden sei. Die basisdemokratischen Grundprinzipien schlossen die Bildung von informellen Führungsinstanzen dabei nicht aus. Das traf z. B. auf die zwar undogmatische, dennoch aber exklusivere Sozialistische Kampfgruppe (ab 1971: Proletarische Kampforganisation, PKO) zu, in der Studierende den Ton angaben. Zusammen mit Teilen der RAZ spielte die PKO in der Autonomiebewegung eine maßgebliche Rolle.<sup>13</sup>

Die andauernden Querelen um ein selbstorganisiertes Jugendzentrum führten 1970 dazu, dass eine externe Kommission in diversen ausländischen Städten zu deren spezifischer Situation recherchierte und dazu Umfragen unter den städtischen Jugendgruppen durchführte. Schließlich griff man ältere Überlegungen auf, den sogenannten „Lindenhofbunker“ zu nutzen. Bereits in der Konzeptionsphase stellten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen der Planungskommission des Jugendzentrums Lindenhof, „Bunker“ genannt, und dem Stadtrat über Öffnungszeiten, über Zugangsbeschränkungen für Minderjährige und über den Alkoholkonsum ein. Ende des Jahres bildete sich eine Zehnerkommission aus Jugendlichen aller politischen Richtungen. Diese mandatierte eine anschließende Vollversammlung als Verein Autonomes Jugendzentrum und beauftragte sie,

---

10 Siehe Wisler, *Drei Gruppen*, S.75.

11 Siehe Boller, *Jugendradikalisierung*, S.136-142.

12 Siehe Willi Wottreng: *Tino, König des Untergrunds: Die wilden Jahre der Halbstarren und Rocker*, Zürich 2002.

13 Siehe Wisler, *Drei Gruppen*, S.78-85.

provisorische Statuten zu erstellen, die weitgehend mit den Auflagen des Stadtrats übereinstimmten. Eine weitere Vollversammlung bestätigte den Entwurf und die Einsetzung eines „Bunkerkomitees“, bestehend aus acht gemäßigten sowie sieben „progressiven“ Kandidaten. Darauf zogen sich die FASS aus dem Projekt, das am 30. Oktober 1970 mit offiziellem Segen realisiert wurde, zurück.

Der Bunker war wegen des hohen Bedarfs an selbstbestimmten Freizeitangeboten und Rückzugsräumen viel besucht. Er entwickelte sich recht schnell zu einem beliebten Freizeitort für Lehrlinge, Schüler und Studenten. Allerdings waren Jugendliche aus schwierigen Familienverhältnissen, Rocker oder Fürsorgezöglinge überrepräsentiert. Dadurch war man mit gesellschaftlichen Problemlagen und urbanen Verwerfungen konfrontiert.<sup>14</sup> Einer Anzahl von Ausreißern diente der unterirdische, drei Stockwerke tiefe Weltkriegsbau auch als Schlafstätte.<sup>15</sup> Ein Umstand, auf den die Stadt keineswegs mit einer angemessenen professionellen Begleitung des Projekts reagierte. Ein von den Behörden beauftragtes Gutachterteam kam zu dem Ergebnis, dass der Bunker „zum meistfrequentierten und finanziell schlechtest gestellten Jugendzentrum Europas“ avanciert sei.<sup>16</sup> Um die internen Schwierigkeiten zu bewältigen, aber auch um den sozialen Aktionsradius auszudehnen, wurden verschiedene Selbstverwaltungsorgane geschaffen. Während sich die Rocker um die Sicherheit kümmerten, sorgte sich der „Club Speak out“ um die Drogenprobleme, eine „Heimkampagne“ bemühte sich um die Fürsorgezöglinge, und die Revolutionäre Lehrlingsorganisation setzte sich für die Interessen der Lehrlinge ein. Im Dezember 1970, zur gleichen Zeit also, als sich in Westberlin ähnliche Aktivitäten regten, wurde der „Aufbau der Roten Hilfe“, einer Organisation zur Unterstützung von Jugendlichen und Erwachsenen in allen Notfällen, insbesondere, wenn diese durch behördliche Willkür verursacht werden“, ventiliert. Bis Juni 1971 war das Vorhaben realisiert und dazu ein Anwaltskollektiv vorgesehen.<sup>17</sup>

Der Stadtrat machte die Fortsetzung des Bunkerprojekts von der Kooperationsbereitschaft des Komitees abhängig und betonte dessen Versuchscharakter. Als einige Auflagen nicht eingehalten wurden, wurde eine härtere behördliche Gangart angeschlagen. Die Lobby der gewerbetreibenden Anlieger und die konservative Presse skandalisierten die auf den Bunker fokussierte Randgruppenproblematik und heizten die aggressive Stimmung gegen ihre unerwünschten Nachbarn an. Durch den ostentativen Konfrontationskurs, der als ungerechtfertigt empfunden wurde, begann sich die Mehrheit des konsumorientierten Bunkerpubli-

---

14 Siehe die Selbsteinschätzung der ARB-Bewegung, in: Bunker: Dokumente. Vorgeschichte. Sozialprobleme. Lehrlingsfragen. Rauschmittel. Kommune. Erarbeitet von der Basisgruppe 11+12 der Autonomen Republik Bunker o. J. (ca. Anfang 1971), FU Berlin, APO-Archiv, Ordner 1050.

15 Siehe Solidarität mit den Eid-Genossen!, in: 883 (Berlin) 3 (1971), Nr. 75, 5.2.1971, S.11.

16 Hans-Peter Müller/Gerold Lotmar (Hrsg.): Der Bunker von Zürich. Jugend zwischen Rückzug und Revolte. Ein Modellfall, Olten 1972, S.15.

17 Siehe ebenda, S.17; Wisler, Drei Gruppen, S.59, 82, 88, 107.

kums zu politisieren und auch zu radikalisieren, zumal es die Autonomie für sich beanspruchte.

Am 14. Dezember erging an das Bunkerkomitee ein Ultimatum des Stadtrats, welches die Schließung bis zum 7. Januar ankündigte. Eine Woche später erfolgte eine groß angelegte Drogenrazzia, die das Bunkerkomitee als geplantes Kriminalisierungsmanöver interpretierte. Es erklärte, ihr „lausiges, dreckiges, aber freies Stückchen Erde“ unter allen Umständen verteidigen zu wollen.<sup>18</sup> In der Silvesternacht 1970 riefen 1.300 TeilnehmerInnen der Vollversammlung die sogenannte Autonome Republik Bunker (ARB) aus. Eine aus zehn Punkten bestehende Verfassung sah die Ausdehnung des antikapitalistischen Experiments auf weitere selbstverwaltete Zentren und Kollektive vor, sodass die ARB nach einem „Verlust des Lindenhofbunkers in neu errichteten Zentren weiterexistieren“ könne. Als beschlussfassende Organe waren die Basisgruppen, die Vollversammlung und ein daraus gewähltes Exekutivkomitee vorgesehen.<sup>19</sup> Zwar amorph und schwer lokalisierbar, verstand sich die ARB doch als „sozialistische Jugendbewegung, die zu einem Zeitpunkt entstand, wo die sozialen Kämpfe in der Schweiz einen neuen Auftrieb erhielten: Bruch des Arbeits- und Wohnungsfriedens der sozialabhängigen Massen mit den Kapitalisten (Genferstreiks, Mieterdemonstration)“. Beteiligt waren vor allem „junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und der mittellose Teil der Studenten“, da in einer „neuen Phase von sozialen Kämpfen“ die „breite Arbeiterschicht“ noch nicht dazu bereit sei, in den Betrieben gegen die Kapitalisten vorzugehen. Deshalb gelte es sich selbst in den einzelnen Quartieren mit Anbindung an die ARB zu organisieren.<sup>20</sup> Die Resonanz auf die Gründung der ARB war exorbitant. Binnen einiger Tage registrierten sich mindestens 2.000 Jugendliche in einer „Einwohnerkartei“ und erhielten dafür den Pass der Republik.

Als am 6. Januar 1971 Verhandlungen zwischen Stadtrat und der Vollversammlung scheiterten, ließen sich einige Freiwillige in den Räumlichkeiten einschließen. Die Polizei umstellte das Areal, worauf 148 Jugendliche ohne Schlafstellen Notunterkünfte bei den Hells Angels bezogen.<sup>21</sup> Die Besetzer hielten bis zur Nacht vom 17./18. Januar durch. Als sie den Bunker durch einen Notausgang verließen, gelang es der Polizei, sieben Personen zu verhaften.

Damit war das Bunkerexperiment von offizieller Seite nach 68 Tagen beendet, allerdings nicht für die ARB-Bewegung. Ihr externes Aktionsterrain verlagerte sich in das Shopville unweit des Hauptbahnhofs, wo mehrere Teach-ins sowie

---

18 Bunkerverteidigungskomitee: Skandal Autonomes Jugendzentrum (Aufruf an die Bevölkerung), Dezember 1970, Papiertiger Berlin Archiv & Bibliothek, Ordner Schweiz: Häuserkämpfe/„Züri brännt“/Bewegung 80.

19 Verfassung der Autonomen Republik Bunker v. 1.1.1971: Punkte 3 u. 6, in: ARB-Zeitung (undat., ca. Mitte Februar 1971), S.1.

20 ARB: Das neue Bild der Basisgruppen, Papiertiger Berlin Archiv & Bibliothek, Ordner Schweiz: Häuserkämpfe/„Züri brännt“/Bewegung 80.

21 Siehe Komitee Autonomes Jugendzentrum (Hrsg.): Extrablatt (undat., ca. März 1971), S.2.

einige Feste und Demonstrationen durchgeführt wurden. Das Spektakel mit Happeningcharakter erregte das Missfallen der ansässigen Geschäftsinhaber und wurde deshalb von den Behörden nicht toleriert.<sup>22</sup> Ein nicht eingehaltenes Verbot führte zu ersten Massenverhaftungen. Am 21. Februar 1971 kam es zu dem ersten Tränengaseinsatz in Zürich, was allgemein als neue Stufe der Eskalation empfunden wurde, die Autonomiebewegung radikalisierte, gemäßigte Sympathisanten indessen abschreckte. In den diversen Politgruppen (Heimkampagne, Lehrlinge usw.) und im Komitee der mittlerweile zwölf Quartierbasisgruppen begannen Grabenkämpfe zwischen der erwähnten RAZ und der SKO sowie der spontaneistischen PKO, welche die Mehrheit in der Bunkerkommission der ARB stellte. Dabei setzte die RAZ auf eine konfrontative Linie nach außen und versuchte, ihre Position innerhalb der dezentralen Strukturen der ARB sowohl durch die Schaffung von Parallelorganisationen als auch durch ihren Einfluss in den Quartiergruppen auszubauen. Infolge ihrer geschickten Taktik und unter Ausnutzung der Festnahme von wichtigen PKO-Führungsleuten gelang es der RAZ, in einer Abstimmung am 19. November 1971 die PKO praktisch aus den entscheidenden Gremien der ARB zu drängen.<sup>23</sup> Die ARB hatte unterdessen einen Ausweichstandort im Enge-Quartier an der Venedigstraße gefunden. Dort standen einige Gebäude zum Abriss, die man kurzerhand am 1. April 1971 okkupierte: eine Selbsthilfeaktion hauptsächlich der Mieter, die durchaus szeneübergreifend auf Sympathie stieß und den Auftakt für eine ganze Reihe ähnlicher Aktionen bildete.<sup>24</sup>

### *Vom Häuser- und Mieterkampf zur alternativen Quartierarbeit*

Anfang der 1970er-Jahre existierten „revolutionäre“ Quartiergruppen in Zürich, die nach dem Konzept des proletarischen Klassenkampfes vorgingen. Darin engagierten sich die Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten (KPS/ML), die Revolutionären Marxisten-Leninisten (RML) oder die Revolutionäre Aufbauorganisation Zürich (RAZ). Auf der anderen Seite standen die anti-autoritären Spontilinken, z. B. die Gruppe Klassenkampf, die RH-Z und die ihnen nahestehenden Roten Steine (RS).<sup>25</sup> So wie sich die Ouvrieristen vornehm-

22 Siehe ARB-Zeitung (undat., ca. April/Mai 1971), S.2.

23 Siehe Wisler, Drei Gruppen, S.89f.

24 Siehe Arbeitskollektiv der Roten Hilfe Zürich: s'Mieterbüechli. Mieterkämpfe in der Schweiz, Zürich o. J. [1975]; Stahel, Wo-Wo-Wonige, S.171f.

25 Die Gruppe Klassenkampf war wie andere spontaneistische, militant-klassenkämpferische Gruppierungen an der Theorie und Praxis der marxistisch-operaitischen Bewegung (Nord-)Italiens orientiert. Siehe Von der Krise zur bewaffneten Arbeiter-Multinationalen. 9 Thesen, in: Klassenkampf. Materialien zur Intervention (Zürich) 1 (1974), Nr. 5, S.2. Die Anfänge der sogenannten Spontibewegung gehen auf die von operaitischen Ansätzen inspirierten lokalen, nur ansatzweise vernetzten Betriebsprojektgruppen wie Arbeiterkampf (Köln), Revolutionärer Kampf (Frankfurt), Arbeitersache (München), Proletarische Front (Hamburg und Bremen) zu Beginn der 1970er-Jahre zurück, die sich dann im Zuge einer Abkehr von betrieblichen Kämpfen entproletarisierten und der mili-

lich um Arbeiter und Mieter bemühten, waren die Spontilinken auf Randgruppen konzentriert. Jugendzentren in Eigenregie betrachtete man als das vordringlichste Ziel.<sup>26</sup> Zwar bemühten sich beide Fraktionen sowohl um Arbeiter und Mieter als auch um Migranten und Schüler, andererseits rivalisierten sie jedoch miteinander. Während das ML-Spektrum den Mieterkampf als Ausgangspunkt für den proletarischen Klassenkampf begriff, initiierten die antiautoritären Spontis weitere Besetzungen. „Die Eroberung eigener und ‚freier‘ Räume [...] fand in der Hausbesetzungswelle, die in den 1970er-Jahren Fuss fasste, ihre weniger spektakuläre, dafür aber multiplizierte Umsetzung“.<sup>27</sup>

Beide Richtungen beabsichtigten, die Quartierbevölkerung zu politisieren und für übergeordnete Ziele zu gewinnen. Es gelte, den „Mieterkampf in ein Projekt des Kampfes gegen die soziale Fabrik als ganzes [zu] stellen und mit dem Kampf am Arbeitsplatz [zu] verbinden“, um womöglich „militantere Kampfformen“ einer „Mieter-Guerilla“ zu formieren.<sup>28</sup> Die RH-Z, die den Mieterkampf von Anfang an propagiert hatte, wertete die bis 1975 erfolgte Praxis nur als Teilerfolg. Es sei nicht gelungen, die Quartierarbeit zu radikalisieren. Stattdessen sei die Wohnproblematik lediglich als abseitiges Phänomen jenseits des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs wahrgenommen worden. Die zahlreichen Selbsthilfeinitiativen seien „weitgehend auf dem Terrain der Wohnungsnot steckengeblieben und auf einen reformistischen Kurs geführt worden, der über Unterschriftensammlungen und Abstimmungskämpfe selten hinausgekommen ist [...] Die militanten Hausbesetzungen der Jugendbewegung konnten zumeist kriminalisiert, isoliert und durch den Einsatz der Polizei liquidiert werden“.<sup>29</sup>

Letzteres traf auch die Besetzungen am Hegibachplatz, an denen sich neben den Hells Angels die autonomistischen Linke (Gruppe Klassenkampf, die RS und RH) und Ouvrieristen wie die RAZ beteiligten. Die meisten Besetzer sowohl dieser Liegenschaft der Firma Mobag sowie des damit verbundenen Quartierkomitees Hottingen/Riesbach/Hirslanden mitsamt der Stadtteilzeitung „Züri 8“

---

tanten Hausbesetzungsbewegung zuwandten. Insofern setzten sich die „undogmatischen“ Spontis von den orthodoxen ML-Parteien ab, was sich 1974 auch in der Aufspaltung der zunächst interfraktionellen Rote-Hilfe-Bewegung der BRD manifestierte. Durch ihren unkonventionellen Politikstil und ihre antiautoritären Habitusformen gelangten diverse Sponti-Gruppen um 1977/78 in vielen Universitäten zu einigem Einfluss. Die Übergänge der Sponti-Bewegung zu den sozialrevolutionär orientierten Autonomen sowie zu den ihnen nahestehenden antiimperialistischen Strömungen, die ihre Praxis stärker an den Zielsetzungen der RAF ausrichteten, sind fließend. Die Forschungslage zu diesem Themenkomplex ist disparat und veraltet. Siehe den Überblick Sebastian Haunss: Antimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main-New York 2008, S.447-473.

26 Siehe Stahel, Wo-Wo-Wonige, S.139.

27 Angelika Linke/Jakob Tanner: Zürich 1968. Die Stadt als Protestraum, in: Linke/Scharloth, Zürcher Sommer 1968, S.11-21, hier S.19.

28 Arbeitskollektiv der Roten Hilfe Zürich, s’Mieterbüechli, S.106-108.

29 Ebenda, S.102f.

gehörten der RH an.<sup>30</sup> Die Besetzung stand unter dem Zeichen einer politischen Einflussnahme von außen und der Bedürfnisse des eigentlichen Besetzerkollektivs, welches wiederum mit Drogen und anderen Problemlagen belastet war. Während für die RAZ die Hegibachbesetzung als Ausgangspunkt für eine politische Offensive gegen den Wohnungsmarkt funktionieren sollte, bezweckte die spontaneistische Linke durch die militante Verteidigung des Projekts, ein Fanal zu setzen.<sup>31</sup>

Als sich das Quartier nicht wie erhofft radikalisierte, zog sich zuerst die RAZ aus dem Projekt zurück und überließ den Spontaneisten dessen Verteidigung. So kam es nach einer elfmonatigen Duldung im Juli 1974 zu einer Räumungsaktion durch 320 Polizisten, der die Besetzer zwar mit widerständiger Kreativität begegneten, aber ihr letztlich doch unterlagen. 22 Besetzer wurden angeklagt, deren Verteidigung organisierte die RH. Im Herbst 1975 verhängte das Gericht Gefängnisstrafen zwischen 28 Tagen und sechs Monaten.<sup>32</sup>

Interne Auseinandersetzungen, polizeiliche Repression und eine fehlende gemeinsame Strategie schwächten die Bewegung und leiteten auch in diesem Falle Abspaltungsprozesse ein. Unter diesen „Spaltprodukten“ befanden sich neben der Petra-Krause-Gruppe und der Gruppe Galli (Tessin) die Gruppe Bändlistrasse („Tupamaros-Zürich“), die sich konzeptionell der „Bewegung 2. Juni“ annäherte. Zu einer Häufung von Anschlagaktionen mit vergleichsweise niedrige-schwelligem Niveau kam es im Frühjahr 1974. Ziele waren in erster Linie spekulative Immobilienfirmen oder in Großprojekte involvierte Bauunternehmen, weit seltener politische Repräsentanten. Zumeist handelte es sich um Brandanschläge, Farbbeutel- oder Steinattacken, die, wie die Brandanschläge auf die MOBAG-Büros nach Räumung der besetzten Hegibach-Häuser im Sommer 1974,<sup>33</sup> mehr einer defensiv-reaktiven als einer insurrektionistischen Grundhaltung entsprachen.

Revolutionär gesinnte Quartierorganisationen entstanden Mitte der 1970er-Jahre noch im Zusammenhang des Ypsilon-Verkehrsplans, der insbesondere Arbeiterwohngebiete tangierte. Die Anwohner votierten in zwei Abstimmungen im September 1974 und März 1977 gegen das seit Jahrzehnten forcierte Mammutvorhaben. Im Anti-Y-Projekt engagierte sich neben der maoistischen KPS/ML auch die RH-Z, die sich für die Quartiergruppe Züri-Nord und später für die 24 Verhafteten und sieben Angeklagten der Gewaltfreien Aktion Milchbucktunnel (GAM) einsetzte.<sup>34</sup> Zwei verhaftete Mitglieder von Züri-Nord waren für die Anbringung von Parolen an den Schallschutzmauern der Y-Expressstraße im

---

30 Siehe Wisler, Drei Gruppen, S.108.

31 Siehe Klassenkampf. Materialien zur Intervention 1 (1974), Nr. 2, S.8-13; Nr. 3, S.11.

32 Siehe Stahel, Wo-Wo-Wonige, S.171-173, 200.

33 Siehe ebenda, S.228f.

34 Siehe s' fräche Blatt. d' Züitig für s' andere Züri (Zürich) 2 (1977), Nr. 8, S.14; Nr. 14, S.20.

August 1975 wegen Aufforderung zur Sabotage angeklagt, schließlich aufgrund von Sachbeschädigung zu zweimonatigen Gefängnisstrafen verurteilt worden.<sup>35</sup> Mitte der 1970er-Jahre schälte sich eine neue Form der Quartierarbeit heraus, welche die avantgardistischen Ansätze der radikalen Stadtteilgruppen ablöste. Es handelte sich um Bürger- oder Quartierinitiativen, denen viel mehr an einer pragmatischen Durchsetzung lokalbezogener Forderungen als an revolutionärer Politik gelegen war. Ihnen ging es um die Verbesserung der individuellen Lebensumstände. Dabei sollten soziale oder ökologische Aspekte berücksichtigt und schon bei der Stadtentwicklung durch direkte Einflussnahme die bedrohten Quartiere erhalten werden.<sup>36</sup> Im Gegensatz zum Häuserkampf geriet der spontane oder organisierte Mieterkampf zu einer von breiteren Bevölkerungsteilen getragenen Protestform. Er erreichte eine höhere Bandbreite, weil hier konkrete Spekulationsprojekte sowie Quartier zerstörende Verdrängungsprozesse mitsamt deren Profiteuren thematisiert waren. Dies war eine „defensive Grundhaltung“, die auf den Erhalt von bestehender Bausubstanz und sozialen Strukturen abstellte und daher als „Utopie des Bewahrens“ bezeichnet werden kann.<sup>37</sup> Mit den alternativen Wohnpraxen etablierten sich teilweise auch neue Besitzverhältnisse.

#### *Gegenöffentlichkeit und Szenemilien*

Die verschiedenen politischen Vorstellungen und milieuspezifischen Ideen- und Lebenszusammenhänge im Umfeld der RH reflektierte das eigene Organ „s'fräche Blatt“, welches ab Juli 1976 eine interne, in drei Ausgaben zwischen Oktober 1975 und Juni 1976 aufgelegte Kommunikationsplattformform ersetzte. In den ersten Nummern präsentierte es sich als Enthüllungszeitung, indem es die innigen Beziehungen zwischen schweizerischer Wirtschaft und Politik sowie die Präsenz der CIA unter den Eidgenossen anprangerte. Später setzte die Redaktion auf den praktischen Nutzen einer linksradikalen Stadtzeitung, in dem es private Kleinanzeigen, Inserate von Szeneläden, Rezeptvorschläge, einen „Veraaschtligs-Kalender“ sowie lebenspraktische Erfahrungsberichte über Wohngemeinschaften präsentierte. Das Blatt sollte als „eine Gegeninfo-Zeitung“, als ein „Diskussionsforum der undogmatischen Szene“, als Info-Blatt „mit Nutzen für den täglichen Bedarf“ und gegebenenfalls als „Auslöser einer Aktion“ dienen.<sup>38</sup> Das Zielpublikum war die an der Schnittstelle zwischen „Polit- und Alternativscene“ angesiedelte „Sponti-Basis“, die sich auf einschlägige Wohngemeinschaften verteilte.<sup>39</sup> Als „optimale form“ wurde der in der Kommune realisierte Kollektivbesitz empfohlen, der gewissermaßen eine Identität von solidarischer Lebenspraxis und politischem Kampf garantieren sollte.<sup>40</sup> Obwohl sich nur noch

---

35 Siehe Rote Hilfe Informationen (Zürich) 1 (1975), Nr. 1, S.2, 2 (1976); Nr. 2, S.1-3.

36 Siehe Stahel, Wo-Wo-Wonige, S.143f.

37 Ebenda, S.151.

38 s' fräche Blatt 1 (1976), Nr. 5, S.4.

39 Siehe ebenda 2 (1977), Nr. 13, S.10f.

40 Siehe ebenda 4 (1979), Nr. 22, S.44.

wenige Kommunen als politische Kampfeinheiten verstanden, kristallisierte sich darin ein Kern von 68er-Bewegten heraus, die diesem Konzept einen instrumentellen Gebrauchswert für revolutionäre Veränderungen zuwies. Daher sollte ein System von selbstproduzierenden „arbeitsgemeinschaften“ geschaffen werden, in dem die „bewaffnete“ Einheit als „offensiver brennpunkt“ funktionierte und eine „gruppe (bande) entfesselter kämpfer gegen den staat“ hervorbrachte.<sup>41</sup> Die kompromissloseste Form eines solch kollektiven Sozialentwurfs verkörpern die sogenannten Mobilien Kommunen, die von den HerausgeberInnen des „Gasseblatts“ und den RS als alternative Kampfform intendiert waren. Die Wurzeln der RS gingen auf die Basisgruppe 7/8 der ARB zurück, die sich seit 1972 als eine Gruppe aus Lehrlingen und Jungarbeitern der Bunkerbewegung zusammengefunden hatte und sich als Alternative zu den Theorie-Polit-Zirkeln begriff.<sup>42</sup> Anfang 1973 bemühten sich die RS um die Neugründung der zwischenzeitlich entschlafenen RH, um die 350 Verhafteten der Autonomiebewegung zu unterstützen.<sup>43</sup>

20 bis 30 Genossen bildeten den Kern der RS, die sich zum Teil ab 1977 in den Mobilien Kommunen einfanden. Diese erreichten ein peripheres Umfeld von 100 Personen und bildeten bald eine Art vernetzter Subkultur von randständigen Außenseitern.<sup>44</sup> Praktisch handelte es sich um überregionale Kommunestrukturen in wechselnder Zusammensetzung mit der Verpflichtung, alle drei Monate umzuziehen, um gemeinschaftsabträgliche Zweierbeziehungen und Besitzstrukturen zu vermeiden. Für die Finanzierung sorgten Arbeitskollektive, aber auch freiwillige, offenbar gruppendruckfreie Prostitution.<sup>45</sup> Den Lebensstil prägten Musik, Drogenkonsum, freie Sexualität und eine antiautoritäre Politik nach anarchistischem Muster. Tonangebend war Guy Barrier, eine Art Super[lumpen]prolet in informeller Führungsposition. Politisch aktiv war die Mobile Kommune auf drei Ebenen: durch die Herausgabe der Zeitschrift „Gasseblatt“ (1976 – 1978), dann „Gasseblues“ (1978 – 1979) und durch Gefangenenarbeit und Demonstrationen. Die Sympathien gehörten eindeutig der „Bluetradition“ in der „Bewegung 2. Juni“<sup>46</sup>, wengleich sie deren klandestine Strukturen als

---

41 Siehe ebenda 3 (1978), Nr. 21, S.39.

42 Siehe Stahel, Wo-Wo-Wonige, S.92; Wisler, Drei Gruppen, S.121.

43 Siehe Rote Steine, Zürich, an die Rote Hilfe Westberlin, 9.2.1973, in: Sammlung Berlin/IISG, Rote Hilfe-Archiv, Ordner Andere Organisationen.

44 Siehe Gasseblatt. Stadtzi[il]tig für Züri, Basel u. St. Gülle (Zürich) 2 (1977), Nr. 7, S.24-26.

45 Siehe ebenda 2 (1977), Nr. 7, S.19-23, 38f., 52-54; Nr. 8, S.26.

46 Unter Bezug auf die Musikform der in den USA diskriminierten Afroamerikaner bezeichnete sich eine diffuse Subkultur in Westberlin als „Blues“. Sie nutzte das Szeneblatt „Agit 883“ als Kommunikationsplattform. Den Kern der Szene bildeten jene militanten „umherschweifenden Haschrebellen“, von denen sich einige später der im März 1972 gegründeten „Bewegung 2. Juni“ anschlossen. Siehe dazu Dieter Claessens/Karen de Ahna: Das Milieu der Westberliner „scene“ und die „Bewegung 2. Juni“, in: Wanda von Baeyer-Katte u. a. (Hrsg.): Gruppenprozesse (= Analysen zum Terrorismus, Bd. 3), Opladen 1982, S.19-181, hier v. a. S.106f.; Detlef Siegfried: Time is on my Side. Konsum und

Hemmnis für den hedonistischen Lebensentwurf ablehnte. Illegalität wurde vorausgesetzt und wohl auch angestrebt. Diese Gruppierung betrieb jedoch keine Untergrundarbeit, da man sich auf alltägliche Bedürfnisse bezog. Das galt ebenso für die RH-Z, die ihre Organisation an die Erfordernisse ihrer Strategie anzupassen versuchte. Aufgrund von Kontroversen um Paarbeziehungen, Feminismus und Abspaltungen von unpolitischen Punkcliquen zerfiel um 1979 das informelle Beziehungsgeflecht der Mobilen Kommune.

Ähnlich wie die RS begegnete die RH-Z den bewaffneten Auseinandersetzungen, die sich jenseits der Grenzen in Italien und Deutschland abspielten, mit voller Solidarität und Enthusiasmus. Doch ungeachtet der grundsätzlichen Sympathie und auch tatkräftiger Unterstützung unterschied sich die strikte Disziplin und Askese der illegalen Existenzweise vom expressiven Habitus der gegenkulturellen Verweigerung. „Diese Verbindung von Lebensgenuss und Rebellion“, wie sie sich im „s' fräche Blatt“ darstellte, identifizierte sich mit den „Katzen im Asphalt-Dschungel“, als „etwas zutiefst ‚anti-ökonomisches‘, kleine agents-provocateurs der Faulheit und des Genusses“.<sup>47</sup> Berufsverbot oder Arbeitslosigkeit seien daher jeder Systemintegration vorzuziehen. Stattdessen könne man „zu ‚Animateuren‘ in den Plätzen unseres ewigen Urlaubs: unseren Städten“ avancieren.<sup>48</sup> Als der dazugehörige Soundtrack der Revolte empfahl sich der seinerzeit noch nicht kommerzialisierte Punk oder der Reggae. Als beispielhaft galten demgemäß die Erstürmung eines Rockkonzerts nebst „Enteignungsaktion im Supermarkt“ sowie ein kollektiver Fahrpreisboykott durch italienische Autonomen.<sup>49</sup> Für „s' fräche Blatt“ wie auch für die verwandte, überregionale, von den RS vertriebene Stadtzeitung „Gasseblatt“ galt: „Ihre Produzenten blieben anonym hinter Postfachadressen, aber in einer Reihe von kleinen Ladenkollektiven hatten sie eine Vertriebs- und Trägerstruktur, die für Nachschub an ‚autonomer‘, anarchistischer, an schwarzer Literatur jederzeit besorgt war“.<sup>50</sup> Auf eine derartige Infrastruktur konnte sich vor allem die RH-Z stützen. Sie operierte in den Räumlichkeiten der linken Buchhandlung Eco Libro, die auch als Anlaufpunkt linksradikaler Fußballenthusiasten diente.

---

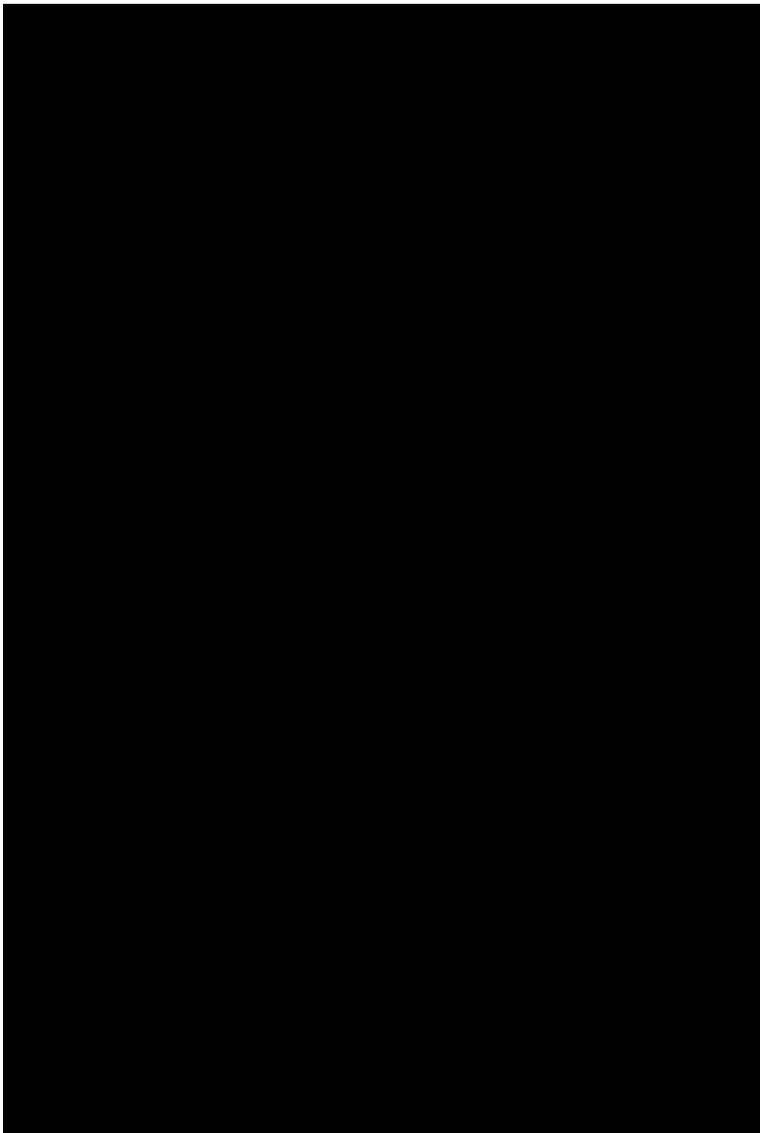
Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S.375, 406f.; Knud Andresen/Markus Mohr/Hartmut Rübner: Unruhe in der Öffentlichkeit. Agit 883 zwischen Politik, Subkultur und Staat, in: rotaprint 25 (Hrsg.): Agit 883. Bewegung, Revolte, Underground in Westberlin 1969–1972, 2. Aufl., Berlin-Hamburg 2007, S.17-44.

47 Gasseblatt 2 (1977), Nr. 9, S.11.

48 Ebenda, Nr. 10, S.2.

49 Ebenda 1 (1976), Nr. 2, S.10.

50 Hugo Büttler: Propheten der Verhöhnung – die neuen Verweigerer, in: Ders./Thomas Häberling (Hrsg.): Die neuen Verweigerer. Unruhe in Zürich und anderen Städten, Zürich 1981, S.9-22, hier S.12.



Den ablaufenden Widerstand im Quartier versuchte die um die RH gruppierte Spontiszene durch eine Vernetzung mit der sich formierenden Anti-AKW-Bewegung, die ab Mai 1977 mit Großdemonstrationen gegen das Kernkraftwerk Gösgen im Kanton Solothurn vorging, zu stärken. Spontis, Autonome und politisierte Rocker opponierten gegen die verordnete Gewaltfreiheit. Daher prallten

die „beiden Konzepte, absolute ‚Gewaltfreiheit‘ und militanter Widerstand“ aufeinander.<sup>51</sup>

Den Problemen einer isolierenden Fraktionierung standen auch jene militanten Frauen gegenüber, die sich als autonome Frauen innerhalb der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) verstanden.<sup>52</sup> Die autonome Frauensolidarität mochte sich nicht auf das Niveau von „Männerhasserinnen“ begeben oder etwa „eine Weiberfront bilden“, sondern plädierte für eine aktionistische Linie auf gemeinsamer Grundlage.<sup>53</sup> So wurde etwa „das Recht für die Frauen, ohne Ueberwachung und unter Wahrung der Intimsphäre ihre Männer und Freunde treffen zu können“ durch Demonstrationen vor dem Gefängnis eingefordert oder zur Mitarbeit beim Frauenpiratensender der „Zürcher Wellenhexen“ aufgefordert, der den Knastkampf ausführlich thematisierte.<sup>54</sup> Angehörige des Frauenzentrums demonstrierten im Mai/Juni 1977 vor verschiedenen Haftanstalten und lösten dadurch in Genf eine Revolte im Untersuchungsgefängnis St. Antoine aus.<sup>55</sup>

In einer von der Bundespolizei und der Bundesstaatsanwaltschaft finanzierten Untersuchung über die Neue Linke der Schweiz wurde die RH-Z als landestypische „Sympathisantenorganisation des (organisierten) Terrorismus“ eingeschätzt. Dieses undifferenzierte Pauschalurteil traf in dieser Zuspitzung sicher nicht zu, da sich die Bandbreite der Praxis der RH-Z nicht so einengen ließ.<sup>56</sup> Die fehlende Transparenz der Quellen und deren Erhebung entsprachen keinen objektiven Kriterien, die nicht mögliche Überprüfbarkeit der daraus generierten Befunde lassen daher jedes Urteil fragwürdig erscheinen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass seitens der RH auf formelle Mitgliedschaft vermutlich wenig Wert gelegt wurde. Zum anderen überschritt die Mobilisierungswirkung der RH einen eng gefassten Organisationsrahmen. Gleichwohl befördern die diesbezüglichen Staatsschutzakten einige interessante Details zutage. Demnach waren die meisten Gründungsmitglieder der RH mindestens seit 1968 politisch aktiv und gehörten oft als „Kader“ Organisationen an, die sich zum Zeitpunkt der Neugründung der RH im Jahr 1974 (nach dem Zerfall der ARB war die RH um 1973 vorübergehend nicht mehr existent) bereits aufgelöst hatten.

Demzufolge galt die RH als Sammelbecken von unabhängigen Gruppierungen, die zu Beginn der 1970er-Jahre dem militanten Spektrum nahestanden, daher können die RH-Aktivisten als die Meinungsführer des spontaneistischen Kernmilieus aufgefasst werden. Einer der maßgeblichen Initiatoren habe bereits seit der Bunkerzeit Kontakte zu Werner Sauber und Andreas Baader von der RAF unterhalten, was die später diesbezüglich engen Verbindungen zur bundesdeutschen „Terroristenszene“ erklären soll.<sup>57</sup> Von den 33 polizeilich bekannten

---

51 Siehe s' fräche Blatt 2 (1977), Nr. 12, S.5f.; Nr. 13, S.3; 3 (1978); Nr. 16, S.7-9; Nr. 18, S.4.

52 Siehe ebenda, Nr. 15, S.18f.

53 Siehe ebenda, Nr. 10, S.11f.

54 Siehe ebenda, Nr. 11, S.11f.; Nr. 13, S.13f.

55 Siehe ebenda, Nr. 12, S.2-5.

56 Siehe Wisler, Drei Gruppen, S.105.

57 Siehe ebenda, S.110.

Gründungsmitgliedern stammte 1974 rund die Hälfte aus der ARB (17), hinzu kamen Quartiergruppen (6) sowie etwa 2/3 der Aktivisten der 1973 aufgelösten Gruppe „Klassenkampf“ (5). Vertreten waren auch die anarchoiden Roten Steine (3) und andere Gruppen der Neuen Linken (7).<sup>58</sup> Die RH wirkte landesweit, da die Gruppen der operaitischen „Lutte de classe“ seit 1974 als deren „sections“ fungierten. Zudem bildete die Gruppe „Galli“ 1975 eine „antifaschistische“ Sektion der Roten Hilfe („Soccorso rosso antifascisto“), die an den Gemeindevahlen im Tessin teilnahm. Nach dem Weggang einiger wichtiger Aktivisten verloren die überregionalen Strukturen um 1976 an Kohärenz, so dass sich die RH-Z nun vornehmlich auf die städtischen Kommunen und Kollektive konzentrierte. Dabei verbreiterten sich die Arbeitsfelder durch die Assoziation des Komitees gegen Isolationshaft (KGI) und durch den Aufbau eines eigenen Anwaltskollektivs.

Praxisschwerpunkte der RH bildeten Themen, die mit der wachsenden Repression gegen die sozialen Bewegungen in der Schweiz und mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit in der internationalen „Terrorismusbekämpfung“ zusammenhingen. Hauptziel war dabei: „Die Offensive der Bewegung abdecken“. Dies sollte durch die „politisch-rechtliche Verteidigung der Militanten“, die „Organisation eines Kommunikationsnetzes zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung“ sowie eine „systematische Gegeninformation auf allen Ebenen des Repressionsapparates“ erfolgen.<sup>59</sup> Das Aktionsrepertoire der RH verweist indes auf eine pragmatische, eher reaktive als offensive Praxisorientierung: 5,2 Prozent aller von der Polizei registrierten Kampagnen (76) waren institutionell angelegt (z. B. Petition), 65,8 Prozent konventionell (Pressekonferenz, Publikation, Podium, Ausstellung und Flugblätter), 6,6 Prozent konfrontativ (Sachbeschädigung, Graffiti, Besetzung, Blockaden). Hinzu kamen demonstrative Aktionen (Demonstrationen, Straßentheater, Hungerstreik).<sup>60</sup>

#### *Die Schweizer Gefangenengewerkschaft*

Anders als die bundesrepublikanische RH besaß die RH-Z zunächst keine „Knastarbeitsfunktion“, sondern beschränkte sich auf die Selbst- bzw. Rechtshilfe. Im September 1973 gründeten ausgeschlossene Arbeitsgruppen der liberalen Gefangenengewerkschaft die Aktion Strafvollzug (ASTRA), eine Gefangenengewerkschaft mit Ablegern in Basel, Bern und Zürich, die sich anfangs nur für kriminelle Häftlinge einsetzte.<sup>61</sup> Nach dem Tode von Holger Meins richtete die Züricher RH eine Pressekonferenz mit den RAF-Anwälten Kurt Groenewold und Siegfried Haag aus. Das sollte nicht nur eine grundsätzliche Anteilnahme an

---

58 Siehe ebenda, S.131.

59 Rote Hilfe: Schweigen – Spioniert wird überall, Zürich 1974, S.8.

60 Siehe Wisler, Drei Gruppen, S.128, 131.

61 Siehe Aktion Strafvollzug & Rote Hilfe Zürich: Fuchs, du hast sie ganz gestohlen: gib sie wieder her..., Zürich 1976, S.61-63.

der Situation in der Bundesrepublik hervorheben, sondern auch einen solidarischen Rückhalt für die radikalen Linken außerhalb der Schweiz aufzeigen.

An eigenen Erfahrungen mit der repressiven Strafvollzugspraxis fehlte es allerdings zumindest im politischen Bereich. Bis dahin blieben Inhaftierungen aufgrund von Demonstrations- oder Hausbesetzungsdelikten meist kurzzeitig. Eine Ausnahme bildete die Gruppe „Bändlistrasse“, ein den Westberliner Haschrebelln ähnelndes Sammelbecken einer militant-erratischen Subkultur, das sich auf die bewaffnete Stadtguerilla vorbereitete und das trotz antiautoritärer Grundeinstellung auch Kontakte mit der deutschen RAF unterhielt. Am 25. April 1972 entdeckte die Polizei nach einem tödlichen LSD-Unfall offenbar zufällig eine konspirative Wohnung in der Bändlistrasse 73. Daraufhin wurden Hausdurchsuchungen in zehn Kommunen eingeleitet, bei denen es zu 41 Festnahmen kam.<sup>62</sup>

Nach Neugründung der RH-Z setzten die Kampagnen für politische Gefangene ein, insbesondere für solche deutsche oder italienische Kombattanten, welche die Schweiz als Logistikbasis (Waffen- und Geldbeschaffung) oder als Transitstation nutzten.<sup>63</sup> Das betraf die sieben, am 20. und 23. März 1975 in Zürich verhafteten Angehörigen (darunter den flüchtigen Werner Maier aus der Gruppe Bändlistrasse sowie Werner Schlegel, dem man eine RAF-Mitgliedschaft vorwarf) einer klandestinen deutsch-schweizerischen Gruppe um Petra Krause, der die Justiz einige Anschläge sowie den Diebstahl von Sprengstoffen und Waffen in sieben Schweizer Munitionsdepots zur Last legte.<sup>64</sup> Krause, die von der RH unterstützt wurde und die ihre Auslieferung an Italien wegen eines Brandanschlags gegen eine ITT-Filiale in Mailand verhindern wollte, unternahm zwei längere Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen (Isolationshaft). Die personalisierte Kampagne, die auch die liberale Öffentlichkeit einbezog, erreichte immerhin, dass der italienischen Justiz nur eine „provisorische“ Auslieferung gewährt wurde. Eine weitere Kampagne betraf die am 12. Februar und am 5. Juli 1975 aufgrund falscher Ausweise verhafteten Pietro und Heide Morlacchi, für die Italien ein Auslieferungsersuchen wegen Zugehörigkeit zu den *Brigate Rosse* stellte.<sup>65</sup>

---

62 Siehe Alfred A. Häslar: *Das Ende der Revolte. Aufbruch der Jugend 1968 und die Jahre danach*, Zürich 1976, S.264-267; Wisler, *Drei Gruppen*, S.96-101.

63 Siehe Albert A. Stahl: *Switzerland: Terrorism and its Control*, in: Alex P. Schmidt/Ronald D. Crellin (Hrsg.): *Western Responses to Terrorism*, London 1993, S.206-209. Der Polizeichef Staatsschutz des Bundeskriminalamts in Bonn und das Landeskriminalamt (West-)Berlin verdächtigten im März 1974 Angehörige der Roten Hilfe Bonn über Kontaktpersonen aus der Schweiz die Bereitstellung von konspirativen Unterschlupfmöglichkeiten vorzubereiten, die „im Untergrund lebenden Mitgliedern anarchistischer Organisationen“ dienen sollten. (Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR [BStU], MfS – HA XXII Nr. 17196, Bl. 3).

64 Verschwörungstheoretisch muten die indizienbezogenen Netzwerkkonstruktionen von Sterling an. Siehe Claire Sterling: *Das internationale Terror-Netz. Der geheime Krieg gegen die westlichen Demokratien*, Bern-München 1981, S.80-92.

65 Siehe Komitee für die Befreiung von H. + P. Morlacchi/Rote Hilfe Zürich: *Freiheit für Heide + Pietro Morlacchi*, o. O. (Zürich) 1975.

Einen Überblick über die Schicksale der 20 deutschen, italienischen und schweizerischen Gefängnisinsassen mit politischem Hintergrund gab die RH in einer Broschüre, in der der „Zusammenhang zwischen Kriminalität und Klassenkampf“, zwischen individuellen und organisierten Kampfformen thematisiert wurde. Jeder Gefangene sei „in dem Masse ein politischer Gefangener, wie er aktiv an der Gefangenenbewegung teilnimmt“.<sup>66</sup>

Im September 1975 formierte sich innerhalb und außerhalb der Schweizer Haftanstalten eine allgemeine Gefangenenbewegung. Am 13. September konnte die Tessiner Rote Hilfe 4.000 Teilnehmer für ein interfraktionelles Solidaritätsmeeting in Lugano mobilisieren, auf dem u. a. Dario Fo und Franca Rame sprachen. In Zürich beschränkte sich die Gefangenenbetreuung der U-Haft-Gruppe der RH zunächst auf den Versand von Päckchen, auf Briefkontakte, auf Besuche und auf einen Rechtshilfebeistand. Hinzu kam die Öffentlichkeitskampagne gegen die besonders restriktive Züricher Gefängnisordnung vom 19. April 1972, die für Untersuchungshäftlinge ausnahmslos isolierende Kontaktbeschränkungen sowie fragwürdige Eingriffe wie Effektenentzug, Dauerbeleuchtung und Unterbringung in Einzelzellen vorsah.<sup>67</sup> Am 17. September 1975 erfolgte der erste kollektive und anstaltsübergreifende Hungerstreik für die Verbesserung der Zustände in den Bezirksgefängnissen und Polizeikasernen. Ende Oktober griffen erstmals nichtpolitische Gefangene zu diesem Mittel der passiven Resistenz. Sie wurden unterstützt von ASTRA, RH-Z, KGI, FBB u. a., die sich zu einer Aktionseinheit gegen Isolationshaft zusammenschlossen.<sup>68</sup> Die Kampagne dauerte bis Ende 1976. Dabei wurden „Knast-Demos“ vorbereitet, Informationsstände organisiert und „Samstagsspaziergänge“ vor dem Züricher Polizeigefängnis durchgeführt.<sup>69</sup>

Die sozialrevolutionäre Ausweitung des Knastkampfes blieb wohl weit hinter den Erwartungen zurück. Dies wurde auf die Differenzierung im Reformvollzug und auf die Spaltung in die „traditionellen kriminellen (Lumpen)proleten und der Gassenleute“ zurückgeführt. Erstere seien an den Organisationsformen der sozialistischen Arbeiterbewegung orientiert, nähmen die Arbeitsangebote der Anstaltsleitung wahr, hätten durch Petitionen meist vergeblich versucht Verbesserungen zu erreichen und sich dadurch integriert. Das Gassenvolk sei ein Sammelsurium aus „jungen Lumpen, Freaks und Arbeitsscheuen“, das bis zu 50 Prozent der Insassen ausmache. Diese hätten sich bereits oft militant an der Jugendrevolte beteiligt und dadurch ihren Beitrag im „Kampf gegen die Arbeit“ geleistet, „indem sie illegale Geldbeschaffungsmethoden entwickelten“. Zwar gingen von einzelnen Gasseleuten aktive Impulse für Gefängnisrevolten aus,

66 Aktion Strafvollzug & Rote Hilfe Zürich, Fuchs, du hast sie ganz gestohlen, S.46f.

67 Siehe Werner Schlegel: Das ist oberfaul im Haftvollzug des Kantons Zürich! Hrsg. von der Roten Hilfe Zürich, 2. Auflage, Zürich 1975; Rote Hilfe Informationen 2 (1976), Nr. 3, S.1-7; Gasseblatt 1 (1976), S.33-37.

68 Siehe Werner Schlegel: Die Schweizer Gefangenenbewegung II. Teil, in: Gegen Knast. Zeitung des Informationszentrums für Gefangenenengruppen 2 (1977), Nr. 5, S.7-10.

69 Siehe s' fräche Blatt 1 (1976), Nr. 3, S.4; Nr. 4, S.2f.; Nr. 5, S.9; 2 (1977), Nr. 6, S.2-4.

doch seien die hedonistischen Subkulturellen tendenziell meist unpolitisch, organisationsablehnend und daher für eine kollektive, längerfristige Gegenwehr kaum zu gebrauchen. Stattdessen hätten sie sich in verbindungslosen Einzelrevolten verheizt oder seien im Drogenkonsum oder Suff resigniert: „Kein Wunder, dass die bisherige Knastbewegung fast völlig zusammenbrach“.<sup>70</sup>

### *Entfremdung in der Spontiszene*

Angesichts der Erschießung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977 durch ein RAF-Kommando stellten sich einige „Erzspontis“ aus dem RH-Umfeld irritierte Fragen darüber, wie „Wg’s, Musik, Männer- und Frauengruppen, Kinder, Körper, Katzen, Shit, Liebe, Wärme, neues Verhältnis zu Natur und Meditation mit Maschinenpistole und Motorrad“ in Einklang stünden.<sup>71</sup> Der von der Redaktion von „s’ fräche Blatt“ gezeichnete Artikel bot Anlass für eine geharnischte Replik. Sei er doch symptomatisch für „den Zustand der Spontiszene“, ein „Ausdruck absoluter Perspektivlosigkeit und Unfähigkeit, sich mit den Aktionen bewaffneter Gruppen auseinanderzusetzen“. Dergleichen gelte für einen „grossen Teil der Sponti-Linken, nicht, dass die WG, Musik und Kräuter-Szene längst zum integrierten Bestandteil bürgerlicher Gesellschaft geworden ist, neue Verhaltensweisen, persönliche Emanzipation etc. längst Selbstzweck sind, Widerstand (nicht nur bewaffneter) als Hindernis in der persönlichen Befreiung betrachtet wird“, sondern auch, dass man Hungerstreiks und tote „Leute im Knast“ ignorieren würde.<sup>72</sup> Die „Auseinandersetzung über bewaffnete Aktionen der Guerilla“ hätte durch „kommentarlose[n] Abdruck von Erklärungen“ eine „Konsumentenhaltung der Leser-innen wie auch der Macher“ gefördert, resümierte die Redaktion durchaus selbstkritisch. Andererseits sei aber der „emotionsgeladenen Hetze eines Teils der Spontilinken gegen die Guerilla“ etwas entgegenzusetzen.<sup>73</sup> Dazu fehle es aber an einem Umfeld, da viele Leute „unserer Sache“ nur halb zugewandt“ und nicht dazu bereit seien, „die imperialistischen Welt-Ungeheuer anzugreifen, sondern, übertrieben gesagt, zwischen Autobahnkreuzen und AKWs makrobiotischen Reis [...] pflanzen“. Es erfolge also die Abkehr vom „politischen“ zum „emanzipativen, psychotherapeutisch aufgebauten Alternativ-Menschen, der inmitten von lebensverachtenden Friedhofsmauern des Kapitals keck soziale Lebens-Muster“ uraufführe.<sup>74</sup>

Die Geschehnisse im Deutschen Herbst evozierten nicht nur eine unbedingte Solidarisierung mit den Kombattanten, sondern auch krude Vergleiche mit Nazi-Gefängnissen. Auch waren paranoid anmutende Aussagen über die allgegenwärtige Supervision der US-amerikanischen Geheimdienste und des „Modells

---

70 s’ fräche Blatt/Gasseblues: Dokumentation zur Situation von Gabi Kröcher und Christian Möller im Berner Amtshaus, Zürich o. J. [1978], S.37.

71 s’ fräche Blatt 2 (1977), Nr. 10, S.4; Nr. 12, S.12f.

72 Ebenda, Nr. 11, S.5.

73 Ebenda, Nr. 12, S.14.

74 Ebenda, Nr. 15, S.3.

Deutschland als Schrittmacher des Neuen Faschismus“ in einem vom BRD-Finanzkapital beherrschten Europa zu vernehmen.<sup>75</sup> Geradezu verschwörungstheoretisch argumentierte das RH-Blatt auch hinsichtlich angeblicher Verbindungen von Staat und zionistischem Kapital. Im Zusammenhang mit der Entführung einer zivilen Verkehrsmaschine nach Entebbe (Uganda) durch ein deutsch-palästinensisches Kommando befürwortete die RH-Z den militanten Kampf gegen vermeintliche zionistische Propaganda und driftete damit in antisemitisches Fahrwasser.<sup>76</sup>

Erst im Laufe des Jahres 1978 begann sich eine vorsichtige Distanzierung von der RAF zu artikulieren. Die unreflektierte Verherrlichung der „Gewaltanwendung an sich“ habe die Bewegung letztlich vor die falsche Alternative „Pazifismus oder RAF-Terrorismus“ gestellt. Jede politische Gewaltanwendung hätte demzufolge nicht nur von der Gegenseite „mit dem Etikett ‚Terrorismus‘“ versehen werden können.<sup>77</sup> Die Diskussion über deutsche Verhältnisse, wie sie die RH-Z reproduziere, sei inhaltlich „verstümmelt, einseitig und wenig überzeugend“. Insgesamt habe die „militärische“ Fehlentwicklung“ der RAF vor allem desintegrierende Folgen gehabt. Stattdessen gelte es nunmehr, „eine lähmende verkrampfende Spaltung“ in der Schweiz zu vermeiden. Die Absage an eine pazifistische Spontizene verband sich mit der Aufforderung, „die zerstreuten Autonomen wieder zusammenzubringen, um ein Netz von Militanten aufzubauen, das die Praxis der Gegenmacht in der ganzen Bewegung vorantreiben kann“.<sup>78</sup> Die Redaktion vom „s’fräche Blatt“ und die RH hielten dem entgegen, die „Distanzierungs-Welle“ führe dazu, „Diskussionen um die politischen Inhalte abzublocken“.<sup>79</sup> Diese in Bezug auf die Militanzdebatte intransigente Linie trug wesentlich zur Separation der RH-Z inner- und außerhalb des parteiunabhängigen Linksradikalismus bei. Angesichts einer sich im Aufwind befindenden Gegenöffentlichkeit der linksradikalen Milieus machte sich eine „gewisse enttäuschung [...] beim anblick der stapel nicht verkaufte zeitungen in unserem laden“ breit.<sup>80</sup>

Auch die Gassenleute zeigten sich angesichts der Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Stadtguerilla in der sich von der Sponti- zur Alternativbewegung wandelnden Szene angewidert. Einschlägige Kommentare, wie z. B. von Daniel Cohn-Bendit oder vom Frankfurter Spontiblatt „Pflasterstrand“, stünden exemplarisch für das „stinkende Gespenst“ der „Alternativbewegung“ einschließlich ihrer „Gewaltlosigkeit“ („Revolution mit Valium“).<sup>81</sup>

---

75 Siehe ebenda, Extra 2 (1977), September/Oktober, S.2-4.

76 Siehe Christina Späti: Die schweizerische Linke und Israel. Israelbegeisterung, Antizionismus und Antisemitismus zwischen 1967 und 1991, Essen 2006, S.144f.

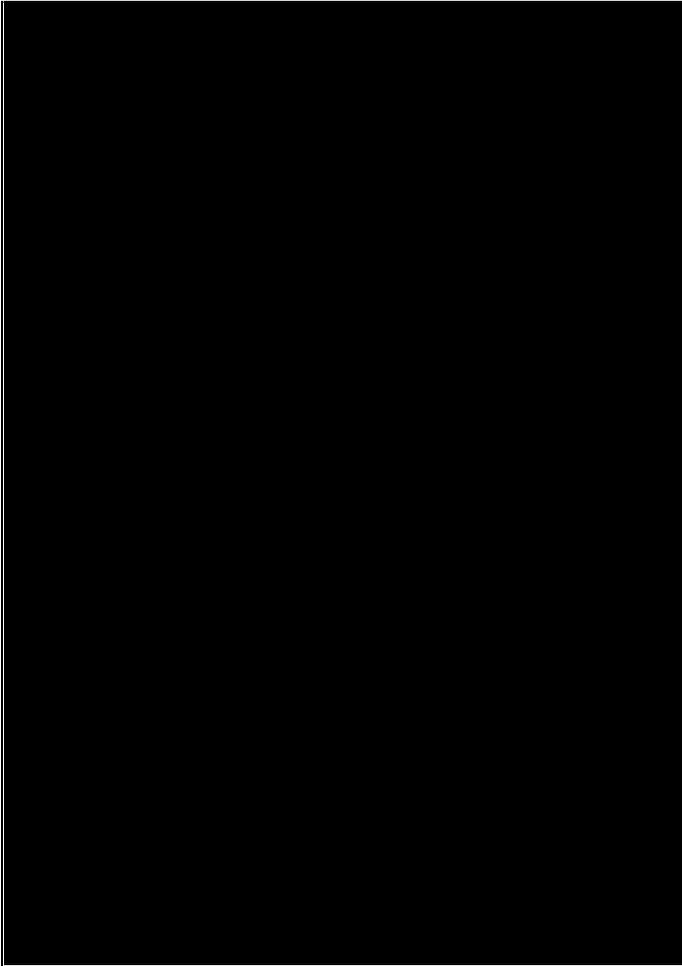
77 s’ fräche Blatt 3 (1978), Nr. 16, S.19.

78 Ebenda, Nr. 16, S.22.

79 Ebenda, Nr. 18, S.9.

80 Ebenda, Nr. 20, S.10.

81 Siehe Gasseblatt 2 (1977), Nr. 7, S.27f., 42-51.



Die „Tendenzen ab- und festgefahrener Spaltung im Sympathisantenkreis der Guerilla“ und die zunehmende Isolation ließen „Gasseblues“ (RS) und „s' fräche Blatt“ (RH-Z) enger zusammenrücken. Gemeinsam propagierten sie Basiskämpfe mit antiimperialistischer Stoßrichtung, wie sie im Gegensatz zu der Spontilitäten von „einzelnen Kommunen und Zellen von jungen Proleten oder Aktivisten der Autonomen Linken“ in verschiedenen Teilbereichen (trikontinentale Befreiungsbewegungen, Anti-AKW, Knast, Jugendrevolte) unter dem Signum der untergründigen RZ (Revolutionäre Zellen) als low intensity-Guerillakampf praktiziert würden.<sup>82</sup> Dazu passte der Handgranatenanschlag gegen das Berner Amts-

---

82 s' fräche Blatt/Gasseblues, Dokumentation, S.49.

haus, in dem sich die beiden, am 20. Dezember 1977 an der schweizerisch-französischen Grenze nach einem Schusswechsel verhafteten Mitglieder der Bewegung 2. Juni, Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller, in Untersuchungshaft befanden.<sup>83</sup>

Zwischen Oktober 1975 und Mai 1980 druckte die RH-Z einige Broschüren, welche die Repression der BRD-Linken dokumentieren sollten.<sup>84</sup> Die in verdeckter Form über die Grenze geschickten Sendungen wurden von den bundesdeutschen Behörden entdeckt und in größeren Margen beschlagnahmt.<sup>85</sup> Überdies gestaltete sich die grenzüberschreitende Kommunikation zwischen den deutsch-schweizerischen RH dürftig. Sollte beabsichtigt gewesen sein, die RH-Z dauerhaft als logistische Filiale der deutschen Stadtguerilla zu etablieren, so scheiterte diese Absicht bereits in den ersten Ansätzen.<sup>86</sup>

### *Das Ende der Roten Hilfe*

Nach der gegenkulturellen Protestphase von 1968 bis 1972 sowie der subkulturellen Bewegungsperiode zwischen 1973 und 1977 leiteten der Separierungsprozess der militanten Spontilinken von der heterogenen Alternativszene und die Herausbildung der autonomen Bewegung 1978 bis 1980 den Bedeutungsverlust der Schweizer Roten Hilfe ein. Zudem konnte eine dauerhafte überregionale Expansion nicht erreicht werden. Der auf Zürich beschränkte Organisationszusammenhang konnte auch nicht direkt von dem erneuten Mobilisierungszyklus in der Stadt im Frühjahr 1980 profitieren, obwohl dieser die Massenmilitanz publizistisch begleitet und dadurch vermutlich befördert hatte. Daran änderte auch nichts, dass sich in der neuen Jugendrevolte ein Kern von weiterhin aktiven Veteranen aus der Bunkerautonomie und der RH-Aktiven einfand.<sup>87</sup> Die letzte Ausgabe von „s' fräche Blatt“ datiert auf den Januar 1979. Nach einer zwischenzeitlichen inoffiziellen Auflösung erschien im Mai 1980 eine letzte Broschüre, welche die Ahndung von Verstößen im Kontext des Paragraphen 129 in der BRD behandelte.<sup>88</sup> Zu diesem Zeitpunkt war die RH-Z nur noch ein Schatten ihrer selbst. Ihre Existenz beendete sie vermutlich noch während des Jahres 1980, als sich in den Auseinandersetzungen um das Autonome Jugendzentrum in der

---

83 Sterling, Das internationale Terror-Netz, S.93-106; Dieses Risiko, in: Der Spiegel 32 (1978), Nr. 25, S.112f.

84 Siehe Rote Hilfe Zürich: Konterrevolution in der BRD, Zürich 1975; Rote Hilfe Zürich/Russell-Initiative Zürich/Arbeitsgruppe politische Gefangene (Hrsg.): Glaubt den Lügen der Mörder nicht. Dokumentation zur Situation in der BRD und zum Verhältnis BRD-Schweiz, Zürich 1978.

85 Siehe s' fräche Blatt 3 (1978), Nr. 17, S.14.

86 Siehe Rote Hilfe Zürich an die Rote Hilfe Westberlin v. 20.9.1978, in: Sammlung Berlin, IISG, Rote Hilfe-Archiv, Box 6.

87 Siehe Bütler, Propheten, S.12-16; Ders.: Autonomiebegriff und „Autonomen-Bewegung“, in: ebenda, S.246-253, 250; Kriesi, Zürcher Bewegung, S.206-208.

88 Siehe Rote Hilfe Zürich (Hrsg.): es gibt nur ein gerechtes verfahren... internierung in der brd am beispiel 129a-parolen-prozess, Zürich Mai 1980.

Limmatstrasse 18/20 die Erfahrungen mit dem Bunkerexperiment wiederholten und neue Hausbesetzungen stattfanden. Das Erbe der RH-Z trat sozusagen die KGI an, die ihr bereits seit 1974 formell eng verbunden war.

Das Komitee vereinigte 1981 insgesamt 54 Personen, darunter mehrere Ärzte und Juristen sowie – laut Polizeiakten - mindestens vormalige 29 RH-Aktive.<sup>89</sup> Aus der Sicht der KGI war das Scheitern der RH-Z ihren theoretischen und organisatorischen Defiziten zuzuschreiben. Ein kurzfristiger Namenswechsel 1981 in „Verein Rechtsauskunftsstelle Anwaltskollektiv“ unterstrich den ideologischen Bruch mit der RH, weil dessen Marxismus-Leninismus nunmehr als Schlüsselbegriff eines dogmatischeren Kurses mit einem avantgardistischen Selbstverständnis fungierte. Nach dem Abebben der „Bewegung 80“ war dies keine untypische Reaktion. Das KGI kultivierte das Kaderprinzip leninistischer Observanz, schottete sich dabei von der Außenwelt ab und wandte sich einem kompromisslosen Konfrontationskurs ohne unmittelbaren Öffentlichkeitsbezug zu. Den antiimperialistischen Kurs setzte es konsequenter als die RH fort, indem man die Kontakte zu den internationalen Befreiungsbewegungen intensivierte und auch praktische Dienste bei der Logistik des bewaffneten Kampfes anbot. In Einzelfällen reichte die praktizierte Unterstützung bis hin zur Teilnahme an Guerillakämpfen. Von dem reaktiven Solidaritätsgedanken und dem Selbsthilfekonzep der einstigen Roten Hilfe hatte man sich inzwischen längst verabschiedet.

---

89 Siehe Wisler, *Drei Gruppen*, S.131.

# Arbeiterbewegung und literarische Familienchronik. Chronik als Roman

Wilma Ruth Albrecht

*Einleitung: Von der Herrschergeschichtsschreibung zur Familienchronik*

Unter Chronik (griechisch Chronika = Zeitbuch, Zeitgeschichte, Ortsgeschichte) versteht man die Aufzeichnung von Ereignissen in zeitlicher Reihenfolge. Die literarische Chronik umfasst sowohl eine Darstellung historischer Ereignisse, von Genealogien (Abstammungskunde, Geschlechterfolge, Verwandtschaftskunde) als auch die Wiedergabe von nicht belegten Geschichten, Mythen, Wundern, Volkerzählungen und/oder Interpretationen. Insofern besaß und besitzt die Chronik immer eine Nähe zur fiktionalen Literatur.

Chroniken haben immer auch legitimatorischen Charakter, literarische Chroniken in noch stärkerem Maße als schlichte Zeittafeln. So wird schon in den zwei Büchern „Chronik“ der Bibel die Geschichte des jüdischen Volkes als ausgewähltes Volk Gottes von Adam bis zum Ende der babylonischen Gefangenschaft als ständiger Wechsel von Gott gefälliger und Gott abfälliger Herrschaft erzählt, wobei Gottgefälligkeit immer mit Freiheit und Macht einhergeht, Gottabfälligkeit mit Gefangenschaft und Unterdrückung.

Mit der Verbreitung des Christentums versuchte zuerst Eusebios von Caesarea zu Beginn des 4. Jahrhunderts die Ereignisse des Alten Testaments und der Kirchengeschichte mit der Profangeschichte des Aufstiegs des Oströmischen Reiches zu verknüpfen und zu synchronisieren. Die „Fredegar-Chronik“ (bis 642 n. Ch.) zieht Verbindungslinien von den siegreichen Trojanern zu den Römern bis hin zu den Franken. In der im Umfeld von Bayernherzog Heinrich dem Stolzen (1126-1139) entstandenen „Kaiserchronik“ wird die Herrschaft der Kaiser seit Caesar als weltgeschichtlicher Verlauf von den Anfängen im Römerreich bis ins 12. Jahrhundert erzählt. Auch der große Humanist Hartmann Schedel (1440-1514) erklärte noch in seinem „Buch der Chroniken“ (1493) den geschichtlichen Prozess gesamtheitlich von der Welterschöpfung aus als sechs Weltalter von Adam bis Kaiser Maximilian I. (1493-1519), der sich noch auf verschiedenen freien Blättern fortschreiben lässt, um mit dem jüngsten Gericht und dem Ende der Welt abzuschließen.

Mit dem Niedergang der großen mittelalterlichen Kaiserhäuser im deutschen Reich und dem Aufkommen der Territorialstaaten im Zuge des Erstarkens des Bürgertums entstanden Landes-, Stadt- und Hauschroniken, wie die „Braunschweigische Reimchronik“ (bis 1279), das „Boich von der stede Colone“ des Gotfried Hagen (1230-1299) oder die „Denkwürdigkeiten brandenburgischer (hohenzollerischer) Fürsten“ des Ritters Ludwig von Eyb (1417-1502).

Auch das Patriziat (Stadtadlige, ratsfähige Bürger in den freien Reichsstädten) bediente sich zur Selbstbespiegelung seiner Macht und seines Einflusses

dieses Genres, wie das „Püchel von mein geslechte und awentewer“ des Nürnbergers Ulman Stromer (1329-1407).

Mit der Industrialisierung wurde die vorher vorgenommene Verknüpfung und Einbindung von Ereignissen eines Herrscherhauses oder einer Familie in den welthistorischen Lauf aufgebrochen und die Chronik hauptsächlich als Genre der fiktionalen Literatur verstanden und individualisiert. Dies tritt deutlich in den Vordergrund bei dem Romantiker Clemens von Brentano in der „Chronika eines fahrenden Schülers“ (1818) oder auch bei Wilhelm Raabes „Chronik der Sperlingsgasse“ (1856), die das Leben und Sterben in der bürgerlichen Nachbarschaft des alten Gelehrten Wachholder aus dessen Sicht fünfzig Jahre lang spiegelt. Schon bei ihm wird die Zeit vom Zusammenbruch Preußens nach der Niederlage gegen Napoleon (1806) bis zum Ende der Heiligen Allianz (Österreich/Russland/Preußen) und der Neugruppierung der europäischen Mächte auf dem Kontinent nach der Niederlage Russlands im Krimkrieg 1853 bis 1856 als abgeschlossene Epoche empfunden.

Auch Thomas Manns Roman „Buddenbrooks“ (1901) thematisiert nicht allein den Niedergang einer Patrizierfamilie (vom Ende des 17. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts), sondern auch das Ende des liberal-bürgerlichen Zeitalters mit Beginn des Zollvereins bis zum Sozialistengesetz (1834-1878) und dem Übergang des Kapitalismus in sein finanzmonopolistisches und imperialistisches Stadium, der mit einem Wertesniedergang des aufgeklärten Bürgertums und einer philosophischen Verfallsideologie einherging. Letztere wiederum war das große ideologische Thema seines Romans „Doktor Faustus“ (1947). Dieser ist ebenfalls als Chronologie angelegt, um über eine Verbindung von Fiktion und Realität eine als abgeschlossen geltende oder verstandene Epoche nicht nur zu beschreiben, sondern auch kulturphilosophisch zu interpretieren.

Mehr historisierend, phantastisch und zeitverklärend und damit nicht mehr auf der Höhe der Zeit stehend müssen die nachfolgenden Chroniken gewertet werden: Gustav Freytags „Die Ahnen“ (1872-1880), in denen in sechs Bänden ein germanisch-deutsches Geschichtspanorama vom 4. nachchristlichen Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts entworfen wird; Elias Canettis „Die Blendung“ (1935/36), in der der Autor von dem lebensfremden Sinologen und Privatgelehrten Dr. Peter Kien erzählt, der sich in die Welt der Bücher zurückzieht, von seiner Haushälterin mit Hilfe des früheren Polizisten Pfaff vertrieben, ruiniert und in den Selbstmord getrieben wird; Heimito von Doderers „Dämonen. Nach der Chronik des Sektionsrates Geyrenhoff“ (1956), der den Verfall und Niedergang der alten Wiener Gesellschaft in den Jahren 1926 und 1927 beschreibt; Wolfdietrich Schnurres „Das Los unserer Stadt“ (1959), in dem losgelöst vom realistischen Hintergrund Tiere agieren, um den Wertrelativismus in einem „pluralistischen Zeitalter“ zu erfassen, sowie Walter Kempowskis „Tadelöser & Wolff“ (ab 1971), der als sentimentaler Roman mit Repetitionsstruktur bürgerlicher Lebensverhältnisse aufgefasst werden kann.

Mit dem Niedergang des klassischen Bürgertums und dem Übergang der kapitalistischen Gesellschaft in ihr imperialistisches Stadium rückte auch das Leben der

Lohnabhängigen, insbesondere der organisierten Arbeiter, mit deren gelungenen und/oder misslungenen Emanzipationskämpfen ins Zentrum literarischer Gestaltung: Es bildete sich der „sozialistische Realismus“ als Literaturstil heraus. Beispiele sind Maxim Gorkis „Die Mutter“ (1906/07) und Michail Scholochows „Der stille Don“ (1928-1940).

In der deutschsprachigen Literatur ging es aber auch darum, zeitgeschichtlich bedeutende Ereignisse mit neuen Gestaltungsformen verstehend zu beschreiben und sinnhaft zu deuten. Dazu gehören die Novemberrevolution 1918 in Form einer ‚großen‘ dokumentarischen Romantrilogie von Alfred Döblin „November 1918“ (seit 1939, 1948, 1949, 1950), die gescheiterte ungarische Räterepublik 1919 als Simultanroman von Anna Seghers „Die Gefährten“ (1932) und die Misere deutscher Politik von 1918 bis 1945 in Anna Seghers ‚großem‘ dreibändigen Erzählwerk „Die Toten bleiben jung“ (1949), „Die Entscheidung“ (1959) und „Das Vertrauen“ (1968). In dieser Trilogie wird anhand idealtypischer Figuren die Verantwortung für Faschismus und Zweiten Weltkrieg angesprochen. Ursachen und Hintergründe der zwei Weltkriege, des Faschismus sowie das politische Versagen der Arbeiterbewegung wurden nun auch zu Themen literarischer Chroniken, speziell sozialistischer Arbeiter- und sozialistischer Familienromane.

*Drei realistische Chronik-Romane aus drei verschiedenen Phasen des kurzen Jahrhunderts: Bredel, Kühn, Steigewald*

„Verwandte und Bekannte“

Als herausragendes Werk gilt Willi Bredels Romantrilogie „Verwandte und Bekannte“ mit „Die Väter“ (1941), „Die Söhne“ (1943/1949) und „Die Enkel“ (1953). Willi Bredel (1901-1964) kam aus dem sozialen Milieu, das er beschrieb. Als Sohn eines Zigarrenmachers in Hamburg lernte er Dreher, engagierte sich in der Sozialistischen Arbeiterjugend, im Spartakusbund und später in der KPD. Bredel war an politischen Kämpfen in der Weimarer Republik beteiligt und wurde mehrfach politisch verfolgt und verurteilt. Er flüchtete nach 1933 ins Exil (Prag, Paris, Spanien, Moskau), kämpfte im Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republik, wirkte im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) in der Sowjetunion und engagierte sich als KPD-Funktionär, Schriftsteller und Kulturpolitiker beim sozialistischen Aufbau der DDR.

Diese Erfahrungen gingen, wie auch bei anderen Schriftstellern, in Willi Bredels Werk ein, so auch in die Chronik. Sie werden jedoch nicht einfach als Lebensweg beschrieben, obwohl viel Autobiografisches aufscheint, sondern ästhetisch anspruchsvoll als Entwicklungsweg vor allem der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1870/71 bis 1948 gestaltet.

„Die Väter“ erzählt vom Leben des Eisengießers Johann Hardekopf und des Zigarrenarbeiters und späteren Ladenbesitzers Carl Brenten in den Jahren 1901 bis 1914 und deren Familien in Hamburg, über Rückblenden zu Hardekopfs Leben wird die Zeit 1870/71 bis 1901 einbezogen. Hardekopf und Brenten repräsentieren jedoch nicht nur zwei Arbeitertypen, sondern auch unterschiedli-

che soziale Strömungen der sozialdemokratischen Partei: Hardekopf ist Sozialist Bebel'scher Ausrichtung. Diese steht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Verteidigung der Pariser Kommune, für Antimilitarismus, Internationalismus, den sozialistischen Volksstaat, für die disziplinierte Organisiertheit in Gewerkschaft und Partei, in denen sie stetig mitarbeitet. In der Figur Brenten und dessen Leben verkörpert sich einerseits schon die „revisionistische“, sozialintegrative Richtung der deutschen Sozialdemokratie: unpolitische Aktivitäten im sozialistischen Vereinswesen, politische Ausrichtung auf Wahlen, Verselbstständigung des Partei- und Gewerkschaftsapparates, kleinbürgerliche Aufstiegshoffungen, Verzicht auf Massenaktivität gegen Nationalismus, Kolonialismus, Militarismus und Krieg; andererseits aber auch die alte Tradition des radikalen Sozialismus und Antimilitarismus. Eine wichtige Rolle im Leben der sozialistischen Arbeiter spielen die Frauen, hier in Gestalt der starken Ehefrauen und Mütter Pauline Hardekopf und Frieda Brenten, geborene Hardekopf.

Willi Bredels „Die Väter“ ist als Roman klar aufgebaut und gestaltet: Der Text umfasst vier Teile, wobei im ersten Teil Personen und Sozialmilieus vorgestellt werden, im zweiten und im dritten Teil politisch-gesellschaftliche Ereignisse im Leben der Protagonisten im Vordergrund stehen und der abschließende vierte Teil sich als Resümee dieser Zeitgeschehnisse darstellt. Entsprechend lauten die Titelüberschriften: „Neuer Anfang“, „Geschichte eines Vereins“, „Träume und Wirklichkeit“ und „Das Ende“.

Willi Bredel gelingt in diesem ersten (hier nicht inhaltlich referierten) Band als Schriftsteller das Einfache, das so schwer zu machen ist: politische Ereignisse und ideologische Strömungen mit Stadtgeschichte, Natur- und Landschaftsbeschreibungen, Familien- und Individualschicksalen glaubhaft, realistisch und ironisch-amüsant so zu verbinden, dass der Roman auch heute noch keineswegs antiquiert daherkommt, sondern spannend und aufklärend zu lesen ist.

Der zweite Band, „Die Söhne“ (geschrieben 1943, veröffentlicht 1949), erzählt von den Jahren 1915 bis 1924 in Hamburg. Im Mittelpunkt steht Carl Brentens Sohn Walter, der sich als Auszubildender zum Metaldreher bei Blohm & Voss in der Jugendbewegung, speziell in der sozialistischen Arbeiterjugend, engagiert und die Arbeitersache wie sein Onkel Fritz Hardekopf, der sich vom Kriegsfreiwilligen zum Antimilitaristen gewandelt hat, in der Revolution 1918/19, im Kapp-Putsch 1920 und in den Abwehrkämpfen gegen die Konterrevolution 1923 kämpferisch vertritt. Darüber hinaus geht es aber auch darum, wie in Zeiten größter Inhumanität, in Kriegszeiten, die Jugend, die neue Generation, zu einem humanistischen und fortschrittlichen Weltbild finden kann. Am Lebensweg Walter Brentens wird somit die frühe Entwicklung der KPD aufgezeigt.

Wie der erste Roman umfasst auch dieser zweite vier Teile: „Ein deutsches Lied“, „Unter gleichen Sternen“, „... und zu leicht befunden“ und „Das Ende vom Lied“. Im ersten Teil werden die Personen vorgestellt, die schon bekannten Familien Hardekopf und Brenten, hinzu kommen später Walter Brentens Arbeitskollegen (Peter Kagelmann, Ernst Timm, Hübner), Freunde aus der SAJ (Audi Meyn, Fiete Peters) und Freundinnen (Catharina Cramers).

Erzählt wird eingangs, wie die sozialistische Jugendgruppe aus Hamburg-Neustadt einen Elternabend zum Thema „Das deutsche Lied“ im Gewerkschaftshaus organisiert, auf dem Walter Brenten das Hauptreferat hält. Diese Veranstaltung wird wie auch andere behördlich überwacht und als staatsfeindlich befunden. Diese und ähnliche antimilitaristische Aktionen können jedoch nur mithilfe der revisionistischen Funktionäre in SPD und Gewerkschaften unterbunden werden. Ein solcher wird in der Person Schönhusen vorgestellt. Dieser ist es auch gewesen, der Carl Brenten aus der Gewerkschaft ausschließen ließ. Carl wird zum Militär gezogen, kommt jedoch nicht an die Front, sondern wird in Neustrelitz kaserniert. Von dort schickt er der Familie Bittbriefe, um Geld und Zigarren zu erhalten, damit er durch Bestechung seiner unmittelbaren Vorgesetzten sein Soldatenleben etwas erträglicher gestalten kann. Als seine Frau Frieda unter Familienmitgliedern um Geld bittet, trifft sie ausgenommen ihres Schwagers Gustav Stürck nur auf Ablehnung. Allerdings gelingt es ihrem Sohn Walter, die zwei Goldstücke zu beschaffen, mit denen sich sein Vater zehn Tage Urlaub erhandelt.

Der Vater kommt auf Urlaub und versucht, die Tage zu nutzen, um unter Verwandten und Bekannten jemanden zu finden, der ihn für eine Zivilbeschäftigung vom Militär anfordert. Doch weder bei seinem Bruder Matthias, noch bei Paul Papke und schon gar nicht bei Louis Schönhusen erhält er Hilfe und Unterstützung.

Unterdessen engagiert sich Walter in der sozialistischen Jugend, die zunehmend von idealistischen Ideen der Wandervogelbewegung beherrscht wird. Gleichwohl hat der sozialdemokratische Parteivorstand den Jugendbund verboten. Die Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend, als deren Protagonisten Walter Brenten und sein Lehrlingskollege Peter Kagelmann auftreten, muss sich somit selbst neu orientieren, eigenständig bilden und organisieren, so in der Euterpe-Gruppe (Euterpe = Muse der vom Flötenspiel begleiteten Lyrik). Die jungen Leute suchen nach humanistischen und rationalen Vorbildern in Literatur und Geschichte und nach Erklärungen für die Ursachen von Kriegen. Neue oppositionelle Lebensformen scheinen auch die unpolitische, bündisch organisierte Natur- und Wanderbewegung zu bieten; doch die harte politische Opposition entwickelt sich in den Betrieben. Das erfährt auch Walter, als sein älterer Arbeitskollege und später sein Freund Peter wegen Antikriegsaktivitäten verhaftet werden.

Die deutsche Arbeiterbewegung während des ersten großen Kriegs ist und bleibt führungslos. Sie wird von der Gewerkschafts- und SPD-Politik gelähmt, so zum Beispiel beim großen Streik im November 1918: Louis Schönhusen lässt das Gewerkschaftshaus vor den Demonstranten schließen. So sind es nicht Arbeiter in den Fabriken, sondern Soldaten in den Garnisonen Hamburgs und (des damals preußischen) Altonas, die sich auf die Seite der revolutionären Matrosen schlagen und SPD und Gewerkschaften mitreißen, wobei sich deren Führer an die Spitze der Bewegung stellen, um sie zu zerbrechen. In den anstehenden Auseinandersetzungen zwischen sozialem Fortschritt und Reaktion wird schnell deutlich, dass die Trennungslinie nicht zwischen den Generationen, sondern

zwischen sozialen Klassen verläuft: Die Jugend lebt nur scheinbar „unter gleichen Sternen“.

Ein gesellschaftliches Ereignis wie „Revolution“ schafft Sieger und Besiegte, Gewinner und Verlierer. Zunächst scheint die Familie Brenten zu den Gewinnern zu gehören: Carl Brenten, Mitglied der USPD, wird Vorsitzender des Wohnungsausschusses. Er benutzt diese Position nicht nur, um seiner Familie eine bürgerliche Wohnung zu verschaffen, sondern verhilft seinem ehemaligen Freund Paul Papke, der sich vom krieglerischen Patrioten wieder zum Sozialdemokraten gewendet hat, zum Posten des Verwaltungsdirektors beim Städtischen Theater, seinem Bruder Matthias zur Stellung des Zolldirektors und seinem Schwager Hinrich Willmers zum Kauf neuer Grundstücke.

Wesentlich konsequenter wirkt Brentens Schwager Fritz Hardekopf in den revolutionären Kämpfen. Von Anfang an hat er am Matrosenaufstand in Kiel mitgewirkt, fährt dann mit einer Freiwilligenformation nach Berlin, kämpft am Marstall und am Schloss gegen die Noskes und Lequis und wird schließlich im Keller der Reichskanzlei gefangen gehalten. Durch solidarisches Handeln eines Soldatenkameraden kann er Mitte Januar 1919 dem konterrevolutionären Terror entkommen, fällt dann aber im Ruhrkampf als Truppführer bei der Verteidigung des Essener Wasserturms.

Nachdem die Revolution durch führende Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann in bürgerliche Bahnen gelenkt wurde, geht die kapitalistische Ausbeutung in den Betrieben unverändert weiter, wird teilweise noch verschärft. Arbeiter haben von der neuen Weimarer Republik kaum Vorteile, gleichwohl verteidigen sie 1920 die Reichsregierung im Kapp-Putsch durch Generalstreik. Verlierer der gescheiterten Revolution sind Carl Brenten und sein Sohn Walter, der nun auch seine Arbeit bei Blohm & Voss verliert, sodass die Familie wieder verarmt. Sie sucht vergeblich Hilfe bei den angepassten Revolutionsgewinnern in der näheren Verwandtschaft, die sich nun wieder zu bürgerlichen Nationalisten wandeln.

Im Zusammenhang mit einer Aktion, die Hamburger Polizei zu demokratisieren, für die Walters Freund Ernst Timm ihn gewonnen hat, wird der junge Brenten wegen „Zersetzung der Polizei“ festgenommen und angeklagt. Während seiner Haft erfährt er von den Herbstkämpfen des Jahres 1923 und dem Hamburger Aufstand, die beide durch Reichswehreinmärsche niedergeschlagen werden. Brenten selbst wird im Frühjahr 1924 verurteilt und weiß von seiner Freundin Catharina, genannt Cat, dass sein Sohn Viktor am 28. März 1924 geboren wurde.

Der dritte Band umfasst die Zeit von 1933 bis 1948 und ist den „Enkeln“ gewidmet: Walter Brenten und Herbert Hardekopf, den Enkeln von Johann Hardekopf, und Viktor Brenten, dem Enkel von Carl Brenten. Er umfasst zwei Teile: „Die Niederlage“ in den Jahren 1933 bis 1941 und „Der Sieg“ in den Jahren 1941 bis 1948 und erzählt hauptsächlich vom antifaschistischen, auch internationalen Widerstand speziell der Kommunisten und dem sowjetischen Abwehrkampf gegen den nationalsozialistischen Hitlerfaschismus.

Hauptfigur in diesem dritten Band ist Walter Brenten. Er verkörpert als Person den Idealtypus des deutschen Antifaschisten und Kommunisten: illegale Aufklärungsarbeit, Denunziation und Festnahme, Dunkelzellenarrest im KZ Fuhlsbüttel („Santa Fu“), Flucht bei einem Arbeitseinsatz der Sträflinge im Moor, erneute Illegalität und Widerstandsarbeit, Exil in Prag und Paris, republikanischer Spanienkämpfer und dort verwundet, Exil in Moskau und nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR Propagandist an verschiedenen Abschnitten der Ostfront, Organisator des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und zum Schluss Redakteur und SED-Mitglied in der DDR. Ihm zur Seite stehen sein Vater, der schon früh in „Schutzhaft“ genommen wird und an deren Folgen stirbt; sein Freund und Genosse Ernst Timm, ein ehemaliger Arbeitskollege, ebenfalls Widerstandskämpfer, 1935 in Dresden verhaftet, 1936 zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt, nach der Entlassung im Januar 1945 von der SS ermordet; die schwedische Kommunistin Aina, der alte Sozialdemokrat Gustav Stürck, Heinrich Armbruster und Walter Brentens unehelicher Sohn Viktor, der mit seiner Mutter, der Kommunistin und Widerstandskämpferin Cat, ebenfalls nach Moskau ins Exil geschickt wird, später als Rotarmist kämpft und an der Eroberung Berlins teilnimmt.

Die gegnerische, faschistische Seite repräsentieren unter anderem Staatsrat Dr. Hans Ballab und Polizeisenator Rudolf Pichter, der Ehemann seiner Kusine Reeder Steeven Morgenthal, Chefinspektor Heinz-Otto Rochner, der Ehemann seiner Jugendfreundin Ruth, der ehemalige Lehrer Hugo Rochwitz.

Dazwischen stehen der Kommunist Otto Wolf, der sich zum Verräter entwickelt, und Walters Vetter Herbert Hardekopf, der sich beim brutalen, mörderischen Arbeitsdiensteinsatz in Russland auf die Seite der Partisanen schlägt. Und dann ist da noch die völlig bescheidene, ehrliche und glaubhaft gezeichnete Mutter Frieda Brenten. Sie verkörpert gelebte praktische Menschlichkeit als Humanität im Arbeitermilieu.

Der dritte Band Willi Bredels, im Episodenstil gestaltet, erscheint zunächst als literarisch zu trocken und politisch zu ideologisch. Dem kann insofern begegnet werden: Es gab solche kommunistischen Persönlichkeiten wie Walter Brenten; er ist nicht nur das Alter Ego des Erzählers, sondern verkörpert einen realen Typus von kommunistischen Widerstandskämpfern in der Zeit des Nationalsozialismus und von engagierten deutschen Sozialisten in der Weimarer Republik und nach 1945. Diese lassen sich auf regionaler oder städtischer Ebene vielfach nachweisen.

Hinzu kommt: Illegale Widerstandstätigkeit, Gefängnis- und KZ-Aufenthalt, Bürgerkrieg und Krieg sind nicht unterhaltsam, müssen auch nicht unterhaltungsliterarisch erzählt werden. Als Autor realisierte Willi Bredel jedoch, dass es nicht beim Beschreiben und Erzählen des Bösen, Hässlichen, Zynischen und Traurigen getan sein kann; deshalb verweist er immer wieder mit Landschafts- und Stadtbeschreibungen, Erinnerungen an Musik- und Literaturabende oder Darstellungen von Volksfesten an das Natur- und Kunstschöne als human(istische) Orientierung.

„Zeit zum Aufstehn“

Die literarische Form der Chronik nutzte auch August Kühn mit seinem 1975 erschienenen Roman „Zeit zum Aufstehn. Eine Familienchronik“, um die lokale Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Träger zu erzählen. Der Schriftsteller, der unter den Pseudonymen August Kühn und Rainer Zwing publizierte, hieß mit bürgerlichem Namen Hans Helmut Münch und lebte vom 25. September 1936 bis 2. September 1996. Seine Pseudonyme sind auch die Namen seiner positiven Helden in der oben genannten Familienchronik, die auch als Lokalgeschichte Münchens gelesen werden kann und die Zeit von 1866 bis 1974 umfasst.

August Kühn, der im Roman über drei Generationen in mehreren Figuren auftritt, verkörpert den engagierten Gewerkschaftler und Sozialdemokraten zur Zeit der Sozialistengesetze und der Gründerjahre, später den loyalen Parteigenossen der in der Zwischenzeit revisionistischen SPD des Ersten Weltkriegs und der ‚Steckrübenzeit‘, dann wieder den radikalisierten Kämpfer der Räterepublik, den Kommunisten und Rotfrontkämpfer der Weimarer Republik und den Widerständler in der Hitlerzeit, der 1943 an der Front umkommt.

Rainer Zwing, engagierter Kommunist und Aktivist der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), führt diese Tradition in der „alten“ Bundesrepublik (BRD) weiter. Er bildet den Gegenpol zu seinem Cousin Heinz Zwing, der als Versicherungsangestellter entlassen und nach wochenlanger Arbeitslosigkeit eine vom Arbeitsamt vermittelte, schlechter bezahlte Stelle im Kraftfahrzeughandel findet. Dessen kleines, unpolitisches Leben in der Münchner Arbeitervorstadt Schwanthaler Höhe mit seiner Frau Marianne, die im Büro eines Patentanwaltes arbeitet, und den zwei Kindern Helga und Erich im Jahr 1974 gibt die Rahmenhandlung ab, verknüpft und konfrontiert die proletarische Familiengeschichte mit dem Leben der Arbeiter und kleinen Angestellten der 1970er-Jahre.

Die Familienchronik im engeren Sinn setzt 1866 ein, dem Jahr des Preußisch-Österreichischen Krieges, das das Ende des Deutschen Bundes, das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland und die Eingliederung von Schleswig, Holstein, Hannover, Kurhessen-Nassau und Frankfurt am Main in Preußen mit sich brachte und damit den Kampf um Vormachtstellung zwischen Österreich und Preußen zugunsten Preußens entschied.

Um diese Zeit kommt August Kühn nach München, nachdem er auf dem Lande, dem fränkischen Niedertroschelbach, in der Landwirtschaft keine Arbeit erhalten hatte, aber in Treutlingen als Schienen- und Schwellenleger tätig gewesen war. Es gelingt ihm, eine Tagelöhner-tätigkeit als Güterhallenarbeiter im Münchener Bahnhof zu erlangen und eine höchst bescheidene Bleibe zu finden. In dieser Situation bekommt er Anschluss an die sozialdemokratische Bewegung Lassalle-scher Richtung.

Im ersten Teil wird auf mehr als hundert Seiten das Leben des August Kühn dargestellt: sein gewerkschaftliches und sozialdemokratisches Engagement, die staatlichen Verfolgungen, der Arbeitsplatzverlust und die Neueinstellung wieder

als Gleisarbeiter beim Straßenbahnneubau, die Verbindung und spätere Heirat mit dem katholischen Dienstmädchen Karoline Schmidt, die Geburt und außerhäusliche Erziehung seiner Kinder August, Martin-Karl und Fritz bei seinem ehemaligen Ziehvater – alles auf dem Hintergrund Münchener Lokalkolorits und unter Einbeziehung der lokalen sozialdemokratischen Bewegung unter der Führung von Georg von Vollmar.

Auch im zweiten Teil dominiert noch der alte August Kühn. Sein jüngerer Bruder Jakob ist zwischenzeitlich auch nach München gekommen und engagiert sich wie August ebenfalls im linksparteilich-sozialistischen Milieu, allerdings radikaler. Karoline, Augusts Frau, verfolgt dagegen nicht den kämpferischen Weg, um ihre soziale Lage und die ihres Mannes zu verbessern, sondern den individualistischen, persönlichen. Mithilfe des Pfarrers und der Frau des Vorgesetzten ihres Augusts erreicht sie, dass dieser als Güterhallenarbeiter wieder ein- und sogar fest angestellt wird. Es sind jedoch nicht die ideologischen Gegensätze, die zur Trennung des Ehepaares führen, sondern handfeste materielle Gründe. Als Karoline bemerkt, dass August ihr Spargeld einem SPD-Genossen, der wegen Streikaktivitäten arbeitslos wurde, zukommen ließ, zieht sie mit ihrer Tochter Wilhelmine aus der zwischenzeitlich gemieteten Wohnung in der Landsberger Straße aus, um mit einem Schwager ein kleinbürgerliches Leben zu führen.

Ihre Stelle im Haushalt und auch im Bett wird wenig später von einer nahen Verwandten namens Rosa Utz eingenommen. Sie bringt bald Marie Sophie als uneheliches Kind zur Welt.

Inzwischen sind die drei Buben August Kühns zu jungen Männern herangewachsen, der älteste, August, Gustl genannt, wird zur Feldartillerie nach München eingezogen.

Im dritten Teil bestimmt die zweite Generation Kühn das Handlungsgeschehen. Auf der Hochzeit von August und Rosa lernen seine Söhne ihre späteren Geliebten und Ehefrauen kennen: Gustl Anni März und Martin Marie Frankl. Die jungen Männer finden auch in München Arbeit: Gustl als Druckereiarbeiter, Martin macht sich mit Hilfe einer kleinen Erbschaft seines Onkels Utz als Mietkutscher selbstständig, und Friedrich, Fritz genannt, lernt Metallpolierer und arbeitet dann in der Lokomotivfabrik in Hirschau. Wie sich die Sozialdemokratie als Partei im Wilhelminismus etabliert, so auch die Kühn-Buben. August Kühn wird Mitglied einer Wohnungsbaugenossenschaft in der Ludwigvorstadt, Fritz Kühn heiratet die Tochter des Steinmetzes Rindlbacher Franziska, ihr Sohn wird christlich getauft. Man beteiligt sich an der Gründung von Konsumgenossenschaften und unternimmt gemeinsame Wanderungen. Die Frauen müssen weiterhin dazuverdienen, finden Arbeit in der Fabrik, Anni beispielsweise als Zigarrendreherin bei der Tabakfabrik Friedrich Erb.

Die Anpassung der Gewerkschaften und der SPD an das Kaiserreich wird von den Kühnkindern und Schwiegertöchtern mitgetragen und führt diese in den Ersten Weltkrieg. Man erleidet die berühmten Steckrübenwinter, beteiligt sich an Demonstrationen und verteidigt die Räterepublik.

Diese Ereignisse bis hin zum Ende des Naziregimes werden im vierten und fünften Teil beschrieben, darunter auch der Opportunismus von Kühn-Familienmitgliedern: Fritz schließt sich der SA an, Anni März der NS-Frauenschaft. Nur Arthur Zwing, der Ehemann von Gustls Tochter Wilhelmine kommt unerwartet mit dem NS-System in Konflikt, obwohl er nationalistisch eingestellt ist, sich an den Freikorpsaktivitäten beteiligt hatte und zum Piloten ausgebildet worden war. Nachdem er in die Luftwaffe eingetreten war, konnte er keinen eindeutigen „Ariernachweis“ erbringen. Mithilfe seiner alten Kameraden gelingt es ihm jedoch, sich nach Italien abzusetzen, er wird später von den Engländern auf Malta interniert, dann in die englische Luftwaffe aufgenommen und kommt nach dem Krieg mit der Besatzungsarmee nach München zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg scheinen sich die Kühns/Zwings mit der neuen Herrschaft zu arrangieren.

Doch wieder ist einer in der Familie, der sich links engagiert: Rainer Zwing, der 1936 geborene Sohn von Arthur Zwing und Wilhelmine Kühn. Er schließt sich der FDJ, später der DKP an, setzt sich für die Verbesserung der Lage der kleinen Leute in München ein: für staatliche Kindergärten und -horte, Stadtteilsanierung, Schulneubau und kleinere Klassen, also für die Lösung der sozialen Probleme, mit denen sich sein Cousin Heinz Zwing tagtäglich herumschlagen muss, ohne dagegen aufzubegehren. Rainer Zwing wirkt mit seinem politischen Engagement als eine mit der Tradition der Arbeiterbewegung verbundene Alternative zum unpolitisch-angepassten Alltagsleben von Heinz und Marianne Zwing in der Bundesrepublik Deutschland.

Als Schriftsteller ist August Kühn nahe bei seinen Personen. Er erzählt proletarisches und kleinbürgerliches Leben so, als wäre er selbst dabei, als erlebe, denke und fühle er als Autor wie seine literarischen Figuren. Besonders einfühlsam begegnet Kühn seinen Frauengestalten. Der Roman ist kenntnisreich und Wirklichkeitsnah, realistisch also: Zeitereignisse, Schauplätze und Personen werden auf die Erfahrungsebene der Figuren nachvollziehbar und nicht künstlich aufgesetzt herabgebrochen.

„Zeit zum Aufstehn“ ist – und bleibt – ein gutes Stück humaner, aufklärerischer Literatur.

„Das Haus am Sandweg“

Auch Robert Steigerwalds Buch ist im Untertitel als Chronik, genauer: als „Eine sozialistische Familienchronik“, ausgewiesen. Es werden drei zeitlich aufeinander folgende Geschichten erzählt: das Leben der Sophie Klüh von ihrer Geburt 1871 bis zum Jahr 1913/14, die Darstellung der Ideale der Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg und ihre instrumentelle Verkehrung durch den Krieg sowie eine phantastische Geschichtserzählung der Jahre 1919 bis 1945 mit Erinnerungsbildern von Persönlichkeiten der Zeit.

Die erste Erzählung, die sogenannte „Susi-Geschichte“, ist tatsächlich als Chronik aufgebaut. Sie führt in die Zeit der Hochindustrialisierung, des Wilhelminismus und der Verstädterung ein. Bertha Klüh, 1850 geboren als eines der fünf

Flöhkinder, lebt mit ihrer einjährigen Tochter Sophie, genannt Susi, in einem kleinen Dorf, das nördlich des Landrückens Distelrasen, der den Vogelsberg, Spessart und Rhön verbindet, liegt. Ihr Mann, der im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 bei Sedan gefallen ist, erhält als Ehrung und zugleich als Ausdruck der nationalen Gesinnung der Landbevölkerung eine Gedenk- und Erinnerungstafel am Haupteingang der örtlichen katholischen Kirche von Neuhof. Seine Witwe verdingt sich als Haushälterin im Pfarrershaus, wo auch ihre Tochter aufwächst und das Dorfleben kennenlernt. Als 17-Jährige tritt Susi als Kammermädchen in den Dienst der Fürsten von Isenburg in Büdingen, muss jedoch das Schloss verlassen, als bekannt wird, dass sie vom Fürsten geschwängert wurde. Das Kind stirbt bald.

Susi geht nach Frankfurt, kommt zuerst bei Verwandten und später bei der jüdischen Familie Seligmann, die eine koschere Metzgerei betreibt, als Dienstmädchen unter. In der Familie leben auch zwei Kinder, Sohn Nathan, der in Marburg Jura studiert, und Tochter Judith, die noch die höhere Schule besucht. Mit Nathan geht Susi ein Liebesverhältnis ein und wird schwanger. Die Seligmanns unterbinden jedoch eine feste Beziehung oder gar Legitimierung des Verhältnisses, stattdessen arrangieren sie eine Heirat zwischen Susi und dem Metzger Fritz Planta und zahlen eine kleine Abfindung, mit der Susi eine bescheidene Wohnungspension im Frankfurter Bahnhofsviertel eröffnen kann. Planta zeigt kein sexuelles Interesse an seiner Frau, erweist sich jedoch als fürsorglicher Ersatzvater für den inzwischen heranwachsenden, von ihm legitimierten Sohn Fritz, den er für das Militär begeistert. Nach Plantas Tod lernt Susi den Maschinisten und Sozialisten Ernst Lohagen kennen und lebt mit ihm zusammen.

Keine außergewöhnlich Geschichte also und so oder ähnlich schon Hunderte Male erzählt oder berichtet. Der Autor Robert Steigerwald benutzt sie als Gerüst, um die Zeit der Jahrhundertwende aufleben zu lassen, die Spessart- und Rhönlanschaft, das Dorf- und Schlossleben zu schildern, die alte Stadt Frankfurt zu beschreiben, Einblick ins Judentum und ins städtische Kulturleben zu geben. Er zeichnet eine idealistische Verbindung von deutschem und jüdischem Kleinbürgertum und sozialistischer Arbeiterbewegung und propagiert humanistische Ideale. Auch deshalb ist es ihm nicht so wichtig, ob Ereignisse wie die Eröffnung der Frankfurter Oper zeitlich richtig zugeordnet sind.

In vergleichbarer Weise muss die „Meißnerhandlung“ verstanden werden. Dabei geht es um den am 11./12. Oktober 1913 organisierten Freideutschen Jugendtag auf dem Gipfel des Hohen Meißner südöstlich von Kassel in Nordhessen. Das Treffen, das bezeichnenderweise durch einen Aufruf des Reformpädagogen Gustav Wyneken (1875-1964) mit dem Titel „Der Anfang“ initiiert wurde, sollte der deutschen Jugend, gemeint war vor allem die bürgerlich-akademische Jugend, Alternativen zur völkisch-konservativen, deutsch-nationalistischen Ideologie anbieten. Als solche stellten sich die Abstinenzlerbewegung (Nikotin- und Alkoholverbot), die Freikörperkultur (freie Sexualität, Sport), die Reformbewegung und die Propagierung eines volksnahen Lebens in Gemeinschaft vor. Die Vertreter dieser Bewegungen propagierten aber auch Antirationismus, Technik- und

Demokratiefeindlichkeit, Rassenhygiene, Antisemitismus und Elitgedanken und damit auch jene Vorstellungen, die als „Lebensphilosophie“ gekennzeichnet werden (und die Georg Lukács in „Zerstörung der Vernunft“ 1955 als „Irrationalismus des 20. Jahrhunderts“ beschrieben und charakterisiert hat). Steigerwald stellt dieses Ideenpanoptikum und ihre Repräsentanten anhand authentischer Textauszüge dar, als er die beiden Pfarrersöhne Hans Wernlein und Paul Ermisch (beide 1895 geboren) über den Platz streifen lässt. Dabei lernen diese jungen Männer die ebenfalls jugendbewegten Zwillinge Erika und Bianca Roquet aus großbürgerlich-preußischem Haus in Berlin-Steglitz kennen. Die Arbeiterjugend war zu diesem Treffen nicht eingeladen, sie geriet aus dem Blick und hatte auch wirklich mit anderen Problemen zu kämpfen.

So finden wir Susis Sohn Fritz Planta auch nicht auf der Seite der Opposition zum preußisch-hohenzollerischen Nationalismus, Militarismus und Expansionismus, vielmehr stellt er sich in dessen Dienst und meldet sich 1913 zum Militär, um Berufssoldat zu werden, ein sozialer Aufstiegskanal, um nach zwölfjähriger Dienstverpflichtung („Zwölfender“) im Staatsdienst als Beamter unterzukommen.

Die bewegte und die nicht bewegte deutsche Jugend finden sich ebenso wie die Alten im Krieg zusammen: kämpfend zwischen den Linien, gemeinsam in den Schützengräben liegend und einen sinnlosen Tod sterbend. Die „Kreuzung der sozialen Kreise“ (Georg Simmel) erfolgte gezwungenermaßen und auch im Verkehr unterschiedlicher Ränge: So treffen sich der junge Oberleutnant Wernlein und der alte Familienvater und Sozialist Lohagen beide verwundet im Lazarett, und der als Feldrichter eingesetzte Nathan Seligman hält seine schützende Hand über den Gefreiten und leiblichen Sohn Fritz Planta. Die eine Begegnung erlaubt Steigerwald die Hintergründe des Krieges zu erklären, die andere die Antikriegsstimmung an der Front und in der Heimat darzustellen.

Auch die Meißnerfreunde Wernlein und Ermisch finden sich wieder, wenn auch nur im brieflichen Kontakt. Darin wird deutlich, dass der für Literatur interessierte Ermisch sich zum Technikenthusiasten und Flieger entwickelt hat, der sowohl dem Rittmeister Freiherr von Richthofen als auch dem Erfolgspiloten Hermann Göring persönlich begegnet ist.

Mit der militärischen Niederlage 1918 endet die kriegsbedingte Öffnung der sozialen Kreise. Man fügt sich wieder ins juste milieu ein und verbindet sich erneut: So heiraten die Pfarrersöhne aus Düsseldorf und Witzenhausen die Kammergerichtspräsidentenzwillinge Erika und Bianca Roquet und erinnern sich nostalgisch-schwärmend an ihre Meißnertage.

Der dritte Teil des Buchs ist historische Erzählung, vor allem der Ereignisse der Weimarer Republik, und eine Würdigung des Andenkens bekannter Antifaschisten. Sie folgt nicht stringent dem chronologischen Verlauf, sondern berichtet von den unterschiedlichen ideologischen und politischen Entwicklungen der verschiedenen Protagonisten, hauptsächlich der der Pfarrersöhne Ermisch und Wernlein.

Während sich Wernlein nach dem Ersten Weltkrieg demobilisieren lässt und sein Theologiestudium in Berlin wieder aufnimmt, schließt sich Ermisch den Freikorps, zunächst der Marine-Brigade Ehrhardt, an. Mit ihr kämpft er im Litauischen gegen die Bolschewisten und leitet auch ein Erschießungskommando. Als er noch von Gewissensbissen wegen der Tötung von Gefangenen geplagt wird, erhält er von seinem Hauptmann Schmidt-Nietzsche, den er noch vom Hohen Meißner kennt, eine Lektion in ethischem Relativismus und Herrenmenschen-tum. Danach begegnen wir Ermisch beim Kapp-Lüttwitz-Putsch und in den Ruhrkämpfen, wo auch der Unteroffizier Fritz Planta gegen die streikenden Arbeiter kämpft, während sein „Onkel“ Lohagen auf der Gegenseite bei den Kommunisten streitet.

Angesichts der Gräueltaten der Regierungstruppen und der Freikorps erinnert sich Planta seiner proletarischen Herkunft, wechselt die Seiten und schließt sich nach seiner Rückkehr nach Frankfurt, wie zwischenzeitlich auch seine Mutter, der organisierten Arbeiterbewegung, der Ende 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie später auch dem Roten Frontkämpferbund (RFB), an.

Ermisch dagegen nähert sich nach der Auflösung der Freikorps immer mehr völkischen und nationalsozialistischen Kreisen, wird Mitglied der Thulegesellschaft, beteiligt sich am Hitlerputsch im November 1923 und nach dessen Scheitern am Aufbau der sogenannten „schwarzen Reichswehr“ in der UdSSR, arbeitet am „Völkischen Beobachter“ der NSDAP mit, wird in die Luftwaffe aufgenommen und kämpft in der Legion Condor. 1944 wendet er sich dem militärischen Widerstand zu, flieht in die Schweiz, dann in die Niederlande und kommt mit der amerikanischen Armee nach Frankfurt am Main zurück.

Wernlein dagegen orientiert sich neu. Über Karl Barths (1886-1968) Theologie nähert er sich dem Studium des Verhältnisses von Religion und Marxismus, erhält vom Kommunisten Lohagen ideologische Unterstützung und Schriftenmaterial, lernt Pfarrer Erwin Eckart aus Mannheim kennen, wandelt sich zum religiösen Sozialisten und schließt sich schließlich der KPD an. Strafversetzt kommt er von Berlin nach Frankfurt (Main), wird nach der Machtergreifung der Nazis als Pfarrer entlassen und betreibt eine kleine Leihbücherei. In Frankfurt begegnet er Susi, engagiert sich mit ihr in der „Roten Hilfe“. 1934 wird er wie sie verhaftet und zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Lohagen überbrückt einen Teil der Jahre der Weimarer Republik in der UdSSR, wo er als Maschinist arbeitet. Nach 1933 emigriert er zunächst ins Saarland, dann nach Prag, wird festgenommen und ins KZ Buchenwald eingeliefert.

Fritz Planta und seine Frau Lina erleben mit ihrem Sohn Walter, der in der Frankfurter Altstadt im „roten Milieu“ aufwächst, den Aufstieg der SA und NSDAP und leisten Widerstand. Fritz kann sich zunächst einer Verhaftung entziehen, wird im Krieg wie auch sein Sohn Walter zum Militär eingezogen, kann jedoch überleben. Wernlein dagegen wird hingerichtet. Frau Roquet, die Kammergerichtspräsidentenwitwe, wird zum Tode verurteilt, doch das Urteil nicht mehr vollzogen.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs treffen sich die Plantas, Ermisch, die Wernleins mit ihren Kindern, Lohagen mit den Kindern und Schwiegersöhnen in der Wohnung des SPD-Genossen Kirchner, um den Neuaufbau zu gestalten und die Einheit der Arbeiterparteien zu organisieren. Mit dabei sind auch damals bekannte kommunistische Intellektuelle und Funktionäre wie Hans Mayer, Stefan Hermlin, Emil Carlebach, Leo Bauer und Oskar Müller.

Dieser dritte Teil des Romans ist problematisch, er ist zu ideologisch und zu final auf das Prinzip Einheitsfrontpolitik in der Form des NKFD ausgerichtet. Die Menschen werden gesichtslos; der gesamte materielle Interessenbezug sowohl bei den geschichtlichen Ereignissen als auch bei den individuellen Handlungen bleibt im Dunkeln. Das weiß auch der Autor, dem die Verknüpfung der einzelnen Handlungsstränge misslingt, weshalb er auch immer wieder zeitlich zurückgreift und das Handlungsgeschehen isoliert. Unglaublich, weil zu idealistisch, sind die sogenannten „Häutungen“ des Ermisch, der sich im Grunde nur als ganz gewöhnlicher Opportunist zeigt.

Gleichwohl ist das Anliegen des Autors, Dr. habil. Robert Steigerwald, nachvollziehbar: Er wurde 1925 in Eschborn geboren, war noch Kriegsteilnehmer, dann Journalist, Politiker und Philosoph. Nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ und der SPD, 1949 der KPD und ab 1952 als einer der Verfahrensbevollmächtigten im KPD-Verbotsprozess fünf Jahre lang inhaftiert, hat sich Steigerwald immer wieder nachhaltig für Verständigungen von Christen und Marxisten und für Bündnisse und Aktionseinheiten von Arbeiterparteien ausgesprochen. Verständlich also, wenn der Autor an die Antifa-Ausschüsse (die nicht allein in Frankfurt am Main bestanden) von 1945 als alternativen Politikansatz zur späteren Realentwicklung erinnern und der vielen Antifaschisten und kommunistischen Aktivisten literarisch gedenken will.

Robert Steigerwalds Buch trägt dazu bei, dass im Rahmen von Erinnerungskultur die sozialistisch-realistische Tradition und Literatur nicht vergessen wird, und erinnert an die – auch heute noch anschlussfähige – Form der Familienchronik aus dem Arbeitermilieu.

#### *Ausblick: Chroniken aus dem Arbeitermilieu*

Wodurch unterscheidet sich nun diese (Familien-)Chronik aus Arbeitermilieu als Romanform von anderen Formen der Chronik? Anhand der drei vorgestellten Texte lassen sich ihre Hauptkennzeichen in fünf Feldern benennen:

- (1) Die (Familien-)Chronik aus dem Arbeitermilieu ist ein geschichtlicher Roman, der sich zu der Zeit ausbildet, als das Proletariat als eigenständige Klasse organisiert auftritt. Er behandelt Geschichte nicht als Bühne der Herrschenden und ihrer Großfiguren, sondern zeigt auf, wie sich geschichtlich-gesellschaftspolitische Prozesse auf die Beherrschten, vor allem auf die „kleinen Leute“, auswirken und wie diese versuchen, ihre Interessen und Zukunftsentwürfe durchzusetzen. Insofern ist sie parteilich.
- (2) Die (Familien-)Chronik aus dem Arbeitermilieu ist auch immer Regional- und Stadtgeschichte, weil sich das Leben der Menschen an konkreten Orten

abspielt. Dementsprechend besitzt diese Romanform Lokalkolorit und erinnert an Mythen (Sagen, Märchen), beschreibt Landschaften und Gebäude, lässt Menschen und ihre verschiedenen Charaktere in ihrer Sprache zu Wort kommen und zeigt sie bei ihren Tätigkeiten, sei es in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Handel oder in der Industrie.

- (3) Die (Familien-)Chronik aus dem Arbeitermilieu ist realistisch, erzählt von wirklichen Ereignissen (in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft), die von den fiktiven Protagonisten geschaffen, erlebt, gerechtfertigt, kritisiert und bekämpft werden. Insofern besitzt sie auch einen pädagogisch-aufklärerischen Anspruch.
- (4) Die (Familien-)Chronik aus dem Arbeitermilieu eröffnet Einblicke in widersprüchliches Handeln von Protagonisten und ist im aufklärerischen Sinn einem human(istisch)en Menschenbild im Allgemeinen und solidarisch handelnden ‚Helden‘ verpflichtet. Insofern geht es auch um positive Handlungsvorgaben und literarische Vorbilder wie in bekannten volkstümlichen Texten ‚bürgerlicher‘ Autoren, etwa in Gotthold Ephraim Lessings „Nathan“, Theodor Fontanes „Herr von Ribbeck“ oder Arnold Zweigs „Sergeant Grischa“.
- (5) Die (Familien-)Chronik aus dem Arbeitermilieu ist durchaus noch und wieder aktuell, denn sie vermag es (wie es der Chronik überhaupt für ihre Protagonisten eigen ist), das Selbstbewusstsein der Sozialisten zu stärken und einen alternativen historischen Entwicklungsweg aufzuzeigen, der, wenn auch vorerst gescheitert, dennoch Spuren hinterlassen lassen hat.

## 45. Linzer Konferenz der ITH

### Paradigmenwechsel in der Geschichtsschreibung zu Arbeit und Arbeitern in Südostasien<sup>1</sup>

Rana P. Behal

Die indische Historiografie zur Arbeit unterlag während des halben Jahrhunderts seit der Unabhängigkeit an mehreren historischen Wendepunkten Paradigmenwechseln. Verschiedene Aspekte der kolonialen Tradition bestanden in der Arbeitsgeschichtsschreibung nach der Unabhängigkeit fort, doch gab es auch wichtige neue Entwicklungen, die ein Interesse an Studien zur Arbeit erzeugten. Diese Veränderungen und Verschiebungen in der Geschichtsschreibung sind im Wandel der Arbeitslandschaft im postkolonialen Indien zu verorten.

In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit rückte die Beschäftigung mit der ökonomischen Entwicklung durch die Industrialisierung das Thema Arbeit in den Fokus. Die 50er- und frühen 60er-Jahre waren von den zwei konkurrierenden Paradigmen der Modernisierungstheorie einerseits und der marxistischen Theorie andererseits dominiert, denen jedoch das Thema der transitorischen Übergänge gemeinsam war. Diese beiden Paradigmen gerieten stark in die Kritik, als der wachsende radikale Populismus der späten 60er-Jahre in Indien – wie fast überall – erneute akademische Studien zur Geschichte der Arbeit anregte. Die Weberianischen Modernisierungstheorien wurden nun abgelehnt und die teleologischen Annahmen des marxistischen Paradigmas Ende der 70er-Jahre einer ernsthaften Überprüfung unterzogen. Während sich orthodoxe marxistische Arbeiten weiterhin auf die Geschichte der organisierten Arbeiterschaft und der Arbeiterorganisationen konzentrierten, begannen andere Historiker, den Akzent hin zur Sozialgeschichte der Arbeiterklasse zu verschieben. Kulturelle Aspekte wurden zum Gegenstand ernsthafter Debatten innerhalb der Arbeitsgeschichtsschreibung der 1980er-Jahre. Der Einfluss von Ideen, die auf E. P. Thompsons Sozialgeschichtstradition zurückgehen, war in diesen Debatten deutlich zu spüren.<sup>2</sup>

---

1 Ich bin Sabhyasachi Bhattacharya, Prabhu P. Mohapatra und Chitra Joshi sehr dankbar, deren Arbeiten mich beim Schreiben dieses Artikels sehr inspiriert und mir geholfen haben. Für alle Mängel oder Unzulänglichkeiten bin ich jedoch allein verantwortlich.

2 Siehe Sumit Sarkar: *Return of Labour to South-Asian History*, in: *Historical Materialism*, 12 (2004), S.285-313; Prabhu P. Mohapatra: *Situating the Renewal: Reflections on Labour Studies in India*, in: *Labour and Development*, Vol. 5, No. 1, December 1999, S.1-30; Sabhyasachi Bhattacharya: *Introduction*, in: Rana P. Behal/Marcel van der Linden (Hrsg.): *India's Labouring poor: Historical Studies: c. 1600 - c. 2000*, New Delhi 2007, S.7-20; Chitra Joshi: *Histories of Indian Labour: Predicaments and Possibilities*, in: *History Compass*, 6 (2008),

In den 1980er-Jahren gab es die letzten großen Wellen von militanter Arbeiterbewegung, besonders während der ausgedehnten Streiks in der Baumwollindustrie in Bombay, Ahmedabad und Kanpur, den Schlüsselgebieten der indischen Industrie. Die Niederlage von 1983 markierte das Ende einer Epoche, denn bald danach kam es zu den „strukturellen Anpassungen“ und zum Globalisierungsdruck, die in Indien wie auch anderswo zum Niedergang vieler industrieller Zentren und zum scheinbaren Verschwinden der traditionellen Arbeiterklasse führten. Verschiedene Industrien des privaten und des öffentlichen Sektors waren angesichts von Liberalisierung, Globalisierung und einem allgemeinen rezessiven Trend zur Verschlankung gezwungen. Andererseits zeigten die mit der Informationstechnologie verbundenen neuen Formen von Arbeit und Arbeitsprozessen ihre Wirkung. In diesem Kontext begannen mit der Geschichte der Arbeit befasste Wissenschaftler, wichtige Themen wie etwa den Raum, den das Politische im Leben der Arbeiter einnimmt, oder aber Probleme von Gender, Informalisierung sowie von freier und unfreier Arbeit anzusprechen.

Dieser Aufsatz macht es sich zur Aufgabe, die Natur der wechselnden Trends in der Geschichtsschreibung zur Arbeit im postkolonialen Indien anhand einer kritischen Literaturdurchsicht zu analysieren.

#### *Modernisierungs- und marxistische Paradigmen*

Direkt nach der Unabhängigkeit war die geplante wirtschaftliche Entwicklung zentrales Thema der Studien zur Arbeit. Industrialisierung wurde als Blaupause für wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung gesehen. Für die nationale Führung stellten Industrialisierung und Modernisierung miteinander notwendig verknüpfte Prozesse dar, von denen man erwartete, dass sie die traditionellen Institutionen der indischen Gesellschaft transformieren und ökonomisches Wachstum schaffen würden. Da Arbeit als wesentlicher „Produktionsfaktor“ betrachtet wurde, wurden ihr Einsatz, ihre Praktiken und das mit ihr verbundene Konfliktverhalten zum Objekt methodischer Untersuchungen.<sup>3</sup>

Forschungen zur Arbeit wurden im Indien der 50er-Jahre von zwei konkurrierenden Paradigmen dominiert: einerseits von Modernisierungstheorien, andererseits vom Marxismus. Trotz wichtiger und fundamentaler Differenzen teilten beide Paradigmen bestimmte ähnliche Annahmen. Beide betrachteten die Formierung der Industriearbeiterschaft, ihre Handlungen und ihr Verhalten im Rahmen des gesellschaftlichen Wandels. Beide Theorierahmen nahmen die indische Industrie zu diesem Zeitpunkt als in einem Stadium befindlich wahr, das dem der frühen Industrialisierung in fortgeschrittenen Ländern ähnelte. Die Geschichtsschreibung zur industriellen Revolution in Großbritannien und die damit einhergehenden Transformationserfahrungen lieferten das Vorbild für den industriellen Wandel im postkolonialen Indien. Trotz der unterschiedlichen Gege-

---

S.439-454; Rajnarayan Chandavarkar: The Making of the Working Class: E. P. Thompson and Indian History, in: History Workshop Journal, 43 (1997), S.177-186.

3 Siehe Mohapatra, Situating the Renewal.

benheiten in den verschiedenen Ländern wurde Industrialisierung als unaufhaltsamer Prozess betrachtet, der von einer Menge universeller Eigenschaften geprägt sei, die die „wirkliche Entwicklung des Übergangs von einer traditionellen zu einer Industriegesellschaft bestimmt, [...] eine Abstraktion, eine regulative Idee, an die sich die historische Entwicklung annähert.“<sup>4</sup>

Im modernisierungstheoretischen Rahmen wurde die Bindung der Arbeiterschaft an eine industrielle Lebensform als wichtigster Faktor für den Wandel des Bewusstseins betrachtet. Eine reife Industriegesellschaft erfordert danach die vollständige Internationalisierung der Arbeitsnormen und Disziplin sowie einen gänzlichen Bruch mit dem ländlichen Lebenszusammenhang. Mangelnde Identifikation der Arbeiterschaft mit diesen Normen wurde als ernsthaftes, nicht aber unüberwindliches Hindernis für die Industrialisierung betrachtet.<sup>5</sup> Nichtsdestotrotz stellte die Studie von Morris David Morris über die Textilarbeiter in Bombay die Gültigkeit der modernistischen Annahmen zu den soziologischen Bedingungen für Industrialisierung ernsthaft in Frage. Sie brachte die Mythen dieser Stereotypen zum Platzen, indem sie zeigte, dass das Kastenwesen und andere soziale Institutionen keine Behinderung für die Entstehung einer engagierten Fabrikarbeiterschaft darstellten.<sup>6</sup>

Die auf modernisierungstheoretischen Annahmen basierende soziologische Erforschung industrieller Arbeit in Indien musste sich gegen das konkurrierende marxistische Paradigma behaupten, das die Bildung einer Arbeiterklasse konsequent mit der Industrialisierung zu erklären suchte. Es gab zwei auffallende Unterschiede zwischen den rivalisierenden Paradigmen: Die marxistische Theorie sah das Problem der Industrialisierung in Indien als eine spezifische Art, in der die kapitalistische Produktionsweise sich in einem wesentlich agrikulurellen und präkapitalistischen Milieu manifestierte. Im Gegensatz zu den Modernisierungstheoretikern, die letztlich von Interessensharmonie zwischen Managern und Gemanagten im Industrialisierungsprozess ausgingen, betonten die Marxisten, dass der unversöhnliche immanente Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen dem Prozess der Proletarisierung und dem der Kapitalakkumulation die Dynamik der Industrialisierung bestimme.<sup>7</sup>

Trotzdem teilten marxistische Historiker auch viele der modernistischen Annahmen. Sie betrachteten industrielle Arbeit als transformierendes Prinzip bei der Schaffung eines Industrieproletariats. Die weiter bestehenden „prämodernen“ charakteristischen Merkmale, das geringe Ausmaß der Klassenorganisation und -solidarität schrieben sie den kolonialen Rahmenbedingungen zu. Im Vergleich zu entwickelten kapitalistischen Ländern, so argumentierten sie, sei der Prozess der Proletarisierung in Indien durch das industrielle Wachstum undeutlich geblieben. Die durch den

---

4 Wilbert Ellis Moore/Arnold S. Feldman: *Labour Commitment and Social Change in Developing Areas*, New York 1960, S.4.

5 Siehe Clark Kerr u. a.: *Industrialism and Industrial Man: The Problem of Labour and Management in Economic Growth*, London 1962, S.170-174.

6 Siehe Morris David Morris: *The Emergence of an Industrial Labour Force in India: A Study of the Bombay Cotton Mills, 1854-1947*, Bombay 1965.

7 Siehe Mohapatra, *Situating the Renewal*, S.8-11.

Prozess der Deindustrialisierung entwurzelt Handwerker seien zurück in die Landwirtschaft getrieben worden, statt von der modernen Industrie absorbiert zu werden. Dieser nur partielle Charakter der Industrialisierung hatte weitreichende Folgen für die Formierung der Arbeiterklasse. Daher schrieb Manabendra Nath Roy: „Der normale Weg der industriellen Entwicklung war in Indien blockiert. Die Industrie ist nicht durch die sukzessiven Phasen von Handwerk, Manufaktur, kleinem Fabrikwesen, mechanischer Manufaktur und dann Massenproduktion gewachsen. So war der indische Arbeiter das Industriegewesen nicht gewohnt. Ihm fehlt die proletarische Tradition.“<sup>8</sup> Der marxistische Theoretiker Rajani Palme Dutt, der 1940 über die Formierung der indischen Arbeiterklasse während der Kolonialherrschaft schrieb, konzentrierte sich hauptsächlich auf die Rolle der Kommunistischen Partei bei der Vermittlung eines revolutionären Klassenbewusstseins. Die Gleichsetzung von Arbeiterbewegung und Klassenbewusstsein mit den Institutionen (Gewerkschaften und politischen Parteien) und der Führung der Bewegung wurde zum Kennzeichen der nachfolgenden detaillierten Forschungen über die Arbeiterschaft in Indien.<sup>9</sup> Das marxistische Paradigma betonte die besonderen historischen Umstände der Industrialisierung als formgebendes Moment bei der Bildung der Arbeiterklasse. Wie zu erwarten, dominierten in der Soziologie der industriellen Arbeit die „Modernisierungstheoretiker“, während die Geschichtsschreibung zur Arbeiterklasse hauptsächlich von verschiedenen Varianten des Marxismus inspiriert wurde.

*Das kulturalistische Paradigma: Kastenzugehörigkeit, Verwandtschaftsverhältnisse und religiöse Bindungen*

Der konventionelle Rahmen der marxistischen Geschichtsschreibung sah sich jedoch permanent mit dem Weiterbestehen „vormoderner“ Merkmale des Kastenswesens, der Religion und althergebrachter Bindungen innerhalb der Arbeiterschaft, die als hinderlich bei der Entwicklung eines proletarischen Klassenbewusstseins betrachtet wurden, konfrontiert. Mit der Sozialgeschichte der Arbeit beschäftigte Historiker erforschten die soziale Herkunft der Arbeiter in Bezug auf Kaste und Herkunftsgemeinschaft. Eine der Pionierarbeiten war Ranajit Dasguptas Studie über Arbeiter in den Jutefabriken von Kalkutta, ihr Erleben von Arbeit, Disziplin und Protest. Bei Dasgupta wie auch in anderen marxistischen Arbeiten der 1970er- und frühen 1980er-Jahre wurde die Kultur der Arbeiterklasse als innerhalb eines Übergangsmodells befindlich betrachtet. Dieses ging davon aus, dass vorindustrielle Bewusstseinsformen – Gemeinschafts- und Religionsbindungen – nach und nach durch reife Formen von Klassenbewusstsein ersetzt würden. Dasguptas leidenschaftliche Verteidigung der Klasse wurde zum Anlass einer sehr lebhaften Debatte mit Kritikern seines reduktionistischen Ar-

---

8 Manabendra Nath Roy: *India in Transition*, Bombay 1971, S.113.

9 Siehe Rajani Palme Dutt: *India Today*, London 1940, Kap. XII.

guments.<sup>10</sup> Der wachsende radikale Populismus der späten 1960er- (wie beinahe überall auf der Welt) und die wachsende Militanz der Arbeiterschaft während der 1970er-Jahre regten die akademische Forschung zur Geschichte der Arbeiter in Indien an. Detaillierte empirische Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft, zum regionalen und ethnischen Hintergrund der Arbeiter zeigten eine Komplexität, die dem Verständnis beim alten Paradigma entgegenstand. Die neuen Forschungen über Arbeiter in Kohle- und Goldminen, auf Plantagen, in Jute-, Stahl- und Textilindustrie und die über expatrierte indische Arbeitskräfte in britischen Überseekolonien stellten die „alte Geschichte“, die auf Weberianischen soziologischen Annahmen und auf dem klassischen marxistischen Theorierahmen mit all ihrem impliziten Glauben an die Teleologie der Modernisierung und der Formierung der Arbeiterklasse beruhte, infrage.

Zu dieser Zeit entstanden, angestoßen von der neuen Sozialgeschichtsschreibung, einige wichtige Trends. Die Argumente der Modernisierungstheorien wurden nicht länger für glaubwürdig befunden und soziologische Faktoren der ländlichen und Kastenbindungen aus verschiedenen Blickwinkeln einer erneuten Prüfung unterzogen. Außerdem begannen Historiker unter dem Einfluss von Thompsons Ökonomismus-Kritik die ökonomischen Annahmen zu hinterfragen, die in vielen Schriften über den Protest der Arbeiterklasse in Mode waren. Als Alternative zeichnete sich ab, den Einfluss zu erforschen, den die kulturelle Tradition auf die Entwicklung der Einstellungen der indischen Arbeiter ausübte. Dipesh Chakrabarty stellte in dieser Phase einen wichtigen Schritt in der Arbeitergeschichtsschreibung dar. Er behauptete, dass die althergebrachten Bindungen durch Gemeinschaft und Religion das Leben der Jutearbeiter in Kalkutta weiterhin bestimmten. Außerdem betonte er, dass die Arbeiter noch immer an ihre ländliche Herkunft und deren bäuerlichen Charakter gebunden seien. Die Beziehungen unter den Arbeitern würden somit von einer vorbürgerlichen hierarchischen Kultur geprägt, die die Entstehung von Klassenbewusstsein und Klassensolidarität verhindere.<sup>11</sup> Chakrabarty lieferte eine wirkmächtige Kritik der reduktionistischen Annahmen. Seine Studie über bengalische Jutearbeiter setzte sich mit den Problemen auseinander, die durch die Übernahme einer „emanzipatorischen Erzählung über gesellschaftliche Entwicklung“ in die marxistische Historiografie zur indischen Arbeiterschaft entstanden waren. Sein Argument war, dass, im Unterschied zu den englischen Arbeitern, die in eine „hegemonial bürgerliche Kultur“ hineingeboren worden seien und grundlegende Vorstellungen von Bürgerlichkeit und rechtlicher Gleichheit übernommen hätten, die indische Arbeiterklasse in einer „vorkapitalistischen“ Kultur entstanden sei. Sie sei von Hierarchie und Unterschieden durch Geburt, Religion, Kaste und geographische

---

10 Siehe Dipesh Chakrabarty/Ranjit Dasgupta: Some Aspects of Labour History in Bengal in the Nineteenth Century: Two Views, in: Occasional Paper 40, Centre for Studies in Social Sciences, Calcutta, October 1981.

11 Siehe Dipesh Chakrabarty: Rethinking Working Class History. Bengal 1890-1940, Princeton 1988, S.186-218.

Herkunft geprägt, sodass diese Faktoren die Identität als Arbeiter überschrieben. „[D]ie Klassenidentität des Arbeiters konnte nie herausdestilliert werden aus den vorkapitalistischen Identitäten, die aus den Verhältnissen hervorgingen, in die er hineingeboren worden war.“<sup>12</sup> Doch obwohl diese Arbeit eine wichtige Landmarke in der südasiatischen Arbeitergeschichtsschreibung war, fand der kulturalistische Ansatz nicht viele Anhänger unter den südasiatischen Historikern. Eine Reihe anderer Schriften entwickelte seit den 1980er-Jahren eine Kritik der teleologischen Annahmen, die der liberalen und der marxistischen Historiografie zugrunde liegen. Sie identifizieren sich aber nicht mit der kulturalistischen Logik von Chakrabartys Ansatz. Die orthodoxen marxistischen Schriften stritten die Bedeutung von Kasten- und Gemeinschaftsbindungen bei der Formierung der modernen Arbeiterklasse ab. Einige Historiker setzten sich kritisch mit Kultur und Gemeinschaft auseinander, aber aus einer anderen Perspektive. Bemerkenswert sind darunter zwei herausragende Beiträge von Rajnarayan Chandavarkar und Chitra Joshi. Ihre Schriften stellen die Annahme infrage, dass das Weiterbestehen althergebrachter Gemeinschafts-, Religions- und ländlicher Bindungen als Hindernis für Bewusstsein und Militanz der Arbeiter wirkt. Dass kulturelle und gemeinschaftliche Bindungen permanent in der Nachbarschaft, auf den Straßen, in den Lebens- und Arbeitsräumen der Arbeiterklasse wiederhergestellt, gebrochen und neu erfunden werden, zeigen ihre Arbeiten. Sie könnten helfen, sowohl neue Solidaritäten als auch Bruchlinien innerhalb religiöser Gemeinschaften deutlich zu machen.<sup>13</sup> Andere in den letzten zwei Jahrzehnten erschienene Studien bereichern die Konzepte von Gemeinschaft und Identität im urbanen industriellen Kontext. Sie verweisen auf die fließenden Grenzen zwischen den Gemeinschaften, auf die kontinuierlichen Aushandlungsprozesse, Neuordnungen und Umdefinitionen, durch die die Gemeinschaftsbande geknüpft wurden. Gooptus Arbeit zur städtischen Armut in Nordindien zeigt, wie bestimmte Muster der Exklusion und Unterordnung der „arbeitenden Armen“ in den Zwischenkriegsjahren die Grundlage für neue Solidaritätsnetzwerke darstellten. Die Bande durch Religion und Gemeinschaft ermöglichten den arbeitenden Armen in nordindischen Städten in den 1920er- und 1930er-Jahren, Solidaritätsstützpfiler aufzubauen. Aber die Solidaritätsformen, die sich um diese Gemeinschaften bildeten, waren oft fragil und brüchig,<sup>14</sup> ihre Momente von Gemeinschaft beinhalteten Prozesse sowohl von Aneignung als auch von Widerspruch. Die Arbeiten Nairs zeigen, wie beispielsweise in den Goldminen von Kolar, im Süden Indiens, die Adi Dravidas [kastenlose indische Ureinwohner, d. Übers.] den Unterscheidungen der Brahmanen bezüglich „rein“ und „unrein“

---

12 Ebenda, S.218.

13 Siehe Chitra Joshi: *Bonds of Community, Ties of Religion: Kanpur Textile Workers in the Early Twentieth Century*, in: *Indian Economic and Social History Review*, 22 (1985), S.251-280; Rajnarayan Chandavarkar: *The Origins of Industrial Capitalism in India: business strategies and the working classes in Bombay, 1900-1914*, Cambridge 1994.

14 Siehe Nandini Gooptu: *The Politics of the Urban Poor in Early Twentieth Century India*, Cambridge 2000, S.185-243.

zwar widersprachen, aber dennoch im Versuch, Status und Respektabilität zu erlangen, viele dieser Unterscheidungen letztlich affirmierten.<sup>15</sup> Diese Verschiebungen und Neuordnungen zeigen, wie die Trennlinien zwischen Gemeinschaften von Konflikt und Konfrontation gezogen wurden.

### *Die politische Arbeiterbewegung*

Aktivisten der Arbeiterbewegung und linke Gewerkschafter trugen während der 1950er- und 60er-Jahre eine Reihe von Arbeiten über die Arbeiterbewegungen und -organisationen bei. Ihr Fokus lag dabei primär auf der formalen Seite der Institutionengeschichte, bei Führern und Parteien, und nicht bei den vielen widersprüchlichen Strömungen von unten, die die Richtung der Arbeiterorganisationen und ihrer Politik bestimmten.<sup>16</sup> Die Geschichte der Arbeiterorganisationen erscheint in diesen Arbeiten als die schrittweise Entfaltung einer politisch bewussten Arbeiterklasse. Doch die reale Situation der Arbeiterklasse in Indien schien den teleologischen Annahmen solcher Studien immer zu entgehen. Das Problem, mit dem sich dieser Ansatz konfrontiert sah, war das Weiterbestehen partikulärer Formen des Arbeiterbewusstseins in Gestalt von Kaste, Religion, Region usw., die das behauptetermaßen universelle Klassenbewusstsein nicht oder nur punktuell überwinden konnte. Die Gründe für die Abweichungen wurden im Bereich der ökonomischen und politischen Strukturen sowie bei der Kultur gesucht.

Im Zuge der Aufgabe dieser teleologischen Paradigmen entstand in den letzten Jahrzehnten eine Menge an arbeitsgeschichtlicher Literatur, die sich durch ein neues und nuanciertes Geschichtsverständnis zur Politik und Bewegung der Arbeiterklasse auszeichnet. Das Abgehen von linearen und universalistischen Erzählungen über die Arbeiter ging in den letzten Jahren einher mit der Beschäftigung mit den Mikroprozessen und „informellen“ Strukturen, durch die sich die Politik vollzieht. Um die politische Kultur der Arbeiterklasse zu verstehen, beschäftigte sich Chandavarkar in seiner Studie über ein Arbeiterviertel in Bombay und in anderen Schriften mit den Verhältnissen außerhalb formaler Organisationsstrukturen. Er macht die Bedeutung enger Verbindungen zwischen Nachbarschaft und Fabrik deutlich, indem er zeigt, dass die Räume außerhalb der Arbeit, etwa der Sportplatz und die Straße, sehr oft entscheidend für die Verallgemeinerung von Konflikten sind, die ihren Ursprung am Arbeitsplatz haben. Als

---

15 Siehe Janaki Nair: *Miners and Millhands: Work, Culture and Politics in Princely Mysore*, New Delhi 1998, S.101-106.

16 Siehe Sanat Bose: *Capital and Labour in the Indian Tea Industry*, All-India Trade Union Congress, Bombay 1954; Indrajit Gupta: *Capital and Labour in Jute Industry*, All-India Trade Union Congress, Bombay 1953; A. S. Mathur/J. S. Mathur: *Trade Union Movement in India*, Allahabad 1957; Vasant Bhagvant Karnik: *Indian Trade Unions: A survey*, Bombay 1960; Giriraj Kishore Sharma: *Labour movement in India: Its Past and Present*, Jullunder 1968; Shiva Chandra Jha: *The Indian Trade Union Movement*, Calcutta 1970; Chamanlal Revri: *The Indian Trade Union Movement, 1880-1947*, New Delhi 1972; Sukomal Sen: *Working Class of India: History of Emergence and Movement, 1830-1970*, Calcutta 1977.

Staat und Fabrikbesitzer im Nachkriegskontext der 1920er-Jahre versuchten, organisierte politische Aktivitäten zu unterdrücken, stellten sich in Bombay diese Netzwerke für die Mobilisierung durch Kommunisten als entscheidend und außerordentlich nützlich heraus.<sup>17</sup> Joshis Arbeiten zeigen, dass die kollektive Arbeitersolidarität, die die Grenzen von Kaste, Religion und Gemeinschaftszugehörigkeit überschritt, während des Textilarbeiterstreiks in Kanpur oft durch die aktive Verknüpfung von Arbeitsplatz und Mohallas und Hattas (den Wohnvierteln der Arbeiter) geschmiedet wurde. In solchen kollektiven Versammlungen, die am Rande von Streiktreffen stattfanden, behaupteten die Arbeiter oft ihre Unabhängigkeit gegenüber der Gewerkschaftsführung. Am bemerkenswertesten an diesen Streiks war, dass Frauen eine bedeutende Präsenz und Teilnahme an Demonstrationen und Streikposten zeigten – im Gegensatz zu dem passiven und unterwürfigen Bild, das von ihnen sowohl in offiziellen als auch in inoffiziellen Berichten gezeichnet wird.<sup>18</sup>

Dilip Simeons Studie über die Arbeiterbewegung in der ostindischen Kohle- und Stahlindustrie analysiert die institutionellen Strukturen der Arbeiterbewegung. In seinen Forschungen zur Politik der Arbeiter bei Chota Nagpur und Jamshedput untersucht er kritisch die Beziehungen zwischen nationalistischer Politik und entstehender Arbeitermilitanz in der Kolonialzeit. Die Untersuchung war insofern bahnbrechend, als er die Erklärung für das Auf und Ab der Bewegung nicht mehr bei der Führung, sondern bei dem Druck durch das Fußvolk suchte. Indem er auf die Phase extrem wechselhafter Beziehungen von Kapital und Arbeit zwischen 1928 und 1938 fokussierte, versuchte Simeon die Politik der Arbeiterklasse in ihrer ganzen Komplexität zu verstehen – und zwar durch Vermeidung von konventionellen Erklärungen im Sinne der festen Polaritäten von national/imperial, ländlich/städtisch, Klasse/Gemeinschaft. Simeon stellte die wechselhaften Positionen und Haltungen von Kolonialverwaltern, Arbeitgebern, nationalistischen Politikern, Gewerkschaftsführern und einer ethnisch zusammengewürfelten Arbeiterschaft dar und konnte so zeigen, wie in der Praxis Management und Politik den Arbeitern das kollektive Handeln, ihre Bedürfnisse und Zielsetzungen aufprägten.<sup>19</sup> Shubho Basu erforschte die Arbeiterbewegung in den Jutefabriken von Kalkutta und entdeckte die Komplexität der Konflikte zwischen von europäischen Verwaltern dominierten lokalen Regierungen und oftmals schwer regierbaren Arbeitervierteln.<sup>20</sup>

---

17 Siehe Rajnarayan Chandavarkar: *Worker's Politics in the Mill Districts in Bombay between the Wars*, in: *Modern Asian Studies*, 15 (1981), S.603-647.

18 Siehe Chitra Joshi: *Lost World: Indian Labour and its Forgotten Histories*, New Delhi 2003, Kap. 6.

19 Siehe Dilip Simeon: *The Politics of Labour under Late Colonialism: Workers, Unions and the State in Chota Nagpur 1928-1939*, New Delhi 1995, Kap. 2.

20 Siehe Shubho Basu: *Does Class Matter? Colonial Capital and Workers' Resistance in Bengal, 1890-1937*, New Delhi 2004.

*Gender*

Bis vor Kurzem gab es keine ernsthafte Auseinandersetzung mit Gender und Frauenbeschäftigung in der Geschichtsschreibung zur Arbeit in Indien. Ein Grund dafür war, dass Frauen in den Geschichtsbüchern generell unsichtbar bleiben und auch die Historiker der Arbeiterbewegung wenig dafür taten, sie sichtbar zu machen. Zum anderen resultierte das daraus, dass die Geschichte der Arbeit in Indien bis vor sehr kurzer Zeit fabrikzentriert war. Die ausschließliche Fokussierung auf die Fabrik als den Ort, an dem produktive Arbeit geleistet wird, bedeutete die Vernachlässigung von Arbeitsräumen außerhalb der Fabrik, sowohl in ländlichen Gegenden als auch in Arbeiterhaushalten.

Ein bedeutsamer, wenn auch begrenzter, Anfang wurde gemacht, als die Männerzentriertheit, auf die die meisten Werke zur Arbeitsgeschichte fokussiert waren, infrage gestellt wurde. Ein Hauptproblem in der Diskussion über Frauen und Arbeit im europäischen Kontext war die Verdrängung von Frauen aus den Fabriken im späten 19. Jahrhundert. Dadurch wurde eine angeregte Debatte um das Auftauchen des „männlichen Brotverdieners“ in Arbeiterfamilien angestoßen.<sup>21</sup> In Indien war die Situation anders, dennoch klangen viele der Probleme, die in der „Brotverdiener“-Debatte angesprochen wurden, in Diskussionen über Frauen und Arbeit in Indien nach. Historiker haben begonnen, sich ernsthaft mit der Arbeit von Frauen zu beschäftigen, mit Familie, Sexualität und Gender. Auch die Studien von Frauen verschieben den Fokus, weg von rein ökonomischen, hin zu ideologischen Fragen.<sup>22</sup> Samita Sens Untersuchung zur Frauenarbeit in der bengalischen Juteindustrie betont, wie wichtig die Ideologien von Häuslichkeit und Zurückgezogenheit für das Verständnis der Prozesse sind, durch die geschlechtsspezifisch konditionierte Arbeitskräfte geschaffen wurden.<sup>23</sup> Chitra Joshis neuere Arbeit weist in Richtung einer vergrößerten „feminisierten“ Arbeiterschaft in Gegenden, in denen traditionelle große Industrien zugrunde gingen, was zur Expansion von „informeller“ Arbeit führte. Frauen verdienen den Lebensunterhalt vieler städtischer Arbeiterfamilien in verschiedenen kleinen Unternehmenseinheiten und in Heimarbeit.<sup>24</sup>

---

21 Siehe z. B. Colin Creighton: *The Rise of the Male Breadwinner Family: A Reappraisal*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 38/2 (1996), S.145-162; Angélique Janssens: *The Rise and Decline of the Male Breadwinner Family? An Overview of the Debate*, in: *International Review of Social History*, 42 Supp. (1997), S.1-23. Wally Seccombe: *Patriarchy Stabilized: The Construction of the Male Breadwinner. Wage Norm in Nineteenth Century Britain*, in: *Social History*, 11/1 (1986), S.53-76.

22 Siehe Radha Kumar: *Family and Factory: Women in Bombay Cotton Textile Industry, 1919-39*, in: *Indian Economic and Social History Review (IESHR)*, 20 (1983), S.81-110; M. Mukherjee: *Impact of Modernization on Women's Occupation*, in: ebenda, S.27-45.

23 Siehe Samita Sen: *Women and Labour in Late Colonial India: The Bengal Jute Industry*, Cambridge 1999.

24 Siehe Chitra Joshi: *Notes on the Breadwinner Debate: Gender and Household Strategies in Working-Class Families*, in: *Studies in History*, 28 (2002), S.261-274.

*Informalisierung, Debatten um freie und unfreie Arbeitsformen*

Aber die bei weitem bedeutsamste Verschiebung in der gegenwärtigen Historiografie liegt darin, dass in das Konzept der Arbeitergeschichte der informelle Sektor aufgenommen wurde, der so lange außerhalb des Blickfeldes der vorherrschenden Richtung der marxistischen und liberalen Modernisierungsvorstellungen lag. Sogar nach der Unabhängigkeit blieb die meiste Literatur zur Geschichte der Arbeit in Indien auf die organisierte Industriearbeiterschaft fokussiert, wodurch die quantitativ weit wichtigere Arbeit im informellen und unorganisierten Sektor ausgeblendet wurde. Von den 1980er-Jahren an ist infolge von Liberalisierung und Globalisierung der informelle Arbeitsmarkt signifikant gewachsen.<sup>25</sup> Wahrzunehmen ist ein kontinuierlicher, aber unspektakulärer Trend zur zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, der schrittweise das Gender-Profil der Arbeitnehmerschaft modifiziert.<sup>26</sup> Der informelle Sektor ist, im Gegensatz zum organisierten industriellen Sektor, durch unsichere, schlecht bezahlte und ungelernete Arbeit charakterisiert, und fast alle, die darin arbeiten, sind nicht gewerkschaftlich organisiert und jenseits des Zugriffs staatlicher Regularien.<sup>27</sup>

In den frühen 70er-Jahren ging der konzeptuelle Dichotomierahmen, der zwischen formellem und informellem Sektor unterscheidet, in das ILO-Konzept ein, welches für die nächsten dreißig Jahre Gültigkeit behielt.<sup>28</sup> Wesentliche Kritik an diesem Konzept wurde von Jan Breman geäußert. Auf der Basis vier Jahrzehnte währender Feldstudien in der südlichen Gujrat-Region wies er darauf hin, dass die große Mehrheit informell beschäftigter Arbeiter nicht in städtischen Gebieten, sondern im Agrarsektor und in nichtagrarischen, ländlichen Produktionsstätten zu finden ist.<sup>29</sup> Und anstatt auf die wasserdichten Abgrenzungen zwischen formellem und informellem Sektor verwies Breman auf den großflächigen Gebrauch von Gelegenheits- und Zeitarbeit in Unternehmen des formellen Sektors und auf die Ketten von Subunternehmen, durch deren Produktionsmittel und Arbeit der formelle an den informellen Sektor gebunden ist. In den 90er-Jahren hatten sich Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen das Konzept zu eigen gemacht, und eine Menge von Studien zu Arbeitern im städtischen informellen Sektor erschien. Was an diesen Arbeiten bemerkenswert ist, ist das vollständige Fehlen eines Sinnes für die zeitlichen Prozesse, die den informellen Sek-

---

25 Siehe Mohapatra, *Situating the Renewal*.

26 Siehe Chitra Joshi: *Deindustrialisation and the Crisis of Male Identities*, in: *International Review of Social History*, 47 (2002), S.159-175.

27 Siehe Sabyasachi Bhattacharya/Jan Lucassen (Hrsg.): *Workers in the informal Sector*, Delhi 2005, S.1-4.

28 Siehe ebenda, S.4f.

29 Siehe Jan Breman: *A Dualistic Labour System? A Critic of Formal Labour Concept*, in: *Economic and Political Weekly*, 11 (1976), S.1870-1876, 1905-1908, 1933-1939; Ders.: *Footloose Labour: Working in India's Informal Economy*, Cambridge 1996; Ders.: *Wage Hunters and Gatherers: Search for Work in the Urban and Rural Economy of South Gujarat*, New Delhi 1994.

tor konstituieren. Diese Studien zeichnen sich weiterhin durch strengen Dualismus und städtischen Fokus aus.

Historiker haben verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang von informeller und formeller Arbeit gerichtet: Chandavarkar und Joshe haben zum Beispiel in ihrer Studie zur Fabrikarbeit in Bombay und Kanpur die engen Verbindungen zwischen beiden Sektoren aufgezeigt. Prabhu Mohapatra hat kürzlich argumentiert, dass die Genealogie der gegenwärtigen informellen Verhältnisse ins frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden kann, als der Kolonialstaat Arbeitsbeziehungen durch gesetzgeberische Interventionen herstellte.<sup>30</sup> Andere wie Sabyasachi Bhattacharya hielten es für notwendig, bei einer anderen Kategorie – den arbeitenden Armen – auf den permanenten Übergangstatus von Arbeitern hinzuweisen, die sich über die porösen Grenzen zwischen industrieller Lohnarbeit auf der einen und nichtlohnabhängiger Heimarbeit und Selbstständigkeit verschiedener Art auf der anderen Seite hinweg bewegten.<sup>31</sup>

Ein anderer wichtiger Bereich, der außerhalb des Blickfeldes der Geschichtsschreibung zur Arbeit blieb, waren die marginalisierten ländlichen Arbeitsbeziehungen. In den 1970er-Jahren wurde im „*Journal of Economic and Political Weekly*“ eine intensive, aber ergebnislose Debatte über den landwirtschaftlichen Produktionsmodus geführt. Das Hauptinteresse der Debatte galt dem Ausmaß, in welchem kapitalistische Verhältnisse die Landwirtschaft durchdrungen hatten, dem Problem „semi-feudaler“ Arbeitsverhältnisse und der Existenz von „Schuldknechtschaft“ in großen Teilen des ländlichen Indien.<sup>32</sup> Einige Untersuchungen zur Schuldknechtschaft wurden infolge einer neuen Gesetzgebung veröffentlicht, die 1976 Knechtschaftsverhältnisse und andere Formen von Zwangsarbeit verbot.<sup>33</sup> Zusammen mit diesen Debatten bereicherten mehrere andere akademische Arbeiten die Literatur zum Thema. Abgesehen von Jan Bremans klassisch gewordener Studie zur unfreien Arbeit im Süd-Gujrat kamen Beiträge auch von Utsa Patnaik, Gyan Prakash und Neeladri Bhattacharya.<sup>34</sup>

30 Prabhu P. Mohapatra: *Regulated Informality: Legal Constructions of Labour Relations in Colonial India 1814-1926*, in: Bhattacharya/Lucassen, *Workers*, S.65-95.

31 Siehe Sabyasachi Bhattacharya: *The Labouring Poor and their Notion of Poverty: Late 19th and Early 20th Century Bengal*, in: *Labour and Development*, 3 (1998), S.1-23; Sabyasachi Bhattacharya: *Introduction*, in: Bhattacharya/Lucassen, *Workers*, S.4.

32 Siehe Utsa Patnaik (Hrsg.): *Agrarian Relations and Accumulation: The Mode of Production Debate in India*, Bombay 1990.

33 Siehe Sudipto Mundle: *Backwardness and Bondage: Agrarian Relations in a South Bihar District*, New Delhi 1979; Marla Sarma: *Bonded Labour in India*, New Delhi 1981; *Report of the National Commission on Rural Labour*, Volume 2: *Study Group on Bonded Labour*, Government of India, New Delhi 1991.

34 Siehe Jan Breman: *Patronage and Exploitation: Changing Agrarian Relations in South Gujarat*, India, Berkeley 1974; Ders.: *Labour Bondage in West India: From Past to Present*, New Delhi 2007; Utsa Patnaik: *Introduction*, in: Utsa Patnaik/Manjari Dingwani (Hrsg.): *Chains of Servitude: Bondage and Slavery in India*, New Delhi 1985, S.1-34; Gyan Prakash: *Bonded Histories: Genealogies of Labour Servitude in Colonial India*, Cam-

In den letzten Jahren entstand auch eine lebhafte Debatte zur Charakterisierung von „unfreier“ Arbeit in modernen Verhältnissen als einem System von Neoknechtschaft, die diese von älteren, traditionellen Knechtschaftssystemen abzugrenzen sucht.<sup>35</sup> Die rechtliche Unterscheidung von freier und unfreier Arbeit stand im Zentrum der meisten Schriften zur Geschichte von Knechtschaft und Freiheit. Nichtsdestotrotz wurde in der neuesten Forschung zum kolonialen Arbeitsrecht die konzeptuelle Unterscheidung von freier und unfreier Arbeit problematisiert. Ein Forschungsgebiet war dabei das koloniale Vertragsrecht zur Plantagenarbeit innerhalb Indiens und in Übersee-Kolonien. Mit ihm wurden die Arbeitskräfte, nachdem sie über weite Entfernungen transportiert worden waren, unbeweglich gemacht.<sup>36</sup> Das Vertragsrecht war Teil eines Gesetzespakets, das während der Kolonialzeit eingeführt wurde und den Arbeitsmarkt konstituieren und regulieren sollte. Traditionell wurde in der Arbeitsgeschichtsschreibung das Arbeitsrecht als ein Nachkriegsphänomen angesehen, die koloniale Arbeitsmarktpolitik hingegen basiert auf „Laissez-faire“. In krassm Gegensatz dazu haben neuere wichtige Studien zur Arbeitsmarktregulierung eine Geschichte gezeichnet, wonach der Staat seit der frühen Kolonialzeit in diesen Markt in Form von Herrschafts- und Knechtschaftsgesetzen eingriff.<sup>37</sup> Diese innovative Geschichtsschreibung hat den Zusammenhang zwischen formeller Staatspolitik und Arbeitsmarktregulierung einerseits und informellen, auf traditionellen Institutionen – wie etwa dem Kastenwesen und der Gemeinschaft – beruhenden Regulationsformen andererseits neu konzeptualisiert.<sup>38</sup> Da die Entwicklung der Arbeitsmarktregulation bis in die Kolonialzeit rekonstruiert wurde, ist es heute möglich, Licht auf aktuelle Debatten über Arbeitsrechtsreformen, Flexibilisierung und

---

bridge 1990; Neeladri Bhattacharya: *Labouring Histories: Agrarian Labour and Colonialism*, in: *Writing Labour History Series*, V. V. Giri National Labour Institute 2004.

35 Siehe Tom Brass: *Towards a Comparative Political Economy of Unfree Labour: Case Studies and Debates*, London 1999; Jairus Banaji: *The Fictions of Free Labour: Contract, Coercion and So-Called Unfree Labour*, in: *Historical Materialism*, 11 (2003), S.69-95; Surinder S. Jodhka: *Unfree Labour and Postmodern Myths: Towards a Critical Examination*, in: ebenda, 12 (2004), S.463-472; J Mohan Rao: *Freedom, Property and Bentham: The Debate over Unfree Labour*, in: *Journal of Peasant Studies*, 27 (1999), S.97-127.

36 Siehe Rana P. Behal/Prabhu P. Mohapatra: „Tea and Money versus Human Life“: *The Rise and Fall of the Indenture System in Assam Valley Tea Plantations*, in: Valentine Daniel/Henry Bernstein/Tom Brass (Hrsg.): *Plantations, Proletarians and Peasants in Colonial Asia*, London 1992, S.142-172; Prabhu P. Mohapatra: *Assam and the West Indies, 1860-1920: Immobilizing Plantation Labour*, in: Douglas Hay/Paul Craven (Hrsg.): *Masters, Servants, and Magistrates in Britain and the Empire, 1562-1955*, Chapel Hill 2004, S.455-480.

37 Siehe Mohapatra, *Regulated Informality*; Michael Anderson: *India, 1858-1930: The Illusion of Free Labour*, in: Hay/Craven, *Masters*, S.422-454; Ravi Ahuja: *The Origins of Colonial Labour Policy in Late Eighteenth Century Madras*, in: *International Review of Social History*, 44 (1999), S.159-195; Ian J. Kerr: *Labour Control and Labour Legislation in Colonial India: A Tale of Two Mid-Nineteenth Century Acts*, in: *South Asia*, 27 (2004), S.7-25.

38 Siehe Dilip Simeon: *Calibrated Indifference: Understanding the Structure of Informal Labour in India*, in: Bhattacharya/Lucassen, *Workers*, S.97-120.

Informalisierung zu werfen, die vor dem Hintergrund der schnellen Globalisierung der indischen Wirtschaft geführt werden.

Die Arbeitsgeschichtsschreibung in Indien schwankte zwischen der Konzeptualisierung der indischen Erfahrung als bloß einem Beispiel eurozentrierter kapitalistischer Entwicklung und als ursprünglich indisch. Den Perspektivwechsel bei den arbeitsgeschichtlichen Schriften in den letzten Jahrzehnten kennzeichnete eine deutliche Entwicklung weg von dieser ziemlich sterilen konzeptuellen Zwangsjacke. Die Gründung der „Association of Indian Labour Historians (AILH)“ 1996 spiegelte teilweise diesen Veränderungsprozess wider. Seit ihrer Gründung hat die Vereinigung versucht, ein Forum für intellektuelle Zusammenarbeit zwischen Historikern aus Indien und aus entwickelten und sich entwickelnden Ländern, Gewerkschaftern und Aktivisten zivilgesellschaftlicher Gruppen herzustellen.

Seit 1998 hat die AILH acht internationale Konferenzen mit lebhafter Teilnahme von Historikern aus Indien und dem Ausland durchgeführt. Die Themen der Konferenzen konzentrierten sich auf: Transition und Geschichte der Arbeit; Repräsentation und Marginalität; Arbeiterbewegung und Identität; Fähigkeiten und gegenwärtige Arbeitsregimes; Sozialgeschichte der Arbeit; Recht, Arbeit und Arbeitsmarkt und ländliche Arbeit in einer sich wandelnden Welt. Sie waren integraler Bestandteil der Paradigmenverschiebungen bei der Arbeitsgeschichte.

Zwei Bände mit Essays, die auf den Konferenzen vorgestellt wurden, sind kürzlich erschienen. Die Essays des ersten Bandes umfassen historische Studien zu sozialen Gruppen wie Wanderarbeitern, internationalen Migranten, indischen Seeleuten, Bauarbeitern, Pflanzern, Landarbeitern und Arbeitsmigranten in städtischen Werkstätten. Diese Arbeiter werden normalerweise nicht vom Begriff der „industriellen Arbeiterklasse“ erfasst.<sup>39</sup> Die konzeptuellen Essays dieses Bandes argumentieren theoretisch für eine weitere, breitere und heterogenere Definition von Arbeit und Geschichte der Arbeit. Der zweite Essayband, „Labour Matters“, verweist auf die globale Geschichte der Arbeit und vollzieht einen zweifachen Bruch mit der Zwangsjacke nationaler Geschichtsschreibungen: räumlich durch die Gegenüberstellung indischer Erfahrungen mit denen anderer Länder und zeitlich durch den Vergleich von Arbeitserfahrungen über verschiedene Phasen der Globalisierung hinweg.<sup>40</sup> Arbeitserfahrungen verurteilter, verknechteter und illegaler Migranten bei kolonialen Straßenbauprojekten, in Kohleminen und auf Schiffen, Arbeit von Bediensteten in Brasilien und Portugal, in Russland und Indien sowie die Fabrikgesetzgebung in Großbritannien und Indien im 19. Jahrhundert sind einige der Themen, die in dem Band aufgegriffen werden. Diese zwei Bände, die den Elan der Arbeitsgeschichtsschreibung und ihre wachsende Anziehungskraft auf jüngere Wissenschaftler in Indien als auch in Übersee dokumentieren, markieren die Abkehr von traditionellen Themen und Fragestellungen.

---

<sup>39</sup>Siehe Behal/van der Linden, *Labour Poor*.

<sup>40</sup>Siehe Prabhu P. Mohapatra/Marcel van der Linden: *Labour Matters: Towards Global History*, New Delhi 2009.

Diese Zusammenfassung zu Trends der Arbeitsgeschichtsschreibung in Indien hat Verschiebungen bei den dominanten Paradigmen aufgezeigt und diese in ihrem wirtschaftlichen und politischen Kontext verortet. Diese Paradigmenwechsel haben zu einer räumlichen und zeitlichen Ausweitung der Definition von „Arbeit und Arbeiterklasse“, einem Grundproblem der Disziplin „Arbeitsgeschichte“, geführt. Diese Bemühungen waren wichtig, weil sie eine neue Generation von Wissenschaftlern inspiriert und der Arbeitsgeschichtsschreibung einen Raum innerhalb des wissenschaftlichen Diskurses geschaffen haben. Die aktive Zusammenarbeit von Gelehrten wurde ergänzt, indem Materialien geschaffen und verteilt wurden, die Studien zur Arbeit fördern. In Delhi zum Beispiel hat die AILH eine entscheidende Rolle bei der Einrichtung eines spezialisierten, digitalen Archivs für dokumentarische, visuelle und mündliche Ressourcen zum Thema „Arbeit“ gespielt.<sup>41</sup>

Aus dem Englischen übersetzt von Nicola Helferich

---

41 Das Archiv ist kostenlos zugänglich unter: [www.indialabourarchives.org](http://www.indialabourarchives.org)

# Urbanisierung und Arbeitsmigranten in China: Das Beispiel Yiwu<sup>1</sup>

Zhang Minjie

China hat sich in zwei Jahrzehnten Marktreform und Öffnungspolitik zu einer Handelsmacht entwickelt. Ein Großteil der Produktion konzentriert sich auf arbeitsintensive, einfache Herstellungsverfahren und stützt sich auf billige Arbeitskräfte, wie sie insbesondere in Gestalt der Arbeitsmigranten vorhanden sind. Im Verlauf der vergangenen drei Jahrzehnte haben 130 Millionen Menschen dem ländlichen Raum den Rücken gekehrt und sind in Richtung rauchende Schlote, Fließbänder und städtische Großbaustellen gewandert. Diese Arbeitsmigranten sind zu einem wichtigen Faktor der chinesischen Industrieentwicklung geworden. Sie stellen 58 Prozent der Produktionsarbeiter, 52 Prozent der Arbeitskräfte in der Dienstleistungsindustrie und 68 Prozent der Arbeiter an den Fließbändern. Im Baugewerbe liegt ihr Anteil sogar höher als 80 Prozent. Und gewaltig ist ihr Beitrag zu jenem umfassenden Prozess, den man Urbanisierung nennt.

Der Kreis Yiwu liegt im zentralen Teil der ostchinesischen Provinz Zhejiang. Er grenzt südlich an die Wirtschaftszone von Shanghai und umfasst ein Gebiet von 1.105 Quadratkilometern. Yiwu war ursprünglich ein rein ländlicher Kreis. Vor 1980 gab es in der Kreisstadt Choucheng nur eine schmale Straße und ein paar Geschäfte und Handwerksbetriebe. 28.000 Einwohner lebten in der 2,8 Quadratkilometer kleinen Stadt, die allerdings schon damals einen zukunftssträchtigen Vorteil hatte: Sie lag an der Zhejiang-Jiangxi-Eisenbahnstrecke.

Yiwu war typisch für eine ländliche Region, in der man nur schwer aus der Armut herauskommen konnte. Durch Unwetter und Überschwemmungen war die landwirtschaftliche Produktion stets gefährdet. Bis zur Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 hatten viele Bauern versucht, den kargen Ertrag durch die Herstellung von braunem Zucker, die hier eine dreihundertjährige Tradition hatte, in eigenen kleinen Werkstätten etwas aufzubessern. Dies wurde jedoch nach 1949 als „kapitalistische Praxis“ angeprangert und verboten. Da den Bauern zugleich untersagt war, ihre Wohnorte zu verlassen und sich in den Städten Arbeit zu suchen, blieb der Lebensstandard sehr niedrig.

Das änderte sich mit dem Beginn der Reformpolitik 1978. Die Entscheidungsträger in Yiwu entschlossen sich, die Strategie „Stadtentwicklung durch prosperierende Wirtschaft“ in die Tat umzusetzen – mit der Kleinwarenproduktion als entscheidendem Impulsgeber für die regionale Wirtschaftsentwicklung. Im Mai 1988 entwickelte der Kreis Yiwu das erste Aktionsprogramm zur Integration von städtischen und ländlichen Regionen in China. 1995 belegte Yiwu den 47. Platz im Ranking der ökonomisch stärksten Kreise und Städte des Landes. In der

---

<sup>1</sup> Der Beitrag zur Linzer Tagung wurde vom Übersetzer mit Zustimmung des Autors leicht gekürzt.

Provinz Zhejiang war Yiwu der einzige Kreis, der sich zu den landesweit benannten Modellkreisen der umfassenden Reform zählen durfte. Heute gilt Yiwu als eine der Schlüsselregionen der Urbanisierung. Dem Betrachter bietet sich eine Szene des Aufschwungs mit florierenden Märkten, einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft und einer sich stetig festigenden Gesellschaft. Yiwu ist heute ein städtisches Gebiet mit acht Städten und fünf Unterbezirken. 15 der über 1.000 Quadratkilometer sind städtisches Ballungsgebiet. Hier leben 700.000 Menschen, die als feste Einwohner registriert sind, und 1.000.000, die den Status einer zeitweiligen Einwohnerschaft besitzen.

Die Entwicklung seit 1978 lässt sich in drei Etappen gliedern. Die *erste Etappe* von 1978 bis 1988 ist als *Motivation durch den Markt* zu beschreiben. In dieser Etappe wanderten die Bauern innerhalb des Kreises Yiwu von ihren Dörfern in die Stadt.

Zunächst hatten die Bauern wieder die Produktion von braunem Zucker aufgenommen, aber sie spürten bald, dass sie mit dem Verkauf ihrer Produkte in den Dörfern nicht weiterkommen würden. Sie suchten nach einem größeren, zentraleren Markt und fanden diesen zunächst in der kleinen Stadt Nianshili. Die Transportmittel waren noch immer primitiv: Die Bauern trugen den Zucker an traditionellen Bambusstangen zum Markt und konnten nie gewiss sein, ob ihnen nicht Behördenvertreter, die das Konzept des Freien Marktes noch nicht akzeptierten, in die Quere kommen würden. 1982 änderte sich die Lage. Nun begann die Kreisverwaltung von Yiwu, die Dinge zu befördern, und eröffnete in der Kreisstadt Choucheng den ersten legalen offenen Markt mit 700 Ständen. Dieser Markt wurde zur Keimzelle des heutigen Zentrums für Kleinwarenindustrie Yiwu – einem Handelsplatz mit mehr als 20 einzelnen Märkten und 65.000 Ständen. Beflügelt durch den Kleinwaren-Handel gaben immer mehr Farmer die landwirtschaftliche Produktion auf. Sie wechselten in den Wirtschafts- und Dienstleistungssektor und zogen vom Land in die Städte. Choucheng wuchs von 2,8 auf 5,9 Quadratkilometer; die Bevölkerung verdoppelte sich auf 60.000; die Urbanisierungsrate stieg von acht auf zwölf Prozent. Choucheng wurde aus einem Verwaltungs- zu einem Wirtschaftszentrum.

Die *zweite Etappe* von 1988 bis 1998 ist die der *Motivation durch die Industrie*. In dieser Phase begannen auch Arbeitsmigranten von außerhalb des Kreises Yiwu zur Urbanisierung beizutragen. Charakteristisch für diese Etappe ist, dass die Bauern des Kreises begannen, kleine Fabriken für auf dem Markt heftig nachgefragte Kleinwaren zu errichten. Sie wurden nun zu Produzenten von Weihnachtsbaumschmuck, Spielzeug, Schuhen, Kleidung, Ornamenten, Farbdrucken, Haushaltsgeräten und anderen Low-Tech-Produkten. Der Erfolg des auf diese Weise entstehenden regionalen Wirtschaftsgebietes gründete sich wesentlich auf die große Mobilität der Arbeitsmigranten. Sie waren nicht nur als Arbeitskräfte wichtig, sondern auch als Verkäufer, als Informationsbeschaffer über Märkte außerhalb von Yiwu und als Menschen, die ihrerseits wieder Kauf- und Lieferverträge abschlossen. Die Kleinwarenindustrie war hungrig nach billigen und flexiblen Arbeitskräften, und die Arbeitsmigranten boten alles, was gebraucht

wurde. Als der Zuzug in die Städte einmal begonnen hatte, entstanden blitzartig neue Arbeitsmärkte, die den offiziellen Arbeitsmarkt erst ergänzten, bald aber auch überlagerten und abdrängten. Bauern eroberten nun Arbeitsplätze im Marketing und im Dienstleistungssektor, in der Abfallwirtschaft, in in- und ausländischen Privatbetrieben, als Hausmeister in Privatwohnungen usw.

Mit der Zuwanderung wuchs das Baugewerbe. Hier fanden besonders viele Arbeitsmigranten Anstellung. Die Zahl der Bauern, die in den Fußgängerzonen Lebensmittel, andere kleine Konsumgüter und kleine Dienstleistungen anboten, wuchs rapide. Mehr als 70 Prozent der Menschen an den Marktständen waren Zugewanderte.

Die Zuwanderung war keine reine Einbahnstraße. Innerhalb des Kreises Yiwu gingen viele Bauern wieder in ihre Heimatdörfer zurück. Ausgerüstet nicht nur mit besseren finanziellen Mitteln, sondern auch mit beruflichem Wissen und technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, gründeten sie zu Hause neue Unternehmen und sorgten so dafür, dass es auch in den Dörfern selbst wirtschaftliche Entwicklung gab.

Seit 1998 kann man von einer *dritten Etappe* der Urbanisierung sprechen, und diese ist gekennzeichnet von der *Motivation durch internationalen Handel*. 1998 erreichte das städtische Ballungszentrum von Yiwu eine Größe von 15,4 Quadratkilometern. Die Urbanisierungsrate wuchs um jährlich drei Prozent. Im Oktober 2005 startete die dritte Phase des Projektes zur Errichtung eines internationalen Marktzentrums. Der Markt ist nun 2,6 Millionen Quadratmeter groß, an 58.000 Ständen werden mehr als 400.000 verschiedene Produkte in 1.900 Produktkategorien aus 43 Industriezweigen angeboten. Yiwu ist zu einem Wachstumszentrum von regionaler Bedeutung geworden, nimmt unter den Zentren auf Kreisbasis in der Provinz Zhejiang den 1. und im gesamtchinesischen Maßstab den 15. Platz ein. Forbes listet Yiwu auf Platz 2 unter den international am meisten nachgefragten Märkten auf Kreisbasis. Auch die UNO, die Weltbank, Morgan Stanley und andere Autoritäten sehen in Yiwu einen der besten spezialisierten Märkte. 65 Prozent der Geschäfte in Yiwu sind heute internationale Geschäfte – betrieben mit 212 Ländern und Regionen der Welt. 60 Prozent des Yiwu-Marktes sind exportorientiert. Geschätzte 2.500 Standardcontainer passieren täglich den Yiwu-Zoll. 200.000 Besucher aus aller Welt werden an jedem Tag gezählt, 6.000 Ausländer leben in Yiwu. Sie alle halten täglich Ausschau nach billigen Produkten, die sie in ihren Heimatländern verkaufen können, und verwandeln diese noch immer relativ kleine Stadt in ein aufstrebendes Handelszentrum.

### *Große Leistung, niedriger sozialer Status*

Im Jahre 2005 erbrachten die Arbeitsmigranten aus den ländlichen Gebieten 24 Prozent des chinesischen Bruttosozialprodukts und 21,9 Prozent seines Wachstums. In scharfem Kontrast zu ihrer Leistung werden sie jedoch sehr ungleich behandelt. Es gibt eine tiefe Kluft zwischen den als dauerhafte Einwohner registrierten Menschen und jenen, die diesen Status nicht besitzen. Das größte Prob-

lem, mit dem die Arbeitsmigranten zu tun haben, ist die *Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes und ihres Einkommens*.

China hat heute einen Überschuss an ländlichen Arbeitskräften von 150 Millionen. Diese Zahl erhöht sich infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und der Reduzierung der landwirtschaftlichen Produktionsfläche jährlich um sechs Millionen. Noch immer sind diese Arbeitskräfte nur wenig gebildet und beruflich ausgebildet. 16 Prozent von ihnen, so wird geschätzt, sind Analphabeten oder Halb-Analphabeten. 40 Prozent haben einen Grundschulabschluss, nur fünf Prozent eine Berufsausbildung. Wenn sie sich auf die weite Reise in die Industriezonen machen, wissen sie meist nicht, was sie erwartet. Sie haben keine Vorstellung von der Arbeit, die sie leisten müssen; ihre finanziellen Erwartungen liegen oft weit über dem, was sie dann tatsächlich erhalten. Einige finden überhaupt keine Arbeit. Für die, die Arbeit haben, ist der Arbeitstag sehr lang, ihre Lebensbedingungen sind ärmlich. Zwar bekommen sie etwas mehr Geld als in ihren Heimatdörfern, aber im Vergleich sind die Einkommen niedrig, und es gibt keinen Versicherungsschutz. Das Zusammenleben mit den Einheimischen ist schwierig. Zum einen haben viele Schwierigkeiten, sich den neuen Bedingungen anzupassen, zum anderen aber gibt es auch offene Diskriminierung der Zugewanderten.

Im Jahre 2006 betrug das monatliche Durchschnittseinkommen der Migranten 966 Yuan (122 US-Dollar). Das war eine Steigerung von 79 Prozent gegenüber den 539 Yuan von 2004, lag aber noch immer deutlich unter dem Einkommen der Einheimischen von 1.533 Yuan monatlich. Die Löhne der Migranten machen mit 40 US-Cent für eine Arbeitsstunde nur einen Bruchteil der in den USA gezahlten aus und betragen auch nur ein Sechstel der Löhne in Mexiko. Mehr als 40 Prozent der Migranten arbeiten in vertragslosen Verhältnissen, 90 Prozent müssen auf die ihnen zustehenden zwei freien Tage pro Woche verzichten.

Dass Löhne gar nicht oder verspätet ausgezahlt werden, kommt häufig vor. Im Jahre 2002 untersuchte das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit 13.000 derartige Fälle mit 6,26 Millionen Betroffenen und brachte sie vor Gericht. Es ging um nicht weniger als 350 Millionen Yuan (43,2 Millionen US-Dollar). Selbst in Yiwu gibt es solche Fälle nicht oder verspätet gezahlter Löhne. Auch wenn in jüngster Zeit Verbesserungen erfolgten – das Grundproblem besteht fort.

Im Jahre 2003 erkannte die Regierung den sozialen Sprengstoff, der in dieser Lohnpolitik vieler Unternehmen steckt, und nahm Reformen in Angriff. Seit dem 1. Januar 2008 gibt es ein neues Arbeitsvertragsgesetz, mit dem die Unternehmer deutlich stärker in die Pflicht genommen werden. Es scheint so, als werde durch dieses Gesetz auch die Rolle der Gewerkschaften gestärkt. So sichert Art. 4 des Gesetzes das Recht der Gewerkschaften oder der Belegschaften zur Teilnahme an der Formulierung und Umsetzung der Unternehmensregeln und der Unternehmenspolitik. Art. 7 verpflichtet zum Abschluss schriftlicher Arbeitsverträge.

Das neue Gesetz hat zu scharfen Debatten geführt. Die Unternehmer beklagen, dass sie nicht mehr flexibel genug auf Marktschwankungen reagieren können.

Der Konflikt zwischen den fest Beschäftigten und den Arbeitsmigranten verschärft sich. Es kam zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Ein weiteres ernsthaftes Problem ist das *Aufenthaltsrecht* in den Städten. Obwohl seit 1980 das Recht auf Migration besteht, stellen das System der Haushaltsregistrierung (hukou) und ein unzureichendes Niveau des öffentlichen Dienstes große Hindernisse für den Zuzug und die Integration in die städtische Gesellschaft dar. Das Haushaltsregistrierungssystem stammt noch aus dem Jahre 1955 und teilt die Chinesen in zwei Hauptkategorien: in diejenigen, deren Haushalt als „in ländlichen Gebieten befindlich“ registriert ist, und in die mit einem Haushalt „in der Stadt“. Ist man im Besitz einer städtischen Registrierung, hat man nicht nur gewaltige Vorteile beim Finden einer neuen Wohnung, sondern besitzt auch die unerlässliche Qualifikation für den Erhalt eines Kaufkredits. Den Migranten mit ländlicher Registrierung hingegen bleibt nur das Wohnen zur Miete, und die Bedingungen dafür sind dramatisch. Die Mietshäuser sind überbelegt, die Umweltbedingungen schlecht, die Dienstleistungen miserabel. Die Preise schießen in die Höhe. So leben die Migranten oft dicht gedrängt mit Verwandten zusammen in schlechten Hotels, oder sie müssen irgendeinen kleinen Raum mieten, den sie sich mit anderen teilen müssen, oder sie bekommen irgendwo ein Bett vom Chef gestellt. Und damit sind sie immer noch besser dran als diejenigen, die keine Arbeit und damit auch kein Obdach finden.

2006 lag der Lebensqualitätsindex der Migranten bei lediglich 53 Prozent desjenigen der festen Einwohnerschaft. In der Kategorie soziale Sicherheit betrug er sogar nur 25 Prozent.

Ein drittes großes Problem ist der *Zugang zu öffentlichen Schulen*. Selbst wenn sie in den Städten leben, sind viele Arbeitsmigranten und ihre Familien von den Leistungen, die die Stadt der festen Einwohnerschaft zur Verfügung stellt, ausgeschlossen. Etwa sieben bis acht Millionen Kinder von Arbeitsmigranten im Schulalter von sieben bis 15 Jahren leben in den Städten. 16 Prozent von ihnen gehen nicht zur Schule, von den Kindern im Vorschulalter können 87 Prozent keinen Kindergarten besuchen. Entweder werden sie generell ausgeschlossen oder ihnen wird durch höheres Schul- bzw. Kindergartengeld der Besuch unmöglich gemacht. Dies hat dazu geführt, dass viele Migranten ihre Kinder gar nicht erst in die Städte mitnehmen. Etwa 20 Millionen Kinder sind in den ländlichen Regionen zurückgeblieben und haben dort mit drastischen Trennungsfolgen zu kämpfen.

In den Städten muss man für den Besuch der Grundschule oder der Mittelschule im Jahr 2.450 Yuan zahlen – das entspricht einem Fünftel des Einkommens einer Migrationsfamilie. Um an den Schulen den Status eines „Übergangsschülers“ zu erhalten, sind weitere 1.226 Yuan vonnöten. Weil das so ist, gehen Migrantenkinder in spezielle, entsprechend ärmer ausgestattete und billigere Schulen. Damit bleiben diese Kinder sozial ausgeschlossen, das Recht auf umfassende Bildung und Ausbildung bleibt ihnen verwehrt. Armut wird vererbt.

Das vierte unter den großen Problemen ist das der *sozialen Sicherheit*. Als städtisch registrierter Arbeiter hat man das Recht auf eine Pension, auf Arbeitslosenversi-

cherung, Krankenversicherung und auf eine Wohnung im öffentlichen Wohnungsbau. Bei den Arbeitsmigranten sieht das Bild völlig anders aus. Nur fünf Prozent von ihnen hatten 2002 einen Rentenanspruch, weniger als zwei Prozent eine Arbeitslosenversicherung, drei Prozent eine Krankenversicherung, und nur zehn Prozent lebten in öffentlichen Wohnungen. 2008 waren in der Provinz Zhejiang 25,4 Prozent aller und sogar 36,8 Prozent der in der Bauwirtschaft beschäftigten Arbeitsmigranten in Arbeitsverhältnissen tätig, die nicht den gesundheitlichen Mindestanforderungen entsprachen. Wenn sie krank sind, gehen mehr als zwei Drittel der Arbeitsmigranten nicht zum Arzt oder ins Krankenhaus, weil sie die Kosten nicht aufbringen können.

In jüngster Zeit wurden auf zentraler und lokaler Ebene Anstrengungen zur Überwindung dieser Situation eingeleitet. Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Probleme wächst. So gibt es Hoffnung auf Besserung.

Die Arbeitsmigration in China ist ein überaus komplexes Problem. Schätzungen zufolge wird der Trend zur massenweisen Abwanderung in die reichen Küstenregionen noch mindestens zwei, drei Jahrzehnte anhalten. Die Regierung rechnet damit, dass im Jahre 2030 die Hälfte der chinesischen Bevölkerung in Städten leben und arbeiten wird. Aber selbst wenn künftige Migration generell erfolgreich sein sollte – also alle Migranten den Status von städtisch Registrierten erwerben und weder arbeits- noch obdachlos sind –, wird das Problem der Armut nicht automatisch gelöst sein.

Die rasche Urbanisierung, wie sie sich in Yiwu vollzogen hat, ist Resultat des Zusammenspiels von Gründung privater Unternehmen und Arbeitsmigration. Wenn dieses Zusammenspiel erfolgreich verläuft, könnte sich das für ganz China als zukunftssträchtig erweisen.

Aus dem Englischen übersetzt von Wolfram Adolphi

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Mai 1945 - Woina kaputt! : aus Erinnerungsberichten deutscher Soldaten

Seite 123-136

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

## Biografisches

### Zwischen Parteaufbau und Pädagogik. Krupskaja in Deutschland und auf Reisen ins nahe Ausland

Volker Hoffmann

Nadežda K. Krupskaja, Lenins Ehefrau und Mitkämpferin, brachte gut fünfzehn Jahre ihres Lebens im westeuropäischen Exil zu – in München, London, Genf, Paris, Krakau, Bern und Zürich. Deutschland spielte dabei eine besondere Rolle. Es war das Land, in dem sie das entscheidende erste Jahr ihres Exils verlebte (1901/1902) und auf dessen Boden sie zuletzt stand, bevor sie 1917 in ihre Heimat zurückkehrte. In Deutschland begann sich jenes bipolare Spektrum an Interessen herauszubilden, das für ihr gesamtes Exil charakteristisch war – die nimmermüde Arbeit für den Parteaufbau und ihre ebenso beharrlichen und engagierten Vorstudien für die sozialistische Schule.

Krupskaja hielt in ihren Briefen und Schriften einige Eindrücke von Deutschland zu Beginn des letzten Jahrhunderts fest, die ihre Wahrnehmungen in diesem Exilland wiedergeben.<sup>1</sup> Sie sind zwangsläufig fragmentarisch, vermitteln aber doch interessante Einblicke in die Entwicklung einer jungen Revolutionärin mit intellektuellem Hintergrund. Sie sind hier chronologisch zusammengestellt, ergänzt durch einige Impressionen von Reisen nach Prag, Zürich und London via Lüttich.

#### *Auf der Suche nach Lenin*

Am 1. April 1901 traf Krupskaja nach dreijähriger Verbannung in München ein. Sie trug noch ihren Pelz, während die Münchner schon ohne Mantel gingen. Sie kam von Prag, wo sie ihren Mann erwartet, aber nicht angetroffen hatte. Dort hatte sie erfahren, dass er in München lebte und „Modraček aus Prag“ nur zur Tarnung verwendete. Lenin jedoch war nicht am Bahnhof, um sie abzuholen.

Gewitzt durch die Erfahrung in Prag, gab sie ihre Körbe am Bahnhof auf und fuhr gepäcklos mit der Straßenbahn zum Ehepaar Rittmeyer. Am Ziel fand sie eine Bierstube und ahnte schon, dass Herr Rittmeyer, der Wirt, wieder nicht der Richtige war. Frau Rittmeyer begriff am schnellsten, dass die Reisende die so sehnsüchtig erwartete Frau von Herrn Meyer im Hinterhaus war und zeigte ihr seine Wohnung. Dort konnte sie in Herrn Meyer dann tatsächlich ihren Lenin in die

---

<sup>1</sup> Lenins Exil in Deutschland ist in folgenden, immer noch lesenswerten Büchern detailliert rekonstruiert worden: Ernst Bäumler: *Verschöpfung in Schwabing. Lenins Begegnung mit Deutschland*, Düsseldorf-Wien 1972; Christa Höpfner/Irmtraud Schubert: *Lenin in Deutschland*, Berlin 1980. Die Rekonstruktionen greifen vielfach auf Schilderungen von Lenins Frau zurück, weil solche von ihm selber kaum vorliegen.

Arme schließen, allerdings nicht ohne zu schimpfen: „Warum, in aller Welt, hast du denn nicht geschrieben, wo du steckst?“ Es stellte sich heraus, dass Modraček, an den Lenin ein Buch mit seiner Münchner Adresse geschickt hatte, es behalten hatte, anstatt es an dessen Frau weiterzuleiten. Lakonisch kommentierte Krupskaja in ihren „Erinnerungen an Lenin“ die Erfahrung: „Diese Art zu reisen war damals bei den Russen üblich: Schljapnikow reiste das erste Mal nach Genua statt nach Genf, und Babuschkin wäre um ein Haar nach Amerika geraten statt nach London.“<sup>2</sup> Die Gelassenheit, die aus diesen Zeilen spricht, legte Krupskaja während ihres gesamten Exils an den Tag. Sie half ihr über viele Probleme hinweg.

Da eine offizielle polizeiliche Anmeldung nicht infrage kam, blieb nichts anderes übrig, als sich falsche Papiere zu besorgen. Lenin bekam einen Pass auf den Namen Dr. Jourdan Jourdanoff, Krupskaja wurde zu Maritza Jourdanoff. Einen Monat wohnte das Paar in sehr beengten Verhältnissen bei der kinderreichen Arbeiterfamilie Kaiser.<sup>3</sup> Nachdem auch Krupskajas Mutter, die dem Paar schon in den Jahren der sibirischen Verbannung im Haushalt geholfen hatte, zu diesem gestoßen war, bezogen sie am 8. Mai 1901 in der Siegfriedstraße 14 in einem der zahlreichen Schwabinger Neubauten eine geräumige Wohnung. Während Lenin hier an seiner Schrift „Was tun?“ arbeitete, kümmerte sich seine junge Frau um den Versand der „Iskra“, der revolutionären Zeitung der russischen Sozialdemokraten. Sie verschickte die gefährlichen Sendungen u. a. aus München, Nürnberg, Darmstadt und Lüttich (Belgien). Die Polizeiakten belegen, dass es ihr ausgezeichnet gelang, unverdächtige Adressen bzw. Absender zu benutzen und die Absenderorte breit zu streuen, sodass das Zentrum nicht zu erkennen war.<sup>4</sup> Viele Jahre später ließen sich die Geschwister Scholl bei ihren Flugblattaktionen von solchen Überlegungen leiten.

### *Ein enttäuschender Maiumzug*

Kurz vor dem Umzug in die neue Wohnung nahmen die Uljanovs, die sonst sehr zurückgezogen lebten und zu den Exilrussen in der Stadt Distanz hielten, an einer Maifeier der Münchner Sozialdemokraten teil. Krupskaja erwartete eine „kampfesfreudige Demonstration“, wie sie sie von den russischen Arbeitern gewöhnt war. Was sie dann wirklich erlebte, beschrieb sie so: „Und nun zogen die deutschen Sozialdemokraten in ziemlich großen Kolonnen, mit Kind und Kegel und mit den üblichen Rettichen in der Tasche, schweigend im Eilmarsch durch die Stadt, um später in einem Vorortrestaurant Bier zu trinken. Es gab keinerlei Fahnen oder Plakate. An eine Demonstration aus Anlaß des Weltfeiertages der Arbeiterklasse erinnerte diese ‚Maifeier‘ in keiner Weise.“<sup>5</sup> Die Enttäu-

---

2 Nadeshda Krupskaja: *Erinnerungen an Lenin*, Berlin 1959, S.59.

3 Siehe Bäumler, *Verschwörung*, S.143.

4 Siehe Robert H. McNeal: *Bride of the Revolution. Krupskaya and Lenin*, Ann Arbor 1972, S.100.

5 Krupskaja, *Erinnerungen an Lenin*, 1959, S.76.

schung, die sich der beiden Revolutionäre bemächtigte, blieb nicht auf den 1. Mai beschränkt, sondern wurde zu einer Art Grundstimmung angesichts der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei. In der deutschen Arbeiterbewegung wirkten damals bereits massive Einflüsse des Opportunismus und förderten den Irrglauben, ohne Revolution, unter Wahrung der bürgerlichen Gesetzmäßigkeit zum Sozialismus gelangen zu können.

Heute wissen wir: Der Umzug lief ungefähr so ab, wie Krupskaja ihn schilderte. Doch am Morgen des 1. Mai 1901 fanden acht große Maiversammlungen statt, bei denen die Redner den Achtstundentag, die Freiheit der Arbeit, die Einheit der Proletarier aller Länder und den Völkerfrieden forderten. Auch wurde einmal der „kämpfenden Brüder in Russland“ und der „russischen Freiheitskämpfer“ gedacht, die unter der Gewaltherrschaft des Zaren litten. Davon wusste Krupskaja damals und zur Zeit der Niederschrift ihrer Erinnerungen offensichtlich nichts.<sup>6</sup>

Bisweilen suchte Lenin – manchmal zusammen mit seiner Frau – Parvus Helphand, seinerzeit noch Revolutionär und Mitarbeiter der „Iskra“, in der Ungererstraße 18 auf, die unweit ihrer Wohnung in der Siegfriedstraße lag. Hier traf Lenin im Mai 1901 zum ersten Mal mit Rosa Luxemburg zusammen. Später lernte auch Krupskaja die Revolutionärin kennen. Helphand dagegen ging zu den Opportunisten über, eine Entwicklung, die Krupskaja bei einigen deutschen Sozialdemokraten verfolgen konnte und die ihr Bild von dieser Partei entscheidend prägte.

Im Jahre 1902 begegnete Krupskaja in einer großen Arbeiterversammlung, „irgendwo im Arbeiterviertel“ Münchens, zum ersten Mal Clara Zetkin. Worüber die sozialistische Vorkämpferin für die Befreiung der Frau gesprochen hatte, wusste sie nicht mehr, als sie 1927 ihre Erinnerungen zu deren 70. Geburtstag aufschrieb. „Ich weiß nur noch, daß sie sehr leidenschaftlich gesprochen hat. [...] Ich erinnere mich, daß sie nicht nur über den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse sprach, nicht nur über den politischen Kampf, sondern auch über den Aufstieg der Kultur und die Befreiung des einzelnen durch den Kampf für den Sozialismus.“<sup>7</sup> In jener Zeit führte die Leningruppe den Kampf gegen die Ökonomen, die im Klassenkampf nur einen Kampf für wirtschaftliche Forderungen sahen. Und obgleich Zetkin selbst nichts über die Ökonomen sagte, sah Krupskaja in ihrer Rede „eine Rechtfertigung der Linie, die die ‚Iskra‘ führte.“<sup>8</sup> Zetkins Artikel in der Zeitschrift „Gleichheit“ gaben ihr eine erste marxistische

---

6 Bäumler, Verschwörung, S.156.

7 Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an die gemeinsame Arbeit in der Arbeiterbewegung (1927), in: Dokumente und Materialien zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen auf bildungspolitischem und pädagogischem Gebiet. 1917-1933 (Monumenta Paedagogica, Bd. XXVII), Berlin 1984, S.202f., hier S.203. Um welche Versammlung es sich gehandelt hat, ist unklar. Zetkin sprach im September 1902 im Rahmen der 2. Konferenz sozialdemokratischer Frauen über die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Doch zu diesem Zeitpunkt lebte Krupskaja bereits in London.

8 Ebenda.

Orientierung in der Pädagogik, die sie in ihren eigenen Artikeln zu pädagogischen Fragen und in ihrer Schrift „Volksbildung und Demokratie“ (1915) verarbeitete. Es dauerte jedoch noch ca. 13 Jahre, bis Krupskaja die Vorkämpferin für die Befreiung der Frau und den Sozialismus auf der Berner Konferenz, die Sozialistinnen aus den gegeneinander Krieg führenden Ländern vereinigte, im März 1915 endlich persönlich kennenlernte.<sup>9</sup> Zwischen den beiden Frauen entwickelte sich eine enge Freundschaft und schöpferische Zusammenarbeit, die bis zu Zetkins Tod im Jahre 1933 anhielt.

### *Zukunftsbilder und pädagogische Impressionen*

Ende September/Anfang Oktober 1901 reisten Lenin und seine Frau für eine Woche nach Zürich, um an einer Konferenz der russischen sozialdemokratischen Auslandsorganisation teilzunehmen. Es war die einzige längere Reise, die Krupskaja während ihres Münchener Aufenthaltes unternahm, die Stimmung während der Reise war „übermütig“. Unter den Genossen der „Iskra“, die in Zürich tagten, waren jedoch die Unterschiede in den politischen Auffassungen schon deutlich spürbar. Krupskaja bemerkte dies wohl, war aber nicht immer in der Lage, ihren Standpunkt in Diskussionen zu vertreten. In der langen Verbannungszeit hatte sie wenig Gelegenheit gehabt, sich im Streit zu üben. Einmal saß sie mit Georgij V. Plechanov, dem Nestor des russischen Marxismus und ersten Parteiführer der russländischen Sozialdemokratie, und Pavel B. Akselrod, einem seiner Mitstreiter, zusammen. Gemeinsam beobachteten sie, wie in einem Turnsaal ihres Hotels mit Pappschildern und Pappschwertern ausgestattete Arbeiterportler fochten. Plechanov lachte darüber und sagte: „Genau so werden wir in der zukünftigen Gesellschaftsordnung einmal fechten.“<sup>10</sup> Auf dem Heimweg entwickelte Akselrod den Gedanken weiter: In der Gesellschaftsordnung der Zukunft werde es zum Sterben langweilig sein, es werde überhaupt keinen Kampf mehr geben. „Ich war damals noch sehr schüchtern“, schrieb Krupskaja in ihren Erinnerungen, „und entgegnete nichts, aber ich erinnere mich, daß ich mich für die zukünftige Ordnung etwas beleidigt fühlte.“<sup>11</sup> Die Geschichte wird ihr recht geben: Die zukünftige Ordnung wird alles andere sein als zum Sterben langweilig.

Im Juli 1901 fing Krupskaja wieder an, Deutsch zu lernen. Damit hatte sie in der Schule begonnen und das Sprachstudium in der Verbannung weitergeführt. Deutsch war nicht nur die Sprache ihres Exillandes, sondern auch die inoffizielle Umgangssprache in der Sozialistischen Internationale. Krupskaja machte eine Deutsche ausfindig, die sie unterrichtete und der sie im Austausch Russisch

9 Siehe Gerd Hohendorf: Revolutionäre Schulpolitik und marxistische Pädagogik im Lebenswerk Clara Zetkins, Berlin 1962, S.87.

10 Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 1959, S.73.

11 Dies.: Erinnerungen an Lenin, Wien-Berlin 1929, S.72. Die Übersetzung von 1959 – „Ich erinnere mich, daß ich über dieses Urteil recht verwundert war“ – gibt die Gefühle, die bei Krupskaja im Spiel waren, nicht so klar wieder wie die zitierte Version von 1929.

beibrachte. Sie gewann dabei einen Einblick in die Methoden, mit denen bürgerliche Haushalte die Schulpflicht ihrer Dienstmädchen unterliefen – eine flüchtige Erfahrung nur, die aber doch dazu beitrug, dass sie später in Russland mit besonderer Entschiedenheit dafür kämpfte, die Schulpflicht für alle Jugendlichen konsequent durchzusetzen.<sup>12</sup>

Gelegentlich besuchte Krupskaja Münchner Volksschulen und informierte sich über das deutsche und bayerische Schulwesen. Beeindruckt von dem Neuen, das sie bei ihren Hospitationen zu sehen bekam, schrieb sie ihrer Schwiegermutter: „Hier ist so etwas wie ein Reich der Kinder. Alle sind ihnen gegenüber so aufmerksam, und es sind prächtige, gesunde Kinder. Ich habe unsere Stadtschulen [in Russland] besucht, und unwillkürlich vergleiche ich und finde, daß die Kinder es hier weitaus besser haben.“<sup>13</sup> Es ist möglich, dass Krupskaja bereits in ihrer Münchner Zeit zum ersten Mal vom Stadtschulrat Georg Kerschensteiner hörte, einem bekannten Verfechter der bürgerlichen Arbeitsschule, dessen Buch „Die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“ 1901 herauskam. In wenigen Jahren wird sie seine Schulkonzeption an Hand seiner Schriften scharf kritisieren: Er wolle eine Schule, schrieb sie, die mit neuen Methoden die alten Ziele der Untertanenerziehung verfolge.<sup>14</sup>

#### *Über Köln nach London*

Auf Beschluss der Partei gaben Lenin und Krupskaja ihren Münchener Wohnsitz im Frühjahr 1902 auf und verlegten ihn nach London. „Diese Münchner Zeit blieb uns stets in angenehmer Erinnerung. Die darauffolgenden Jahre der Emigration waren für uns viel härter“, schrieb Krupskaja in ihren „Erinnerungen“.<sup>15</sup> Ihr fiel der Abschied von München schwer, weil sie spürte, dass er ein Abschied von der Gemeinsamkeit der Revolutionäre war. Die Reise in die Hauptstadt des britischen Königsreichs, die am 2. April begann, führte über Köln, wo das Paar den kurzen Aufenthalt zur Besichtigung des berühmten Doms nutzte und in seiner Nähe übernachtete. In Lüttich, kurz hinter der deutsch-belgischen Grenze, besuchten sie alte Bekannte von Krupskaja aus der Sonntagsschule, in der sie fünf Jahre lang unterrichtet hatte. Von ihnen erfuhren sie, dass das Militär wenige Tage zuvor auf streikende Arbeiter geschossen hatte. Der Schauplatz des Überfalls vor dem Volkshaus wurde besichtigt, und Krupskaja registrierte sofort, dass hier die Menge leicht umzingelt und in die Enge getrieben werden konnte. Solche „strategischen“ Beobachtungen machte sie bei ihren Reisen häufiger und lernte dabei, genau hinzusehen und präzise zu berichten. Diese Fähigkeit sollte bald, als Lenin sich versteckt halten musste und sie sein Auge und Ohr wurde, große Bedeutung gewinnen.

---

12 Nadežda K. Krupskaja: Sozialistische Pädagogik, Berlin 1967, Bd. 4, S.506.

13 N. K. Krupskaja: Kleine Stationen eines großen Lebens. Briefe an die Angehörigen Lenins, Berlin 1965, S.110.

14 Siche Krupskaja, Pädagogik, Bd. 1, S.338.

15 Dies., Erinnerungen an Lenin, 1959, S.75.

In London lebten Lenin und Krupskaja ein Jahr lang, bis sie wegen der besseren Druckmöglichkeiten erneut umziehen mussten – dieses Mal nach Genf. Dort erreichte sie irgendwann im Laufe des Januar 1905 die Nachricht von der beginnenden Revolution in Russland. Aus Sicherheitsgründen kehrten sie aber erst im November dieses Jahres, in zeitlichem Abstand von zehn Tagen, über Stockholm und Helsingfors in die Heimat zurück, um an der Revolution teilzunehmen, sie zu führen. „Fast vier Jahre hatte ich im Ausland gelebt“, beschrieb Krupskaja den bewegenden Moment, als sie in ihrer Heimatstadt eintraf, „und hatte tödliche Sehnsucht nach Petersburg. Die Stadt kochte und brodelte jetzt.“<sup>16</sup>

### *Über Berlin nach Genf*

Zwei Jahre blieben die beiden Revolutionäre in Russland, und Lenin griff an der Spitze der Bolschewiki in die Kämpfe der Massen gegen das reaktionäre Regime ein, während Krupskaja im Sekretariat der Partei arbeitete. Ende 1907 mussten beide Russland wieder verlassen und erneut ins Exil gehen. Erbarmungslos verfolgte der neue starke Mann Stolypin die Sozialdemokraten und andere Revolutionäre. Die Suche nach Lenin wurde verstärkt, nachdem im November 1907 der erste einer auf drei Bände berechneten Werkausgabe erschienen war. Sein finnisches Versteck war nicht mehr sicher genug. Auf dem langen Wege nach Genf, das die beiden Revolutionäre wegen der guten Druckmöglichkeiten erneut ansteuerten, trafen sie am 4. Januar 1908 in Berlin ein und wollten hier bei Genossen einen kurzen Zwischenstopp einlegen. Doch ihr Besuch stand unter keinem guten Stern.

Einen Tag vor ihrer Ankunft hatten bei ihren Landsleuten Hausdurchsuchungen und Verhaftungen stattgefunden, die im Zusammenhang mit der Entdeckung eines großen Materiallagers der Berliner Gruppe der Bolschewiki standen.<sup>17</sup> Deshalb schleppte der verantwortliche Genosse Avramov, der sie am Bahnhof abholte, die beiden Reisenden den ganzen Tag von einem Restaurant ins andere, immer auf der Hut vor der Polizei. Den Abend verbrachten sie in der Friedenauer Cranachstraße bei Rosa Luxemburg, mit der sie unter anderem über aktuelle philosophische Strömungen (Ernst Mach) diskutierten, die Lenin in seiner Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus“ kritisch bearbeitete.<sup>18</sup> Der Stuttgarter Kongress im August 1907, auf dem Lenin und Rosa Luxemburg in der Frage des Krieges solidarisch aufgetreten waren, hatte die beiden Revolutionäre einander nähergebracht. Für Krupskaja war es nach der erwähnten flüchtigen Begegnung in München das einzige Mal, dass sie mit Rosa Luxemburg zusammentraf.

---

16 Ebenda, S.150.

17 Siehe Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, in: O[ssip] Pjatzniki: Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896-1917, Berlin 1972, S.379.

18 Siehe Arnold Reisberg (Hrsg.): Wladimir Iljitsch Lenin – Dokumente seines Lebens, Leipzig 1977, Bd. 1, S.405.

In der Nacht zeigte sich, dass sich die Reisenden eine schwere Fischvergiftung zugezogen hatten; sie benötigten einen Arzt. Da Lenin als finnischer Koch und Krupskaja als amerikanische Staatsbürgerin gemeldet waren, ließ das Hotelpersonal einen amerikanischen Arzt kommen: „Dieser untersuchte Wladimir Iljitsch und sagte, daß die Sache sehr ernst sei“, erinnerte sich Krupskaja, „untersuchte mich und meinte: ‚Na, Sie werden mit dem Leben davonkommen!‘ Dann verschrieb er eine Menge Arznei und forderte, da er wohl fühlte, daß mit uns etwas nicht ganz stimmte, einen wahnsinnigen Preis für die Visite.“<sup>19</sup> Die Geschöpften blieben ein paar Tage im Bett und schleppten sich dann, noch immer halb krank, nach Genf. Von Deutschland nahmen sie auf dieser Reise nach Süden nur wenig wahr.

### *Sechs Tage in Leipzig*

Bis Krupskaja wieder in eine deutsche Stadt kam, dauerte es vier Jahre – dieses Mal war Leipzig ihr Ziel, das Zentrum der Exilrussen in Deutschland. Lenin, sie und ihre Mutter legten hier vom 17. bis 22. Juni 1912 einen Zwischenaufenthalt ein. Sie waren auf dem Wege von Paris, wo sie seit 1909 gelebt hatten, nach Krakau, wo sie in den nächsten Jahren leben werden – ein großes Stück näher heran an Russland. Lenin sprach vor der Leipziger Gruppe der Bolschewiki über den revolutionären Aufschwung in Russland; wir können annehmen, dass Krupskaja dabei war und sich einen Eindruck von der Stimmung unter ihren Landsleuten in Leipzig verschaffen wollte.

Ossip A. Pjatnicki, einer der bedeutendsten Aktivisten im westeuropäischen marxistischen Untergrund, der seit einigen Jahren in Leipzig lebte, war einer der wichtigsten Gesprächspartner des Paares in Leipzig. „Damals unterhielten wir uns viel über die deutsche Sozialdemokratie. Ich verteidigte sie in jeder Weise“, erinnerte sich Pjatnicki.<sup>20</sup> Bei den Reichstagswahlen im Januar 1912, den letzten vor dem Ersten Weltkrieg, war die SPD mit 34,8 Prozent der Wählerstimmen stärkste Partei geworden.

Pjatnickis Haltung zur SPD nahm Lenin zum Anlass, sich ihm gegenüber „sehr scharf [zu äußern] über die deutsche Sozialdemokratie wegen ihrer Passivität, weil sie den Kampf gegen die Opportunisten in ihren eigenen Reihen nur in Worten, nur während der Parteitage führe, und weil die Resolutionen der Parteitage bloß auf dem Papier blieben.“ Lenin, schrieb Pjatnicki in seinen „Erinnerungen eines Bolschewiks“, sich auf dessen grundsätzliche Kritik beziehend, „war schon zu jener Zeit der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie vollkommen vom Opportunismus durchfressen war und in ein kaiserliches Deutschland hineinwuchs.“<sup>21</sup> Eine Position, die Krupskaja teilte. Sie stellte fest, dass viele Genossen über die deutsche Sozialdemokratie genauso „schimpfen“, wie sie es vor über zehn Jahren in München getan hatte. Seitdem war der Opportunismus

---

19 Krupskaja, *Erinnerungen an Lenin*, 1959, S.181.

20 Pjatnicki, *Aufzeichnungen*, S.211.

21 Ebenda, S.290.

in der SPD nur noch stärker geworden – für sie neue Gründe für eine vertiefte Kritik.

In der Handelsmetropole kamen die Reisenden bei russischen und deutschen Genossen unter, möglicherweise bei Vladimir M. Zagorskij, dem Leiter der dortigen bolschewistischen Gruppe, in der Elisenstraße 45. Einige ihrer deutschen Freunde hatten mitgeholfen, die „Iskra“ und andere illegale Materialien nach Russland zu versenden – Krupskaja kannte ihre Namen, hatte aber noch keinen von ihnen persönlich getroffen, das holte sie jetzt nach.

Während Lenin Vorträge hielt und Gespräche mit Genossen führte, fand Krupskaja Zeit, sich über die Leipziger Schulen zu informieren, die in Deutschland einen guten Ruf hatten – möglicherweise bei der Lehrerin Käte Duncker und ihrem Mann Hermann, die sie 1924 in Moskau aufsuchen werden. Über Leipzig und städtische Lehrervereinsbewegung hatte sich Krupskaja in ihren Notizheften, in denen sie Beobachtungen und Erkenntnisse ihres Studiums festhielt, bereits in der Schweiz und in Paris gelegentlich Notizen gemacht und diese in einigen ihrer frühen Aufsätze verarbeitet.<sup>22</sup> Auch in späteren Aufsätzen, in denen sie sich mit der deutschen Kriegsschule befasste, kam sie – neben München – immer wieder auf Leipzig zurück.<sup>23</sup>

Leipzig beeindruckte sie wegen seiner Lebendigkeit und der Vielfalt an pädagogischen Ideen, die auch in einem breit angelegten Schulversuch im Elementarunterricht ihren Ausdruck fanden.<sup>24</sup> Es ist allerdings eine Verzerrung der Tatsachen, von „überaus engen Beziehungen zur deutschen Pädagogik“ zu sprechen und diese „auf ihren längeren Aufenthalt in Leipzig“ zurückzuführen, wie das in einem sonst fundierten Artikel zu ihrem 100. Geburtstag geschah.<sup>25</sup> Abgesehen davon, dass der „längere Aufenthalt“ nur sechs Tage dauerte, hatte Krupskaja primär eine enge Beziehung zur fortschrittlichen und sozialistischen deutschen Pädagogik, aber eine distanzierte zur deutschen bürgerlichen Pädagogik.

### *Ein Stück Russland im Hofbräuhaus*

Im Juni 1913 reisten Lenin und Krupskaja von Krakau nach Bern, wo sich Krupskaja wegen ihrer kurz zuvor entdeckten Basedow-Krankheit bei Professor Kocher einer Operation unterziehen wollte. In Wien unterbrachen sie die Reise und besuchen Nikolaj I. Bucharin, später ein führender Theoretiker im ZK der KPdSU. Zusammen mit ihm und einigen anderen Genossen durchstreifte das Paar die Stadt, die ihm so gut gefiel wie Krakau.

22 Siehe Krupskaja, Pädagogik, Bd. 1, S.21, 342.

23 Siehe Christa Leithold: N. K. Krupskaja zu Fragen des Klassenkampfes in Bildungspolitik und Pädagogik Deutschlands, in: Pädagogik (Berlin), 1969, H. 2, S.101-111, hier S.103.

24 Siehe Andreas Pehnke/Christa Uhlig: Der Leipziger Lehrerverein – Spiegelbild fortschrittlicher Lehrerbewegung in Deutschland, in: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte (Berlin) 28 (1988), S.107-123, hier S.117f.

25 Siehe Hans-Joachim Fischer: N. K. Krupskaja (1869-1939), in: Pädagogik und Schule in Ost und West, 1969, Nr. 3, S.65-68, hier S.66.

Der nächste Aufenthalt Krupskajas in einer deutschen Stadt dauerte nicht einmal ein paar Tage, sondern nur wenige Stunden – er fand wieder in München statt. Auf der Rückreise von der Operation in Bern nach Poronin bei Krakau mussten sie und Lenin am 5. August 1913 hier umsteigen. Sie hatten geplant, sich ein oder zwei Tage in der Stadt aufzuhalten und einige Genossen zu treffen. Weil zu Hause aber wichtige Aufgaben auf sie warteten, wie sie gerade telegrafisch erfahren hatten, blieben sie nur einige Stunden. Diese verbrachten sie zusammen mit dem marxistischen Studenten Boris Knipovič, dem Krupskaja einst Märchen erzählt hatte, und dessen Frau im Hofbräuhaus. In ihren Erinnerungen schrieb Krupskaja, dass an den Wänden, auf den Biergläsern, kurz überall, die Anfangsbuchstaben H. B. (Hofbräuhaus) standen. Sie sind mit den russischen Buchstaben „N“ und „W“ identisch, die für Krupskaja „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) bedeuteten, eine fortschrittliche Organisation, in der ihr Vater mitgewirkt hatte. „In dieser ‚Narodnaja Wolja‘ saßen wir den ganzen Abend mit Boris zusammen. Lenin lobte mit Kennermiene das Münchner Bier und unterhielt sich mit Boris über die Differenzierung der Bauernschaft.“<sup>26</sup> Zu diesem Thema hatte der junge Mann gerade eine Studie verfasst. Schnell war die gemeinsame Petersburger Vergangenheit wieder gegenwärtig. Das Gespräch kam auch auf Boris’ Tante Lidia, die ebenfalls an der Basedowschen Krankheit litt. Sie war eine Bolschewikin der ersten Stunde und eine hoch geschätzte Genossin und Kollegin von Krupskaja aus der Smolensker Sonntagabendschule. Lenin ließ ihr ausrichten, dass auch ihr eine Operation bei Professor Kocher helfen würde.

So kurz der Aufenthalt der Revolutionäre im Hofbräuhaus auch war, so hinterließ er doch bis in das in England gut bekannte „Hofbräuhaus-Cookbook“ seine Spuren. Darin wird Krupskaja mit einer Eintragung über die „köstlichen Stunden“ zitiert, die sie und Lenin an diesem Ort verbracht hätten.<sup>27</sup> In anderen Publikationen über die Gastwirtschaft heißt es, dass sie und Lenin sich besonders gern an das Hofbräuhaus erinnern würden, wo, Lenin zufolge, „das gute Bier alle Klassenunterschiede verwischt“.<sup>28</sup> Das wäre für den Theoretiker des Klassenkampfes ein recht ungewöhnlicher Satz.

### *Die deutsche Schule im Krieg*

In den ersten Kriegsjahren forcierte Krupskaja ihre Beschäftigung mit pädagogischen Fragen, nun allerdings nicht mehr auf deutschem, sondern auf Schweizer Boden, jedoch weiterhin auf Deutschland und die deutsche Schule bezogen. Denn hier trat der Militarismus in besonders brutaler Form in Erscheinung. Krupskaja verwirklichte mit ihren Analysen Forderungen des Gründungskongresses der Sozialistischen Jugendinternationale von 1907, der den Kampf gegen den Militarismus zu einer seiner wichtigsten Aufgaben erklärt hatte. Sie beschaffte sich aktuelles Material aus Preußen-Deutschland – u. a. die Broschüren aus

---

26 Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 1959, S.299.

27 The Hofbräuhaus-Cookbook, München 2007, S.14.

28 [www.muenchen.citysam.de/hofbraeuhaus.htm](http://www.muenchen.citysam.de/hofbraeuhaus.htm).

dem Kultusministerium „Der Krieg und unsere Kinder“ und „Krieg und Schule“ – und analysierte ab 1915 in mehreren Artikeln die Auswirkungen des Krieges auf Schule und Erziehung. Obgleich sie im Gegensatz zu Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Edwin Hoernle, den führenden Pädagogen der Linken in der deutschen Sozialdemokratie, keine unmittelbare Anschauung der deutschen Kriegsschule besaß, ist ihre Analyse weitgehend zutreffend: Sie stellte fest, dass es Fortschritte in der Ausrichtung der Schule auf den Bedarf der Industrie gab, was man vor allem an den Münchner und Leipziger Volksschulen sehen könne. Dadurch werde aus „einer von der Praxis losgelösten Schule, aus einer Lernschule [...] eine Arbeitsschule“ – wegen des Krieges werde allerdings nur ein sehr pervertierter Typ der Arbeitsschule verwirklicht.<sup>29</sup> In wilden Kriegsspielen werde systematisch Hass gegen die „Feinde des Vaterlandes“ entfacht. Die Schule verwandle sich in eine „Pflanzstätte eines wüsten Chauvinismus“.<sup>30</sup> Die Mehrheit der Eltern in Deutschland trete der Ausbreitung dieses Chauvinismus nicht entgegen, der Gedanke des Antimilitarismus werde aber von der Jugend selbst vorgetragen und verwirklicht. Während Krupskaja in der amerikanischen Schule eine Orientierung am Glück und Wohl der zu erziehenden Jugend zu erkennen meint, sieht sie das „Ziel der heutigen deutschen Staatsschule“ in der Erziehung von „für den Staat unentbehrlichen Lakaian, und, in erster Linie, des Soldaten“. Um diese unheilvolle Orientierung zu überwinden, verlangte Krupskaja von den deutschen Eltern, dass sie ihre passive Haltung aufgeben und auf das System der Schule Einfluss nehmen.<sup>31</sup> Doch dazu kam es bekanntlich damals nicht.

### *Durch Deutschland im Krieg*

Fast zehn Jahre nach ihrer Rückkehr nach Genf ins zweite Exil, bei der sie von Norden nach Süden durch Deutschland gereist war, durchquerte Krupskaja im Frühjahr 1917 erneut das Land, dieses Mal von Süden nach Norden. Der Hintergrund: In Russland hatte die Revolution begonnen, die Exilanten wollten auf schnellstem Wege zurück in die Heimat. Aber wie? „Lenin konnte nicht mehr schlafen“, erinnerte sich Krupskaja, „seit die Nachricht von der Revolution eingetroffen war; und des Nachts wurden die unwahrscheinlichsten Pläne entworfen: man könne ja mit einem Flugzeug fahren [...] Vielleicht ging es mit dem Paß eines stummen Schweden? Aber dabei konnte man sich leicht verraten. ‚Du schläfst ein, siehst im Traum Menschewiki und fängst an laut zu schimpfen: Schweinebande, Halunken! Da ist’s dann mit der ganzen Konspiration vorbei‘, sagte ich lachend.“<sup>32</sup> In geschickten Verhandlungen gelang es schließlich Schweizer Genossen, bei der deutschen Regierung die Genehmigung für die Durchreise einer Gruppe von russischen Revolutionären, einigen Nichtbolschewiki und einem Kind durch Deutschland zu erwirken, insgesamt 32 Personen. Krupskaja

---

29 Krupskaja, Pädagogik, Bd. 1, S.170.

30 Ebenda, S.343.

31 Siehe ebenda.

32 Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 1959, S.185.

unterschrieb die Reisebedingungen mit „Frau Lenin“. Sie setzte bei dieser Reise keinen Fuß auf deutschen Boden, sammelte aber doch nachwirkende Eindrücke von einem Land kurz vor dem Ende eines verlorenen Krieges. Als sich der Zug am 9. April 1917 vom Züricher Bahnhof aus in Bewegung setzte, stimmten die Heimkehrer und ihre zurückbleibenden Freunde und Genossen die „Internationale“ an. An der deutschen Grenze stiegen die Reisenden in einen besonders gesicherten Waggon um, in dem drei von vier Türen verschlossen waren und ein einfacher Kreidestrich das deutsche und russische Hoheitsgebiet von einander abgrenzte. Die Reise ging über Stuttgart, Mannheim und Frankfurt am Main nach Berlin. Unterwegs beobachteten einige Revolutionäre, welche Spuren der nun schon bald drei Jahre dauernde Krieg bei den Menschen hinterlassen hatte. Der Verhandlungsführer Fritz Platten schrieb, dass die lange Schlange der müden, abgemagerten Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Frankfurt, wo der Zug einen längeren Aufenthalt hatte, den Vorortzügen zuströmten, in den Herzen der Emigranten die Hoffnung erwachen ließ, „daß Deutschlands Stunde zur Erhebung der Volksmasse gegen die Herrschenden nicht mehr ferne sein könne.“<sup>33</sup> Während dieses Aufenthalts stürmten deutsche Soldaten durch die Postenkette, jeder von ihnen mit einem Krug Bier in der Hand. „Sie hatten von der Durchreise russischer Revolutionäre gehört, die für den Frieden eintraten. [...] Erregt fragten sie uns aus, ob und wann der Frieden käme. Diese Stimmung sagte uns über die Lage mehr, als für die deutsche Regierung nützlich war“, schrieb Karl Radek, ein Journalist, später Sekretär für Deutschland im Exekutivkomitee der Komintern und Delegierter bei den Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland.<sup>34</sup>

Krupskaja machte eine andere Beobachtung: „Wenn wir zu den Fenstern hinaussahen, fiel uns die völlige Abwesenheit erwachsener Männer auf, nur Frauen, Jugendliche und Kinder waren auf den Bahnhöfen, auf den Feldern und in den Straßen der Städte zu sehen. An dieses Bild mußte ich später in den ersten Petrograder Tagen häufig zurückdenken, wo es von Soldaten wimmelte, die alle Straßenbahnen überfüllten.“<sup>35</sup> Die sozialistische Regierung hatte den Friedensvertrag mit Deutschland unterschrieben und die Soldaten heimgeholt.

### *Ein letztes Stück Deutschland*

In Berlin wurde der Waggon mit den Heimkehrern zunächst am Potsdamer Bahnhof abgesetzt und dann zum Stettiner Bahnhof umrangierte. Die begleitenden Offiziere bekamen diesen Vorgang nicht mit, weil sie sich vom Bahnsteig entfernt hatten. Als sie bei ihrer Rückkehr feststellten, dass „ihr“ Waggon nicht mehr da war, jagten sie mit einem Auto zum Stettiner Bahnhof. Dort registrierten sie erleichtert, dass keiner der Reisenden verschwunden war. Nach ca. 20

---

33 Fritz Platten: Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen, Frankfurt/Main 1985 (Neuaufgabe der Publikation von 1924), S.48.

34 Zit. nach: ebenda, S.85.

35 Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 1959, S.390.

Stunden Wartezeit ging die Reise weiter nach Sassnitz auf Rügen. Kurz hinter Berlin, berichtete Krupskaja, besetzten „irgendwelche deutsche Sozialdemokraten“ (in der ersten Fassung ihrer „Erinnerungen an Lenin“ sind es „deutsche Mehrheitssozialisten“<sup>36</sup>) ein Extraabteil. Sie sollten die Heimkehrer aushorchen – doch vergeblich. „Niemand von unseren Genossen sprach mit ihnen, nur der kleine Robert schaute neugierig in ihr Abteil hinein und fragte sie auf französisch: ‚Was tut der Kondukteur?‘ Ich weiß nicht, ob die Deutschen dem kleinen Robert antworteten, was der Kondukteur tue; jedenfalls gelang es ihnen nicht, den Bolschewiki Fragen vorzulegen.“<sup>37</sup> 16 Jahre lagen zwischen der polizeilich genehmigten Maifeier der Münchner Sozialdemokraten und dem Auftritt der „Kondukteure“ im Auftrag des Kaisers, in Krupskajas allerdings etwas selektiver Wahrnehmung eine Phase des kontinuierlichen Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie.

In Sassnitz angekommen, mussten die Reisenden bis zum nächsten Morgen, den 13. April 1917, warten, bis sie eine Fähre betreten konnten, die sie über die sturmbewegte Ostsee ins schwedische Trelleborg brachte. Anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Oktoberrevolution im Jahre 1977 wurde im Fährhafen eine Gedenkstätte in einem Eisenbahnwagen jenes Typs eingerichtet, in dem die Revolutionäre reisten. Nach der Wende von 1990 kam der Wagen nach Nürnberg und steht heute in Potsdam, im sogenannten Kaiserbahnhof – welche Ironie der Geschichte! Den russischen Kaiser, den Zar, stürzen zu helfen, waren die Revolutionäre doch aufgebrochen! Immerhin erinnert in Sassnitz noch heute ein Lenin-Gedenkstein an die Ereignisse vom 13. April 1917.

Am 16. April 1917 trafen die Revolutionäre in Petersburg ein, wo sie jubelnd empfangen wurden. Endlich war das Exil zu Ende. Krupskaja war nicht in der Lage, zu den wartenden Arbeiterinnen und Arbeitern zu sprechen. „Mir war die Kehle wie zugeschnürt vor Aufregung“, schrieb sie später.<sup>38</sup> Noch im April wurde sie in Wiborg, einem Petersburger Arbeiterbezirk, die Verantwortliche für den Aufbau eines neuen fortschrittlichen Bildungswesens und im Oktober 1917 stellvertretende Ministerin für Volksbildung. Nie wieder betrat sie deutschen Boden.

### *Noch einmal in Berlin?*

Oder ist sie doch noch einmal nach Deutschland zurück gekehrt? Jedenfalls behauptete dies Professor Werner Hortschansky, ein Medienexperte. Auf dem Kolloquium, das das Deutsche Pädagogische Zentralinstitut der DDR anlässlich des 100. Geburtstages von Nadežda K. Krupskaja am 20. Februar 1969 in Berlin durchführte, berichtete er von „seiner persönlichen Begegnung mit der großen

---

36 Zit. nach: Platten, Reise, S.78.

37 Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, 1959, S.391. Ein Beleg für Krupskajas Behauptung, dass es sich bei den zugestiegenen Uniformierten um Sozialdemokraten gehandelt hat, wurde nicht gefunden.

38 Ebenda, S.392.

revolutionären Pädagogin vor fast vierzig Jahren [d. h. etwa 1930/31] in der Bezirksbildstelle Berlin-Köpenick“.<sup>39</sup> Er hob Krupskajas Aufgeschlossenheit für alle in die Zukunft weisenden Neuerungen und ihr starkes Interesse am Unterrichtsfilm hervor. Dass sie ein starkes Interesse am aufklärenden Film hatte, ist belegt. 1925 beispielsweise ließ sie sich von einem Genossen aus Deutschland berichten, „wie die deutsche Bourgeoisie Rundfunk und Film geschickt für ihre Zwecke ausnutzt, was für ein geradezu mächtiges Mittel sie sind, um die Volksmassen hinters Licht zu führen. [...] Rundfunk und Film könnten bei uns im Sowjetland mit seinen Klubs und Lesestuben eine gewaltige erzieherische Rolle spielen.“<sup>40</sup> Doch die Besucherin in der Köpenicker Bildstelle, die der Junglehrer Werner Hortzschansky empfangen hatte, kann nicht Krupskaja gewesen sein, denn bei dem Ausnahmecharakter eines Besuches von Lenins Frau, einer stellvertretenden Ministerin, müsste es dafür weitere Spuren geben, würden sich daran auch andere Zeitzeugen in Russland und Deutschland erinnert haben, hätte Krupskaja wohl selber darüber geschrieben. Solche Spuren konnten aber nicht gefunden werden. Es muss also eine andere Russin gewesen sein, die Hortzschansky senior für Krupskaja gehalten hat. Das vermutet auch sein Sohn, Günter Hortzschansky, dem sein Vater gelegentlich von dem Besuch aus Russland erzählte.<sup>41</sup>

#### *Die Verbundenheit mit Deutschland bleibt*

Wie dem auch sei – Krupskaja hielt ihre engen Verbindungen mit Deutschland auf vielerlei Ebenen aufrecht. Clara Zetkin, die ab 1924 in Moskau wohnte, wurde eine ihrer engsten Freundinnen. Mit ihr arbeitete sie intensiv zu Frauenfragen und auf dem Gebiet der Pädagogik und Bildungspolitik zusammen, ebenso mit Edwin Hoernle, dem bildungspolitischen Sprecher der KPD im deutschen Reichstag. Mithilfe des Berliner Büros der Auslandsabteilung des Volkskommissariats für Bildungswesen und ihres Leiters Zacharij G. Grünberg informierte sie sich eingehend über die reformpädagogische Bewegung in Hamburg, Bremen und Berlin sowie auf dem Lande und machte sich ein Bild von ihren Repräsentanten.<sup>42</sup> Mit Inna Aleksandrovna Armand, der ältesten Tochter von Inès Armand, einer Kampfgefährtin von ihr und Lenin seit den Pariser Exiljahren, stand sie in engem Briefkontakt. Die junge Frau war mit dem deutschen ZK-Mitglied Hugo Eberlein verheiratet und lebte mit ihrem kleinen Kind in Berlin, wo sie seit 1923 in der sowjetischen Handelsvertretung arbeitete. Die kinderliebe Krupskaja war vernarrt in dieses Kind.<sup>43</sup>

---

39 Kurt Sörgel: Ehrung einer großen Pädagogin, in: *Pädagogik*, 1969, Nr. 6, S.577-579, hier S.579.

40 Krupskaja, *Pädagogik*, Bd. 4, S.339-343, hier S.342.

41 Gespräch mit Günter Hortzschansky am 11.7.2009.

42 Siehe *Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte*, 1967, S.235-247.

43 Siehe dazu auch die Briefe, die Krupskaja an Inna A. Armand in den 1920er-Jahren sandte, abgedr. in: Christa Hinckel: Nadežda Konstantinovna Krupskaja (1869-1939):

Doch verfolgte Krupskaja nicht nur die Entwicklung der fortschrittlichen deutschen Pädagogik und übernahm von dieser wertvolle Ideen für den sozialistischen Aufbau des sowjetischen Bildungswesens,<sup>44</sup> sondern machte sich auch ein Bild vom Klassenkampf in Deutschland und griff einmal sogar direkt in diesen ein. Davon zeugt ihr 1930 verfasster Solidaritätsbrief an Erna Knoth, eine kämpferische Arbeiterin des Recenia-Werkes in Hartmannsdorf bei Chemnitz, die wegen ihres Einsatzes für ihre Kollegen in einem Skandalprozess zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In diesem modernen Trikotagenbetrieb waren die Arbeiter Ende 1929 unter Führung kommunistischer Gewerkschafter gegen einen massiven Lohnabbau von 20 bis 37 Prozent in den Streik getreten, den ersten größeren Streik in Deutschland seit Beginn der Weltwirtschaftskrise. Bei einer Massendemonstration im Januar 1930 erschoss die Polizei fünf Arbeiter und verletzte 20 schwer. Es gab heftige Proteste. Die Internationale Arbeiterhilfe unterstützte die Familien der verurteilten Streikführer und Entlassenen. Krupskaja, die den Textilarbeitern seit ihrer Agitation unter ihnen immer besonders zugehört war, hatte vermutlich von Clara Zetkin von dem Streik erfahren und dann die Initiative ergriffen. Sie schrieb in ihrem Brief an die inhaftierte Arbeiterin u. a.: „Du bist die erste Frau in Deutschland, die nach dem Kriege in einem bedeutenden Streik eine hervorragende Rolle spielt. Wie Rosa Luxemburg stehst du treu zur Sache der deutschen Arbeiterklasse. Wenn es in Deutschland noch mehr solche tapferen Frauen gibt, dann wird die ganze Sache des deutschen Proletariates schneller vorankommen. Wir Frauen in der Sowjetunion haben immer den Kampf der Arbeiter aktiv unterstützt und darum geht die Sache heute bei uns gut vorwärts. Wenn du und mit dir viele andere Frauen weiterhin so aktiv im Sinne der Beschlüsse der deutschen Partei arbeiten, werdet auch ihr den Sieg schneller erringen. Die eigenen Erfahrungen des Kampfes werden euch dabei helfen.“<sup>45</sup> Krupskaja musste in den nächsten Jahren erleben, dass in Deutschland kein Sieg über den Faschismus errungen wurde, obgleich es noch mehr so tapfere Frauen wie Erna Knoth gab.

---

Briefe aus den Jahren 1923 bis 1938, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2009/I, S.129-145, hier S.130-138.

44 Günther/Hartung/Kittler: Über die schulpolitischen und pädagogischen Ansichten Krupskajas, in: *Krupskaja, Pädagogik*, Bd. 1, S.13-100, hier S.20.

45 Zit. nach: Horst Zimmer: *Der heroische Kampf der „Recenia“-Arbeiter in Hartmannsdorf unter Führung der KPD zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929-1933*, hrsg. von VEB Feinwäsche Bruno Freitag, Chemnitz 1958, S.40 (Aus dem Gedächtnis zitiert von Erna Knoth. Der Brief wurde bei ihrer Einlieferung in ein KZ vernichtet.)

# Information

## Zur Leninforschung in Russland. Anlässlich des 140. Geburtstages von Vladimir I. Ul'janov am 22. April 2010

Ruth Stoljarowa

In Würdigung dieses historischen Datums fand vom 22. bis 24. April 2010 in Moskau eine internationale wissenschaftliche Konferenz „Lenin on line“ statt, die auch über Internet und das System Skype übertragen wurde. Bereits Anfang des Jahres war vom Internationalen Internet-Institut in Moskau eine Einladung mit folgender inhaltlichen Orientierung veröffentlicht worden:

1. Lenins 140. Geburtstag: Siege und Niederlagen der Leninschen Politik
2. Das theoretische Erbe Lenins: Reaktualisierung und Kritik (Dialektik, Imperialismus, Sozialismus)
3. Das 21. Jahrhundert: Was können und was müssen wir von Lenin lernen?

Diesem Gedenktag hatte die vierteljährlich erscheinende – auch im Internet zugängliche – analytische und gesellschaftspolitische Zeitschrift „Alternativy“ (Alternativen) ihr Heft 1 im Jahr 2010 gewidmet. Die Themen für die Konferenz und der Inhalt dieses Heftes zeigen, unter welcher Sicht Lenins Erbe von der „postsowjetischen Schule des kritischen Marxismus“ betrachtet wird, deren Vertreter die Zeitschrift herausgeben und die Konferenz mit initiiert hatten. „Wir suchen bei Lenin keine fertigen Rezepte und beten ihn auch nicht wie eine Ikone an“, schreibt Andrej I. Kolganov, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter der ökonomischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) und für die Herausgabe dieses Hefts verantwortlicher Redakteur, in einer gesonderten Information zum Inhaltsverzeichnis. „Wir betrachten Lenin als unseren ideologischen und politischen Kampfgefährten. Wir lernen von ihm, wir analysieren seine Fehler, suchen Ideen, die uns helfen werden, uns in den Widersprüchen der Gegenwart zurechtzufinden.“ Diese Einstellung widerspiegelt sich in allen Beiträgen, von denen zwei aus der Rubrik „Theorie“ hier etwas ausführlicher dargestellt werden.

Aleksandr V. Buzgalin, Professor am Lehrstuhl für politische Ökonomie der MGU und Chefredakteur der Zeitschrift, untersucht in einem Fortsetzungsartikel über „Lenin als Theoretiker“ vornehmlich dessen Methode der materialistischen Dialektik. Die Besonderheit besteht darin, dass B. in seiner Analyse nicht nur Lenins theoretische Arbeiten, sondern auch die Praxis seiner Tätigkeit zugrunde legt. Mit den Fragen „Warum Lenin? Warum jetzt?“ wendet sich B. nicht nur an die Jugend, die praktisch nichts über das theoretische Erbe Vladimir I. Ul'janovs weiß, sondern auch an jene Theoretiker, die dessen Ansichten in vielfältigen

Zusammenhängen analysieren, kritisieren und weiterentwickeln. Lenin wird von B. als ein Theoretiker ganz besonderer Art charakterisiert, der nicht mit akademischem Maß zu messen sei: Er besaß keinen wissenschaftlichen Grad, war in keiner akademischen Struktur verankert und verknüpfte seine theoretischen Schriften aufs engste mit der sozialen Praxis. Die Schlussfolgerungen, die er zog, waren äußerst weitreichend, sie beinhalteten Konsequenzen, die bis zu revolutionären Umwälzungen reichten, und er scheute sich nicht, die daraus resultierende Verantwortung zu übernehmen. B. stellt die Hypothese auf, dass Ul'janovs schöpferische Leistungen und die sich in rasenden Sprüngen vollziehende Geschichte des sozialen Weltprozesses Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts, in die dieser als Teilnehmer und Gestalter einbezogen war, eine – mit Hegels Worten ausgedrückt – dialektische, historisch-logische „Knotenlinie des Maßes“<sup>1</sup> bilden. In dem Artikel stellt B. dies als wichtigste Kontrapunkte der Praxis des revolutionären Kampfes und der Theorie des Marxismus dar, die mit dem Namen Lenins in Verbindung stehen. Das kann hier jedoch nur kurz zusammengefasst werden:

1. Es war die Zeit der Anfänge des Kapitalismus, des Beginns des proletarischen Kampfes und der Verbreitung des Marxismus in Russland. So sei es kein Zufall, dass sich Lenin gerade in dieser Zeit – die Thesen von Marx bereichernd – mit der Genesis des Kapitalismus sowie mit der Theorie des neuen politischen Subjekts, der proletarischen Partei als wichtigster Kampfkraft für den Sozialismus im 20. Jahrhundert, beschäftigte.

2. Lenin entwickelte in der neuen Etappe der Herausbildung des Kapitalismus in Russland und der Revolution von 1905 – d. h. unter Bedingungen, da in Russland noch Verhältnisse des Spätfeudalismus vorherrschten, in anderen Ländern der Welt aber bereits bürgerliche Systeme bestanden hatten – die neue, vom Standpunkt des klassischen Marxismus nicht vorgesehene Perspektive der Hegemonie des Proletariats in der bürgerlichen Revolution bei Herausbildung einer Kraft, die wir heute als „Linksblock“ bezeichnen würden. B. betont hier besonders die Bedeutung der Erkenntnis Lenins, dass es sich dabei um eine Aufgabenstellung nicht rein kapitalistischer, sondern allgemeindemokratischer Umgestaltungen handelte mit der Möglichkeit eines Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine sozialistische. Die Verbindung zwischen dem Kampf für die Sowjets als neuem Typ von Demokratie an der Basis mit dem Kampf für Sozialismus wurde im Herbst 1917 die theoretische Grundlage für die Ausrichtung auf den bewaffneten Aufstand und die nachfolgende Begründung, dass der Beginn des sozialistischen Aufbaus in einem relativ schwach entwickelten Land möglich sei. In diesem Zusammenhang verweist B. auf den großen aktuellen Wert der Leninschen Konzeption für Kuba, Venezuela, China, Vietnam und andere Länder.

---

1 Siehe Georg Wilhelm Friedrich Hegel: *Wissenschaft der Logik*, in: *Werke*, Bd. 5, Frankfurt am Main 1979, S.435.

3. Von jenen Gebieten, die während des Ersten Weltkrieges in Lenins theoretischem Interesse und Schaffen eine besondere Rolle spielten, hebt er zwei heraus: die Grundlagen der materialistischen Dialektik und die Theorie des Imperialismus als neues Stadium des Kapitalismus. Dabei führte B. Letzteres auf Probleme zurück, die aus der Praxis resultierten und Lenin veranlassten, nach gründlichen Studien vorliegender Forschungen und neuer Entwicklungen in der Welt seine bekannte Arbeit über den Imperialismus zu schreiben. Bei Ersterem jedoch fragt B., warum die dialektische Logik gerade 1914 in Lenins Blickfeld gerückt war. Daher wendet er sich der Untersuchung dieser Frage im zweiten Abschnitt seines Artikels gesondert zu.

4. verweist B. in Bezug auf die welthistorisch bedeutsame Periode der Revolution und des Bürgerkrieges in Russland als wissenschaftliche Antwort Lenins besonders auf dessen Theorie des Staates (mit seinen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, militärischen, repressiven u. a. Funktionen). Hier widerspiegeln sich die Theorie nicht nur in Broschüren und Artikeln, sondern auch in Gesetzen und Beschlüssen.

5. B. geht dann auf das Dilemma ein, das sich aus dem Abflauen des revolutionären Weltprozesses für das Schicksal der sozialistischen Entwicklung in dem zurückgebliebenen und isolierten Russland ergab. Den sozialistischen Weg nicht zu beschreiten, hätte nicht nur Verrat bedeutet an Hoffnungen, Kampf, Tod und Sieg von Millionen von Revolutionären in Russland und in der ganzen Welt. Dies hätte Russland in eine Halbkolonie verwandelt und die Bevölkerung dem „militärisch-feudalen Imperialismus“ unterworfen. Hinsichtlich dieser Aufgaben habe Lenin in Theorie und Praxis noch am Anfang seiner Suche nach Antworten gestanden.

Im zweiten Abschnitt seines Beitrags widmet sich B. ausführlich einigen wesentlichen theoretischen Ansichten Ul'janovs, an erster Stelle seinen Äußerungen zur dialektischen Logik. Als besonderes Verdienst hebt B. hervor, dass Lenin, nachdem er erkannt hatte, dass Marx außer der Logik des „Kapitals“ keine gesonderte Logik hinterlassen hatte und die Marxisten 50 Jahre nach Marx' Tod auch noch keine solche geschaffen hatten, auf die strikte Notwendigkeit der dialektischen Logik als wichtigste Methode für die marxistische theoretische Forschung aufmerksam machte. Die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung habe Lenin selbst sowohl durch seine theoretische Arbeit als auch in der Praxis seiner politischen Tätigkeit bewiesen. Für besonders bemerkenswert hält B. nicht nur Lenins aus dem Studium der „Wissenschaft der Logik“ Hegels resultierende Feststellung, dass diese alle notwendigen Komponenten für die Logik des Marxismus enthalte, wenn man sie nur vom Kopf auf die Füße stelle, sondern dass Lenin noch weiter als Marx und Engels vorgedrungen sei: Diese hätten zwar mehrfach die Notwendigkeit erwähnt, die Hegelsche Dialektik zu nutzen, seien aber nicht so weit gegangen wie Lenin in seiner Bemerkung, dass die „Große Logik“ von Hegel als Skelett der marxistischen Methodologie möglich und notwendig sei. In diesem Zusammenhang hebt B. die Forschungen von Ėval'd Il'enkov und Viktor Vazju-

lin auf dem Gebiet der dialektischen Logik als Fortsetzung der Leninschen Tradition hervor.

In dem Abschnitt über „Die Philosophie der sozialen Kreativität: die Organisation der Revolutionäre und die Massenbewegung“ stehen folgende Probleme im Mittelpunkt: 1. die Unterschätzung des Leninschen Beitrags zur Sozialphilosophie, auch durch linke Theoretiker. Lenins Gedanken hierzu hätten sich nicht nur in theoretischen Texten widergespiegelt, sondern auch in seinen Entscheidungen und Handlungen – sowohl vor 1917 als auch als Oberhaupt des Sowjetstaates. 2. Hinsichtlich der Ausarbeitungen Lenins über die Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Politik und Kultur macht B. besonders darauf aufmerksam, dass Lenin erstmals im Marxismus die Frage der (im Vergleich zur technologischen Basis und zur Kultur) überholenden Entwicklung der Produktionsverhältnisse behandelt und die politischen Formen als „Beschleuniger“ des technischen und sozialen Fortschritts angesehen habe. 3. die Akzentuierung des sozio-räumlichen Faktors und der Probleme der Wechselbeziehung von Staaten, Völkern, Kulturen des sogenannten Ostens und des sogenannten Westens in der Sozialphilosophie des Marxismus und 4. die Staatstheorie.

Ausführlicher erörtert B. die Bedeutung der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei im sozialen Schaffen Lenins. Er äußert sein Befremden, dass Lenins Arbeit „Was tun?“ bis heute von vielen als wesentlichste Standardaussage zur Parteiproblematik betrachtet wird. Die Avantgardepartei mit Formen eiserner Disziplin, mit zwischenfraktionellem Kampf usw., die bei Lenin im Mittelpunkt stand, habe den Bedingungen seiner Zeit, vor allem denen der Illegalität entsprochen. Obgleich es noch heute in der Welt derartige Verhältnisse gibt, seien die Leninschen Parteiauffassungen für die Gegenwart sehr veraltet. Da sich die Sozialstruktur des Kapitalismus und auch das System der sozialen Interessen und Widersprüche stark gewandelt haben, mussten und müssten sich auch die Prinzipien, Formen und Aktionsmethoden der Organisationen verändern. Aktuell bleibe jedoch als das Herz assoziierter sozialer Kreativität die Leninsche Auffassung vom Wesen dieser Organisation als freiwillige, frei agierende Assoziation, die die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Geschichte fördere und dazu beitrage, deren Zickzackwege zu begradigen.

A. Kolganov analysiert unter dem Titel „V. I. Lenin 1918-1923: Die Krise des revolutionären Projekts“ jene besonders komplizierte Periode der Sowjetrepublik, als klar wurde, dass die russische Revolution keine Fortsetzung in einer erwarteten Weltrevolution finden und Russland auf dem Wege zum Sozialismus vorerst allein bleiben würde. Für die Frage, ob und wie es weitergehen sollte, habe kein theoretischer Vorlauf bestanden. Selbst wenn es in anderen Ländern revolutionäre Entwicklungen gegeben hätte, wäre die russische Revolution eine frühsozialistische mit ungenügenden sozialökonomischen Voraussetzungen gewesen.

K. schätzt die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) als ein Zeichen dafür ein, dass der Versuch, mit Hilfe des „Kriegskommunismus“ trotz der komplizierten Bedingungen des Bürgerkrieges und der Intervention doch noch auf einen sozialistischen Weg zu gelangen, gescheitert war. Aufgrund des Fehlens der realen materiellen und sozialökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus und angesichts des Vorhandenseins bürgerlicher und kleinbürgerlicher Wirtschaftsformen habe man jetzt einen „Umweg“, den über die NÖP, gehen müssen. Dabei habe Lenin stets das Risiko vor Augen gehabt, dass sich die Unternehmer durch die wachsende Kraft der bürgerlichen Wirtschaftsform zusammen mit einem bedeutenden Teil der in den Warenkreislauf einbezogenen Bauernschaft gegen die politische Hülle des sie beengenden proletarischen Staates wenden könnten. Diese Situation, so K., bedeutete eine politische und ökonomische Sackgasse.

Der Ausweg aus dieser Situation lag jedoch schon nicht mehr zu Lenins Lebzeiten. K. verbindet diesen Ausweg mit einem „kriechenden“ politischen Umschwung, der sich bereits Anfang der 30er-Jahre unter einer anderen Führung, in anderer personeller Zusammensetzung, mit anderem Statut und praktisch einem anderen Programm vollzogen habe. Das weitere Schicksal dieser „unnatürlichen Symbiose“, die zwar zeitweilig Erfolg hatte, zeigte sich in den 70-er/80-er Jahren des 20. Jahrhunderts. K. kommt zu dem Schluss, dass „die von Stalin gefundene Lösung den Produktivkräften zwar zeitweilige Wachstumsmöglichkeiten bringen konnte, jedoch die Entwicklung der Widersprüche des Menschenschen Projekts nur konserviert und, ohne sie zu lösen, in die Zukunft verschoben hatte“.

Den Inhalt der von Lenin gefundenen Lösung NÖP fasst K. so zusammen: „Verzicht auf den Weg des Staatskapitalismus; bei formaler Beibehaltung der sozialistischen Zielsetzungen; jedoch gleichzeitig faktisch Verzicht auf einen bedeutenden Teil derselben. In der Tat vollzog sich ein Übergang zur Lösung von Aufgaben, die im Wesentlichen bürgerlichen Inhalts waren. Dies geschah mit nichtbürgerlichen Methoden und in sozialistischer Hülle. Obgleich sich die materielle Basis für den Kapitalismus in raschem Tempo herausbildete, wurde die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse, die im Interesse des Sowjetstaates nicht unter Kontrolle gehalten werden konnte, gewaltsam ‚beendet‘ und den materiellen Grundlagen des Kapitalismus eine andere sozialökonomische Form aufgepfropft. Da diese auf einer dem Kapitalismus entsprechenden materiellen und sozialen Basis beruhte, konnte sie nicht gänzlich sozialistisch sein, obgleich sie viele Elemente des Sozialismus in sich trug.“

Oft werde gefragt, worin sich Lenin geirrt habe. Dies sei, so K., bei der Beurteilung der Voraussetzungen für einen sozialistischen Weg der Fall gewesen. Diesen Irrtum habe er mit allen Vertretern des klassischen Marxismus seiner Zeit geteilt. Lenin habe mit der NÖP jedoch eine theoretische Lösung gefunden, die unter den damals entstandenen neuen Bedingungen mögliche Wege zum Sozialismus nicht ausgeschlossen hätte. Die konkreten inneren und internationalen sozialökonomischen Bedingungen hätten jedoch in der Praxis zu wenig Chancen geboten, diesen Plan zu verwirklichen. So sei die historische Entwicklung des Sowjet-

systems einen anderen, mit größten Verlusten und Opfern verknüpften Weg gegangen, der trotz zeitweiliger Erfolge nicht zum Aufbau des Sozialismus führen konnte. Dennoch, so schätzt K. ein, stelle Lenins NÖP im Arsenal der marxistischen Theorie eine mögliche Variante für Länder dar, die wenig entwickelte ökonomische und soziale Voraussetzungen für den Sozialismus oder auch für modernen Kapitalismus besitzen. Als wichtige Lehre ergebe sich aus dem Schicksal des Leninschen Projekts, dass Chancen auf Erfolg nur die gemeinsamen Anstrengungen zumindest einer Gruppe von Ländern haben könnten, von denen einige eine hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus aufweisen.

Auch weitere Artikel haben Leninsche Thematik zum Inhalt. So wirft Prof. Michail I. Voejkov, Leiter des Sektors Entwicklung sozialer und Arbeitsverhältnisse des Instituts für Ökonomie der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAdW), die Frage der Nachfolge Lenins auf. Er untersucht, wer nach Lenins Tod Anspruch erheben konnte, an seine Stelle zu treten. V. charakterisiert als Kandidaten – nicht für die Nachfolge in der Partei- oder Staatshierarchie, sondern hinsichtlich der Gesamtheit der theoretischen und politischen Voraussetzungen – vier führende Parteikader: Grigorij Zinov'ev, Iosif Stalin, Nikolaj Bucharin und Lev Trockij. Dabei geht er den Gründen nach, warum sich gerade Stalin durchgesetzt hat.

Ein Ausschnitt aus dem kürzlich veröffentlichten Buch von Vladlen T. Loginov, Professor an der Russischen Universität für Bildungswesen, behandelt den Oktoberaufstand 1917. In der Rubrik „Lehrstuhl“ wird die Veröffentlichung von Kapiteln aus dem Lehrbuch „Der heutige Sozialismus“ fortgesetzt.

Unter „Retrospektive“ kommt in der Publikation neben Anatolij V. Lunačarskij mit Erinnerungen an Lenin aus dem Jahr 1930 auch Lenin selbst zu Wort: in einem Nachdruck des 1900 verfassten Artikels „Wie der ‚Funke‘ beinahe erloschen wäre“, der seine Gedanken zu den Meinungsverschiedenheiten in der revolutionären Bewegung zur Zeit der Gründung der gesamtrossischen illegalen marxistischen Zeitung „Iskra“ zum Ausdruck bringt.<sup>2</sup>

Es ist zu wünschen, dass die in dem Heft vorgelegten Beiträge sowie die Ergebnisse der Lenin-Konferenz auch in deutscher Sprache zugänglich gemacht werden.

---

2 Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 4, S.328-346.

# Bericht

Auf dem Prüfstand:

Erbe und Tradition der Linken. Anmerkungen zu einer  
Konferenz am 19./20. Februar 2010 in Leipzig

Stefan Bollinger

Zum Konferenzabschluss brachte ein junger Leipziger ungewollt die landläufige Sicht auf Diskussionen zu linker Geschichte auf den Punkt, den Historiker und Politiker so nicht wollten, aber nicht vermeiden konnten. Er fühle sich an ein einstiges VEB-Traditionskabinett erinnert, in dem alte Fotos, Fahnen und Berichte großer Zeiten gemahnen. Diese verstaubten Relikte seien vielleicht für Erinnerungen gut, kaum aber für den Alltag hier und heute. Lohnabhängige bräuchten jetzt politisch Handfestes. Es war jenes Missverständnis, das schon immer die Arbeit von Historikern im politischen Umfeld begleitet: Was kann Geschichte für den politischen Kampf leisten, wen kann sie animieren, anfeuern oder nachdenklich stimmen? Können überhaupt *eine* Partei, *die* Politik, *der einzelne* Politiker und politisch Interessierte aus der Geschichte lernen?

Solche Erwartungshaltung ist verständlich. Sie wurde von den Veranstaltern – der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Bundesstiftung nahe der Partei DIE LINKE sowie den beiden Rosa-Luxemburg-Landesstiftungen von Sachsen und Brandenburg – durchaus geschürt. Zumal der Konferenz als bisherige Krönung der von Klaus Kinner herausgegebenen Reihe „Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus“ in Deutschland nunmehr gleich zwei Bände zum Konferenzthema vorlagen.<sup>1</sup> Nichts weniger als den Auftakt der programmatischen Debatte innerhalb der Partei DIE LINKE verkündete der Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung *Florian Weis*. Der Noch-Parteivorsitzende *Lothar Bisky* bekräftigte Notwendigkeit und Chance linker Geschichtsdebatte für die Schärfung des programmatischen Profils der Partei. Aber angesichts der innerparteilichen Kontroversen setzte er einen Akzent, der zwar verständlich, aber für den schonungslosen Umgang mit Geschichte problematisch ist. Er beklagte jene denunziatorische Un-Kultur der Linken in der Vergangenheit, die seit eh und je deren Kämpfe begleitete. Sein historischer Exkurs über die Rechthaberei und Denunziation erinnert daran, dass eben nicht Argumente, sondern oft genug Machtinstrumente Debatten „entschieden“. Eine solche Warnung kann aber auch desorientieren. Denn politische Auseinandersetzung muss schonungslos in der Sache, nicht in der gegenseitigen Verletzung sein. Toleranz für nicht tolerierbare Positi-

---

1 Siehe Klaus Kinner (Hrsg.): Die Linke - Erbe und Tradition. Teil 1: Kommunistische und sozialdemokratische Wurzeln. Teil 2: Wurzeln des Linkssozialismus. (= Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. XI/XII). Karl Dietz Verlag, Berlin 2010.

onen kann auch zerstörerisch wirken. Offen bleibt, wer entscheidet, ob eine Position noch zum pluralen Selbstverständnis einer Partei gehört, die lieber Bewegung sein möchte, oder ob diese Position schon deren Konsens verlässt.

Die wichtigen Debatten des ersten Tages fanden auf dem abendlichen Podium statt. Hier ging es weniger um Dokumente und Biografien als um Grundsätzliches, das die Linke vereinen oder trennen kann. Insofern hatte die Leitfrau sozialdemokratischer Geschichtsarbeit und -politik, *Helga Grebing* (Berlin), vielleicht recht beim Beschreiben der Linken. Sie fühlte sich an einen Pudding erinnert, machte nur wenig Gemeinsames aus und versah auch das wieder mit Fragezeichen: sozial engagiert, nicht antikommunistisch, marxistisch beeinflusst. Es könne ja sein, dass man die Geschichte „durablebeiten“ soll, um Identität als Linke zu finden, aber es erhebe sich doch die Frage, *wie* dies zu tun sei, so ihr Fazit. Die Veranstalter hatten Grebing als die *Old Grande Dame* der Arbeitergeschichtsschreibung sozialdemokratischer Provenienz umworben und als Aushängeschild für eine vielschichtige Sicht auf linke Geschichte eingeladen. Altersmilde war sie aber nicht. Sie selbst sieht sich als Sozialdemokratin seit 62 Jahren, ließ gelegentlich ihren Bruch mit der Sowjetischen Besatzungszone anklingen, verortet sich links auch in ihrer Partei. Scharfsinnig und doch irrig erkannte sie in der Themenstellung „Erbe und Tradition“ eher die alte DDR-Historiker-Diskussion zu diesem Thema, mit der sie sich ebenso wie mit den Begriffen nicht anfreunden mochte. Die alte DDR-Diskussion hatte mit diesen Begriffen operiert, um den anderen deutschen Staat in die Geschichte zu integrieren und differenziert mit dem historischen Überkommenen zurechtzukommen. Insofern ging es auch um Geschichtspolitik, die Legitimation suchte. Die auf der Konferenz aufgeworfene Frage nach Erbe und Tradition griff aber weiter, suchte nicht Rechtfertigung in der Geschichte, wohl aber Spuren zu den Vorgängern in deren ganzer Widersprüchlichkeit.

Grebing löckte begierig gegen den Stachel, als sie daran erinnerte, dass ihre Partei im Unterschied zu der Neugründung aus PDS und WASG keineswegs den Begriff des demokratischen Sozialismus aufgegeben habe, wobei dieser aber eben nicht eine Theorie, Philosophie, gar ein System oder eine Ordnung sei.

Das rief mit *Edelbert Richter* (Weimar) einen Ex-Sozialdemokraten auf den Plan, der, aus der Bürgerbewegung kommend, darauf bestand, dass er seine Positionen nicht verändert habe, aber sich treu bleibend heute bei der LINKEN angekommen sei. Denn die SPD habe mit der Schröder-Politik sozialdemokratische Positionen verlassen. In seiner neuen politischen Heimat finde er diese Positionen wieder, könne er konsequenten Linkssozialismus verwirklichen.

Verständlicherweise mussten die aus der SED bzw. der PDS kommenden Historiker wie *Jürgen Hofmann* (Berlin) die Schwierigkeiten mit dem Realsozialismus herausstellen. Das Scheitern des Sozialismusversuchs im Osten belastet für sie wie für viele Linke generell die sozialistische Idee und Politik. Ein Weg der Emanzipation, auf dem oft jedes Mittel recht war, habe oft genug dieses Ziel verfehlt und diskreditiert. Gerade deshalb brauchen die Linken eine klare Stellung zum Stalinismus. Schon der Begriff sei in der LINKEN umstritten, weil das

übergreifende Struktur- und Ideologieproblem nicht gesehen bzw. nicht akzeptiert wird. Der Bruch mit dem „Stalinismus als System“ war aber die zentrale Einsicht bei der PDS-Gründung 1989 gewesen. Der Stalinismus habe mit dem emanzipatorischen Ansatz des Sozialismus gebrochen, so Hofmann. *Elke Reuter* (Berlin) verwies auf ein ähnlich schwieriges Thema – den Antifaschismus als einigendes Band der Linken. Selbst dieser Anspruch und diese praktische Erfahrung der Linken seien vorbelastet. Antifaschismus, so müssten manche von ihnen lernen, war nicht das Privileg der Kommunisten. Vor allem: Antifaschismus vereinbare sich nicht mit Stalinismus.

*Helmut Bock* (Berlin) betonte, dass antistalinistische Kritik und Selbstkritik entscheidende Grundlagen linker Politik und Programmdebatte sind. Doch habe der Umgang mit der DDR nach 1989/90 durch die Sieger der Geschichte diesen Einsichtsprozess an der Basis teilweise wieder zurückgedreht. Mit seinem Wissen als Spezialist für Revolutionen der bürgerlichen Epoche mahnte er, dass das Eintreten für soziale Gerechtigkeit der Kern des Sozialistisch-seins ist. Eine breite Linke, die heute gebraucht werde, müsse sich auf ihre Gemeinsamkeiten als, wie er es nannte, „heilige Dreieinigkeit“ einlassen: soziale Gerechtigkeit, Demokratie (verstanden als umfassende Volkssouveränität) und Frieden. Damit mochte auch Helga Grebing gut leben. Für sie ist demokratischer Sozialismus eine ständige Aufgabe, nicht fest umrissenes Ziel. Zaudernd ergänzte sie, dass wohl das Menschenbild das eigentlich Schwierige sei: Könne der Mensch überhaupt leisten, was der Sozialismus von ihm erwarte? Es gehe darum, welche Bedeutung wir der Geschichte zumessen, nicht um ihren Missbrauch als ideologischen Kult oder Zielersatz.

Am zweiten Tag befand sich Parteivorsitzender *Bisky* nochmals in der Rolle des Richtungsgebenden und auch Suchenden. Für ihn schien klar, dass zwei wichtige Pole miteinander verbunden werden müssen: Pluralität *und* Identitätsstiftung. Pluralität brauche das Vergewissern des Erbes und der Tradition, auch gegen Rechtsextremismus und Geschichtsrevisionismus. Die Konferenzdiskussion könne der Programmdebatte der LINKEN Methodik und Grundierung verleihen. Für ihn ist es ausgemacht, dass linke Pluralität Akzeptanz des pluralen Erbes erfordert. Auch er griff wie viele andere auf den Linkssozialismus, auf Rosa Luxemburg, Paul Frölich, Paul Levi oder Wolfgang Abendroth zurück. „Manchen erscheint“, so Bisky, der Begriff des Linkssozialismus „als Tautologie und man kann dies auch nachvollziehen. Doch dieser eingeführte Begriff lässt sich gut verwenden, weil er eine ganze Denklinie der kritischen Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen versammelt, die einen Ansatz suchen, um Reform und Revolution zu verbinden. Die linkssozialistischen Wurzeln sind gerade deshalb interessant, weil sie in der Geschichte – nicht unbedingt parteifreundlich, aber auch nicht organisationsfeindlich – waren. Von deren Lebendigkeit und Lernfreudigkeit [...] kann man nur lernen.“<sup>2</sup>

---

2 Lothar Bisky: Wir haben die Entdeckungen noch vor uns. Erbe und Tradition der Linken zwischen Pluralismus und Identität, in: Standpunkte RLS (Berlin), 2010, H.6, S.3.

Allerdings waren sich die Diskutanten nicht so recht einig, was solch Linkssozialismus sein könnte jenseits einer überschaubaren Phalanx von Namen jener, die weder in den großen Parteien noch in der zeitgeistigen Gesellschaft eine politische Heimat fanden, die für Sozialismus, gegen stalinistische Diktatur, für breite Demokratie als Basis einer Bewegung für eine Gesellschaft einstanden, die sich um soziale Gerechtigkeit sorgt. Dem Berichtersteller fällt auf: Historisch sollten jene KPD- bzw. SPD-Abspaltungen aus der Zeit der Wende von den 1920er- zu den 1930er-Jahren – in Deutschland besonders Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), KPD-Opposition, Internationaler Sozialistischer Kampfbund – konstitutiv für linkssozialistische Ausrichtungen sein. Diese Organisationen richteten sich gegen SPD-Pflegepolitik am „Krankenbett des Kapitalismus“ ebenso wie gegen Bürokratisierung und Verengung stalinisierter kommunistischer Parteien. Zeitgleich suchten auch Austromarxisten „dritte Wege“ jenseits von Stalinismus und Sozialdemokratie in einem „integralen Sozialismus“ – und fanden sie in der praktischen Politik doch nicht. In der Retrospektive gerät auch Rosa Luxemburg, die sowohl gegen Sozialreformismus als auch gegen bolschewistische Diktatur polemisierte, in diese linkssozialistische Traditionslinie. Gemeinsamkeiten fanden diese unterschiedlichen Personen und Organisationen im Festhalten am Sozialismus, in der Ablehnung der Allmacht einer Partei, im Betonen einer jenseits des Parlamentarismus in Basisprozessen verwurzelten Demokratie. Es waren allerdings meist Politiker, die aus Ablehnung der Politik ihrer Partei – zwar mit politischem Gestaltungsanspruch, aber ohne jeden ernsthaften Gestaltungsraum – versuchten, Politik zu machen. Ihre Ideen blieben Theorie und standen nicht im Praxistext. Ob diese politischen Ideen, Ziele und Auffassungen für künftige Politik mehr als Anregung sein können und ob die Fokussierung auf sie nicht den Blick auf die Leistungen und Grenzen, aber eben auch auf die realen begrenzten Gestaltungsspielräume der beiden großen Strömungen verstellt, bleibt offen.

Es sollte bedenklich stimmen, wenn eine Partei mit dem etwas anmaßenden Namen „DIE LINKE“ sich in erster Linie jenen verpflichtet fühlt, die auf einem Nebenschauplatz der politischen Kämpfe Wichtiges zur Theorie des Sozialismus und zur Kritik seiner Verwerfungen beitrugen. Denn die Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert war vom Ringen von Kommunisten und Sozialdemokraten gegeneinander bestimmt, deren Spaltung im Ersten Weltkrieg einen Grund hatte, wie auch andere Abspaltungen danach. Auch die neuere Linke ist von solchen Konflikten nicht frei, wie jüngst die SPD-Abspaltung WASG belegt, die nun Teil der Parteinuugründung DIE LINKE wurde. Auch die früheren Linkssozialisten waren offensichtlich keine perfekten, untadligen, schwankungsfreien monolithischen Kämpfer für die Sache der Unterdrückten. Sie waren genauso in politische Streite eingebunden, waren meist unterlegen – oder haben sich schließlich mit einer der großen Parteien arrangiert.

Diese Einwände des Zuhörers bestätigten sich, als *Helga Grebing* ihre Auswahl von Linkssozialisten präsentierte, die in der späten Weimarer Republik der SPD den Rücken kehrten, dann in der SAP aktiv waren und schließlich nach 1945

doch wieder in SPD bzw. Gewerkschaften eine staatstragende Rolle spielten: Willy Brandt, Otto Brenner, Heinz Kühn. Bei Brandt, aber auch an anderer Stelle bei Abendroth war sich das Auditorium über deren historische Bewertung, deren Positionen zur SPD oder auch zur SED nicht immer einig.

In einem der Vorträge sprach *Wolfgang Schröder* (Leipzig/Taucha) zur Rolle der Arbeiterverbrüderung im 19. Jahrhundert. Er kritisierte an Marx und vor allem Engels deren Ablehnung der tagespolitischen Alltagsarbeit der Arbeiterverbrüderung. Eine andere Sicht als die von Schröder könnte allerdings daran erinnern, dass bei allem Rang solcher Alltagsforderungen der große Anspruch, die radikale Antwort auf den Kapitalismus nicht vergessen werden sollte. *Manfred Lauer mann* (Hannover) suchte im sozialdemokratischen Erbe historische Berechtigungen, neue Problemsichten und notwendige Fortsetzungsmöglichkeiten. *Uli Schüler* (Berlin) und *Michael Buckmiller* (Hannover) stellten bemerkenswerte Fallstudien zu Wolfgang Abendroth bzw. Peter von Oertzen vor und verbanden dies jeweils mit deren Sichten auf eine deutliche Ausweitung der Demokratie.

In einem abschließenden Teil der Konferenz standen wieder Probleme der parteikommunistisch geprägten Geschichte der Linken und der DDR auf der Tagesordnung. *Elke Reuter* setzte sich mit dem antifaschistischen Erbe der Linken auseinander, *Edelbert Richter* erinnerte als Zeitzeuge an den linken Flügel der DDR-Bürgerbewegung im Herbst 1989. *Stefan Bollinger* (Berlin) sprach schließlich über Erbe und Tradition der SED für die Linke. Er verwies darauf, dass zu den bleibenden Leistungen nicht nur jene gehören, die im Widerspruch zur offiziellen Politik durch Eigen-Sinn und Widerstand erreicht wurden. Dazu zu zählen seien auch jene Versuche von Linken im Allgemeinen und Marxisten im Besonderen, die den Marxismus von seinen Dogmen befreien wollten und mit unterschiedlicher Konsequenz Elemente eines demokratischen Sozialismus einforderten. Überdies gehören zu den bedenkenswerten Traditionen wesentliche soziokulturelle Einrichtungen, insbesondere Teile einer weit gefassten DDR-Sozialpolitik, in denen – beabsichtigt oder durch die Kreativität der Betroffenen auch gegen zu starre Vorgaben – Strukturen und Ergebnisse entstanden, die offenbar nicht nur für die DDR von Interesse waren. Das sind zivilisatorische Leistungen des Sozialismus, an die künftig sozialistische Politik wird anknüpfen und sie aufheben müssen.

Während der Streit um Rolle und Verhalten westdeutscher Linkssozialisten die Tagung belebte, blieb der eigentliche Dauerbrenner, die Auseinandersetzung um das realsozialistische Erbe und daraus ableitbare Traditionen, erstaunlicherweise undiskutiert. Ist das ein Indiz dafür, dass diese auch unerfreuliche Geschichte schon beschrieben ist, ohne ihre Dialektik zu erfassen? Auf jeden Fall bleibt die Geschichte der Linken ein Thema, aus dem Warnung und Anregung für linke Politik auch weiterhin zu schöpfen sind.

## Buchbesprechungen

**Rolf Walter (Hrsg.): Geschichte der Arbeitsmärkte. Erträge der 22. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 11. bis 14. April 2007 in Wien (VSWG-Beihefte 199), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2009, 421 S.**

In einer Zeit, in der mit gutem Grund die Funktionsfähigkeit von Märkten und insbesondere von Arbeitsmärkten in Frage gestellt wird, liest man die in diesem Bd. vereinten Beiträge mit besonderem Interesse. Neben Güter- und Geldmärkten bildet der Arbeitsmarkt die dritte Säule des gegenwärtig weltweit dominierenden Wirtschaftssystems. Keiner dieser Märkte lässt sich verstehen, wenn man nicht gleichzeitig die anderen mit ihren Wechselwirkungen im Blick behält. Komplexe Struktur- und Prozesszusammenhänge machen Arbeitsmärkte zu einem nicht nur für die Wirtschaftsgeschichte interessanten Indikator. In seiner Einführung betont Rolf Walter, langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: „In den Arbeitsmärkten spiegeln sich die sektoralen und faktoralen langfristigen Entwicklungen in aller Präzision und Feinheit wider. Es gibt nur wenige Lebensbereiche, die die soziale Selbstwahrnehmung des Menschen so nachhaltig bestimmen wie die berufliche Arbeit.“ (S.7) Die Kehrseite der Medaille, die Arbeitslosigkeit, werde zwar häufig als persönliches Versagen interpretiert, doch könne sie als Massenphänomen zur gesellschaftlichen und politischen Instabilität führen. So gehöre der

„Faktor Arbeit zu den geschichtsmächtigen, wirtschafts- und gesellschaftsprägenden Kräften“ (S.8) – der Faktor Arbeitslosigkeit aber auch, wäre hinzuzufügen.

Der Bd. enthält 14 Beiträge, von denen acht durch Koreferate ergänzt sind. Franz Baltzarek behandelt die präkeynesianischen Wurzeln staatlicher Arbeitsbeschaffungspolitik in Österreich. Mit Beispielen makroökonomischer Beschäftigungspolitik spannt er den Bogen von den „Notstands“-Bauten der 1830er- und 1840er-Jahre bis zu den Beschäftigungsmaßnahmen der 1930er-Jahre und resümiert, nichts davon habe zur Vollbeschäftigung ausgereicht. Mit Blick vor allem auf die Krise von 1973/74 erörtert Lutz Bellmann Themen, Theorien und Ergebnisse der neuen Arbeitsmarktforschung. Im Mittelpunkt stehen die von einem makroökonomischen Ansatz her formulierte These, nach unten hin flexible Löhne würden Unterbeschäftigung beseitigen, und die mikroökonomische Kontroverse darüber, weshalb Reallöhne nach unten hin inflexibel sind. Die Forschung habe gezeigt, dass Arbeiter stärker „risikavers“ sind als Betriebe, denn diese könnten ein „Risikopooling“ vornehmen. Auch habe die steigende Arbeitslosigkeit seit den 70er-Jahren zu einer „Strukturalisierung“ zuungunsten der Un- und Angelernten geführt. Aus diesem Grund sei die Evaluation arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wichtig. Im Koreferat hierzu äußert sich Rainer Metz skeptisch, ob der vorgeschlagene Methodenmix zur Erklärung der Arbeitslosigkeit geeignet sei. Auch besitze Arbeit eine „vielschichtige Komplexität“ (S.75) und ließe sich nicht auf Marktbeziehungen

reduzieren. Das neoklassische Paradigma mit seiner Kunstfigur des „homo oeconomicus“ greife zu kurz.

Den Auf- und Ausbau eines „Normalarbeitsverhältnisses“ in Deutschland im 19. und 20. Jh. behandelt Toni Pierenkemper. Im längerfristigen historischen Vergleich stellten sich Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis der 1960er- und frühen 1970er-Jahre als kurzfristige Ausnahme dar. Lohnarbeit und Arbeitsmarkt weiteten sich im 19. Jh. erst allmählich aus und setzten sich im 20. Jh. durch. Der aktuelle „Trend sinkender Anteile sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse wird sich fortsetzen und das ‚Golden Age‘ der Lohnarbeit im keineswegs normalen ‚Normalarbeitsverhältnis‘ scheint vorbei.“ (S.112) Gleichwohl gehe der Arbeitsgesellschaft die Arbeit nicht aus. Im Koreferat bestätigt Rainer Flik die von Pierenkemper dargelegten Fakten, sucht aber unter Verweis auf Gabor Steingart (Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden, München 2006) nach einer anderen Erklärung und Bewertung: Den Westeuropäern sei nicht die Arbeit ausgegangen, sie sei nur nach Osteuropa und Fernost ausgewandert. Darauf müssten sie reagieren.

In seinem Beitrag „Lohnarbeit und Entlohnungsformen in der spätmittelalterlichen Agrarwirtschaft“ vermutet Bernd Fuhrmann anhand von südwest- und westdeutschen Beispielen, dass der Einsatz ländlicher Tagelöhner schon früher begann, als es die bis ins zweite Drittel des 14. Jh. reichende schriftliche Überlieferung zeigt. Zu den Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmärkten im Gewerbe der frühen Neu-

zeit stellt Christof Jeggle am Beispiel des Leinengewerbes in Münster/Westfalen im 16. und 17. Jh. konzeptionelle Überlegungen an. Es sei für die vorindustrielle Zeit nicht sinnvoll, Arbeitsmärkte in der Perspektive industrieller Strukturen zu untersuchen, vielmehr habe man es mit Netzwerkökonomien zu tun, „innerhalb derer sich Akteure entlang von Produktionsprozessen und Produktlinien meist relativ kleinteilig [...] betätigten“ (S.157).

Im Koreferat hierzu hebt Reinhold Reith die Bedeutung der Arbeitsmigration für die Konstituierung von Arbeitsmärkten hervor. Auch Josef Ehmer betont in seiner Betrachtung die Gesellenwanderung als wichtige Voraussetzung für die hohe Dynamik handwerklicher Arbeitsmärkte im Wien des 18. und 19. Jh. Rainer Gömmel zieht im knappen Koreferat einen Vergleich mit der modernen Arbeitskräftewanderung. Die Entwicklung des innerösterreichischen Arbeitsmarktes im Übergang von der Protoindustrialisierung zur beginnenden Industrialisierung beleuchtet Werner Drobisch. Er hebt die Beharrungskraft feudaler Strukturen hervor, die Zuwanderer rasch integrierten. Arbeitsmärkte setzten sich zunächst nur im Zusammenhang mit punktueller Industrialisierung durch. Dagegen wendet Franz Baltzarek ein, dieser Ansatz greife zeitlich und räumlich zu kurz. Unter Hinweis auf die Montanregionen verweist er auf eine beträchtliche Arbeitskräftebewegung, die sich allerdings eher auf „Teilmärkten“ (S.227) abspielte. Über die Entstehung und Struktur agrarischer Arbeitsmärkte in der Pfalz, in Rheinhessen und am nördlichen Oberrhein 1770-1880

referiert Frank Konersmann am Beispiel des Gesindes und der Tagelöhner und zeigt, wie im deutschen Südwesten vor allem größere Bauernwirtschaften durch Kommerzialisierung eine zunehmende Arbeitskräftenachfrage auslösten. In seinem Koreferat ergänzt Hartmut Kiehling das Thema um einige demografische Argumente. Nach der Lernfähigkeit von Organisationen fragt Boris Gehlen am Beispiel von Unternehmern und Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Seiner Meinung nach scheiterte eine Sozialpartnerschaft „in erster Linie aufgrund unternehmerischer Zwänge bzw. zu geringer oder als zu gering wahrgenommener betrieblicher Handlungsspielräume“ (S.285), wobei sich allerdings die neuen Industrien flexibler zeigten als die alten. Dem Thema „Westeuropäische Industriestaaten und transnationaler Arbeitsmarkt im 20. Jahrhundert: Nationale Strategien in einem internationalen Handlungsfeld“ widmet sich Christoph A. Rass anhand dreier Beispiele: Frankreich und Deutschland in Polen 1920-1932; Belgien und Frankreich in Italien 1946-1951; Deutschland in der Türkei 1961-1964. Die Konkurrenz der Anwerbestaaten sorgte für eine relativ zügige Angleichung der Vertragspraxis.

Im Koreferat weist Ad Knotter auf die nichtstaatlich regulierte, oft illegale Migration und auf die Versuche zur Abschottung nationaler Arbeitsmärkte hin. Auf die von der Forschung vernachlässigte nichtreguläre Erwerbsarbeit und die Schattenwirtschaft gehen Thomas Buchner und Philip R. Hoffmann-Rehnitz ein und zeigen mit einem Ausblick auf das 19. und 20.

Jh., dass man es hier mit einer langen Konflikttradition zu tun hat. Marcel Boldorf verweist ergänzend auf die weite Verbreitung irregulärer Tätigkeit in der frühen Neuzeit und bringt das Entstehen des Begriffs Schwarzarbeit mit der Herausbildung eines modernen Arbeitsrechts in Verbindung. Felix Butschek beschreibt die Geschichte der Arbeitsmarktparteien nach 1945 und die Herausbildung einer Sozialpartnerschaft in Österreich vor dem Hintergrund einer bemerkenswert positiven Wirtschaftsentwicklung. Einen Höhepunkt der Sozialpartnerschaft sieht er mit der Anwendung eines „austrokeynesianischen“ Instrumentariums zur Bewältigung der „Erdölkrise“ 1974/75 erreicht. Daran schließt Günther Chaloupek mit dem Beitrag „Sozialpartnerschaft und nationalstaatliche Handlungsspielräume am Beispiel der Entwicklung der österreichischen Sozialpartnerschaft seit 1980“ an. Mit ihr sei es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen, allerdings schrumpften die Handlungsräume unter den Bedingungen weiterer Internationalisierung. Einen Vergleich der österreichischen und der deutschen Sozialpartnerschaft unternimmt Jürgen Nautz. Die positiven Ergebnisse korporativer Handlungsstrategien stünden hinter anderen ordnungspolitischen Regimes nicht zurück.

Insgesamt bietet der Bd. neben interessanten Sachinformationen viele, vor allem auch methodische Anregungen zur historischen Arbeitsmarktforschung.

Als ein schönes Beispiel von „Political Correctness“ erweist sich das Verzeichnis der ausschließlich männlichen

Autoren: Es ist überschrieben mit „Autorinnen und Autoren“.

Peter Hübner

**Beatrix Bouvier u. a. (Hrsg.): Was bleibt? Karl Marx heute. Workshop vom 14.-16. März 2008 anlässlich des 125. Todestages von Karl Marx im Studienzentrum Karl-Marx-Haus in Trier** (Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl-Marx-Haus H. 15), Trier 2009, 355 S.

Es ist erst zwanzig Jahre her, dass Marx – nicht zum ersten Mal – für tot erklärt wurde. Inzwischen ist er wieder in aller Munde. Wer sich heute auf ihn beruft, tut das mit unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlicher Quellenkenntnis. Wenn die Hrsg. des vorliegenden Bd. feststellen, der heutige „historisch-kritisch geprägte Blick“ auf Marx stehe nicht mehr „im Dienste ideologischer Grabenkämpfe“ (S.18), ist das ein geschöntes Bild. Trotz aller begrüßenswerten Fortschritte in der Akademisierung wird jede Beschäftigung mit Marx stets (gewollt oder nicht, bewusst oder nicht) auch von jeweils aktuellen Interessenlagen und politischen Gesichtspunkten beeinflusst sein. Solches gilt selbst für Aristoteles oder Leibniz, viel mehr aber ist es beim Werk von Marx systemisch bedingt.

Diese Tatsache spiegelt sich schon im Titel des Trierer Workshops: Nicht was von Marx *bleibt*, ist von mehr als antiquarischem Interesse, sondern was aus Marx' Werk *wird*. Denn es ist ein „Werk im Werden“ (Sandkühler), und das in dreifacher Hinsicht. Zum einen hat Marx, in einem tieferen Sinn als viele andere große Geister, sein Werk

ständig, bis in seine letzten Lebensjahre, vom Grund her neu durchdacht und um völlig neue Untersuchungsfelder erweitert. Zum zweiten wird uns dieses Werk erst im Zuge seiner immer noch anhaltenden Veröffentlichung bekannt und damit in immer größeren Ideenkreisen als Ganzes erfassbar. Und drittens hat jedes große Gedankengebäude ein Eigenleben, das auch nach dem Tode seines Schöpfers weitergeht. Die Interpretations- und Wirkungsgeschichte verschmilzt mit dem in ständigem Werden bleibenden Werk.

In diese Kerbe schlug bereits einer der Teilnehmer der Trierer Veranstaltung, als er meinte, dass „die Frage des Workshops nicht lauten müsste ‚Was bleibt? Karl Marx heute‘, sondern vielmehr ‚Was kommt? Karl Marx heute‘.“ (S.127) Hierher gehört auch der von Christine Weckwerth vorgebrachte Gedanke, es sei objektivistisch und romantisch, unter Ausblendung der Wirkungsgeschichte eine Rückkehr zum wahren Ursprungskern der Marxschen Theorie zu fordern und dort das Bleibende zu suchen (S.130). Hoch anzuerkennen ist es, wenn die Hrsg. sich von der verbreiteten Denkweise distanzieren, „kommunistische Regimes völlig undifferenziert und losgelöst von ihrer marxistisch-leninistischen Provenienz und ihren stalinistischen und sonstigen Varianten dem Denken von Karl Marx zuzuordnen oder von ihm monokausal abzuleiten.“ (S.6)

Der Bd. enthält leider nicht die Beiträge der vierten Sektion des Workshops, die die Politische Ökonomie zum Inhalt hatte und deren Beiträge aus nicht erklärten Gründen nicht zur

Veröffentlichung eingereicht wurden. Und da die erste Sektion den „Sozialmodellen vor Marx“ gewidmet war (mit viel Cusanus, Müntzer und Feuerbach), die dritte dem wirkungsgeschichtlichen Thema „Marx und Russland“, bleibt für das eigentliche Werk von Marx zu wenig Raum.

Wolfgang Christian Schneider erkundet „Marx und die Frage des Religiösen“, wobei er von Thomas Müntzer ausgeht. Bei diesem sei das sozialreformerische Denken dem religiösen gänzlich untergeordnet gewesen, und Marx und Engels hätten die Gefährlichkeit dessen avantgardistischen „Erwähltheitsdenkens“ „völlig unterschätzt“ (S.67). Die Hrsg. des Bd. sprechen gar vom Müntzerschen Prinzip „gottgewollter Waffengewalt“, „Erwählungsimpetus“ und „totalitaristischen Gefahren“ (S.9). Hier ist allerdings tatsächlich ein Punkt, an dem neu nachzudenken ist. Ob diese Problematik jedoch so eng mit der des Religiösen und einer neuen Ethik verbunden ist, wie Schneider nahelegt, scheint fraglich.

Auch Elena Filippi sieht in ihrem Beitrag (*Dignitas hominis: Thomas Müntzer, Albrecht Dürer und die ‚Vera mensura‘ des sozialen Humanismus*) diese Problematik in einem größeren Zusammenhang. Marx habe in „Zur Judenfrage“ den Humanisten Müntzer völlig richtig zitiert, dass „alle Kreatur“ nicht zum Eigentum gemacht werden dürfe. Inigo Bocken, der sich ebenfalls der Rezension „Zur Judenfrage“ annimmt, weist entschieden darauf hin, dass Marx 1844 keineswegs antisemitisch argumentierte. „Marx sieht es als seine Aufgabe an, gerade diesen theologischen Gehalt

des säkularen Staates zu entlarven, um damit den Weg freizumachen für eine Emanzipation des Menschen überhaupt. [...] Und diese menschliche Emanzipation kann niemals auf eine rein politische Emanzipation reduziert werden.“ (S.89)

Die Sektion „Philosophie und Politik“ enthält vorwiegend Beiträge von Mitarbeitern der Berliner MEGA-Arbeitsstelle. Ulrich Pagel nahm sich der Rezeption Max Stirners in der „Deutschen Ideologie“ an. Bei aller Zustimmung zu seiner These, dass Stirner die eigentliche Zentralfigur für die Marx-Engelssche Polemik war, ist doch zu betonen, dass dies bereits 1978 in einer Göttinger Dissertation von Wolfgang Eßbach ausargumentiert worden ist. Hierher gehört auch Christoph Hennings Hinweis, dass Marx „Stirners Einrede ernst nahm und dem Individuum fortan einen sehr viel höheren normativen Rang zuschrieb“ (S.192).

Christine Weckwerth (*Marx redivivus? Überlegungen zum kritischen und methodischen Gehalt der Marxschen Theorie*) lieferte den theoretisch grundsätzlichen Beitrag. In der Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit habe Marx keine Lösung angeboten, sondern auch in einer künftigen Gesellschaft „Selbstbestimmung und freie Kraftentfaltung [...] außerhalb von materiellem wie sozialem Widerstand und Zwang gedacht. Die Frage, wie in der von technisch-ökonomischen und politisch-bürokratischen Prozessen beherrschten Gegenwart eine selbst bestimmte Praxis ohne Unterordnung zu denken ist, ist auf dieser Basis nicht mehr adäquat zu klären.“ (S.146) Der Marxsche Ansatz

sei daher in sozialanthropologischem Sinn zu erweitern. Dann liege die geschichtliche Perspektive in „einem offenen Prozess, der einen entwicklungslogischen Automatismus, sei es ökonomischer oder ethischer Art, ausschließt.“ (S.157)

Gerald Hubmann (Reform oder Revolution? Zur politischen Publizistik von Marx) rückt zu Recht die Tausenden Zeitungsartikel von Marx und Engels in eine werktheoretische Dimension und spricht in diesem Zusammenhang von einem „demokratisch-reformerischen Strang im Marxschen Denken“ (S.160), der schon von den Tagen der „Rheinischen Zeitung“ herkomme. Das Fazit seiner kundigen Analyse lautet, Marx „kann keineswegs als Vertreter eines deterministischen oder gar totalitären Denkens und als Feind einer offenen Gesellschaft (Karl Popper) gelten, weil sich in seinem Werk eben auch Motive eines demokratisch orientierten Reformdenkens finden – die freilich in der über einhundertjährigen Rezeption (vor allem aus politischen Gründen) kaum akzentuiert worden sind.“ (S.173)

Christoph Henning aus St. Gallen (Was bleibt von der Marx'schen Philosophie? Zu Marx' moralischem Perfektionismus) stellte in den Mittelpunkt seiner Untersuchung die außerordentlich wichtige Problematik des Individuellen. Reflektiert werde dies im Werk von Marx nicht nur in seinem Abituraufsatz und in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“, sondern es gäbe „beim reifen Marx eine signifikante Höherwertung des Individuums“ (S.191). Dessen Entfaltung wird jedoch vom Profitstreben der kapitalistischen Produk-

tionsweise vom System her behindert. „Es sind für den reiferen Marx die Strukturen und Zwänge speziell des kapitalistischen Wirtschaftens, die den Einzelnen einengen, vereinseitigen und fremdbestimmen oder sogar der Verarmung preisgeben.“ (S.195) Es müsse, da der Mensch aber ein zoon politicon ist, wie Marx in der „Deutschen Ideologie“ schrieb, eine Gesellschaft geschaffen werden, in der jedes „Individuum die Mittel [hat], seine Anlagen nach allen Seiten hin auszubilden; erst in der Gemeinschaft wird also die persönliche Freiheit möglich.“ Unter durchaus aktuellen Gesichtspunkten schlussfolgert Henning: „Es ging also auch dem späten Marx keineswegs um eine Uniformierung der Gesellschaft durch rigoristische Gleichverteilung des *ökonomischen* Kuchens (wie die ökonomische Standardkritik unterstellt), sondern um Bedingungen für eine bessere Entwicklung der Menschen, um ‚menschlichen‘, nicht um ökonomischen Reichtum (der dafür nur die Vorbedingung ist).“ (S.197)

Die Sektion „Marx und Russland“ war dominiert von Vertretern der Universität Trier. Gerhard Ressel sprach über „Strukturanalyse und Transformationsphänomene des Marxismus bei den russischen Philosophen Nikolaj Berdjaev und Michael Ryklin“, Eva-Maria Mischke über „Andrej Belyjs individualistisches Geschichtsmodell als Gegenentwurf zum Marxismus“ und Henricke Stahl über „Gottmensch oder Menschgott? Aspekte einer soziologischen Marx-Kritik in Russland“. Dirk Uffelmann (Passau), der Äußerungen von Marx und Engels über asiatische Produktionsweise, Za-

rismus und Bakunismus untersuchte, ging leider nicht von der reichen, bis in die 1920er-Jahre zurückliegenden Literatur zur asiatischen Produktionsweise aus. Petr Rezvykh (Moskau) titelte „Zwischen zwei Marxismen. Zur Sprache der sowjetischen Philosophie“. Aus sämtlichen Beiträgen dieser Sektion geht hervor, dass sich die russische Philosophie im 20. Jh. weitgehend mit einem entstellten, missverstandenen Marx beschäftigte. Nicht immer wird in den Beiträgen nach MEGA zitiert, d. h. nicht die beste Textgrundlage verwendet. Die Ergebnisse des Trierer Marx-Workshops sind außerordentlich vielseitig, anregend und bleiben diskussionswürdig.

*Martin Hundt*

**Jörn Schütrumpf (Hrsg.): Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang**, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 142 S.

„Da bin ich wieder!“, lautete ein Teil des Titels einer vor Kurzem erschienenen Karikaturensammlung über Karl Marx. Dieser Ausspruch passt gut zu dem von der Weltfinanzkrise ausgelösten Interesse am bedeutendsten – und lange Zeit für einen „toten Hund“ erklärten – Kritiker der politischen Ökonomie. Plakate, die Marx mit einer Baseball-Mütze zeigen, laden zu „Das Kapital“-Lektürekursen ein; die Auflage des ersten Bd. des dreibändigen Hauptwerkes von Marx stieg letztes Jahr sprunghaft an; und in Japan soll der Klassiker der politischen Ökonomie in einer Manga-Version erscheinen.

Das erneut entflammte Interesse gilt in erster Linie dem Denker Marx.

Doch wie gestaltete sich sein Familien- und Privatleben? Vor nicht allzu langer Zeit übernahmen Harry Rowohlts und Gregor Gysi die Rollen von Marx und Engels und lasen vor Publikum deren ausgewählte Briefe vor, die für Nichtkenner ungeahnte Seiten beider Denker ans Licht brachten. Auch das von Sch. herausgegebene und eingeleitete Bändchen „Jenny Marx oder: Die Suche nach dem aufrechten Gang“ stellt eine Möglichkeit dar, Marx als Privatperson kennenzulernen, wenn auch aus einer besonderen Perspektive. Denn, wie der Titel es bereits vermuten lässt, geht es darin in erster Linie um „Jenny Baronesse von Westphalen, verheiratete Frau Dr. Karl Marx“. (S.9) Ohne diese Frau an seiner Seite „hätte Karl Marx niemals der sein können, der er war“, lautete das Resümee von Eleanor Marx-Aveling, gemeinsame Tochter der beiden (ebenda). Diese Aussage lässt sich mühelos auf viele andere (Ehe-)Frauen berühmter Männer übertragen, man denke beispielsweise an Marta Feuchtwanger. Und so erinnern die Widmung „Den vergessenen Emigrantenfrauen“ (S.2) und das Gedicht „Die Frauen“ (S.8) von Berthold Viertel am Anfang des Buches an die Rolle der Lebensgefährtinnen der Revolutionäre und treten ihrer Marginalisierung entgegen.

Das Buch gliedert sich in drei größere Teile: „Jenny Marx. Versuch über das ‚ungetheilte Leben‘“, eine vom Hrsg. verfasste Einleitung (S.9-53); „Kurze Umriss eines bewegten Lebens“, eine autobiografische Skizze von Jenny Marx (S.55-76); sowie einige ausgewählte Briefe von ihr aus den Jahren 1839 bis 1880 (S.77-122). Im Anhang

des Buches befinden sich „Ausgewählte Daten“ zum Leben von Jenny Marx (S.123-129), biografische Angaben zu den im Buch erwähnten Personen (S.130-138) und schließlich ein „Glossar“ (139-142). Die erste Seite seiner Einleitung füllt Sch. fast ausschließlich mit Fragen, die sich zur Frage verdichten lassen: Warum hat Jenny Marx – viel attraktivere Alternativen ausschließend – solch ein (Ehe-)Leben gewählt (S.9)? Eine zentrale Antwort hierauf findet Sch. im Angebot einer „Liebe als gemeinsame und gleichberechtigte Emanzipation von jeglicher Entfremdung“ (S.29) des vier Jahre jüngeren Karl Heinrich Marx an seine Verlobte.

Auffallend in den Briefen ist das Verhältnis von Jenny Marx zur eigenen Mutter. Wenn sie von ihr spricht, verwendet sie Adjektive, wie beispielsweise „teure“ oder „geliebte“. Es kann sich hierbei natürlich um eine damals übliche und als angemessen empfundene Formulierung handeln, jedoch fällt grundsätzlich eine – wenn auch nur an wenigen Stellen erwähnte – konfliktfreie, liebevolle Beziehung zwischen Mutter und Tochter auf. In seinem einführenden Text verweist Sch. (S.21, Fußnote 17) auf eine psychoanalytisch orientierte Studie von Volker Elis Pilgrim, ein unmittelbar während des Zusammenbruchs des sogenannten real existierenden Sozialismus verfasster und letztlich misslungener Versuch, das idealisierte „Marx-Bild von Verzerrungen, Lügen und Heroisierungen zu befreien“. Trotz dieses Scheiterns zweifelt Sch. die Produktivität eines solchen Ansatzes nicht an. Im Gegenteil, er weist auf die Notwendigkeit einer neuen,

seriösen Arbeit hin. Auch auf Jenny Marx angewandt, könnte ein psychosexueller Ansatz mehr Klarheit in manche Sachverhalte bringen. Wie war das Verhältnis ihrer Eltern zueinander? Welche Beziehung hatte Jenny von Westphalen zu ihrem Vater? Inwieweit ähnelte sie ihrer Mutter in Sachen Ehe? Die Beantwortung solcher oder ähnlicher Fragen würde eventuell Neues ans Tageslicht befördern.

Beim Lesen sowohl der autobiografischen Skizze als auch ihrer Briefe wird man mit der enormen Emotionalität von Jenny Marx konfrontiert. Nicht nur in den liebe- und sorgenvollen Äußerungen, sondern auch in den bissigen und sarkastischen Kommentaren offenbart sich Jenny Marx als ein Gefühlsmensch. So zeigt sich ihre Fähigkeit zur Selbstironie beispielsweise in der Unterschrift eines Briefes, wenn sie ihrem richtigen Namen, „geborene Pisserich“ hinzufügt (S.113). Und ihre scharfe Zunge wird an den Kommentaren zur Ehefrau von Moses Hess sichtbar: „Ein wohlbekanntes Gesicht glotzte mich an, und wen erkannte ich im deftigen Seidenkleide, dem modernen grauen Schal? Das ehemalige enfant du peuple, Kölnsche Drückeschen, jetzige Gommunistencheffin, die Mösin.“ (S.93)

Man erfährt sehr eindrucksvoll von den Nöten der Familie Marx: Geldsorgen, Erniedrigungen, Tod der Kinder etc. Zugleich tritt das Bild einer Frau hervor, die gezwungenermaßen stark sein musste und die, so scheint es, manchmal mehr gab, als sie eigentlich hätte geben können und müssen, was sie schließlich mit ihrer Gesundheit bezahlte. Nichts dabei wird von

Sch. unter den Teppich gekehrt: Weder das uneheliche Kind Karl Marx' mit dem Dienstmädchen Helene Demuth, noch der hohe Alkoholkonsum beider Ehegatten und auch nicht, wie schwierig und problematisch sich viele ihrer Freundschaften gestalteten – diejenige zu Friedrich Engels bildete dabei keine Ausnahme.

Zusammengefasst sei gesagt, dass, obwohl der Hrsg. dieses knappen Buchs nicht explizit den Anspruch erhebt, neue Maßstäbe zu setzen, er es dennoch tut, indem er unvoreingenommen an Karl Marx herantritt und damit ganz unpräntiös zur Herausbildung einer Sicht auf diesen Menschen jenseits von Apotheose und Dämonisierung beiträgt. Zum anderen wird Jenny Marx der ihr angemessene Platz zugesprochen, wobei auf diese Weise andere Revolutionärsfrauen stellvertretend gewürdigt werden.

*Andreas Lotz*

**Donna T. Haverty-Stacke: America's Forgotten Holiday. May Day and Nationalism, 1867-1960**, New York University Press, New York-London 2009, XII, 303 S., Abb.

Der erste Montag im September wird in den USA als Labor Day (Tag der Arbeit) begangen. Er ist seit 1894 gesetzlicher Feiertag. Doch dass er 1882 von New Yorker Gewerkschaftern begründet wurde, um den Achtstundentag durchzusetzen, ist dem kollektiven Gedächtnis der US-Amerikaner verschwunden. Noch weit weniger verbreitet ist in den USA die Kenntnis, dass der 1. Mai, als May Day oder International Workers' Day auch in der englischsprachigen Welt

bekannt, seine Ursprünge gleichfalls in den Vereinigten Staaten hat. Dort ist er heute kein Feiertag mehr. In Deutschland dürfte weitgehend unbekannt sein, dass noch vor zwei Generationen der 1. Mai auch in den USA, besonders in New York und in Chicago, ein Kampf- und Feiertag der Arbeiter war, und dies nicht einmal in Konkurrenz zum „unpolitischen“ Labor Day, sondern ausdrücklich als alternatives Angebot und als Möglichkeit, den Interessen der arbeitenden Klasse kollektiv Ausdruck zu verleihen.

Die Autorin des sehr lesenswerten Buches, am Hunter College der City University of New York tätig, zeichnet die Geschichte des 1. Mai im Kontext der amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit Konzentration auf New York und Chicago sowie im Vergleich mit der Entwicklung des Labor Day nach. Sie verweist zu Beginn darauf, dass die Ursprünge des 1. Mai in Chicago bis auf das Jahr 1867 zurückreichen. An diesem Tag feierte eine Arbeiterdemonstration den soeben im Bundesstaat Illinois gesetzlich festgelegten Achtstundentag, womit einer alten Forderung aus dem Bürgerkrieg Rechnung getragen wurde. Dieses Gesetz in den Betrieben zu befolgen, beeilten sich die Unternehmer nicht, die darauf folgenden Demonstrationen wurden von der Polizei zum Teil rabiat zerstreut, fanden aber auch die nächsten Jahre statt. Am 1. Mai 1886 kam es schließlich zu einem die großen Industriezentren der USA erfassenden Generalstreik. Den Einsatz von Streikbrechern suchten Arbeiter in Chicago zu verhindern. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, gegen deren Gewalt am 4. Mai jene

Demonstration auf dem Haymarket stattfand, bei der eine Bombe einen Polizisten tötete. Die Polizei eröffnete das Feuer, in den blutigen Zusammenstößen verloren vier Arbeiter und sieben Polizisten ihr Leben. Wenig später wurden acht anarchistische Arbeiter des Polizistenmordes angeklagt, vier von ihnen zum Tode verurteilt und gehängt, einer starb unter ungeklärten Umständen im Gefängnis. Es darf als sicher gelten, dass die Verurteilten unschuldig waren; wer wirklich die Bombe geworfen hatte, kam nie heraus.

Bis dahin sind die Fakten allgemein bekannt, doch die folgenden Kapitel des Buches bieten viele wenig oder nicht bekannte Einzelheiten. So wird gezeigt, dass die Internationalisierung des 1. Mai nach 1890, als er durch die zweite Internationale als Kampftag begangen wurde, seine Wirksamkeit in den USA zunächst begrenzte. Gerade die Immigranten-Arbeiter der ersten Generation suchten ihren Platz innerhalb der amerikanischen Gesellschaft, und die Gewerkschaft American Federation of Labor (AFL) sah sich als Sachwalter amerikanischer Arbeiterinteressen, die sie nicht durch einen abstrakten Internationalismus verwässern wollte. Zudem gab es vor allem in der französischen Arbeiterbewegung Bestrebungen, sich das Erbe des 1. Mai anzueignen, dessen Ursprünge in den USA vergessen zu machen.

Den 1. Mai nicht losgelöst vom Verhältnis der Arbeiterbewegung zu ihrer eigenen Nation zu sehen, bildet das inhaltliche Hauptproblem der hier vorliegenden Studie. Die Autorin sieht den 1. Mai in der amerikanischen Arbeiterbewegung in engem Zusam-

menhang mit dem Kampf zwischen internationalistischen und „nativistischen“ Tendenzen, d. h. mit Bestrebungen, die Arbeiterbewegung als Teil des „guten“ Amerika zu sehen, was – zumindest in der Tendenz – nationalistischen Gedanken Tür und Tor öffnen konnte.

Die Kapitel drei bis sechs behandeln die wechselvolle Karriere des 1. Mai im Rahmen einer sich zunächst differenzierenden Arbeiterbewegung in den USA. Während die AFL den Labor Day im September beging, ihre Mitglieder aber von der Mitwirkung am 1. Mai nicht ausschloss, sahen die miteinander rivalisierenden kommunistischen und anarchistischen Gruppen und Parteien den 1. Mai als äußeren Höhepunkt ihres Kampfes. Nach der Oktoberrevolution 1917 stieg die Bedeutung dieses Tages, zumal in New York und Chicago, den Städten mit einer relativ starken kommunistischen Bewegung. Die anti-kommunistische Verfolgungswelle der frühen 1920er-Jahre führte gezwungenermaßen zum Abebben der Großdemonstrationen an diesem Tag. Da jedoch die Socialist Party of America, die ansonsten mit den Kommunisten tief zerstritten war, den 1. Mai zu ihrer eigenen Sache erklärte und besonders ihr Parteiführer Eugene Debs die politische Bedeutung dieses Tages seinen Genossen buchstäblich einhämmerte, blieb er als Kampftag der amerikanischen Arbeiterbewegung erhalten. Debs sah den 1. Mai insbesondere als Protesttag gegen die Inhaftierung politisch aktiver Arbeiter. „Open Jails for Political Prisoners!“ (Öffnet die Gefängnistore für die politischen Gefangenen!) hieß die Losung, die er

propagierte und die einen breiten Widerhall in allen Teilen der amerikanischen Arbeiterbewegung fand (S.109). Die 1930er-Jahre wurden zum Roten Jahrzehnt (Red Decade) der amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Im Zeichen der Volksfront gegen den Faschismus und der Unterstützung für die Spanische Republik gingen am 1. Mai Hunderttausende auf die Straße, ohne dass der Labor Day im September deshalb suspendiert wurde. Der 1. Mai bekam aber nunmehr einen machtvollen gesellschaftskritischen Akzent. Es war auch der Tag, an dem die verschiedenen nationalen Gruppen innerhalb der Arbeiterbewegung ihre doppelte Identität am klarsten zeigten: als Vertreter verschiedener Einwanderergruppen wie als Teil der einen amerikanischen Nation. Die Autorin zeigt dies am Beispiel der Italo-Amerikaner. Der damals gerade unter Kommunisten populäre Name für den 1. Mai: „I Am an American Day“ (sinngemäß: Tag des Amerikaners) verdeutlicht dies. Der 1. Mai wurde zur Geburtsstätte eines Multikulturalismus, bevor es den Begriff gab (S.168). Zugleich war der Tag Ausdruck einer teils kritischen Solidarität mit der Sowjetunion, teils einer völlig unkritischen Gefolgschaft gegenüber dem vorgeblich ersten sozialistischen Staat der Erde.

Fast nichts davon war am 1. Mai 1940 mehr zu sehen: Der deutsch-sowjetische Pakt und das Einschwenken der kommunistischen Partei auf Stalins neue Politik zerstörten den minimalen Konsens innerhalb der Arbeiterbewegung. „The Yanks are not coming“ (Die Amis machen nicht mit) hieß nun die offizielle Maiparole der

Kommunisten. Dies bedeutete die Weigerung, sich am vorgeblich beiderseitig imperialistischen Krieg zwischen den faschistischen und den Westmächten zu beteiligen (S.173). Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion änderte die KP wiederum ihren Standpunkt radikal und wurde zum Vorkämpfer der antifaschistischen Einheitsfront. Ihr Generalsekretär Earl Browder hatte (nach inoffizieller Weisung Moskaus) die Idee, die Partei aufzulösen und als „linken“ Flügel Roosevelts Demokraten anzuschließen. Der Plan scheiterte, Browder wurde zum Sündenbock erklärt und aus der Partei ausgeschlossen. Zunächst führte noch die „nationale Wendung“ der Kommunisten dazu, dass ihr Einfluss innerhalb der Gewerkschaften stieg. Doch war dies mit einem Glaubwürdigkeitsverlust verbunden. Das war ein Grund dafür, dass die Kommunisten gerade dann nur noch ein geringes Maß an Solidarität erfuhren, als sie ihrer bedurften. Alarmiert durch die kommunistischen Positionsgewinne in den Gewerkschaften, entstand im Kontext des Kalten Krieges eine durchaus heterogene antikommunistische Bewegung, die von rechten Gewerkschaftsführern über enttäuschte Ex-Kommunisten bis hin zu professionellen Kommunistenjägern um Joseph McCarthy, Parnell Thomas und Richard Nixon reichte. Amerikas Rechte organisierte eine Kampagne, in der die Verdammung des 1. Mai als angebliche kommunistische Erfindung einen zentralen Platz einnahm. Die Autorin zeigt im 7. Kapitel, wie erfolgreich diese Kampagne war. Während der Labor Day als nationaler Feiertag akzeptiert wur-

de, wenn er auch immer unpolitischer gehalten war, wurden über den 1. Mai immer neue Legenden in Umlauf gesetzt. Er sei aus dem bolschewistischen Russland importiert und somit ein Fremdkörper in der amerikanischen Kultur, hieß es nun. Allzu viele glaubten dies, verdrängten ihr besseres Wissen oder schwiegen aus Angst. Der McCarthyismus, auch wenn er für die Betroffenen weniger schlimme Auswirkungen als die Verfolgungen im sowjetischen Machtbereich hatte, zerstörte dennoch massenhaft Existenzen. Auch progressive Hochschul-lehrer, sofern sie nicht aus ihren Einrichtungen hinausgeworfen wurden, wagten vor ihren Studenten nicht mehr, an den 1. Mai als Teil einer genuin amerikanischen Tradition der Linken zu erinnern. Mehr noch: Antikommunistische Kräfte erhoben den Vorabend des 1. Mai, den 30. April, zum Loyalty Day, zum Tag des Loyalitätsbeweises, und demonstrierten dies in entsprechenden Veranstaltungen. An solchen durch die Medien unterstützten Kundgebungen nahmen in New York bis zu 750.000 Menschen teil (S.203). Ein Foto zeigt als Teilnehmer einer solchen Demonstration Angehörige der faschistischen John Birch Society (S.198). Das politische Ende McCarthys, die Rückkehr akademischer Freiheit und die Neubesinnung auf kritische Wissenschaft und schließlich die Proteste gegen den Vietnamkrieg brachten eine Erinnerung an den 1. Mai mit sich. Im New Yorker Stadtteil Greenwich Village, einem Zentrum der neuen Alternativkultur, geriet der Tag indes zunehmend zum Spektakel mit Marihua-na (S.127). „Während Protest und

abweichende Meinungen innerhalb der amerikanischen politischen Kultur möglich blieben“, so die Autorin abschließend, „sind ökonomische Fragen an den Rand getreten. Diese Art von Protest stellt die kapitalistische Wirtschaft des Landes nicht infrage, und kritische Amerikaner sind auch nicht im Stande, die wichtigen nationalen Symbole in ihrem Sinne umzudeuten.“ (S.230f.) Der 1. Mai bleibt nur eine Erinnerung an Klassenkämpfe der Vergangenheit, der Labor Day ist auch angesichts der kapitalistischen Krisenerscheinungen ein weitgehend unpolitischer Feiertag – bisher noch.

*Mario Keßler*

**Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen** (Manuskripte 76 der RLS), Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 246 S.

„Fast überall zeigt sich eine erfreuliche Gärung der Geister“, so schrieb Clara Zetkin 1915 einem Bremer Genossen über den Erfolg des Berner Manifestes, mit dem die Teilnehmerinnen der Internationalen Frauenkonferenz gegen den Krieg protestierten. Dieser Satz aus einem der Briefe Clara Zetkins spiegelt ihr unermüdliches Ringen um die Köpfe und Herzen der arbeitenden Menschen beiderlei Geschlechts wider.

Dass es durchaus neue Fakten zum Leben, Denken und Wirken der Clara Zetkin hinzuzufügen gibt, ist jetzt nachzulesen in dem Sammelband des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages. Im Dokumententeil sind einige bisher unbekannte, noch nicht (oder nicht wieder) veröffentlichte

Reden und Briefe Clara Zetkins aus den Jahren 1906 bis 1932 publiziert.

„Gegen die Regierung, über den Kopf der Regierung müssen wir unsere Ideen in die Frauenmassen tragen“, war Clara Zetkins Losung, die Eckhard Müller in seinem Beitrag über die Internationale Berner Frauenkonferenz im März 1915 herausstellt. Das brachte ihr Ende Juli 1915 eine Verhaftung und Anklage wegen Hoch- und Landesverrats ein, die eine große Protestbewegung im In- und Ausland auslösten.

Die Frauengeschichtsforscherin Claudia von Gélieu erinnert daran, dass es eine einmalige Aktion des SPD-Parteivorsitzenden Bebel war, als er 1895 das Frauenwahlrecht im Reichstag beantragte. Selbst den Internationalen Frauentag, der dieser Forderung Nachdruck verleihen sollte, konnten die deutschen Sozialdemokratinnen nur gegen die Widerstände ihrer Genossen und des Parteivorstandes organisieren. Sabine Lichtenberger resümiert Clara Zetkins Referat im Favoritner Arbeiterheim am 21. April 1908 – ein historisches Ereignis, das zu Unrecht völlig in Vergessenheit geraten sei. Clara Zetkins Referat „machte auf die ganze Versammlung einen mächtigen Eindruck“, hieß es damals in der österreichischen „Arbeiter-Zeitung“.

Wie Clara Zetkin – schweren Herzens zwar – nach 25 Jahren die Redaktion der „Gleichheit“ niederlegte, dokumentiert Mirjam Sachse. „Ich [...] verzichte auf eine Auseinandersetzung, zu der Ihr Schreiben und Vorgehen Anlaß geben könnte“, war ihre lakonische Antwort auf das Entlassungsschreiben von Friedrich Ebert.

Clara Zetkins Einfluss auf den politischen Freundeskreis um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht und Leo Jogiches – ab Mitte 1916 Spartakusgruppe genannt – steht im Mittelpunkt des Beitrages von Ottokar Luban. Hartmut Henicke setzt sich mit der Streitschrift „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“ auseinander, mit der Clara Zetkin 1922 in eine Auseinandersetzung eingriff, die bis heute andauert.

Christa Uhlig stellt Clara Zetkin als Pädagogin und Bildungspolitikerin vor, die soziale Emanzipation und Bildung immer zusammen in den Blick nahm. Manche der von Clara Zetkin geführten Diskurse zur Gestaltung von Schule und Erziehung scheinen ein Beitrag zu der aktuellen Diskussion und Kritik des föderalen Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland zu sein, wenn sie Konservatismus, Besitzstandsdenken und Lobbyismus bloß legt.

Clara Zetkins diskussionswerte Analyse „Der Kampf gegen den Faschismus“ vom März 1923, eine bis heute sehr aktuelle Schrift, stellt Wolfgang Beutin in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dass Clara Zetkin die „Sozialfaschismusthese“ aufs Schärfste kritisierte und stattdessen ein Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Nazis forderte, arbeitet Marcel Bois heraus. Clara Zetkin machte für die Fehlentwicklung in Deutschland die Führung der Kommunistischen Internationale verantwortlich. Und dennoch war ihre Rolle in der kommunistischen Bewegung der späten 20er-Jahre widersprüchlich, meint der Autor. Die auf-

rechte Kritikerin stalinistischer Politik habe nicht das System erkannt, das hinter dieser Politik steckte.

Zwei Briefe von Clara Zetkin aus dem Jahre 1924 seien symptomatisch für die Konfliktlage von Persönlichkeiten der sozialistischen Arbeiterbewegung im Kontext der Stalinisierung der Sektionen der KI, meint Günter Wernicke. Und Horst Helas' Beitrag bezieht sich auf den „Dreckbrief“ Clara Zetkins von 1927. Die sprachliche Entgleisung widerfuhr Ernst Thälmann, als Ernst Grube, Mitglied des ZK, die Geheimniskrämerei um den Brief monierte und auf der ZK-Tagung am 14. März 1928 ansprach. Rolf Hecker verweist auf einen sechseitigen maschinenschriftlichen Brief Clara Zetkins an Dawid Rjasanow vom 13. März 1930, der nicht nur eine Laudatio auf den Jubilar sei, sondern vielmehr ihr eigenes politisches Bekenntnis zum Marxismus.

Auch in ihrer Tätigkeit für die Rote Hilfe setzte Clara Zetkin Akzente auf die internationale Solidarität, die Politisierung der Frauen und die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront. Hier habe sie nicht nur internationale Solidarität propagiert, sondern sie auch praktiziert, so Heinz Sommer. Gisela Notz und Setsu Ito stellen auf der Basis der nach 1990 veröffentlichten Materialien die Verdienste Clara Zetkins für die internationale Frauenbewegung heraus und meinen, eine weltweite, uneingeschränkte und facettenreiche Forschung werde zur historisch zutreffenden Einschätzung von Clara Zetkins Werk führen. Ulla Plemer hebt schließlich hervor, dass Clara Zetkin uns in ihren Briefen als eine selbstständige, unabhängige Denkerin

und dialogbereite Politikerin entgegentritt. Clara Zetkin habe politische Meinungen nie zum alleinigen Maßstab des persönlichen Wertes gemacht.

Alle Beiträge des Sammelbandes sind gestützt auf neue archivalische Forschungen. Sie belegen nachdrücklich, dass Clara Zetkins Werk Anknüpfungspunkte für den heutigen politischen und weltanschaulichen Diskurs liefert. Die Publikation ihrer Briefe wäre für die Forschung ein wichtiger Beitrag und ermöglichte den Lesern nicht zuletzt eine Lektion in politischer Kultur des Umganges miteinander.

*Marga Voigt*

**Walter Baier/Lisbeth N. Tralori/Derek Weber (Hrsg.): Otto Bauer und der Austromarxismus. „Integraler Sozialismus“ und die heutige Linke** (Schriften 16 der RLS), Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 301 S.

Der zu besprechende Bd. erinnert an eine der faszinierendsten politisch-geistigen Bewegungen des vergangenen Jh., den Austromarxismus. Er dokumentiert die Beiträge zu einer Tagung, die aus Anlass des 70. Jahrestages des Erscheinens von Otto Bauers letztem großem Werk „Zwischen zwei Weltkriegen? – Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus“ 2006 in Wien stattfand. Dass ein solcher singulärer Text alleine den Anlass für eine Tagung mit einem durchaus breit gefächerten Themenspektrum bietet, ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Bauers Spätschrift ist eines der wenigen Dokumente des internationalen Sozialismus, das auf beeindruckende Weise historische Zeitdiagnose und

ökonomische Analyse mit einer scharfsinnigen, selbstkritischen Rückschau auf die Schwächen und Fehler der eigenen Bewegung wie eine Auseinandersetzung mit den Konzepten und Irrtümern konkurrierender politischer Kräfte und Bewegungen verbindet. Ein derartiges Maß an aufrichtig-kritischer Selbstreflektion wurde selten erreicht.

Die schon angedeutete Themenbreite der Tagung wie des Bd. reicht weit über diese Schrift bzw. das politische und geistige Wirken Bauers hinaus. Immerhin 24 Beiträge entfalten sicherlich nicht die ganze, aber doch einen repräsentativen Ausschnitt der bemerkenswerten Breite der politischen wie Kulturbewegung, für die der Name Austromarxismus steht, insbesondere in der Zwischenkriegsperiode. Nicht nur Otto Bauer, ihr sicherlich überragender politischer wie theoretischer Kopf, auch Max und Friedrich Adler, Rudolf Hilferding, Käthe Leichter, Therese Schlesinger, Rudolf Goldscheid und andere werden mit ihren je unterschiedlichen Konzepten und Schwerpunkten vorgestellt. So entfaltet sich ein Panorama, dass schon vor etwa 30 Jahren zu einer „Renaissance des klassischen Austromarxismus“ (Wolfgang Abendroth) in den Debatten der europäischen Linken geführt hatte – bei Linkssozialisten in der Sozialdemokratie ebenso wie in den noch jungen Strömungen des Eurokommunismus.

Die heutige, in diesem Bd. dokumentierte, wie die damalige Faszination rührte und rührt aus der Tatsache her, dass es dieser in der österreichischen Sozialdemokratie beheimateten geistigen Bewegung gelang, sich schon seit

der Jahrhundertwende auf eine unglaublich produktive wie interessiert-neugierige Weise mit anderen geistigen Strömungen und Tendenzen des zeitgenössischen Laboratoriums Wien auseinanderzusetzen: der neu aufkommenden Psychoanalyse und Sexualwissenschaft, der österreichischen Schule der Nationalökonomie, Neuerungsbewegungen in Erziehung, Kunst und Architektur usw. Dies unterschied den Austromarxismus von vornherein von anderen Strömungen des zeitgenössischen Sozialismus – sei es sozialdemokratischer, sei es kommunistischer Provenienz.

Es ist das Grunddilemma bei der Besprechung derartiger Sammelbände, dass es unmöglich ist, auch nur einem einzigen der darin versammelten Beiträge gerecht zu werden. Es kann hier also nur angedeutet und hoffentlich darauf neugierig gemacht werden, auf welche Fundstücke man darin stößt. Im Zentrum stehen sicherlich Beiträge wie die des Italieners Giacomo Marramo, der schon vor Jahrzehnten mit einer fundierten Arbeit über den Austromarxismus hervorgetreten ist und nunmehr in einem luziden und differenzierten Beitrag – dabei Otto Bauer selbst ins Zentrum der Betrachtung nehmend – nochmals eine Gesamtschau von Werden und Wirken des Austromarxismus vornimmt. Anders als vor 30 Jahren, als noch die Deutungsgefechte mit einem rigorosen Marxismus-Leninismus auszutragen waren, der im Austromarxismus kaum mehr als „philosophischen Revisionismus“ (und damit Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse) entdecken konnte, und auf der anderen Seite einer theoretisch auf die „Bern-

stein-Linie“ fixierten Sozialdemokratie, die in der genannten Renaissance die Gefahren der Schleusenöffnung hin zu eurokommunistischen Bündnissen witterte, können heute (wie in Marramaos Beitrag) Stärken und Schwächen dieser Bewegung unvoreingenommen und unverkrampft debattiert und analysiert werden.

Hingewiesen werden muss auch auf den Beitrag Michael Krätkes, der bei seinen Forschungen auf ein bislang unveröffentlichtes Buchmanuskript Bauers über die Weltwirtschaftskrise gestoßen ist und dies kenntnisreich in den Kontext anderer krisentheoretischer Ansätze einordnet. Es zeigt sich, dass Bauer als einer der wenigen Theoretiker der „langen Wellen“ durchaus auch für heute noch Aktualisierbares zu bieten hat. Wenn es in anderen Beiträgen um das Verhältnis des Austromarxismus zu Psychoanalyse und Sexualreform, zur Religion, zum Antisemitismus, zur Frauen- oder zur Nationalitätenfrage geht, wird durchaus nicht mit Kritik gespart – auch wenn festgehalten werden muss (was insbesondere für die Themen Antisemitismus und Euthanasie gilt), dass die Zeitgebundenheit von politisch-kulturellen Prägungen und Kontexten dabei nicht ausgeblendet oder vergessen werden darf. In allen Beiträgen, und seien sie noch so speziell und doch interessant wie der über die bildhauerische Verwendung von „Putto“ beim Bau der Gemeindewohnungsbauten des „Roten Wien“, wird der geistige und kulturelle Reichtum dieser Periode herausgearbeitet.

Aber was damit tun (außer lesen): In ihrem Vorwort verschweigen die Hrsg. nicht, dass sich der zentrale

Gedanke von Bauers Schrift, die Orientierung auf einen neuen „integralen Sozialismus“, nicht ohne weiteres in das 21. Jh. übersetzen lässt. Zu sehr haben sich die internationalen wie nationalen politischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen geändert. Insofern bleibt nur die – bezogen auf die einzelnen beschriebenen Felder von Politik, Philosophie und Kultur – akribische Suche nach Anregungen und Paradigmen, die in die Jetztzeit hineinreichen. Das mag sich nach der Arbeit des Sisyphus anhören – erscheint mir aber dennoch nicht aussichtslos zu sein.

Vielleicht war es dem Erscheinungsort des Bd. (Berlin) geschuldet, der über eine Wiener Tagung Auskunft gibt, dass die Hrsg. es dennoch mit einer Aktualisierung versucht haben, indem sie den integralen Sozialismus Bauers bereits durch die Vereinigung von PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE“, nunmehr sogar im europäischen Maßstab, auf die Tagesordnung gesetzt sehen. Das mag man getrost bezweifeln, stellt diese Parallele schließlich schon eine arge Verkürzung dessen dar, wofür dieses Konzept bei Bauer stand. Sein integraler Sozialismus sollte das Schisma der beiden großen Bewegungen, der Sozialdemokraten und der Kommunisten, überwinden helfen. Die Vereinigung einer von kritischen Gewerkschaftern getragenen Abspaltung von der SPD mit einer postkommunistischen Regionalpartei zu einer 8-10-Prozent-Formation wäre ihm wohl nicht im Traum bereits als Ausdruck seines integralen Sozialismus eingefallen.

Das bringt mich zu wenigen kritischen Bemerkungen zu diesem Bd. Die

Tagung hat es (aus mir nicht bekannten Gründen) nicht vermocht, die Partei, für die Bauer stand, die österreichische Sozialdemokratie, in ihr Konzept mit einzubeziehen, was schade ist. Somit bleibt der Blick vielfach einer „von außen“. Und – von einigen wenigen Referenten abgesehen – es ist auch nicht gelungen, wenn schon nicht die europäische, dann doch wenigstens die deutschsprachige politikwissenschaftliche Kompetenz (in Wort und Schrift) zu Bauer und dem Austromarxismus in die Debatte bzw. die in den Beiträgen behandelte Literatur mit einzubeziehen. Ein Otto Bauer im 21. Jh. hätte mit Sicherheit keine derartig „austrozentrierte“ Veranstaltung wie Publikation in Angriff genommen. Sei's drum – der Bd. verdient gleichwohl Beachtung und Lektüre!

*Uli Schüler*

**Christiane Leidinger: Keine Tochter aus gutem Hause. Johanna Elberskirchen (1864-1943)**, UVK Verlag, Konstanz 2008, 479 S., Abb.

„Sind wir Frauen der Emanzipation homosexuell – nun dann lasse man uns doch!“ Mit diesem selbstbewussten Ausspruch widersetzte sich die USPD-Politikerin und Frauenrechtlerin Johanna Elberskirchen schon 1904 jedem Versuch, die Homosexualität und den Feminismus als „krankhaft“ oder „widernatürlich“ zu pathologisieren. Derartige Versuche waren damals die Norm, nicht nur durch die von allerlei Vorurteilen geprägte „öffentliche Meinung“, sondern auch und gerade Medizin und Teile der entstehenden Sexualwissenschaft gingen von

unverrückbaren Geschlechterbildern aus.

Elberskirchen war mit ihrem offenen Bekenntnis zur Homosexualität selbst innerhalb der Frauenbewegung eine Randfigur. Umso spannender ist es, wenn die Autorin dieser Persönlichkeit nun eine umfassende Biografie widmet.

Johanna Elberskirchen wurde 1864 im Rheinland geboren und war zunächst als Buchhändlerin tätig, bevor sie in den 1880er-Jahren als eine der ersten Frauen überhaupt ein Studium der Medizin und Juristerei in der Schweiz aufnahm – in Deutschland war das Frauenstudium erst ab 1908 vereinzelt möglich. Obwohl sie ihr Studium nicht zuletzt wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht zu Ende bringen konnte, wirkte E. nach ihrer Rückkehr als Naturärztin und in der Berliner Säuglingsfürsorge. Wichtiger war jedoch ihr einzigartig selbstbewusstes Auftreten als Autorin. Mit zahlreichen Schriften betätigte sie sich auf dem Gebiet der Sexualwissenschaft, das sonst nur einer Elite von akademisch gebildeten Männern aus dem Bürgertum zugänglich war. Gemessen an ihrer Außenseiterrolle betätigte Elberskirchen sich durchaus erfolgreich. Es gelang ihr, sich in der internationalen Debatte Gehör zu verschaffen. Sie wirkte mit in der „Weltliga für Sexualreform“ und als Obmann (!) des von Magnus Hirschfeld gegründeten „Wissenschaftlich-humanitären Komitees“ – die erste Organisation überhaupt, welche sich gezielt für die Beseitigung des Paragraphen 175 einsetzte, der Homosexualität zwischen Männern unter Strafe stellte.

Durch ihre Lebensgefährtin Hildegard Moniac kam Elberskirchen zur USPD, für die sie gemeinsam mit Emil Eichhorn eine Festrede zum 1. Mai 1920 in Kalkberge/Rüdersdorf hielt. Viel mehr ist leider nicht bekannt über ihre Aktivitäten in der Arbeiterbewegung, die sich überwiegend auf der regionalen Ebene abgespielt haben dürften.

Auch andere Bereiche von Elberskirchens Leben sind nur höchst ungenügend quellenmäßig überliefert, oft bleiben der Autorin nur einige wenige Hinweise und Ankündigungen, mit denen ganze Abschnitte der Biografie geschrieben werden wollen. L. behilft sich, indem sie minutiös und mit enormem Rechercheaufwand das politische Milieu und die Zeitumstände rekonstruiert, in denen ihre Protagonistin gewirkt hat. Die Beschreibung von Orten, Organisationen und politischen Diskursen jener Zeit geben ein Gefühl dafür, in welchem Umfeld Elberskirchen aktiv war und unter welchen Umständen sie ihr Leben bestritt. Auf diese Weise erfahren die Leser und Leserinnen sehr viel über die Lebensumstände von Homosexuellen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit sowie über das oftmals zwiespältige Verhältnis homosexueller AktivistInnen zur Frauenbewegung und zur Arbeiterbewegung. Auf weiten Strecken des Buches gerät dabei allerdings die eigentliche Protagonistin aus dem Blickfeld; immer wieder kann die Autorin nur zu Fragen anregen, aber keinen direkten Bezug zwischen politischen Ereignissen und dem Leben von Elberskirchen herstellen. Dies ist zweifellos der mangelnden Quellenlage geschuldet, und grundsätzlich macht

die Methode der Rekonstruktion Sinn. Um den roten Faden einer Biografie nicht zu sehr ausfasern zu lassen, wäre jedoch ab und an der Mut zur Lücke besser gewesen.

Positiv hervorzuheben ist dagegen die kritische Distanz, mit der die Autorin ihrem Gegenstand gegenübersteht – L. verschweigt zweifelhafte Aktivitäten von E. nicht. Intensiv analysiert sie das zeitweise Einschwenken Elberskirchens auf den damals allgegenwärtigen Diskurs von Eugenik und Rassenhygiene. Ein Denkschema, das sich letztlich nicht nur gegen die Rechte Homosexueller richtete, sondern die Ideen von Freiheit, Gleichheit und unveräußerlichen Menschenrechten an sich aufs brutalste verneinte. L. deutet eugenische Äußerungen Elberskirchens vor dem Hintergrund der Zeit, ohne sie jedoch zu relativieren oder zu entschuldigen.

Insgesamt ist die Lektüre daher ein Gewinn nicht nur für Spezialisten auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechtergeschichte, denn die Zusammenhänge und historischen Abläufe sind überaus nachvollziehbar, plastisch beschrieben und verbleiben nicht in einem abgeschiedenen Spezialdiskurs. Auch Laien und Fachfremde gewinnen Einblicke in eine Facette deutscher Geschichte, die längst noch keinen selbstverständlichen Platz in den gängigen Gesamtdarstellungen hat.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch die reichhaltige Bebilderung des Bd. sowohl mit historischen Illustrationen von Orten und Faksimiles von Dokumenten als auch mit aktuellen Aufnahmen damaliger Schauplätze hervorzuheben. Diese aufwen-

dige Ausstattung ermöglicht es, sich ein Bild von den Lebensumständen Elberskirchens zu machen. Es ist zu hoffen, dass zukünftige Forschungen zumindest einige der leider noch zahlreichen Wissenslücken über Elberskirchens Biografie schließen werden. Auch insgesamt wäre es absolut wünschenswert, die Geschichte der Arbeiterbewegung noch stärker im Zusammenhang mit anderen Emanzipationsbewegungen zu betrachten. Untersuchungen wie die vorliegende sind dazu ein unverzichtbarer Schritt.

*Ralf Hoffrogge*

**František Čapka: Odbory v českých zemích v letech 1918-1948 [Die Gewerkschaften in den Böhmischem Ländern in den Jahren 1918-1948],** Masarykova Univerzita, Brno 2008, 288 S.

Der Vf. erwähnt in der Einleitung die Tatsache, dass gegenwärtig in Tschechien die Gewerkschaften und ihre Geschichte keine große Aufmerksamkeit finden. Das sei ihrer Rolle in der realsozialistischen ČSSR geschuldet, die die Gewerkschaften der Aufgabe als unabhängiger Arbeiterinteressenvertreter beraubte. Die Bindung an das Diktat einer einzigen Partei führte „zur Abwendung von ihrer ursprünglichen Sendung“ (S.7). Ihrer wechselhaften Geschichte wegen sei es eine wichtige Aufgabe, die Bedeutung der Gewerkschaften in Böhmen und Mähren aufzuarbeiten. Č. versucht, bevor er die historische Erörterung in drei Hauptabschnitten (1918-1938/39, 1939-1945, 1945-1948) beginnt, eine Definition von Begriff und Rolle einer Gewerkschaft zu geben. Er begriff sie

als „Bestandteil der Arbeiterbewegung“ und „nicht nur“ als „eine Vereinigung“ mit „enger beruflicher [...] und interessenbestimmter Ausrichtung in der bunten Pluralität des demokratischen Systems“ (S.7). Die Gewerkschaften sehen (und sahen) sich in ihren Statuten als frei an, da sie die ökonomischen und sozialen Anliegen ihrer Mitglieder vertreten und „offiziell ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien deklarieren“ (ebenda). In der Realität jedoch konnten sie sich dem Bestreben der Parteien, sie an sich zu binden, kaum entziehen.

Seine Definition legt Č. als Maßstab an, wenn er Stellung, Rolle, Ziele und Politik der Gewerkschaften seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik 1918 untersucht. Er knüpft an den nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges bestehenden Zustand der verschiedenen gewerkschaftlichen – auch national unterschiedlichen – Berufsverbände an, die als Erbe Altösterreichs in der ČSR übernommen wurden. Č. lenkt den Blick auf diese tschechischen, slowakischen, deutschen, polnischen u. a. Vereinigungen und listet sie mit Akribie (Tabellen, Statistiken, Mitgliederkarteien usw.) auf. Die Publikation besteht zu einem Drittel aus Dokumenten bzw. Materialanhang (s. S.190-288).

In den 20er-/30er-Jahren erreichten die Gewerkschaften innerhalb des demokratisch-parlamentarischen Systems der ČSR bedeutsame soziale, ökonomische u. a. Absicherungen, da sie sich an der staatlichen Sozialgesetzgebung für ihre Mitglieder beteiligten (S.41). Diese Zeit war geprägt von der ständigen Fragestellung: Un-

abhängigkeit jeder einzelnen Gewerkschaft und damit organisatorische bzw. politische Aufspaltung und eventuell Minderung der Wirksamkeit ihrer Forderungen – oder Gewerkschaftseinheit bzw. Zusammenschluss zu größeren Einheiten. Es setzten sich zudem die Begriffe „Arbeitnehmer“ bzw. „Arbeitgeber“ durch, die die Gleichheit von abhängig Beschäftigten und Unternehmern bei Verhandlungen suggerieren (S.48). Einerseits sollte der „wilde Kapitalismus des 19. Jahrhunderts“ durch einen höheren Grad der Organisiertheit überwunden werden, andererseits – so schätzt Č. ein – benutzte der Staat „eine Reihe von Mitteln und Methoden, um den Ursachen der sozialen Spannungen und Versäumnisse (von vor 1918) und zugleich revolutionären Stimmungen der Arbeiterschaft zu begegnen“ (S.59). Zeitgleich versuchten die Kommunisten, das System „Besitzer bzw. Nichtbesitzer von Produktionsmitteln“ durchzusetzen und die Vorgaben des III. Weltkongresses der Komintern von 1921 umzusetzen (S.73). Die KPTsch-Linie der Einheitsfront der Gewerkschaften in der ČSR strebte an, die politischen Interessen der Kommunisten besonders in den beiden großen sozialistischen Gewerkschaften der ČSR – in der der Sozialdemokratischen Partei nahestehenden Tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrale (OSČ) bzw. der der Volkssozialistischen Partei zuneigenden ČOD – durchzusetzen, was dem Ende der 20er-Jahre einsetzenden KP-Bolschewisierungprozess entsprach (S.92). Das Eindringen der kommunistischen „roten Gewerkschafter“ und der Versuch, Positionen

für „klassenkämpferische Aktionen“ mit aller Macht zu gewinnen, führten oft zu aufwendigen, aber ergebnislosen Streiks zuungunsten der Gewerkschaften, weil sie z. T. aus linken Prestige Gründen veranlasst wurden (S.108). Č. behandelt detailgetreu die gewerkschaftlichen Tagungen, Kongresse und Aktionen, die in den 20er- und 30er-Jahren von der Auseinandersetzung um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und vom Bestreben, sich der einseitigen Parteienbindung an die KPTsch zu entziehen, geprägt waren. Die Bildung von roten revolutionären Gewerkschaften (RO) wurde von der realsozialistischen Geschichtsschreibung als positiv bewertet. Es war dies jedoch ein spalterischer Akt. Hier lag die Wurzel des Vorwurfs an die damaligen Gewerkschaften der Ersten Republik, die Einheit des Handelns verhindert zu haben, reformistisch und staatsnah zu sein. Daher müsse die nach 1945 gebildete Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (ROH) „eine einheitliche Gewerkschaft“ sein, der „Transmissionriemen der Arbeiterklasse“ zur KP. Die Gewerkschaften müssten ihr bei der Durchsetzung der Parteipolitik – unter Aufgabe ihrer ursprünglichen Funktion – zur Seite stehen (S.162). Č. führt an dieser Stelle den Begriff der „Konvergenz mit der KP“ – später, nach Februar 1948, mit der kommunistischen Regierung – ein, die nach und nach vom völligen Verlust der traditionellen Rolle und Funktion der Gewerkschaften gekennzeichnet war (S.162f.). Es wurde proklamiert, „Arbeiter als politisch Machtausübende“ dürften Lohnforderungen, Streiks u. a. gewerkschaftliche Instrumente nicht mehr anwenden

(S.163). Č. anerkennt die Zeit von Mai 1945 bis Februar 1948 als positiv, als demokratische, als „volksdemokratische Phase“ (S.180). Er begründet dies mit der mobilisierenden Rolle der KP, die es verstand, die Opferbereitschaft der Menschen für das Aufbauprogramm zu aktivieren. Die Gewerkschaften wurden als Massenorganisation in das Parteien-Bündnis der Nationalen Front eingefügt und ihre Mitglieder als manövrierfähiges Potenzial genutzt. Damit wurde die Nationale Front politisch degradiert und die Gewerkschaften – ohne wesentlichen inneren Widerstand – ihrer wirklichen Funktion entkleidet. Das demokratische Nachkriegssystem wurde nach dem Februar 1948 durch die Kommunisten zerstört (S.187). Bis zur politischen Wende 1989 hatte die Einheitsgewerkschaft ROH in den Augen der Werktätigen wegen des Verlusts ihrer eigenständigen Funktion ein negatives Image.

Č. hat eine fleißige Arbeit auf hohem wissenschaftlichen Niveau vorgelegt. Er hat reiches Archiv- bzw. bibliografisches Material zusammengetragen und einen aussagekräftigen Dokumentenanhang angefügt. Dabei konzentriert er sich stark auf die Auswertung von Konferenz- und Tagungsprotokollen. Das „reale“ gewerkschaftliche und gesellschaftliche Leben der Mitgliedschaft, der Arbeiter, Angestellten widerspiegelt sich in allen beleuchteten Zeitetappen kaum. Auch die starke sowjetische Einflussnahme zunächst als Besatzungsmacht (die Rote Armee verließ im Herbst 1945 das Land) und dann im Rahmen der kommunistischen Parteibeziehungen sowie Moskaus Druck auf das gesellschaftliche

System und schließlich die europäische Nachkriegslage (Stichwort: Stalins Veto im Hinblick auf Prags Wunsch 1947, Marshall-Plan-Hilfe zu beantragen) sind fast nicht präsent. Sie werden mit dem Hinweis auf die KP-Politik und ihre Rolle im Staatssicherheitsapparat sowie auf die für die ČSR dramatischen Folgen der kommunistischen Machterrichtung im Februar 1948 (die politischen Schauprozesse Anfang der 50er-Jahre) nur erwähnt.

*Veronika Arndt*

**Ulla Plener: Mirko Beer. Biografie in Dokumenten. Kommunist, Chirurg, 1936-1938 Militärarzt in Spanien, 1942 erschossen vom NKWD,** Nora Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide, Berlin 2009, 268 S., Abb.

Der Untertitel verrät es bereits: Es handelt sich hier nicht um eine Biografie in herkömmlichem Sinne, vielmehr liegt ein Text-Foto-Dokumenten-Bd. vor. Er lebt vom zeitgenössischen Wort und Bild, dargeboten – teilweise auch als Faksimile – in Zeitungsartikeln, Tagebuchnotizen, Fotos, Karikaturen, Plakaten, Erinnerungen, Briefen und anderen Dokumenten. Verbunden sind diese durch die Kommentare und Einschätzungen der Autorin.

Der Prolog enthält einen Brief Mirko Beers an seine zwei Tage alte Tochter; der Epilog informiert über das Schicksal seiner Angehörigen nach seinem Tode bzw. nach 1945 und dokumentiert einen Artikel über seine Schwester Ica. Im ersten Teil behandelt die Vf. die Jahre bis 1936, im zweiten Teil, dem Hauptteil, die Jahre in Spanien und im dritten die Zeit in der Sowjet-

union, die mit seiner Verhaftung und seinem Tod endete.

Beer wurde 1905 in Serbien geboren. Er wuchs mehrsprachig auf, seine Muttersprache war ungarisch, später sprach er fließend serbisch, deutsch, russisch, auch gut spanisch und englisch. In Wien studierte er in den 20er-Jahren Medizin und schloss sich der Kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra) an, in der er erstmals mit marxistischen Ideen in Berührung kam. Im April 1927 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJu), 1928 gründete er die erste Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe in Jugoslawien, die für ihn zu einem der wichtigsten Betätigungsfelder wurde. Während der Jahre in Wien Mitglied der KPÖ, engagierte sich Beer weiterhin fast ausschließlich für die KPJu.

Die kurze Zeit in Berlin von 1930 bis 1932 sollte für sein weiteres politisches und persönliches Leben bedeutungsvoll werden. Er arbeitete als Arzt am Städtischen Krankenhaus Friedrichshain und an der Charité. Politisch hatte er Kontakte zur KPD-Opposition. 1931 lernte er Gerda Schneuer kennen, ein Jahr später heirateten beide in Moskau. Hier arbeitete er in verschiedenen medizinischen Einrichtungen.

Ab 1936 unterstützte er im Spanischen Bürgerkrieg die Republik, in Spanien hieß er Oskar Goryan. Kontakte in die Sowjetunion durfte er nun nicht mehr unterhalten. Er leitete zunächst ein Hospital in Albacete. Anfang November 1936 wurde er stellvertretender Brigadearzt der 11. Brigade, ab Januar 1937 Chef ihres Sanitätsdienstes, später dann der 15.

Division. Die Lektüre zu Spanien gibt dem Leser einen interessanten Einblick in den medizinischen Dienst der Brigaden, in Lebensverhältnisse und Alltag der Interbrigadisten, in das Beziehungsgeflecht von Interbrigaden und Bevölkerung sowie – in bescheidenerem Maße – ins Kampfgeschehen. Beer erwarb sich als ausländischer Arzt im spanischen Militärsanitätsdienst Achtung, erwies sich als befähigter Organisator und arbeitete unermüdlich (S.162).

Nach dem Ende des Bürgerkriegs wurde Beer in Frankreich, in Argeles und dann Gurs, interniert. Im Sommer 1939 kam er zurück in die Sowjetunion. 1940 wurde sein Sohn André geboren. Beers Kenntnisse als Militärarzt und im Sanitätsdienst waren in der Sowjetunion nicht gefragt; er arbeitete als Arzt in einer Unfallklinik und wissenschaftlich. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion 1941 wollte er sofort an die Front, das NKVD verhaftete ihn aber bereits am 9. Juli und verhörte ihn in der Folgezeit mehrfach. Seine Angehörigen erhielten keine Information. Als für sie feststand, dass Mirko verhaftet worden war, schrieben sie verzweifelt Briefe an Stalin, Dimitroff, Marty, Rákosi und Ibárruri. Für den Kominternapparat blieb der Vorwurf des „Brandlerismus“ aus seinen Berliner Jahren ausschlaggebend, er selbst intervenierte nicht bei den Organen des NKVD. Am 6. November 1941 wurde in Saratov die Anklageschrift fabriziert, Beer der „Spionagetätigkeit zu Gunsten der deutschen Aufklärung gegen die UdSSR“ beschuldigt, „gegenständliche Beweise“ gab es nicht (S.223). Er wurde im Juli 1942 zu fünf

Jahren „Besserungslager“ verurteilt, doch gab es offenbar einen Monat später durch ein Militärgericht ein zweites Urteil. So muss angenommen werden, dass Mirko Beer am 4. August in oder bei Saratov erschossen wurde. Die Angehörigen bekamen falsche Auskünfte über seinen Tod. Erst im Mai 1957 befasste sich eine Untersuchungskommission des KGB mit der „Sache Beer“. Sie fixierte, Beer sei am 21. August 1942 im Gefängnis in Saratov gestorben. Nach diesem „Rehabilitierungsverfahren“ und dem folgenden „Aufsichtsprotest“ des Militärstaatsanwalts gegen das Urteil vom Juli 1942 hob ein Militärtribunal 1957 das Urteil auf und stellte das Verfahren „wegen fehlenden Tatbestandes“ ein. Das Urteil des Militärtribunals vom 4. August 1942 wurde nirgends erwähnt. Gerda Beer und Tochter Lola (der Sohn war infolge der Kriegsbedingungen früh verstorben) erhielten eine Bescheinigung, die als Rehabilitation galt. Insgesamt vermittelt der Bd. ein eindrucksvolles Bild vom Leben und Wirken des Arztes und Kommunisten Mirko Beer. Manches geht sehr ins Detail und wiederholt sich. Gestalterisch hätte das Ganze dem Leser übersichtlicher dargeboten werden können. Durch das Layout, einschließlich der Überschriftengestaltung, und durch die gesamte Struktur des Bd. ist für den Leser oft nicht sofort erkennbar, ob es sich bei den Texten um die Wiedergabe eines Originaltextes oder um die Darstellung durch die Autorin handelt. Leider finden sich etliche Ungenauigkeiten in der technischen Bearbeitung bzw. redaktionellen Fertigstellung. Dazu zählen Flüchtigkeits-

fehler (z. B. Sanitätsschule – S.163), Divergenzen bei der Anwendung der Rechtschreibung und der Transliteration (z. B. der deutsche Name des bekannten Kinderferienlagers „Woroschilow“ kann nicht mit „Vorošilov“ [S.43] umschrieben werden, Titel und Klappentext nennen „NKWD“ statt wie dann richtig im Text „NKVD“) oder der Übersetzung (z. B. S.123 statt Infanterie-Abteilung richtig Infanteriekompanie).  
*Rainer Bert*

**Klaus Kinner unter Mitarbeit von Elke Reuter u. a.: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 3: Im Krieg (1939 bis 1945)** (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus Bd. VIII), Karl Dietz Verlag, Berlin 2009, 424 S.

Als Vf. vorliegenden Bd. zeichnet K. Kinner. Unter Mitarbeit sind sechs weitere Autoren – Elke Reuter, Ruth Stoljarowa, Günter Benser, Hans Coppi, Gerald Diesener und Wladislaw Hedeler – aufgeführt. Bis auf die Erstgenannte haben alle eigenständige Beiträge verfasst. Es wäre daher – auch angesichts des Textanteils – wohl genauer gewesen, wenn K. als Hrsg. fungiert hätte. Seinem Vorwort folgen drei Kapitel, von denen sich das erste (129 S.) mit der Kriegszeit 1939 bis 1941, das zweite (120 S.) mit der Zeit nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 bis 1944 und das dritte (86 S.) mit den Jahren 1944/45 befasst. Ein Anhang (mit Biogrammen) beschließt den Bd.

Wurde in der SED-Historiografie überhöht dargestellt, dass der antifaschistische Widerstand der KPD im

Exil und im Lande von der Zentrale einheitlich geführt worden sei, so verfällt K. ins andere Extrem und negiert jegliche Ansätze einer auch nur anleitenden bzw. koordinierenden Tätigkeit. Dies zu untermauern, bindet weite Teile seiner Darlegungen. Dass diese Problematik differenziert und ausgewogen behandelt werden kann, beweist Benser, der das III. Kapitel allein verfasste.

Gegen die Druckvorlage des – nicht mehr veröffentlichten – Bd. 2 (1917-1945) der SED-Geschichte polemisierend, will K. sich „schonungslos“ mit dem „apologetischen Geschichtsbild der SED“ auseinandersetzen (S.11). Einerseits breitet er deren fehlerhafte und fragwürdige Einschätzungen aus, greift andererseits aber auch gern auf das dort zusammengetragene Material zurück und nutzt auch den Ertrag intern geführter Debatten der DDR-Historiografie.

Im I. Kapitel scheint K. die Situation vor und bei Kriegsbeginn zum Teil zu sehr aus dem Wissen und aus der Sicht von heute zu bewerten. Die konkreten Umstände jener Zeit (z. B. Auswirkungen der Appeasementpolitik auf die sowjetische Politik) werden unterschätzt und zum Teil ahistorisch betrachtet. Seine Kritik an der durch nichts zu rechtfertigenden Stalinschen imperialen Machtpolitik führt dazu, der Sowjetunion durch die Verträge von 1939 eine große Mitschuld am Zweiten Weltkrieg zu geben (z. B. S.65). Natürlich zeigen die Darlegungen das Erschreckende und das Erschütternde in der Politik der Sowjetunion und der gesamten kommunistischen Bewegung im behandelten Zeitabschnitt. Die Wende der sowjeti-

schen Außenpolitik zum Vertragsabschluss mit Deutschland hatte die kommunistischen Parteien, insbesondere die der Krieg führenden Länder, in ihrem Selbstverständnis und in ihrer Handlungsfähigkeit schwer getroffen. Die Richtlinien der Komintern waren nicht nur falsch und unreal, sondern spalteten und schwächten das Lager der Antifaschisten. Verfehlt erscheint aber die Auffassung von K., die KPD habe nach dem Pakt keinen Sturz Hitlers mehr gewollt (S.90). Über den antifaschistischen Widerstand deutscher Kommunisten im Lande und im Ausland in der Phase von Kriegsbeginn bis zum Überfall auf die Sowjetunion enthalten die 15 diesem Kampf gewidmeten Seiten kaum etwas Neues. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion verstärkten sich Aktionen von kommunistischen Widerstandsgruppen in Deutschland. K. hebt hervor, dass deren Struktur nicht dem Parteaufbau der KPD entsprochen hätte. Er geht aber nicht darauf ein, wie sich unter den Kriegsbedingungen Parteistrukturen, Methoden, Formen und Inhalt der illegalen Arbeit veränderten. Ermüdend ist, dass K. dauernd an den Aufrufen der KPD-Zentrale in Moskau bemängelt, sie würden „als Aufruf des ZK der KPD bezeichnet“ (z. B. S.163). Die von ihm verfassten Abschnitte leiden daran, dass vorwiegend Konzeptionen, Aufrufe und Erklärungen abgehandelt werden, die konkreten Aktivitäten des kommunistischen Widerstands aber zu sehr ausgeblendet sind. Auch bilden seine Texte im ersten, streckenweise auch im zweiten Kapitel, oft eine überstrapazierte Aneinanderreihung von Zitaten und Reflexionen aus zeitgenössischen Do-

kumenten, Artikeln und Erinnerungen, die durch seine Bewertungen verbunden sind (z. B. S.33-37). Zudem werden die theoretischen Anforderungen an die KPD zu hoch, von heutiger Warte her, gesetzt.

Das I. Kapitel endet mit dem ersten „Exkurs“ des Buches, „Emigrationschicksale“, verfasst von Stoljarowa/Hedeler. Er ist eine nachgedruckte, leicht gekürzte Fassung eines Artikels aus dem „JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, 2008/I. Der Nachdruck erfolgte ohne Wissen und ohne Zustimmung der „JahrBuch“-Redaktion. Auch an anderer Stelle nimmt es K. mit wissenschaftlicher Exaktheit und Gepflogenheiten nicht so genau: So nennt er als Beleg auf S.68, Fußnote 73, statt des „JahrBuchs“, 2005/I, S.112, die „BzG“. Im Exkurs 2 würdigt Coppi die Rote Kapelle als antifaschistisches Netzwerk. Er charakterisiert sie als heterogene Widerstands- und Sammlungsbewegung, in der Kommunisten der größte und aktivste Teil waren (v. a. S.232f.). Den erreichten Forschungsstand zusammenfassend und gestützt auf eigene Studien, belegt er, dass die Rote Kapelle damit keine Organisation war, d. h. weder eine KPD-geführte Volksfrontorganisation noch eine sowjetische Spionageorganisation sein konnte. Im Folgenden befasst sich Diesener mit dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in der Sowjetunion. Mit der eigenständigen Behandlung dieser Thematik wird das Manko im zweiten Kapitel, in dem der Einfluss des NKFD auf die Bewegung im Lande überschätzt wird (z. B. S.190-196) und die Bewegung Freies Deutschland im

Westen sichtbar unterbelichtet bleibt (S.200-202), nicht ausgeglichen, sondern verstärkt.

Bei der Abfassung des Kapitels III konnte sich Benser auf eigene langjährige Forschungen und Publikationen stützen. Auch B. lässt viel die Quellen und Literatur sprechen, kritisiert auch die SED-Geschichtsschreibung, vermittelt jedoch eine subtile und abgestufte Sicht, die sich von Kinners Darlegungen abhebt. In den KPD-Vorstellungen über ein Nachkriegsdeutschland zeigt er sowohl deren Schwächen und Stärken als auch Realität und Illusion. Die KPD im Lande existierte zu jener Zeit vorwiegend in Gestalt einzelner Gruppen. Was in der SED-Geschichtsschreibung als Landesleitung beschrieben worden war, wertet B. eher als ein Netzwerk mehr oder weniger enger Verbindungen verschiedener Personen und Zentren. Diese waren informiert über die Lageinschätzung und Strategie der Partieführung in Moskau, aber weniger über die dahinter stehenden Motive und Erwägungen (S.284). Unter den deutschen Kommunisten bestand trotz unterschiedlicher Informationsmöglichkeiten ein hohes Maß an Übereinstimmung und erfolgte eine Annäherung an das in Moskau ausgearbeitete Nachkriegskonzept. Bei der Beurteilung der Lage, der Potenzen der Arbeiterklasse, der Verflechtung antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Ziele und Inhalte und zeitlicher Abläufe bestanden zeitweilig und regional Unterschiede (S.286-288, 331). In der „Phase zwischen Endkampf und Befreiung“ haben sich in Deutschland viele Aktionen bereits im Rahmen einer Bewegung für ein Frei-

es Deutschland entfaltet, die oft von Kommunisten inspiriert und initiiert worden waren, aber doch auf breiterer Basis und in erweiterten Zusammenhängen erfolgten (S.336).

*Herbert Mayer*

**Hellmut G. Haasis: „Den Hitler jag ich in die Luft“. Der Attentäter Georg Elser**, Nautilus, Hamburg 2009, 384 S., Abb.

Zum 70. Jahrestag von Georg Elasers Tat vom 8. November 1939 erschien eine völlig umgearbeitete und stark erweiterte neue Ausgabe der Georg-Elser-Biografie. Der Biograf hat aus seiner ersten Auflage von 1999 aus 280 nunmehr fast 400 Seiten gemacht. Seine zahlreichen Forschungsergebnisse der letzten Jahre fanden Eingang, neues Bildmaterial wurde beigelegt, sodass ohne weiteres von einem ganz neuen Buch gesprochen werden kann. Zudem liest es sich – trotz seiner Materialfülle und seines wissenschaftlichen Wertes – äußerst spannend.

Ausführlich geschildert werden die Lebensdaten des mutigen Schreiners von der Ostalb. Zudem bezieht H. ausgiebige soziale Milieustudien und Erläuterungen zum politischen Zeitgeschehen mit ein. Es gelingt ihm sehr anschaulich, die Gedankenwelt und Charakteristik Elasers darzustellen, vor allem anhand von Textanalysen der Verhörprotokolle, aber auch durch umfangreiche Zeugnisse seiner Zeitgenossen, der Familie, Freunde und seiner Peiniger.

Legenden um Elser werden schlüssig widerlegt, die verschlungene Rezeptionsgeschichte Elasers erhellt. Im völlig

neuen ersten Kapitel wundert sich H., dass Elser selbst bei Wohlmeinenden noch immer nur als „einfacher Schreiber“ gilt, als „schlichter Handwerksgehilfe“. Darin sieht der Autor die Arroganz von Kopfarbeitern gegenüber Handarbeitern, die aber gerade durch ihren Tatendrang und ihre Konsequenz den letztlich inkonsequenten Intellektuellen überlegen waren. Elser wird dargestellt als ein früher, weit-sichtiger Hitlergegner mit hohen geistigen und technischen Fähigkeiten.

Elsers politische Stellung und Gedanken werden reflektiert. Für H. war er kein kommunistischer Fanatiker, wie man nach dem Krieg meinte, um den frühen Warner vor dem Krieg zu diskreditieren. Er war ein libertärer, ein freiheitlicher Sozialist, mit dem Wunsch, mit anderen zusammen ohne Hierarchie zu arbeiten. Elser war das Gegenteil eines autoritären Menschen, insofern ist er sehr modern. Elser übte gegen niemanden Zwang aus, Andersdenkende ließ er so, wie sie waren, aber er verschwieg seine Ablehnung gegenüber Hitler nicht.

Hier vertritt H. ein ganz anderes Geschichtsbild, als dies der gegenwärtige Mainstream, etwa im Stuttgarter „Haus der Geschichte“, präsentiert. H. kritisiert zu Recht, dass dort Veit Harlans Nazi-Propagandafilm „Jud Süß“ und der ebenfalls aus Heidenheim stammende Rommel viel zu unkritisch dargestellt werden: „Seitdem wird das Licht um dieses ‚Haus der Geschichte‘ immer dunkler. [...] eine Verherrlichung von Hitlers Lieblingsgeneral Erwin Rommel: ‚Mythos Rommel‘. Elser findet in dieser Geschichtspolitik keine Würdigung.“ (S.110)

In dem ebenfalls neuen Schlusskapitel „Elsers Persönlichkeit – ein Rätsel?“ entwirft H. ein sehr tief gehendes Psychogramm seines „Helden“. Dabei stützt er sich auf Aussagen von Elser's Geschwistern nach 1945, die von den Geschichtsschreibern nie ernst genommen wurden. So Elser's großzügige Gesten, seine Selbstlosigkeit, sein Drang, andern praktisch zu helfen, seine scharfe Beobachtungsgabe, seine Geduld, seine schauspielerische Fähigkeit, in widrigen Umständen durch Schweigen ungeschoren durchzukommen, nicht aufzufallen. Sogar sein Gegner Hitler bekundete ängstlichen Respekt vor Elser. Elser's Freundin Elsa, die acht Stunden von Hitler verhört wurde und hierbei mehrfach unter den Verhören zusammenbrach, bestätigte, dass Elser ein geschickter, sehr intelligenter Tüftler war.

*Heiner Jestrabek*

**Oliver Jens Schmitt/Eva Anne Frantz (Hrsg.): Albanische Geschichte. Stand und Perspektiven der Forschung** (Südosteuropäische Arbeiten 140), R. Oldenbourg Verlag, München 2009, 280 S.

**Hubert Neuwirth: Widerstand und Kollaboration in Albanien 1939-1944** (Albanische Forschungen 27), Harrasowitz Verlag, Wiesbaden 2008, 307 S.

Der Bd. „Albanische Geschichte“ versammelt den wissenschaftlichen Ertrag einer Tagung von Albanienforschern (sie werden leider nicht vorgestellt), die im Dezember 2006 auf Initiative des Albanien-Instituts München und des Instituts für osteuropäische Geschichte der Universität Wien – gefördert von der Balkan-Kom-

mission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – zusammengekommen waren. Die teilnehmenden Historiker, Linguisten, Literaturwissenschaftler, Ethnologen und Volkskundler kamen vorwiegend aus dem westlichen deutschsprachigen und angelsächsischen Raum. Fachwissenschaftler aus Albanien respektive den albanisch besiedelten Gebieten der Balkanregion waren nicht vertreten. Dabei war von den Veranstaltern nicht beabsichtigt, wie im Vorwort ausgeführt wird, albanische Kollegen auszuschließen; vielmehr soll mit den im Bd. vorgelegten Ergebnissen der Diskussion eine Grundlage für einen langfristig angelegten wissenschaftlichen Austausch mit albanischen Historikern gelegt werden.

Die Beiträge spannen einen weiten Bogen. Die behandelten Themen reichen vom Altertum bis in die Neuzeit. Joachim Matzinger widmet sich den Albanern als Nachkommen der Illyrer aus der Sicht der historischen Sprachwissenschaft. Stefan Schumacher geht den Lehnbeziehungen zwischen Protoalbanisch und balkanischem Latein bzw. Romanisch nach. Jens Oliver Schmitt beschäftigt sich mit der albanischsprachigen Erforschung der Albaner im Mittelalter. Markus Koller gibt einen historiografischen Überblick über die Albaner im Osmanischen Reich im 17. und 18. Jh. Natalie Clayer diskutiert den Zusammenhang von Religion und Nationsbildung im Prozess der Herausbildung einer nationalen Identität durch die Nationalbewegung im 19. Jh. Aktuelle Probleme der Zeitgeschichte werden anhand des Zweiten Weltkrieges von Bernd J. Fisher – Geschichte und his-

torische Agenda – sowie von Michael Schmidt-Neke – Zwischen Kaltem Krieg und Teleologie. Das kommunistische Albanien wird als Objekt der Zeitgeschichtsforschung – analysiert. Robert Pichler wendet sich in einer regionalen Fallstudie der albanischen Minderheit in Makedonien zu: Geschichtswissenschaft im Spannungsfeld von Politik und sozialer Marginalisierung. Einen Einblick in die Geschichte der albanischen Volkskunde, die neben der Geschichte eine ideologische Leitwissenschaft bildete, vermittelt Stefanie Schwandner-Sievers. Sie arbeitet die internationale Herausforderung der albanischen Ethnologie im Postsozialismus heraus. Robert Elsie trägt kritische Beobachtungen zur albanischen Literaturgeschichte und zur albanischen Literatur der Gegenwart bei.

Auf der Tagung wurde zugleich der langjährige Leiter des Münchner Albanien-Instituts, Peter Bartl, geehrt, der seit den 60er-Jahren die historische Albanienforschung in der alten Bundesrepublik wesentlich geprägt hat. Noel Malcolm hielt einen Festvortrag über die „Große Wanderung“ der Serben aus Kosova (1690), und Edgar Hösch skizzierte den Beitrag, den das Albanien-Institut zu einer Geschichte der deutschsprachigen Albanienforschung geleistet hat. Bartl selbst charakterisierte in einem persönlichen Rückblick das Institut als Ort der Begegnung von Albanienforschern aus dem In- und Ausland.

Das angedachte Konzept, den „Blick von außen“ (S.9) auf die albanische Geschichtswissenschaft zu richten, erscheint nachvollziehbar. Bietet es doch Möglichkeiten, auf die starke

Politisierung der Geschichtsdiskussion in Albanien durch sachorientierte wissenschaftliche Beiträge Einfluss zu nehmen. Im Übrigen gehören in diesen Kontext, wenn es um den Forschungsstand geht, ebenso Sprachwissenschaftler und Historiker aus den neuen Bundesländern, die mit ihren Ergebnissen in Lehre wie Forschung eigenständige Bausteine zur Albanologie im deutschsprachigen Raum eingebracht haben. In der Gesamtschau sind weitere Fragezeichen angebracht, so wenn im Vorwort sehr pauschal unterstellt wird, die albanische Geschichtswissenschaft würde die internationale Forschung nicht zur Kenntnis nehmen und sich von dieser abschotten. Das betrifft auch die Feststellung, dass die „alten Eliten“ die Kontrolle über die Vergangenheit nicht aus der Hand gegeben hätten (S.8) oder dass die albanische Geschichtswissenschaft sich nach wie vor auf die Deutungskategorien der Hoxha-Zeit stütze. Die jüngsten Debatten im Lande über die „Geschichte des albanischen Volkes“ für die 12. Klassen der Gymnasien, die der Rezensent unmittelbar verfolgen konnte, wecken – auch wenn diese teilweise sehr emotional und mitunter mit mangelnder Toleranz geführt werden – doch Zweifel an solchen Aussagen.

Kaum ein Abschnitt der neueren albanischen Geschichte ist besser untersucht als der antifaschistische Widerstand während des Zweiten Weltkrieges. Nach der Wende ist vor allem im Lande selbst, aber auch im Ausland, insbesondere in Großbritannien, in den USA sowie in der Bundesrepublik, eine Fülle monografischer Untersuchungen, Erinnerungen briti-

scher Verbindungsoffiziere und Dokumentationen erschienen. Diese verdeutlichen, welche konstitutive Bedeutung dem antifaschistischen nationalen Befreiungskampf zukommt. Und doch ist beim Thema Widerstand der Streit um seine Bewertung, vor allem der kommunistisch geführten Nationalen Befreiungsfront (Fronti Nacional-Çlirimtar, FNÇ), der republikanisch orientierten Nationalen Front (Balli Kombëtar) und der monarchistischen Organisation Legaliteti (Legalität) sowie des Verhältnisses von Widerstand und Kollaboration, sowohl in der wissenschaftlichen Diskussion als auch in der öffentlichen Wahrnehmung ungebrochen.

Eine Gesamtdarstellung fehlte bislang im deutschen Sprachraum. Der Österreicher Hubert Neuwirth, der sich nach eigener Aussage seit zwanzig Jahren mit der Thematik beschäftigt, versucht sie in seinem Buch „Widerstand und Kollaboration in Albanien“ zu geben. Die 1997 an der Universität Graz verteidigte Dissertation, ergänzt und um die wissenschaftlichen Neuerscheinungen erweitert, erschien 2006 in albanischer Übersetzung in Tirana und fand ein starkes Echo namentlich in den dortigen Medien.

N. hat in den relevanten albanischen Archiven, im Zentralen Staatsarchiv und im Archiv des Historischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften, recherchiert. Dass solch eine Arbeit auf vorhandener Literatur aufbaut, versteht sich von selbst und wird in einer Vielzahl von Anmerkungen sowie mit einer reichhaltigen internationalen Bibliografie belegt. Er wertete umfangreiche, teils unbekannte Materialien aus, um die verschiedenen Aspekte der italienischen und deut-

schen Besetzung 1939 respektive 1943 einschließlich der Haltung der westlichen Alliierten, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Okkupation, die Anfänge des zivilen Widerstandes, der nach der italienischen Eroberung spontan einsetzte und von unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften aufgenommen wurde, die allmähliche Formierung des militärischen Widerstandes sowie das Mit- und Gegeneinander der genannten Richtungen und Akteure vorzuführen. Dabei wird ein facettenreicher Einblick in eine bewegte Zeit vermittelt und ein Bild einer durch die sozialistische Geschichtsschreibung in der Vergangenheit verzerrten Realität gezeichnet. Galten doch nahezu fünfzig Jahre lang die kommunistischen Partisanen und der von der KP Albaniens (Partia Komuniste Shqiptare – PKSh, KPA) geführte FNÇ als alleinige Widerstandskraft im Befreiungskampf, während andere, nichtkommunistische Gruppierungen mit den Besatzern zusammengewirkt hätten. Ob die „albanische Gesellschaft“ die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges bis heute nicht zufriedenstellend aufgearbeitet hat, wie der Autor feststellt (S.15), sei dahingestellt. Hervorzuheben und anzuerkennen sind die im Anhang aufgenommenen Biografien von 36 politischen und militärischen Vertretern des Widerstandes, die deren Zuordnung erleichtern und wesentlich zum Verständnis der Zusammenhänge beitragen.

N. bezeichnet als „Kardinalfrage“ des Buches, zu untersuchen, ob sich in der Vergangenheit verschwiegener Widerstand auch außerhalb der Nationalen Befreiungsfront artikuliert hatte. Sein

Anspruch, erstmals den Nachweis zu führen (S.245), dass es neben dem kommunistischen auch nichtkommunistischen Widerstand gegeben habe, ist angesichts der neuen, auch im deutschen Sprachraum vorhandenen Literatur wohl nicht aufrechtzuerhalten. Schon gar nicht kann diesbezüglich von einer „Sensation“ gesprochen werden. Der Neuigkeitswert wird dadurch eingeschränkt, wie Schmidt-Neke feststellt (Albanische Hefte, 4/2008, S.26), dass die Studie mit erheblicher Verzögerung in den wissenschaftlichen Umlauf gelangt. Neu für deutsche Leser ist hingegen die Fragestellung, welchen Einfluss verwandtschaftliche Beziehungen bei den Motiven für Widerstand oder Kollaboration besaßen. Sie bietet durchaus einen Einstieg in tiefer liegende Hintergründe, die den Zusammenhalt der albanischen Gesellschaft prägen. N. macht deutlich, dass eine soziale Zuordnung allein oder westliche parteipolitische Vorstellungen nur bedingt für die Beurteilung politischen Verhaltens in dem noch stark stammesgesellschaftlich geprägten Land herangezogen werden können. Vielmehr war die Bandbreite der Handlungsmöglichkeiten sehr groß und reichte von verwandtschaftlicher Motivation über politische Differenzen bis zu rein opportunistischen Verhaltensmustern. So berechtigt die Argumentation erscheint, kann das nicht den historischen Fakt der Zusammenarbeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit den Besatzern verdrängen. Versuche der um revisionistische Deutung bemühten Geschichtsschreibung in Albanien, Kollaboration als „Anlehnung“ an die Okkupanten oder als

zeitweise Übereinkunft „im nationalen Interesse“ zu umschreiben und die Hauptschuld dafür den Kommunisten anzulasten, sind nicht zu übersehen.

N. trifft viele zutreffende Aussagen, so über den von der kommunistischen Führung vollzogenen Bruch der Anfang August 1943 zwischen dem FNÇ und Balli Kombëtar getroffenen Vereinbarung über den gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer und die sich daraus ergebenden lang wirkenden Folgen für die Spaltung der albanischen Gesellschaft. Er trägt dazu bei, die Verstrickungen der Protagonisten in die aus der Kollaboration erwachsenden Verhängnisse aufzudecken. Doch setzt er sich nicht von postkommunistischen einseitigen Wertungen ab, wenn er schreibt, dass Balli Kombëtar und andere national motivierte bürgerliche Kräfte „kollaborationistische Konsequenzen“ nicht aus Sympathie für den Nationalsozialismus gezogen und „primär taktisch“ (S.157, 247) in der Auseinandersetzung mit der Nationalen Befreiungsfront gehandelt hätten. Befremdlich wirkt, dass er Auffassungen nahekommt, die in Umkehr bisheriger politisch motivierter Vorgaben nun alle Kräfte, die außerhalb der KPA und des FNÇ standen, als Verteidiger der albanischen Nation und Kämpfer für Freiheit und Demokratie heroisieren – die kommunistisch geführten Partisanen dagegen als Verräter an der nationalen Sache verurteilen. Die seinerzeitigen Widersacher des FNÇ unter Einschluss von Kollaborateuren werden, vor allem durch die Balli-Geschichtsschreibung, rehabilitiert. Im Extremfall wird die Rolle der faschistischen Okkupationsmächte, nament-

lich die der deutschen, in die einer Garantiemacht für die nationale Einheit umgeschrieben, und deren Verbrechen werden bagatellisiert. Einer sachlichen Analyse hält die Aussage des Autors, die Kommunisten hätten unter der „euphemistischen Bezeichnung Befreiung Albanien“ gewirkt oder einzig und allein eine „grausame Machtpolitik“ betrieben (S.246f.), nicht stand. Der Frage, dass es erklärtes politisches Ziel von Balli Kombëtar war, mit allen – einschließlich militärischen – Mitteln den „roten Sumpf“ in Albanien trocken zu legen, geht er nicht nach.

Das Verhältnis der verschiedenen Richtungen des albanischen Widerstandes zueinander kann nur objektiv aufgearbeitet werden. Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen ist jedenfalls die Absicht des Autors, eine „ganzheitliche Darstellung“ (S.15) dieses zweifellos widersprüchlichen und schmerzvollen Geschichtsabschnittes zu geben, nicht zu erreichen. Anzumerken sind einige sachliche Ungenauigkeiten: Es ist nicht nachzuvollziehen, warum der Begriff Nationale Front anstelle von Nationale Befreiungsfront für Fronti Nacional-Çlirimtar verwendet wird, zumal ersterer für Balli Kombëtar steht. Nicht alle Mitglieder der im Oktober 1943 eingesetzten Nationalversammlung (kuvendë kombëtar) haben dem albanischen Parlament vor der Okkupation 1939 angehört (S.143). Im Abkürzungsverzeichnis sind viele Begriffe albanisch nicht korrekt wiedergegeben. Ungeachtet dessen, dass der Rezensent mit wesentlichen Aussagen nicht übereinstimmt, kommt er zu dem Schluss: Das Buch besitzt aufgrund seines

Materialreichtums einen großen Informations- und Quellenwert.

*Erwin Lewin*

**Andreas Diers: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906-1948**, VSA-Verlag, Hamburg 2006, 628 S.

In den 60er- und 70er-Jahren entwickelte der Rechts- und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth zusammen mit den Soziologen Heinz Maus und Werner Hofmann die „Marburger Schule“, die explizit dem Ansatz grundlegender Gesellschaftskritik verpflichtet war, mehrere Studiengenerationen von Lehrerinnen und Lehrern des Fachs „Gemeinschaftskunde“ prägte und erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der politikwissenschaftlichen Unterrichtskonzepte nicht nur an hessischen Schulen hatte. Dass diese „Marburger Schule“ verbreitet auch als „Abendroth-Schule“ bezeichnet wird, verdeutlicht die „richtungweisende, geistig dominante und charismatische Führungsrolle“, die Abendroth dabei zufiel, ohne dass der Anteil von Maus und Hofmann (für die Soziologie) vergessen werden sollte, wie Lothar Peter und Gerhard Stuby, beide Gutachter der 2005 an der Universität Bremen angenommenen Promotion, in ihrem Vorwort hervorheben. Dennoch blieb Abendroth sowohl als Rechts- als auch als Politikwissenschaftler zeitlebens ein wissenschaftlicher Außenseiter, provozierte er doch mit seinem marxistischen Positionen und seinem klaren Bekenntnis zur Arbeiterbewegung die sich als „objektiv“ verstehende Mehrheit der bundesdeutschen

Wissenschaftler. Seine zumindest lästige Minderheitenposition galt es aus ihrer Sicht zu ignorieren oder zu diffamieren, wenn man sie schon nicht gänzlich eliminieren konnte.

Abendroth wurde als einer der wichtigsten marxistischen Juristen in der Bundesrepublik vor allem mit einer spezifischen Verfassungstheorie bekannt, die die Verfassung als Einverständnis der wichtigsten, sich antagonistisch in der kapitalistischen Gesellschaft gegenüberstehenden sozialen Gruppen darüber begriff, die physische Gewaltanwendung gegeneinander auszuschließen und die Propaganda für die jeweiligen verschiedenen Gesellschaftskonzepte als legal zu akzeptieren. Zentrales Anliegen waren für ihn die Verteidigung und der Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, und zwar als Basis für den Kampf um den Sozialismus – Grundrechte, demokratische Beteiligungsrechte und den Rechtsstaat verstand er als Vorstufe auf dem Weg zu einer anderen Gesellschaft, zum Sozialismus. Auf dieser Basis beriet Abendroth unter anderem den Vorstand der IG Metall um Otto Brenner, und dieser Ansatz ist bis heute vornehmlich für antisozialpartnerschaftlich eingestellte Gewerkschafter von Bedeutung – unabhängig davon, ob sie sich des Zusammenhangs mit seinem Namen bewusst sind.

D. legt nunmehr eine Teilbiografie vor, in der er Leben und Werk Abendroths bis 1948 rekonstruiert und vor dem Hintergrund der Arbeiten des „späten“ Abendroth auf Kontinuität und Differenzierungen hin untersucht. Dabei zeichnet er dessen Werdegang in folgenden Etappen: Kindheit im

Kaiserreich, Studium und politisches Engagement in der Arbeiterjugendbewegung der Weimarer Republik, Promotion im Schweizer Exil, Widerstand gegen das NS-Regime, Zuchthaushaft, Einberufung ins „Strafbataillon 999“, Kämpfer bei den griechischen Partisanen, britische Kriegsgefangenschaft, Professor in der Sowjetischen Besatzungszone und schließlich Flucht in die spätere Bundesrepublik.

D. bestimmt das zentrale Anliegen seines Buches so: „Schwerpunkte des Abendrothschen wissenschaftlichen und politischen Werkes sind das Verhältnis von Staat und Demokratie auf der Basis der antagonistischen Klassengesellschaft sowie die Geschichte und Perspektive der Arbeiterbewegung gewesen. Die Analyse dieser Aspekte steht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Dabei wird herausgearbeitet, wie diese Schwerpunkte entstanden sind, wie und warum sie sich entwickelt und verändert haben.“ (S.18) Dabei verfolgt er die erklärte Absicht, dazu beizutragen, „dass ein in Vergessenheit geratenes Gedankengebäude und Werk wieder bzw. neu erschlossen und vor dem spurlosen Verschwinden bewahrt wird“ (S.19). Der Autor sah sich dabei vor ein Problem gestellt, das vielen Historikern und Geisteswissenschaftlern – auch dem Rezensenten – nicht fremd ist: „Da die meisten der in dieser Arbeit ausgewerteten Dokumente nur schwer zugänglich sind, wird aus ihnen ausführlich zitiert, um so dem Leser die eigene Meinungsbildung und Kritik zu erleichtern.“ (S.26) Dadurch werden aber Längen geschaffen, deren Sinn auch vom interessierten Leser nur schwer nachvollzogen werden kann –

insbesondere dann, wenn das Zitat letztlich lediglich die Aussage des Autors wiederholt. Kürzer ist zumeist doch besser – ein möglicher Dokumentenband kann durch lange Originalpassagen doch nicht ersetzt werden.

D. beginnt die Biografie mit der Rekonstruktion der entwickelten juristischen und politischen Positionen Abendroths aus der Zeit nach Gründung der Bundesrepublik, die er mit der Frage nach möglichen aktuellen Bezügen verknüpft. Erst nach dieser einleitenden Darstellung der Bedeutung Abendroths für uns Heutige beginnt er mit der eigentlichen Biografie, die bei allem chronologisch-deskriptiven Aufbau auch inhaltlich gebrochen ist, was bei der getrennten Darstellung der politischen und der beruflich-wissenschaftlichen Entwicklung durchaus legitim erscheint. Etwas (ver)störend erscheint allerdings die Teilung des Engagements Abendroths in der Arbeiterjugendbewegung 1920-1929 (Kapitel 4) von der politischen Entwicklung in KPD und KPD-Opposition 1921-1933 (Kapitel 6). So wird beispielsweise erst auf S.202f. klar, warum sich Abendroth, obwohl im KJVD organisiert, so intensiv in der freisozialistischen Bewegung engagierte (wie im Kapitel 4 dargestellt). Eine Begründung für die Trennung findet man, wenn man auf die Quellen schaut, auf denen die Darstellung basiert: Abendroth publizierte in dieser Zeit nur in der Freien Sozialistischen Jugend, nicht aber in der kommunistischen Presse. So kann D. in Fragen des Engagements Abendroths in KPD, KJVD und KPD-O nur auf dessen rückblickende Aussagen in den 60er- bis 80er-Jahren zurückgreifen.

Das ist legitim, rechtfertigt aber zum einen nicht eine so gravierende inhaltliche Trennung des politischen Engagements und zum andern auch nicht, dass D. mit der Art der Darstellung häufig den Eindruck erweckt, Abendroth habe bereits in den 20er-Jahren so gedacht, wie er es in seinen späteren Rückblicken darstellt. So erscheint es dem Rezensenten als eine gewagte Überhöhung des jungen Abendroth, auf dieser rückblickenden Basis u. a. den Schluss zu ziehen, Abendroth sei neben Eugen Varga und dem „bürgerlichen Wissenschaftler Eugen Schmalenbach“ der Einzige gewesen, der der These Rudolf Hilferdings, unter dem organisierten Kapitalismus werde der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland anhalten, widersprochen habe (S.209).

Die genannten und andere Schwächen ändern aber nichts daran, dass D. ein interessantes, teilweise spannend zu lesendes Werk vorgelegt hat. Wenngleich die zeitliche (und damit auch inhaltliche) Begrenzung auf die erste Lebenshälfte Abendroths sicher dem pragmatischen Zweck einer wissenschaftlichen Graduierung geschuldet ist, so ist ihre inhaltliche Begründung mit dem Wechsel Abendroths vom sowjetisch in den von den Westmächten besetzten Teil Deutschlands und der wesentlich besser dokumentierten und zugänglichen Publikations- und Lebensgeschichte des späteren Abendroth durchaus gerechtfertigt. Dennoch sei hier vermerkt, dass eine geschlossene Biografie Abendroths – möglicherweise, wie von D. angeregt, auch als Doppelbiografie Lisa und Wolfgang Abendroth – sehr wünschenswert wäre.

*Harald Jentsch*

**Silke Satjukow: Befreiung? Die Ostdeutschen und 1945**, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2009, 288 S.

Diese großzügig von der „Stiftung Aufarbeitung“ geförderte Arbeit – z. B. ist das Buch auf bestem Papier gedruckt, die Schrift ist groß und die Zeilenabstände sind weit – reiht sich in die Reihe jener Titel ein, die auf die Delegitimierung der DDR zielen. Anliegen der Autorin, die sich 2007 in Jena habilitierte, ist es offensichtlich, den „Mythos von der Befreiung“ zu „entzaubern“.

Der Grundtenor ihrer Publikation, an den verschiedenen Stellen unterschiedlich nuanciert: Der Sieg der Sowjetarmee über die Wehrmacht sei zur Befreiung des verführten und fehlgeleiteten deutschen Volkes von Hitler und seinen Schergen mutiert, damit sei ein Freispruch vieler Deutscher, auch der Nazianhänger, einhergegangen, die kollektive und persönliche Schuld sei unter dem Schutzschild der DDR-Führung nachhaltig verdrängt worden, und mit der Legende von den Siegern wären aus Mitläufern und Verlierern Sieger geworden (z. B. S.10-23).

Gegliedert ist der Bd. in vier Kapitel, wobei die beiden ersten (knapp 7 bzw. 22 S.) „Die Russen kommen“ und „Der Mythos der ‚Befreiung‘“ Einleitungscharakter tragen, das vierte Kapitel (21 S.) enthält unter der Überschrift „Vom Umgang mit der Schuld“ das Resümee, die Schlussfolgerungen und die Hypothesen der Autorin. Das Hauptmaterial ist im 3. Kapitel, „Medien des Mythos“, untergebracht, das sechs Abschnitte zu „Ritualisierungen zum Tag der Befreiung“, zur Schule, zum Russischunter-

richt, zum deutsch-sowjetischen Alltag, zu Film und Fernsehen sowie zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft umfasst. Für ihre Publikation hat S. über 200 Interviews geführt und umfangreiches Material – u. a. Bücher, Zeitschriften, Interviews, Lehrpläne, Dissertationen und diverse Berichte – ausgewertet.

Ziel ihres Bd. ist es nach eigener Bekundung, die „Erzählperspektive“ von der Befreiung sowohl aus Sicht der Ostdeutschen und der Sowjets kritisch zu untersuchen, insbesondere wie der „Mythos der Befreiung“ während eines halben Jahrhunderts der „Besetzungszeit“ ausgestaltet und verbreitet wurde und ob es tatsächlich zu einer Versöhnung der einstigen Feinde gekommen sei.

Sie selbst beginnt mit einer „Ritualisierung“ heute üblicher Geschichtsdarstellungen: 1945 wären die Deutschen im Osten der Willkür der Besatzer unterworfen gewesen; da das Dritte Reich die Sowjetunion überfallen hatte, wären alle deren späteren Verfehlungen und Verbrechen in dieser Urschuld begründet und damit aufgehoben (S.7). Die sowjetischen Truppen hätten sich mit Vergewaltigungen, Plünderungen und Morden als „zorniger Besatzer“ gebärdet, diese Gewalt habe sich bis heute tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegraben (S.8). Die sowjetischen Machthaber mit ihren ostdeutschen (kommunistischen) Verbündeten „befahlen den Handschlag, ohne den Ostdeutschen ihre ‚kollektiven‘ Verfehlungen im Krieg wirklich zu vergeben“, die postulierte Schuld wäre in eine Erbschuld für kommende Generationen verwandelt worden (S.245f., 261).

Das Narrativ – eines der Lieblingswörter der Vf. – von der Umdeutung der „Niederlage Deutschlands in eine Befreiung vom Hitlerfaschismus“ durch die Rote Armee wäre für beide Völker ein „lukratives Angebot gewesen“ (S.28) und fast ein halbes Jahrhundert durch eine Vielzahl von Medien dokumentiert und interpretiert worden.

Nach Auffassung der Autorin habe in der DDR zwar eine rigorose Abrechnung mit der faschistischen Ideologie stattgefunden, zugleich wäre persönliches Fehlverhalten verharmlost worden. Faschismus wäre als Synonym für Imperialismus, Militarismus und Monopolkapital gebraucht worden und hätte als etwas „Fremdes“ fungiert. Im Schulunterricht habe es eine Gleichsetzung des nationalsozialistischen Staates mit dem westlichen Nachkriegsdeutschland gegeben (S.78). Sie bedient in ihrer Darstellung die These, dass der Alltag der Kinder und Jugend in der DDR von militärischen Prinzipien und Organisationsformen geprägt war, durch Tragen der Pionier- bzw. FDJ-Kleidung habe man eine Formierung der Schülerschaft zu erreichen versucht (S.93). Spartakiaden und Olympiaden rechnet sie zu „militäraffinen Aktionen“, die „wehrkundliche Veranstaltungen“ flankiert hätten (S.94). Diese Bewertungen und Passagen stehen zugleich für das Vorgehen der Autorin, vom eigentlichen Thema abzuweichen, um ihr DDR-Bild zu transportieren. Das Unterkapitel über die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft ist eine Dokumentation vieler Zitate mit anschließender (Fehl-)Interpretation durch die Autorin: Die Veranstaltungen der

DSF wären darauf gerichtet gewesen, die „individuelle Kommunikationen zwischen Deutschen und Sowjets“ möglichst zu unterbinden (S.211). Natürlich kann S. nicht umhin zu konstatieren, dass es zahlreiche Kontakte gab, von funktionierenden Partnerschaften bis hin zum Tauschhandel.

Die Antwort, wieweit der Mythos von der Befreiung „die Versöhnung von Siegern und Besiegten, von Besatzern und Besetzten“ befördert habe, ist für S. ambivalent (S.260): Es sei bei den „vielfältigen dekretierten wie freiwilligen Annäherungen zu Formen von Akzeptanz und Handlungsbereitschaft ebenso wie zu Reaktanz und Hilflosigkeit“ gekommen (S.250). Der „Befreiungsmythos“ habe nur „in den seltensten Fällen zu verbalen Eingeständnissen persönlicher Schuld oder zu verbalen Ableistungen dieser Schuld“ geführt, was aber Schritte zu Versöhnung nicht ausschloss (S.260). Über ein halbes Jahrhundert habe keine wahrhafte und nachhaltige Völkerversöhnung stattgefunden, aber es hätten sich bei den Menschen Versöhnungsgesten den Weg gebahnt (S.262).

Neben inhaltlichen Schwächen ist das Buch von zahlreichen handwerklichen Mängeln geprägt. Zitiertes stammt meist aus Sekundär- und nicht aus Originalquellen, ist zudem oft überlang und der Inhalt einseitig, ins Grundkonzept der Vf. passend, bewertet. Zudem wiederholen sich einige Zitate und dann noch mit abweichendem Text (S.176f., 211f.). Zeitzeugen werden ausführlich und quellenunkritisch wiedergegeben, faktologische Fehler reihen sich aneinander: So wird

ein Plakat falsch auf 1949 datiert (statt 1955 – S.40), die Formel „die Sowjetunion ist der beste Freund der Deutschen Demokratischen Republik“ wäre seit 1947 (sic!) eine normative Ausgangsgröße gewesen, die nicht zu hinterfragen war (S.221). Zahlreiche Beispiele aus dem Umfeld der Geburtsstadt von S., Weimar, aus Nohra sowie aus Dresden sind überproportioniert, letztlich aber nicht repräsentativ und können nur einen Ausschnitt, aber keine Gesamtsicht vermitteln.

*Jürgen Birg*

**Peter Arlt: Die Flucht des Sisyphos. Griechischer Mythos und Kunst. Eine europäische Bildtradition, ihre Aktualität in der DDR und heute,** Kunstverlag, Gotha 2008, 213 S.

Bei dem Buch handelt es sich um die überarbeitete Habilitationsschrift des Autors zur Antikerezeption in der Kunst der DDR. Als europäische Denk- und Wahrnehmungsgewohnheiten sind Mythen bedeutsame Elemente der künstlerischen Struktur und prägen im Wandel der Zeit die wechselnden Zeichensituationen. A. geht davon aus, dass auch die Mythosrezeption als Kriterium für geschichtliche Zäsuren geltend gemacht werden kann. Er fasst antike Mytheme als Paradigmen der Wirklichkeitsbewältigung auf und versucht, die Periodisierung eines kunsthistorischen Abschnitts nach ikonografisch-ikonologischen Gesichtspunkten vorzunehmen.

An eine theoretisch weit gespannte Einführung schließt sich ein Grundriss der Geschichte der Mythosrezeption in der europäischen Kunst an. A.

verdeutlicht, wie die Kunst der DDR in der europäischen Bildtradition steht und welche Aktualität die Mythen in ihr gewannen. Künstler fast aller Zeiten übernahmen antike Mythen, kehrten sie um oder hoben sie auf. Die Rezeption der Künstler der DDR spannte sich „von affirmativer Mythisierung des für unaufhaltsam gehaltenen ‚realsozialistischen Fortschritts‘ über globale Visionen, phantastische und ironische Brechungen bis zu radikaler Kritik, Mythos als ‚Sklavensprache‘, Antike, Gottheiten und Heroen wie Eirene, die Harpyien, Herakles, Sisyphos, Ikarus, Cassandra oder den urteilenden Paris“ (S.7), die dabei als Paradigmen der Wirklichkeitsbewältigung erscheinen. In den Wahrnehmungs- und Deutungsmustern dieser Kunst führten die Künstler einen Diskurs über Wirklichkeit, Bedürfnisse und soziale Konflikte. Die Zäsuren historischer Erfahrung schlagen sich nicht nur in stilistischen, sondern auch in thematischen Verschiebungen nieder, wofür A. folgende Periodisierung vorschlägt: 1945-1949, 1950-1964, 1965-1971, 1972-1977, 1978-1982 und 1983-1990.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte Kunst kathartisch. Sie widmete sich der Bewältigung von Tod und Unwiederbringlichkeit. In den Ost- und Westzonen fand die Kunst im Orpheus-Thema ihre läuternde „Zauberkräft“. Das Jahr 1945 war für die Künstler eine bedeutende Zäsur, aber keine „Stunde Null“. Die Maler knüpften an unterschiedliche Richtungen der Kunst vor 1933 an. Nach 1945 bedeutete die Antikerezeption nicht selten eine Flucht in die Antike, die eine Flucht aus der Welt ermög-

lichte. Eine wirklichkeitsferne, zur Arkadien-Sehnsucht neigende Antike-rezeption überwog. Deshalb wurde in der Ostzone der Marxismus-Leninismus als eine „Lehre des realen Humanismus“ proklamiert. Die Kunstsituation nach 1945 war aber auch noch durch die nachwirkende faschistische Kunstpolitik und die von ihr hervorgerufene Pseudokunst geprägt. 1948 begann eine recht einseitige Diskussion über die „formalistische“ Richtung in der Malerei, die sich als Gegenentwurf zu der im Westen geförderten „abstrakten“ Kunst verstand. Der internationale und nationale Hintergrund dafür waren der beginnende Kalte Krieg, die Wirtschaftsblockade, die separate Währung und die westdeutsche Staatsgründung, der die DDR-Gründung nachfolgte.

Die Periode von 1950 bis 1964 ist für A. eine Zeit, die „einen Januskopf mit Ost-West-Gesichtern“ (S.51) trug: auf der einen Seite amerikanische „Roll back“-Politik und auf der anderen Seite sowjetische „Unifizierung“ und Abschottung bis hin zur Berliner Mauer. Im Innern kam es zu Schwarzen Listen von McCarthy und KGB. Pablo Picasso darf seine Ausstellung in Westberlin nicht zeigen, weil er KP-Mitglied ist. Picasso darf dies aber 1957 in Ostberlin tun, obwohl seine Bilder hier als „monströse Seltsamkeiten“ gelten und mit dem Stempel „formalistisch“ versehen werden. Für A. ist der „Vorwurf des Formalismus ein macht- und kulturpolitisches Mittel, andere Auffassungen zu negieren und Künstler, ohne ihre Herkunft und individuellen Entwicklungswege zu respektieren, ins gesellschaftliche Abseits zu stellen oder zur Selbstverleug-

nung zu drängen.“ (S.53) Es sei dies keine Zeit für Pegasus auf den Schwingen des Mythos gewesen. Das einzige Beispiel, das der Vf. z. B. für das Jahr 1951 anzuführen vermag, ist eine Harpyien-Zeichnung von Willi Sitte.

Die Periode von 1972 bis 1977 war eine Zeit der Protagonisten des Paradigmenwechsels, der nach 1972 exemplarisch entworfen und immer stärker angebahnt wurde. 1978 konnte der Paradigmenwechsel in der Kunst durchgesetzt werden, weil ihm in der Künstlerschaft eine breite Basis erwuchs. Die Tendenz zu einer kritisch reflektierenden Kunst nahm auch dank der gewachsenen Mythosrezeption dominierende Gestalt an. Die Kunst in der DDR besaß eine subversive Kraft: „Ihr kritisch-analytischer Zugriff auf den Mythos eignete sich als kritische Denkform.“ (S.104) 1980 war das Jahr mit den meisten mythosbezogenen Werken. Als Themen ragten bei Heidrun Hegewald, Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer, Nuria Quevedo u. a. Ikarus, Kassandra und Sisypchos hervor.

A. eröffnet mit seiner Untersuchung eine neue Dimension des Diskurses um die DDR-Kunst. Die Historiker sollten sich durch sein Angebot zu einer Periodisierungs-Diskussion herausgefordert fühlen. *Siegfried Prokop*

**Bernd Fischer: Als Diplomat mit zwei Berufen. Die DDR-Aufklärung in der Dritten Welt**, edition Ost, Berlin 2009, 224 S.

Obwohl in den letzten beiden Jahrzehnten eine Flut von Publikationen über das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) entstand, ist die Thematik

des Buches – der Auslandsnachrichtendienst der DDR in den Ländern der Dritten Welt – bisher in der wissenschaftlichen Literatur vernachlässigt worden. In den Medien gab es hin und wieder sensationell aufgemachte Artikel über geheime Waffenlieferungen der DDR in die Dritte Welt, über die vermeintliche Teilnahme von DDR-Geheimdiensten an Verschwörungen, an Folterungen und an anderen Repressionen und Gesetzesverletzungen in diesen Ländern oder über eine „Unterstützung des internationalen Terrorismus“ etc. F. umgeht diese Problematik nicht, sondern bemüht sich, mit Fakten zu argumentieren. Er betont, dass der Nachrichtendienst der DDR ein Zusammenwirken mit einheimischen Repressionsorganen der Länder der Dritten Welt stets abgelehnt habe (S.12). Auch habe als Prinzip gegolten, dass Aktivitäten von Terroristen vom Territorium der DDR politische Gefahren schaffen und die staatlichen Sicherheitsinteressen beeinträchtigen, daher auch keine Terroristen unterstützt wurden. Die DDR habe weder „Killerkommandos“ ausgebildet noch eingesetzt, auch waren MfS-Mitarbeiter nicht an militärischen Auseinandersetzungen oder inneren Machtkämpfen beteiligt. Die DDR hatte allerdings – natürlich geheim gehaltene – Verträge mit national befreiten Staaten bzw. Befreiungsbewegungen über deren Aufbau von Sicherheitsorganen (S.78). Nach Ende der DDR wären über die Auslandsaktivitäten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS in der Dritten Welt aberwitzige Interpretationen, ideologisch aufgeladen, in der politischen Auseinandersetzung zur

Delegitimierung der DDR eingesetzt worden.

Der Autor war Diplomat der DDR und Resident der HVA, im Prozess deren Auflösung 1990 leitete er diese. Die Schwierigkeit, eine quellenfundierte Analyse zu liefern, bestand darin, dass F. keine Möglichkeit besaß, Dokumente der Auslandsaufklärung der DDR zu nutzen: Die schriftlichen Unterlagen der HVA wurden 1989/90 entweder vernichtet oder entsprechend den Vorgaben des Runden Tisches im Zentralarchiv des damaligen MfS/AfNS eingelagert. Zu dem Archiv hatte der Autor keinen Zugang (S.219).

Fischer behalf sich damit, das Geschehene aus Informationen von Mitarbeitern früherer Partnerdienste, aus Interviews mit Zeitzeugen des MfS und aus eigener Kenntnis zu rekonstruieren. Durch Prüfen und Vergleichen der Daten und Fakten glaubt er dennoch, das Wirken der HVA in der Dritten Welt inhaltlich identisch und korrekt, wenn auch nicht vollständig wiederzugeben. Wie weit das tatsächlich gelang, könnte natürlich nur anhand der bisher nicht zugänglichen Akten überprüft werden. F. folgt mit einem sachlich-trockenen Berichtsstil im Wesentlichen den thematischen Schwerpunkten und der Chronologie. Er sieht zwei Perioden im Wirken der HVA in der Dritten Welt: a) die Zeit ab Mitte der 50er-Jahre mit der eingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bis Anfang der 70er-Jahre und b) die Jahre der vollen völkerrechtlichen Anerkennung.

Detailliert stellt er aus seiner Sicht die Ziele, die Struktur, die Einsatzbedin-

gungen und die Arbeitsmethoden der HVA in der Dritten Welt dar. Als die beiden Säulen der Aufklärung der HVA in der Dritten Welt nennt er die legalen Residenturen und die Zusammenarbeit mit (einheimischen) Partnerdiensten.

Die ersten Residenturen bestanden Anfang der 60er-Jahre in einigen arabischen und afrikanischen Ländern (genannt sind Ägypten, Syrien, Irak, Algerien, Sudan, Sansibar/Tansania, Ghana, Guinea, Mali). Die Residenten der HVA kooperierten in den meisten Staaten der Dritten Welt mit denen des KGB. Eine Zusammenarbeit mit einheimischen Geheimdiensten gab es zunächst in Sansibar, in der VDRJ und dann in Angola, Mosambik, Äthiopien und Nicaragua sowie mit dem ANC und der SWAPO.

Der DDR-Geheimdienst arbeitete, bedingt durch begrenzte eigene Ressourcen, vornehmlich mit Partnerorganisationen in Ländern und Befreiungsbewegungen mit sozialistischer Orientierung zusammen. Die umfangreichste Waffenhilfe wurde für die angolische MPLA geleistet (S.75f.). Im äthiopisch-eritreischen Konflikt habe sich die HVA vergeblich als Vermittler bemüht, um eine friedliche Lösung zu erreichen (S.67f., 77f.). Mit manchen Staaten kam trotz gelegentlicher Kontakte und deren Wünsche keine Kooperation zustande, da sie für die HVA mangelnde Vertrauenswürdigkeit besaßen und immer Verbindung mit westlichen Diensten – namentlich CIA und BND – hatten (S.107).

F. schätzt ein, dass unterhalb des Politbüros bzw. des Generalsekretärs der SED die übermittelten Informati-

onen, Einschätzungen und Vorschläge der HVA zumindest zeitweise berücksichtigt wurden (S.51). Oberhalb dieser Ebene war das offenbar nicht der Fall, hier ließ sich die SED- und Staatsführung – insbesondere seit den 80er-Jahren – vorwiegend von subjektiven Erwägungen und persönlichen Motiven leiten. Das führte wiederholt zu krassen Fehlentscheidungen (VDRJ, Simbabwe oder Äthiopien – S.51, 127-129).

Als Nachwort ist die überarbeitete Fassung eines Abschnitts aus dem Buch von Erich Schmidt-Eenboom „BND. Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten“, der sich mit dem Wirken der HVA aus bundesdeutscher Sicht und im Vergleich mit bundesdeutschen Aktivitäten befasst, abgedruckt.

Die Anlagen informieren u. a. über Struktur der HVA für die dritte Welt (Anlage 1), über ihre Dienstseinheiten (2) und über Organisationen, mit denen zusammengearbeitet wurde (3). Des weiteren enthalten die Anlagen Auszüge aus dem Abschlussbericht über die Auflösung der HVA (4), verschiedene Faksimile/Nachdrucke von Dokumenten, Berichten und Pressebeiträgen zur Tätigkeit der HVA in der Dritten Welt (5-14) sowie einen Ausschnitt von Grafts Buch „Mein Leben“ über seinen Einsatz in Mosambik (15). Nachbemerkung und Register beschließen den Bd.

Die aktive Einbindung des Autors in das behandelte Geschehen bedingt natürlich eine dadurch eingefärbte Betrachtungsweise. Dennoch ist insgesamt ein Bd. entstanden, der sachlich und nüchtern das Agieren der HVA in der Dritten Welt untersucht und der in

Forschungen zum MfS nicht ignoriert werden kann.  
Herbert Mayer

**Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR,** Primus Verlag Darmstadt 2008, 364 S., Abb. (Übersetzung der englischen Originalausgabe von 2005)

Die Deutschlandexpertin des University College in London F. hat sich in letzter Zeit mehrfach in Debatten um die Geschichte der DDR eingemischt und einen Paradigmenwechsel im wissenschaftlichen Umgang mit diesem Gemeinwesen eingefordert.

Im hier zur Rede stehenden Buch unterzog sie sich nun selbst der Aufgabe (nicht als vermeintliche ‚alte Linke‘, wie sie ausdrücklich betont, sondern als ‚professionelle Historikerin mit sozialwissenschaftlichem Hintergrund‘), dem „ausgesprochen politisch bestimmten Modell der DDR – dem des Totalitarismus“ – „eine empirisch begründete alternative Interpretation“ entgegenzusetzen. „Wie ein Großteil der jüngsten Forschungen bereits nachgewiesen hat“, erklärt sie eingangs, „enthüllt eine umfassendere Untersuchung der Sozialgeschichte der DDR eine größere Komplexität und ein vielfältigeres Spektrum von Erfahrungen und Lebensweisen, als es mit dem schlichten Schwarzweißvokabular der Anprangerung aus der Zeit des Kalten Krieges erfasst oder dargestellt werden kann.“ (S.9) An ihrer grundsätzlich kritischen Sicht auf die diktatorischen Seiten der DDR lässt sie indes keinen Zweifel. Profunde Literaturkenntnis, erweitert durch Archivstudien und Zeitzeugeninterviews, bildeten neben engagiertem

Aufgreifen bislang meist vernachlässigter Fragen und Aspekte die entscheidenden Grundlagen für das Gelingen dieses Projekts, auf dessen Problemreichtum hier nur sehr selektiv eingegangen werden kann.

Der Bd. besteht aus drei großen, mehrfach untergliederten Teilen: I. Visionen der guten Gesellschaft (und wie sie in der Praxis nicht verwirklicht wurden); II. Die Klasse in einer klassenlosen Gesellschaft: Macht, Arbeit und soziale Ungleichheit; III. Die partizipatorische Diktatur.

Im ersten, umfanglichsten Teil befasst sich F. mit ausgewählten sozialen Grundprozessen und Alltagsverhältnissen wie Wohnen, Freizeit, Gesundheitsverhalten und Gesundheitswesen (dessen humanitäre Zielsetzung sie hervorhebt), mit Familie, Lebensaltern (insbesondere Jugend) sowie Geschlechterrollen, hierbei vor allem mit dem konfliktgeladenen Gleichstellungsvorsprung der Ost-Frauen. Dass ihr Materialien des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zur Verfügung standen, kam den Aussagen zum Komplex „Jugend“ im Hinblick auf Realitätsnähe sehr zugute. Ausformung und Entwicklung der genannten Prozesse und Bereiche analysiert F. im Kontext der historischen Rahmenbedingungen. Sie schlägt daher einen großen Bogen vom faschistischen Deutschland und vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart.

Wie sie das tut, ist außerordentlich anregend, selbst wenn deutschen Forschern viele Sachaussagen bekannt sind. Nicht involviert in die deutsch-deutschen Misslichkeiten und Animositäten, verweist sie auf die antifaschistische Vergangenheit vieler Führungskräfte der DDR und nimmt auch

die sozialistischen Visionen und damit die Hoffnung auf Errichtung einer besseren nachfaschistischen Gesellschaft ernst, wobei sie die Problembe ladenheit der unter sowjetisch-stalinistischem Einfluss erfolgten sozialen Revolution von oben und die sich in diesem Zusammenhang herausbildende hierarchische Gliederung der DDR-Gesellschaft erfasst und kritisch darstellt. Diese Herangehensweise ermöglicht es ihr, nicht nur die Beteiligung vieler Bürger an Aufbau und Entwicklung ihres Gemeinwesens zu verstehen und zu erklären, sondern ebenso die sich im Laufe der Geschichte auftuenden Widersprüche zwischen den „Patriarchen“ und den heranwachsenden Generationen sichtbar zu machen. Nicht zuletzt behandelt F. die DDR auch in ihrer Eigenschaft als sozialistische Industriegesellschaft, diskutiert die Konditionen ostdeutscher Sozialpolitik und verweist auf Problematik und Scheitern des ostdeutschen Konsumsozialismus.

Bei der Beschäftigung mit dem „Gründungsmythos der ‚Befreiung‘“ geht sie wohl von einem Missverständnis aus, wenn sie meint, dieser besage, dass im Osten unschuldige Arbeiter und Bauern von der ruhmreichen Roten Armee befreit worden wären, obwohl doch die Deutschen in ihrer Mehrheit den Nazis nachgelaufen seien und zu Recht eine Niederlage erlitten hätten (S.46). Letzteres haben auch die ostdeutschen Führungspersonen so beurteilt. Doch sie sahen zugleich den „Gewinn der Niederlage“ (Johannes R. Becher), nämlich die Befreiung nicht nur Deutschlands, sondern Europas von einem extrem verbrecherischen Regime

durch die Truppen der Alliierten. Im Osten leisteten das die Rotarmisten, wenn auch in einem widersprüchlichen Prozess.

Im zweiten Teil untersucht F. die „Dualität von Machtstruktur und sozialer Schichtung“ und setzt sich mit der Machtelite und der Machtverteilung in der DDR sowie der Ausdifferenzierung und Wandlung der Arbeiterklasse, aber auch der ideologischen Aufblähung des Klassenbegriffs auseinander. Auf Darstellungen der Arbeitswelt wurde indes weitgehend verzichtet. Die weitreichenden Veränderungen der Bauernschaft und die Entwicklung der Landwirtschaft, die F. übrigens als größte Erfolgsgeschichte der DDR bezeichnet, werden gestreift, aber nicht ausführlich dargestellt. Ihre hinterfragende Beschäftigung mit der Intelligenz konfrontierte sie, wie seinerzeit auch die DDR-Soziologen, mit einer komplizierten, kaum eindeutig zu definierenden sozialen Schicht, doch kann man ihren historisch angelegten Darlegungen über Neulehrer, Ärzteschaft, Geistliche, Juristen und „kulturelle Intelligenz“ weitgehend folgen. Die Analyse oben genannter Dualität führte sie u. a. zu der Auffassung, dass insbesondere Funktionäre der mittleren und unteren Ebene nicht nur durch größere Volksnähe besonders gefordert waren, sondern sich oft genug engagiert um die Interessen der in ihren Verantwortungsbereichen lebenden Menschen kümmerten.

Im Hinblick auf das Entstehen der Sozialstruktur der DDR folgt F. allerdings einem weit verbreiteten Klischee: „Das Besitzbürgertum und die Großgrundbesitzer waren nach dem marxistischen Schema der Geschichte

eindeutig zum Untergang verurteilt, und sie waren außerdem verdammte, weil sie angeblich das ‚faschistische‘ NS-System unterstützt hatten.“ (S.213) Dass auch die westlichen Alliierten 1944/45 ähnliche Forderungen erhoben, von denen sie später abrückten, hat sie nicht problematisiert (Anthony Eden stellte z. B. in einem Memorandum vom 19.7.1944 für das Armistice-and-Post-War-Committee fest, dass die deutschen „Junker und Industriellen als unsere gefährlichsten Feinde“ zu betrachten und dementsprechend zu behandeln seien. Das mache auch die „Zerschlagung der großen Landgüter“ erforderlich). Verwiesen sei zudem auf den Nürnberger Prozess und die Nachfolgeprozesse wie den IG-Farben-Prozess, in welchen ebenfalls das „Besitzbürgertum“ zur Verantwortung gezogen wurde.

Im dritten Teil des Bd. beschreibt F. am Beispiel staatlich organisierter Diskussionen und Bürgereingaben Multidimensionalität und Vielfalt der Motivationen, am Geschehen in der DDR mitzuwirken. Als Ergebnis ihrer Analysen schlägt sie vor, die DDR als partizipative Diktatur zu behandeln, damit früheren Begriffsbildungen wie „Konsensdiktatur“ oder „Fürsorgediktatur“ eine neue hinzuzufügen, die vor allem die aktive Seite, das Mitmachen, das Sichbeteiligen der Bürger zum Ausdruck bringen soll. Obwohl alle diese Begriffsbildungen die Janusköpfigkeit der DDR kennzeichnen, somit einen rationalen Kern haben und ihre heuristische Funktion auf der Hand liegt, und auch das Anliegen der Vf. sehr gut zu verstehen ist, bleiben offene Fragen. Meint F. politische Partizipation oder doch eher Beteili-

gung am öffentlichen gesellschaftlichen Leben bzw. das Verfolgen individueller Interessen im Rahmen der DDR-Gegebenheiten? M. E. ist eher den Historikern zuzustimmen, die „mittlerweile eine deutliche Distanz zu übergreifenden Gesamturteilen“ über die DDR entwickeln (Sabrow).

Dass sich die Ostdeutschen mit ihrem Alltag, ihren Problemen und Konflikten in diesem Buch wiederfinden können, ohne diskriminiert zu werden, gehört zu den Vorzügen des Bd., der durch Straffung sicher noch gewonnen hätte. Kaum vermeiden ließ sich bei Umfang und Breite der ins Deutsche übersetzten Darstellung das Einschleichen von Fehlern. So ist bei der Beschreibung des Kulturbundes wohl einiges durcheinander geraten, denn unter seinem Dach konnte man weder segeln, noch Schrebergärten und Kleintierzucht betreiben oder gar Konflikte unter Nachbarn lösen (S.101).

Insgesamt bietet F. eine vielschichtige überblickartige Schau auf soziale Bestände und Entwicklungen in der DDR, die sowohl Normalitäten des Alltags widerspiegelt als auch die spannungsgeladene Widersprüchlichkeit ostdeutschen Lebens verdeutlicht. Sie wird die wissenschaftliche Diskussion um DDR-Geschichte hoffentlich weiter versachlichen und die Erforschung des „ganz normalen Lebens“ befördern. *Evemarie Badstübner*

**Thomas Großbölting (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand,** Ch. Links Verlag, Berlin 2009, 333 S.

Der Bd. enthält 16 Beiträge von 16 Autoren, die sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen befassen und mehr als die drei genannten Themen bearbeiten. Behandelt werden z. B. auch wirtschaftliche Leistungen, die Gleichstellung von Mann und Frau, die internationale Solidarität und Fragen der sozialen Sicherheit. Das Satzzeichen im Buchtitel zeigt, was beabsichtigt ist: Das infrage zu stellen oder zumindest sehr kritisch zu prüfen, was allgemein als Errungenschaft der DDR anerkannt ist und ihre Bürger erreicht hatte.

Bei einigen Autoren ist erkennbar, dass sie nicht einseitig, sondern differenziert vorgehen und werten. So stellt Rainer Karlsch die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Höhen und Tiefen dar und berücksichtigt auch die ökonomischen Langzeitwirkungen der Flucht der Menschen zwischen 1945 und 1961 sowie der Firmenabwanderungen. Patrice G. Poutrus beleuchtet die Situation ausländischer Studierender und betont, dass die DDR vielen eine Hochschulausbildung ermöglichte, die diese Möglichkeiten ansonsten niemals gehabt hätten (S.141).

Bei anderen Autoren überwiegt die Hervorhebung negativer Seiten. „Wir haben uns prächtig amüsiert“, titelt Marc-Dietrich Ohse. Wenn er dann in seiner Abhandlung über Jugend und FDJ in der DDR nicht einmal Jugendobjekte erwähnt, sondern vorwiegend über Proteste, Restriktionen und Eingrenzungen schreibt, verliert diese an Aussagekraft und inhaltlicher Breite. Hermann Wentker versieht seinen Beitrag „Für Frieden und Völkerfreundschaft?“ mit einem Fragezeichen. Er konstatiert zwar, „die DDR

verzichtete auf kriegerische Mittel, um den Systemgegensatz zu überwinden“ (S.169), aber er zieht das Fazit: Nicht „Frieden und Völkerfreundschaft“ waren Ziele der DDR-Außenpolitik, sondern Sicherung ihrer Existenz. Natürlich war die Existenzsicherung Aufgabe der Außenpolitik, aber eben durch Frieden und Völkerfreundschaft, was W. ignoriert. Mehr als die Hälfte der Abhandlung von Jutta Braun zur Sportnation beschäftigt sich mit Doping, Stasi und Republikflucht. Der Leistungssportbeschluss von 1969, der wesentlich zur internationalen Spitzenposition des DDR-Sports beitrug, wird heftig kritisiert, weil einige Sportarten zielgerichtet unterstützt wurden. Aber zur Erinnerung: Auch die BRD fördert heute nur bestimmte Sportarten besonders.

Christoph Links bringt verschiedene Vergleiche zum Leseverhalten in der DDR und in der BRD und führt Zahlen zu Verlagen, Buchhandlungen und Bibliotheken an. Er konstatiert, dass sich nach der Wiedervereinigung das Lektüreverhalten Ost-West angeglichen hat, was aber sicherlich auch eine Folge der heutigen Buchpreise und des Bibliothekensterbens ist. Deshalb ist sein Schlusssatz, was einst als besondere kulturelle Leistung herausgestellt wurde, „war zugleich ein Reflex auf den Mangel an freien Entscheidungsmöglichkeiten“ (S.206), eine überzogene Behauptung und verneint ein besonderes Leseinteresse. Etwas aus dem zeitlichen Rahmen fällt der Beitrag von Stefan Haas, der sich speziell mit der Bürgerbeteiligung in der DDR am Beispiel der Wohnungsbaupolitik in den 50er-Jahren beschäftigt.

Anselma Gallinat und Sabine Kittel befassen sich mit der Frage, ob der All-

tag Bestandteil der offiziellen Geschichte sein soll, und werten dazu Interviews aus. Interessant ist eine Gegenüberstellung des Begriffs „Vergangenheitsbewältigung“, der in der alten BRD eine Rolle spielte, aber das Abschließen der Erinnerungsarbeit suggeriert, mit dem der „Vergangenheitsaufarbeitung“, der heute für die DDR Verwendung findet (S.311).

Weitere Beiträge sind von Thomas Großbölting (Die DDR als „Stasi-Staat“?), Gunilla Budde (Die emanzipierte Gesellschaft), Christoph Kleßmann (Arbeiter im „Arbeiterstaat“), Rüdiger Schmidt (Antifaschismus im „anderen Deutschland“), Dierk Hoffmann (Der Schein der sozialen Sicherheit), Matthias Rogg (Armee des Volkes?) und Wolfgang Lambrecht („Von Finnland lernen, heißt von der DDR lernen“?). Einige Angaben zu den Autorinnen und Autoren beschließen den Bd. *Joachim Eichler*

**Dorle Zilch: Millionen unter der blauen Fahne. Die FDJ – Zahlen, Fakten, Tendenzen. Unter besonderer Berücksichtigung der Funktionäre und der Mädchenpolitik** (Gesellschaft, Geschichte, Gegenwart Bd. 38), Trafo Verlagsgruppe, Berlin 2009, 461 S.

Schon 1994 veröffentlichte Z. einen Bd. statistischer Übersichten zur Mitgliederbewegung der FDJ. (Dorle Zilch: Millionen unter der blauen Fahne. Bd. 1, Mitgliederbewegung der FDJ von 1946 bis 1989) Sie räumte mit der landläufigen Vorstellung auf, dass alle Jugendlichen der DDR Mitglieder der FDJ gewesen seien. Nach dem Mauerbau lag z. B. die Mitglie-

derquote in den Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus zwischen 25 und 30 Prozent. Für die ganze DDR bewegte sie sich in den 80er-Jahren offiziell bei 72 Prozent, laut Z. real lediglich bei 66 Prozent.

In dem jetzt vorliegenden Bd. 2 werden 319 Tabellen dokumentiert, Ergebnis von Recherchen in den Archiven der FDJ und des ZK der SED im Bundesarchiv. In einer vorangestellten Analyse stehen die Funktionäre und die Mädchenpolitik im Mittelpunkt der Betrachtung.

Gemessen am Anteil der weiblichen jugendlichen Wohnbevölkerung in der SBZ, der nach dem Krieg über dem der männlichen Wohnbevölkerung lag, waren die Mädchen in der FDJ unterrepräsentiert. Ab 1953 stieg ihr Anteil von 45,0 Prozent auf 58,6 Prozent im Jahre 1988. Diese Veränderung führt Z. darauf zurück, dass die Mädchen stärker als die Jungen zur Anpassung an gesellschaftliche Normen neigten. Im Gegensatz zu dem steigenden weiblichen Anteil an der FDJ entwickelte sich der Funktionärskörper nach dem Motto „Die Erbauer der FDJ waren männlich“. 1947 war nur jeder fünfte Funktionär weiblich. Die Landesleitungen der FDJ kamen Anfang der 50er-Jahre kaum über die obligate „Alibifrau“ hinaus, Thüringen hatte noch nicht einmal die. Frauen bekleideten vorwiegend die Ressorts Studenten, Agitation/Propaganda und Pioniere/Schulen. Zwar erhöhte sich der weibliche Anteil im Funktionärskörper im Verlaufe der Zeit. Frauen erklimmen auch Sekretärsfunktionen im Zentralrat der FDJ, so z. B. Christel Zillmann (1971 bis 1979, Kultur), Helga Labs (1974 bis 1985, Junge

Pioniere und Schulen), Catrin Cabus (1983 bis 1986, Agitation/Propaganda), Renate Gubbe (1985 bis 1989), Gabriele Klembalski (1987 bis 1989, 1989 2. Sekretär) und Martina Menzel (1989). Aber in der ganzen Geschichte der FDJ gab es keinen weiblichen Vorsitzenden bzw. 1. Sekretär des Jugendverbandes. Der männlichen Dominanz im hauptamtlichen Funktionärskörper stand die weibliche Dominanz bei den hauptamtlichen Freundschaftspionierleitern (89 Prozent) und den Jugendklubleitern (54 Prozent) gegenüber. Nach Auffassung der Vf. erfolgte die Funktionsverteilung unter den Geschlechtern in der FDJ nach dem Prinzip: „Je höher die Ebene, desto geringer der Anteil weiblicher Mitglieder.“ Frauen wurden als Stabilitätsrisiko angesehen.

1989 blitzte kurzzeitig insbesondere durch den neu gegründeten Unabhängigen Frauenverband die Hoffnung auf, die Defizite der DDR in der Frauenpolitik zu überwinden. Allerdings hätten sich diese Hoffnungen in der konservativen Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten als illusionär erwiesen.

Das Verdienst der Vf. besteht darin, dass sie das verstreute statistische Material zur Geschichte der FDJ erschlossen hat. Wer sich künftig zu diesem Thema zu Wort melden will, wird auf den Titel von Z. zurückgreifen müssen.

*Siegfried Prokop*

**Werner Abelshauer: Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer,** Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2009, 798 S.

Irgendwie ist es verwunderlich, dass einer der profilierten SPD-Politiker der 70er- und 80er-Jahre, ein einflussreicher Gewerkschaftsfunktionär und Inhaber mehrerer Ministerämter – Hans Matthöfer – wie vom Erdboden verschluckt der Vergessenheit anheimgefallen scheint. Dabei ist er erst 1987 nach 26 Jahren als Abgeordneter des Bundestages ausgeschieden, und wenn er schon nicht selbst es will, könnte jeder Zeitzeuge aus seinem näheren Umfeld oder wie jetzt der Biograf angesichts gerade jüngster Verwerfungen der Politik aus einer selten reichen und in mancher Hinsicht recht erfolgreichen Tätigkeit interessante Erfahrungen vermitteln. Zwar hat er es einmal mit einem Buch (Agenda 2000, 1993) versucht, aber er beendete es mit dem resignierenden Satz, dass er es fast für aussichtslos halte, dieser SPD und dieser Gewerkschaftsführung etwas zu empfehlen. Die von dem Wirtschaftshistoriker A. vorgelegte Biografie des aus ärmlichem katholischen Arbeitermilieu Bochums stammenden Matthöfer schildert eindrucksvoll, wie Vertretern der jungen Kriegs- und Nachkriegsgeneration dank der Befreiung vom Faschismus ein Leben in Würde und mit persönlichem Erfolg ermöglicht wurde. Matthöfer, der es in der Hitlerjugend wegen auffälliger Intelligenz und Organisations- und Führungsfähigkeiten bis zum Hauptschar- und Gefolgschaftsführer brachte, war Lehrling, Soldat und Unteroffizier der letzten Tage, Schwarzhändler, Sprachlehrer, Publizist, Absolvent der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Frankfurt/M., SDS-Vorsitzender, Verleger, Unternehmer, Diplomat, Gewerk-

schaftsfunktionär, Bundestagsabgeordneter, Mitglied im SPD-Parteivorstand, parlamentarischer Staatssekretär (bei Erhard Eppler) und dann von 1974 bis 1982 Forschungs-, Finanz- und Postminister bis zum selbstgewollten Rücktritt, danach Chef der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG, vielfacher Aufsichtsrat und internationaler Wirtschaftsberater.

In einer Periode westdeutscher Nachkriegsgeschichte nach der Adenauerzeit, in der die Gewerkschaften und die SPD ernsthafte Versuche zur Verwirklichung von Grundelementen des als demokratischer Sozialismus verstandenen Gesellschaftskonzepts unter Beibehaltung der Marktwirtschaft unternahmen, spielte der dem linken Flügel verbundene Matthöfer eine herausragende Rolle. Vom Standpunkt eines strikt antistalinistischen und auf die Reform reduzierten Marxismus kämpfte er um weitergehende betriebliche Mitbestimmung, die Humanisierung der Arbeitswelt und gegen die Auswirkungen der ersten Wirtschaftskrisen des Nachkriegskapitalismus. Besonders engagierte er sich im Kampf gegen die Franco-Diktatur und für den Aufbau der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), der er – als Pensionär auf Gran Canaria lebend – 1983 beitrug. Trotz der Hallstein-Doktrin tat er alles in seinen Möglichkeiten (als damaliger Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit) Stehende zur Unterstützung der Allende-Regierung.

A., als Wirtschaftshistoriker ausgewiesen, aber neu auf dem Gebiet der politischen Biografie, wollte an einem

von ihm kreierten neuen Modell für das Genre der Biografie demonstrieren, wie persönliche Sozialisation und gesellschaftliche Umstände und Zwänge im Konflikt mit subjektiven Wertemustern den Lebensweg von Menschen, die sich als politische Akteure verstehen, determinieren. In enger Verflechtung mit der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte gelingt es ihm – mehr oder minder gewollt –, die Erosion des sozialdemokratischen Projekts einer demokratischen und sozialen Republik zwischen 1966 und 1982 nachzuzeichnen. Dabei entgeht der Vf. meist der Gefahr, die Rolle eines noch so sehr von seinen Zielen gesteuerten politischen Akteurs zu überschätzen. Denn dieser findet, auch wenn er noch so kompetent und hochtalentiert ist, entgegen seinem Willen und trotz aller raffiniert erdachten Pragmatik unerbitlich seine Grenzen an den herrschenden Verhältnissen. Wenn A. allerdings den Wandel der Lebensweise und des politischen Handelns seines Akteurs mit Hilfe eines einfachen analytischen Modells einer black box beschreiben und erklären will, erheben sich beim Rezensenten gewisse Zweifel, ob die auch hier zweifellos wirkende Objekt-Subjekt-Dialektik nicht zu sehr schematisiert wird. Richtig ist allerdings die Betonung möglicher bzw. realer „Schockwirkungen“ für auch abrupte Änderungen subjektiver Überzeugungen und Lebensführungen (wie dem Kriegserlebnis oder dem Schicksal des ihm nahestehenden stellvertretenden KPD-Vorsitzenden Kurt Müller als Opfer stalinistischer Verfolgung). So spannt sich Matthöfers Leben vom HJ-Führer, über den linken SDS-

Führer (in Hessen), den Schüler von (IG-Metallchef) Otto Brenner und gewerkschaftlichen Opponenten im Streit mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bis zur Freundschaft mit diesem.

A. beendet seine bemerkenswerte Arbeit mit den Sätzen, die sicher für manche andere politische Akteure gelten dürften. Matthöfer hatte „die Illusion, sein Ziel auf lange Sicht auf Umwegen doch noch zu erreichen, um überhaupt politikfähig zu bleiben. Matthöfer gehörte auch nie zu den bedingungslosen Verfechtern der sozialen Revolution – so sehr er sie sein Leben lang im Herzen bewegte. Als Marxist, der einen demokratischen und sozialen Weg in eine bessere Welt suchte, war er sich immer über die Rolle im Klaren, die er auf seiner jeweiligen gesellschaftlichen Position zu spielen hatte. Er wollte bereit sein für die Revolution und die Gesellschaft auf sie vorbereiten, ‚machen‘ wollte er sie nicht.“ (S.681) Es bleibt unklar, ob sich Matthöfer in seiner Karriere- und Lebensplanung oder auch nur der Vf. bei der Darstellung von jenem Katalog aristotelischer Grundtugenden leiten ließ, die Klugheit, Gerechtigkeit, Maß und Tapferkeit umfassen, aber in einem scheint das für diesen Politiker, der nur einen Herzschlag vom Amt des Bundeskanzlers als Nachfolger des schwer am Herzen erkrankten Helmut Schmidt entfernt gewesen war, voll zuzutreffen: in der Fähigkeit, sich selbst nicht zu groß, zu bedeutend, aber auch nicht zu klein, mit bescheidenem Stolz zu sehen.

*Heinz Niemann*

**Donald Filtzer u. a. (Hrsg.): A Dream Deferred. New Studies in Russian and Soviet Labour History,** Peter Lang Verlagsgruppe, Bern u. a. 2008, 508 S.

Der gewählte Titel „Ein aufgeschobener Traum“ kann in die Irre führen. Es handelt sich nicht um den Traum von sozialer und geistiger Freiheit, dessen Verwirklichung in Russland bzw. der Sowjetunion Jahrzehnt für Jahrzehnt verschoben werden musste. Es gab viele Träume in dieser Zeit, „Träume wurden zerschmettert, ihre Verwirklichung immer wieder aufgeschoben, oder sie wurden einfach vergessen, bis neue Ereignisse eintraten, die zu neuen Hoffnungen, Kämpfen, Enttäuschungen und erneutem Anpassungsverhalten führten“, heißt es einleitend (S.12). Es geht in diesem Buch um kleine Leute, um Arbeiter und Angestellte, deren Lebensweise oft genug eher eine Überlebensweise war, und natürlich geht es auch um ihre Hoffnung auf bessere Zeiten.

Für die Länder Westeuropas ist der Alltag von Arbeitern und Angestellten im 20. Jh. ein schon recht gut erforschtes Gebiet. Die Versuche westeuropäischer Forscher, entsprechende Untersuchungen auch für die Sowjetunion durchzuführen, stießen dagegen lange auf beträchtliche Hindernisse. Einen Zugang zu den Akten und Zeitzeugen, der für eine russische „Arbeitergeschichte von unten“ unumgänglich gewesen wäre, gab es nicht. Was in den 70er- bzw. 80er-Jahren, als die Geschichte der Arbeiterschaft in Westeuropa eine Blüte erlebte, die auch neues Interesse an der Arbeitergeschichte in den Ländern

hinter dem „Eisernen Vorhang“ weckte, an Informationen aus der Sowjetunion greifbar war, das waren die informativen Werke der frühen Sowjetperiode, die sowjetische Erforscher der Geschichte der Arbeiterbewegung bis zu Beginn der 30er-Jahre verfasst hatten. Sie bildeten die Grundlage für aufschlussreiche Aufsätze, wie sie in der Bundesrepublik etwa Gert Meyer zum Alltagsleben sowjetischer Industriearbeiter Mitte der 20er-Jahre geschrieben hat. (Erschienen in den „Beiträgen zur Sozialismusanalyse“ im Pahl-Rugenstein Verlag, hrsg. von Peter Brokmeier und Rainer Rilling Ende der 1970er-Jahre). Mit den 30er-Jahren, schreiben die Autoren dieses Bd., wurde eine reale Debatte über die Lage der Arbeiterklasse in der Sowjetunion unmöglich. „Vielen ernsthaften sowjetischen Historikern wurde einfach nicht mehr erlaubt, das zu schreiben, was sie wirklich wussten“ (S.12). In den späten 80er-Jahren, mit Gorbatschows „Glasnost“ und „Perestrojka“, änderte sich die Situation vollständig. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 erhielten Forscher aus der ganzen Welt einen derart freien Zugang zu sowjetischem Archivmaterial, wie das bis heute in vielen Ländern noch nicht üblich ist. Unglücklicherweise sank gerade in dieser Zeit, genauer, mit dem Verschwinden des Realsozialismus, das internationale Forschungsinteresse an der Arbeitergeschichte insgesamt und damit auch der sowjetischen Arbeitergeschichte. So traf die im März/April 2005 in Amsterdam abgehaltene Konferenz „Arbeitergeschichte von Russland und der Sowjetunion: Die Aufarbeitung geht voran“ wohl nicht auf

das Interesse, das sich die Veranstalter vom Amsterdamer „Internationalen Institut für Sozialgeschichte“ erhofft hatten. Umso begrüßenswerter ist es, dass es den Hrsg. gelang, einen Verlag zu gewinnen, der die Mehrzahl der auf jener Konferenz gehaltenen Beiträge in der vorliegenden Publikation als 11. Bd. seiner Reihe „Internationale und vergleichende Sozialgeschichte“ zusammengefasst anbietet. Der Bd. enthält Aufsätze von insgesamt 16 Autoren. Vier von ihnen forschen und lehren in Russland, sieben in den USA, je zwei an britischen bzw. kanadischen Universitäten und einer der Autoren stammt aus den Niederlanden.

Die Universitätsprofessoren sind auch in der westeuropäischen bzw. US-amerikanischen Arbeitergeschichte bewandert. Viele Erkenntnisse über die russischen Arbeiter, die den Ostdeutschen neu vorkommen, dürften sie aus der Kenntnis vergleichender Entwicklungen in ihren Ländern weniger verwundert haben. Die im Osten lange Zeit plausibel erscheinende Auffassung, dass die „Bewusstheit“ der Arbeiter dort die größte war, wo sie ihre ländliche Vergangenheit am weitesten hinter sich gelassen hatten, weist z. B. Nikolai V. Mikhailov in seinem Beitrag „über nicht-parteegebundene Arbeiterorganisationen in St. Petersburg und den Provinzen vor und während der ersten russischen Revolution“ zurück. In der Regel, schreibt er, war sogar das Gegenteil der Fall. Arbeiter, die ihre bäuerliche Vergangenheit noch nicht allzu lange hinter sich gelassen hatten, die in Obschtschina bzw. Mir, d. h. den überkommenen – von feudalen bzw. bürgerlichen

Grundbesitzern unabhängigen – dörflichen Organisationen zur Landzuweisung und Arbeitsverteilung tätig gewesen waren, nutzten ihre dort gewonnenen Erfahrungen, um Arbeiterorganisationen in den Fabriken aufzubauen.

Zu den Beiträgen, die das besondere Interesse des Lesers hervorrufen, gehört zweifellos der Beitrag von Sergej A. Afontsev über das Leben der russischen Arbeiter zwischen 1990 und 1999. In den Jahren des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft sank in Russland der Reallohn um die Hälfte: Zurückzuführen war das auf Inflation, auf Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen, die bis zu sechs Monate betrug, und auf die Eliminierung staatlicher Lebensmittelsubventionen. Die Arbeiterfamilien reagierten mit der Übernahme zusätzlicher Arbeitsstellen und mit Überstunden, mit dem Anbau von Kartoffeln im Garten um die eigene Hütte bzw. in der Nähe der Wohnung. Die Transformation war nicht die einzige soziale Katastrophe, die die russische Arbeiterschaft im 20. Jh. zu überstehen hatte: Erster Weltkrieg und Bürgerkrieg, die Kollektivierung der Landwirtschaft und der Zweite Weltkrieg führten bereits in der Vergangenheit zu Hungerperioden.

Was ist das Beständige gewesen im Alltag der sowjetischen/russischen Arbeiterschaft? Was ermöglichte ihr, immer erneut die schweren Lasten zu schultern? Die Antwort der Autoren: Es war die Lebensfähigkeit der Haushalte, der Kleinfamilien, unspektakulär, aber „unzerstörbar“. Die Haushalte verfügten in der Regel auch über ein Stück Garten, das ihnen beim Überle-

ben half. Diese Lebenszelle ermöglichte es ihnen, die Katastrophen, an denen die sowjetische/russische Geschichte im 20. Jh. reich war, zu überstehen und immer wieder damit fortzufahren, „zu arbeiten und zu pflanzen, sich zu ernähren, Kinder aufzuziehen, zu kämpfen und zu träumen.“ (S.440) *Jörg Roesler*

**Tanja Penter (Hrsg.): Sowjetische Bergleute und Industriearbeiter – Neue Forschungen** (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Bd. 37), Klartext Verlag, Essen 2007, 181 S.

Der vorliegende Bd. beinhaltet Arbeiten von Historikern aus der Ukraine, den USA und Deutschland und zerfällt in zwei Teile. Während es im ersten Teil um Berg- und Industriearbeiter in der Herrschaftszeit von Lenin und Stalin geht, stehen im zweiten Teil die Bergleute in der Endphase der Sowjetunion sowie in der postsowjetischen Ukraine im Mittelpunkt.

Die fünf Beiträge des ersten Teils beschäftigen sich mit bisher vernachlässigten Aspekten der sowjetischen Sozial- und Kulturgeschichte. So untersucht etwa Jörn Grünewald die Arbeiter in der Ölindustrie Bakus im ersten Drittel des 20. Jh. Julia Landau analysiert den Arbeitsalltag von Frauen und Mädchen im Kusnezker Becken in den 30er-Jahren. Dagegen stellt Tanja Penter den Aufstieg des Bergmanns zur kulturellen Leitfigur ins Zentrum ihres Beitrags. Wladislaw Hedeler befasst sich mit dem Karagandinsker „Besserungsarbeitslager“ Karlag, das 1929 gegründet wurde und bis 1960 bestand. Dabei thematisiert er auch

die Ausbeutung von Häftlingen für das bolschewistische Industrialisierungskonzept. Abschließend geht es im Beitrag von Olaf Mertelsmann um die Arbeiter des estnischen Ölschieferbeckens: Nach dem Ersten Weltkrieg diente Ölschiefer als Ersatz für Steinkohle und Brennholz. Seit 1937 wurde der größte Teil des verarbeiteten Ölschiefers zur Ölerzeugung genutzt, wobei deutsches Kapital eine entscheidende Rolle spielte. Auch hier waren Zwangsarbeit und Gefangenenerlager ein wesentlicher Bestandteil des Alltags der Menschen.

Im zweiten Teil des Bd. wird am Beispiel des Kohlenreviers Donbass das Erbe der sowjetischen Wirtschaftspolitik und die Frage nach Kontinuitäten und Brüchen in der postsowjetischen Entwicklung beleuchtet. Im Einzelnen untersucht Lewis H. Siegelbaum die Bergarbeiterbewegung des Donbass in der spätsowjetischen Phase; Kerstin Zimmer stellt die Bergarbeitergewerkschaften in der dortigen Region in den Mittelpunkt ihres Beitrags.

Bei allen Beiträgen handelt es sich um Regional- bzw. Lokalstudien. Durch diese Herangehensweise gelingen Einblicke in die Herrschaftsbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Darüber hinaus kann das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesellschaft exemplarisch beleuchtet werden. Der Bd., der sich schwerpunktmäßig mit den 30er- und 40er-Jahren beschäftigt, leistet somit auch einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Stalinismus in der Sowjetunion. Eingeleitet wird er durch einen überblicksartigen Beitrag über den Bergmann in der sowjetischen und postsowjetischen Historiografie von Zoja G. Licholobova. Ab-

schließend kann resümierend festgehalten werden, dass der Herausgeberin dieses Heftes P. inhaltlich und methodisch ein sehr guter Bd. gelungen ist.

*Dierk Hoffmann*

**Lisa Jandi: Vom „roten Gürtel“ zum „braunen Gürtel“? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten**, edition tranvia – Verlag Walter Frey, Berlin 2006, 151 S.

Vor dem Hintergrund des großen Stimmenzuwachses, den der Anführer der rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, bei den Präsidentschaftswahlen 2002 in Frankreich erzielen konnte, und der Unruhen in den Pariser Vorstädten im Spätherbst 2005 fragt die Autorin danach, inwieweit und warum der Front National in das ehemals kommunistisch geprägte Arbeitermilieu der Pariser Vorstädte eindringen konnte. Neben einem Exkurs zur „Banlieue rouge“ als Modell einer Gegengesellschaft und einer Skizze zur Entstehungsgeschichte des Front National (FN) analysiert sie das soziale und politische Profil der Wählerschaft der Rechtsextremen sowie deren Motive. Dabei wird deutlich, dass von einem komplexen Ursachengeflecht ausgegangen werden muss. Offensichtlich bleibt jedoch, wie sehr prekäre soziale Verhältnisse, Perspektivlosigkeit, Desillusionierung und Vertrauensverlust in das politische System den Humus für rechtsextreme Wählervoten abgeben. Für die Autorin erscheint der französische Rechtsextremismus deshalb folgerichtig „nicht nur als politisches, sondern vor allem auch als soziales Phänomen“ (S.49) und das Votum für den FN „als Aus-

druck materieller Ängste und Verunsicherungen“ (S.53). Sie interpretiert das Votum für den rechtsextremen FN als „Ausdruck der sozialen und politischen Desintegration“ (S.105). Auch wenn der FN vor allem in urbanen Ballungsgebieten Wahlerfolge feierte, rekrutiert sich die Wählerschaft schichtenübergreifend und außerhalb des traditionellen Links-Rechts-Gegensatzes. Obwohl „ein kausaler Zusammenhang zwischen Immigration und Rechtsextremismus nicht nachweisbar ist“ (S.65), spielt Fremdenfeindlichkeit unter den Motivationen eine kaum zu überschätzende Rolle. Der rechtsextremen Wählerschaft genügt die Konstruktion eines „fiktiven Ausländers“, dem die Rolle des Sündenbocks zugewiesen wird. Die Ausgrenzung von Immigranten soll den eigenen Verlust an sozialer Identität kompensieren. Die eigene Ausgrenzung und Orientierungslosigkeit wird „nicht mehr im Zusammenhang sozial erklärbarer Mechanismen und Herrschaftsverhältnisse“ (S.78) reflektiert. Die Übernahme der vereinfachenden „Sündenbocklogik“ durch Politiker und Medien hat die „Banalisierung und Legitimierung eines rechtsextremen Gedankengutes“ befördert und „zu einem merklichen Popularitätsgewinn des FN beigetragen“ (S.95). Die Autorin hat für ihre Studie eine Fülle von Material zusammengetragen und aufbereitet. Dieser interdisziplinäre Ansatz kommt den differenzierenden Erklärungsversuchen zu Gute. Das klar abgesteckte Fallbeispiel kann mit zahlreichen Befunden illustriert und unter verschiedenen Aspekten beleuchtet werden. Dem Leser drängen sich ungeachtet der französischen

Spezifik immer wieder vergleichende Betrachtungen zur deutschen Geschichte und Gegenwart auf. Da der Zulauf der extremen Rechten „auf durchaus realen Problemen“ beruht, „muss eine wirksame Gegenstrategie sowohl die soziale Realität in Betracht ziehen als auch auf ideologischer und ideeller Ebene ein Gegengewicht bilden“ (S.116), schlussfolgert die Autorin. Von einem „braunen Gürtel“ könne bislang noch keine Rede sein. Die schwerwiegenden Folgen der Krise der Arbeiterbewegung und des Niedergangs der französischen KP lassen sich in diesem Zusammenhang aber keineswegs ignorieren.

*Jürgen Hofmann*

**Klaus Höpcke: Über linke Heimatliebe. Texte um die Jahrtausendwende**, edition ost, Berlin 2008, 256 S., Abb.

Dieser Sammelbd. vereint Texte des Autors, zumeist Artikel und Reden aus den Jahren 2001 bis 2008, die größtenteils in linken Zeitschriften und Zeitungen wie auch in Konferenzprotokollen publiziert wurden. Schon die Gliederung des Bd. in fünf Abschnitte verdeutlicht die inhaltliche Spannweite der hier vorgestellten Arbeiten: Streit-Texte für die neue Partei Die Linke; Aus Debatten unter deutschen Linken Anfang des 21. Jahrhunderts; Geschichtliche Bezugspunkte im Blick; Auf der Tagesordnung einst und jetzt: Brecht und Seghers, Heym, Neutsch, Zwerenz... sowie Grüße an ältere Weggefährten.

Die sechs Arbeiten des ersten Abschnitts, aus den Jahren 2006 bis 2008, sind unmittelbar eingeordnet in den

Prozess der Entstehung und Konsolidierung der Partei DIE LINKE, während die nachfolgenden sechs Texte im zweiten Abschnitt (2004 bis 2006) vorwiegend konkrete tagespolitische Fragen aufgreifen. Aus der Fülle der gründlich behandelten politischen und theoretischen Probleme können hier nur einige herausgegriffen werden, die auch künftig hohen Stellenwert haben werden. „Ohne Gleichheit – Freiheit!“ ist der Titel des ersten Beitrags, einer erweiterten Fassung der Rede auf dem Hallenser Parteitag der Linkspartei.PDS im April 2006. H. setzt sich zunächst mit aktuellen Positionen der SPD auseinander und verweist auf das Berliner Parteiprogramm vom Dezember 1989. Dort hatte die Sozialdemokratie „Grunderfahrungen und Grundwerte“ fixiert, die sie inzwischen ad acta gelegt hat. Sie hatte sich auf die Losungsworte der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – berufen und es als „historische Grunderfahrung“ bezeichnet, „dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig“. H. weist nach, wie die SPD-Oberen im Zuge ihrer Politik der Verteidigung des Neoliberalismus anstelle der Gleichheit eine wie auch immer geartete Gerechtigkeit setzen. Im Weiteren geht H. auf die Programmdebatten in der PDS ein und stellt fest: „Innerhalb der Linkspartei.PDS haben wir es im Problemfeld Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit/Solidarität ebenfalls seit einigen Jahren mit Meinungsverschiedenheiten zu tun, die mehr sind als bloß Nuancen.“ (S.10f.) Kritisch vermerkte er zu deren Programm von 2003, dass es in ihm

zwar den Satz gibt „Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung“, nicht aber den Satz, „dass Freiheit ohne Gleichheit ebenfalls Unterdrückung ist“ (S.11). Aus der Analyse, was Freiheit ohne Gleichheit konkret bedeutet, zieht H. die Schlussfolgerung: „Freiheit ohne Gleichheit ist für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten unannehmbar. Diese Ablehnung gehört als Grundsatz in ihr Programm. Nicht weniger deutlich als die Ablehnung von Gleichheit ohne Freiheit.“ (S.16)

In einem Beitrag, dem der Titel des Bd. entnommen ist, setzt sich H. mit Andrea Nahles und Frank-Walter Steinmeier auseinander, die DER LINKEN vorwerfen, mit „latent nationalistischen Untertönen“ zu arbeiten bzw. in der Außenpolitik eine „beinahe nationalistische Verengung“ zu betreiben – also quasi eine nationalistische Politik, was er als eine „Ungeheuerlichkeit“ wertet. (S.33) Im zweiten Teil zu dieser Problematik befasst er sich mit politisch wie historisch fragwürdigen Auffassungen unter Linken zu den Begriffen Nation und Nationalstaat, zu Nation und Europäischer Union, zu Nationalem und Internationalem. Seine äußerst aktuelle Schlussfolgerung: „Wer nationalstaatliche Möglichkeiten sozialer und politischer Kämpfe vernachlässigt, schwächt internationale Chancen der Linken. Oder, positiv gewendet: Nationalstaatliche Möglichkeiten zu nutzen heißt, internationale Chancen der Linken zu stärken.“ (S.46)

„Geschichtliche Bezugspunkte im Blick“ – das Motto für die Texte zum dritten Abschnitt des Bd. verdeutlicht gleichsam die Herangehensweise des Autors an die einzelnen Themen:

gründliches Quellen- und Literaturstudium, akribische Darstellung der historischen Details und deren sachlich-kritische Bewertung, Einschätzung der Rolle politischer Akteure sowie Überlegungen und Schlussfolgerungen für gegenwärtiges Handeln. Als Beispiel dafür sei hier auf einen Artikel verwiesen, der sich mit dem „Ermächtigungsgesetz‘ für Hitlers totale Macht“ befasst, dem am 23. März 1933 sieben bürgerliche Parteien zustimmten und damit den „letzten Restbestand parlamentarischer Demokratie“ auslöschten. Wer in der Tradition dieser Parteien stehe, habe „sehr wohl Grund zu historischer Aufarbeitung“; die damaligen Ereignisse sollten noch gründlicher untersucht werden: „Um der Lehren willen für die Bewahrung parlamentarischer Demokratie in den konfliktreichen Auseinandersetzungen heute.“ (S.106f.) Der Abschnitt enthält ferner Artikel zum 75. Jahrestag der Bücherverbrennung und zum 50. Jahrestag der „Stalin-Note“ vom 10. März 1952 sowie Vorträge des Autors zur Kulturpolitik der SED in den 70er-Jahren und zu den Umbrüchen 1989/1990, eingeschlossen relevante autobiografische Bezüge. Im letzten Beitrag nimmt H. Stellung zu der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom März 2001, die Beschwerden von Egon Krenz und anderen DDR-Staatsfunktionären gegen ihre Verurteilung durch bundesdeutsche Gerichte zurückzuweisen.

Im Mittelpunkt des vorletzten Teils stehen Beiträge zu Literatur und Kunst: darunter Zeitzeugenauskünfte zum 25. Jahrestag der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Mainz an

Anna Seghers 1981 sowie zum 20. Jahrestag der großen Präsentation der DDR im Rahmen des Kulturfestivals „Duisburger Akzente“ im Mai 1987, ein Bericht über die von Diether Dehm initiierte Veranstaltung im Sommer 2006, auf der Abgeordnete verschiedener Parteien und Künstler öffentlich Brecht-Gedichte lasen, ferner Besprechungen neuer Romane oder Interviewbände. Nicht zuletzt soll auf ein sehr persönlich gehaltenes „Gedenkblatt“ von H. für Stefan Heym verwiesen werden.

Den Sammelband beschließen Grüße und Glückwünsche an „ältere Weggefährten“ und Freunde zu deren 80. Geburtstagen: für Walter Kaufmann, Henryk Skrzypczak und gemeinsam mit Hans Modrow für Uwe-Jens Heuer.

Gründliche Analysen, treffsichere Auseinandersetzung mit dem „Zeitgeist“, Aktualität der Fragestellungen und Empfehlungen des Autors zählen zu den durchgängigen Vorzügen des Bd. H. greift engagiert in die Diskussionen unter deutschen Linken ein und begleitet kritisch und konstruktiv die Entwicklung seiner Partei, der PDS bzw. der Partei DIE LINKE. Mit den vielfältigen politischen, historischen und literarischen Problemen, die behandelt werden, erweisen sich die hier ausgewählten Beiträge als eine echte Fundgrube. *Siegfried Ittershagen*

## Autorenverzeichnis

*Wilma Ruth Albrecht*, Dr., Bad Müns-  
terefel  
*Veronika Arndt*, Dr. habil., Magdeburg  
*Evemarie Badstübner*, Dr. sc., Berlin  
*Rana P. Behal*, Prof. Dr., University of  
Delhi (Indien)  
*Rainer Bert*, Berlin  
*Jürgen Birg*, Berlin  
*Stefan Bollinger*, Dr. habil., Berlin  
*Ulrich Busch*, Dr. habil., Technische  
Universität, Berlin  
*Andreas Diers*, Dr., Bremen  
*Joachim Eichler*, Dr., Berlin  
*Dierk Hoffmann*, PD Dr., Institut für  
Zeitgeschichte München-Berlin, Abt.  
Berlin  
*Volker Hoffmann*, Dr., Berlin  
*Ralf Hoffrogge*, Doktorand, Berlin  
*Jürgen Hofmann*, Prof. Dr., Berlin  
*Peter Hübner*, Dr. sc., Berlin  
*Martin Hundt*, Prof. Dr., Schwielowsee  
*Siegfried Ittersbagen*, Dr., Berlin  
*Harald Jentsch*, Dr., Karben  
*Heiner Jestrabeke*, Heidenheim  
*Mario Kessler*, Prof. Dr., Zentrum für  
Zeithistorische Forschung, Potsdam,  
z. Zt. Columbus, Georgia (USA)  
*Erwin Lewin*, Prof. Dr., Berlin  
*Andreas Lotz*, Student, Freie Universi-  
tät, Berlin  
*Herbert Mayer*, Dr. sc., Berlin  
*Heinz Niemann*, Prof. Dr., Bergfelde  
*Siegfried Prokop*, Prof. Dr., Bernau  
*Jörg Roesler*, Prof. Dr., Berlin  
*Hartmut Rübner*, Dr., Stiftung für Sozi-  
algeschichte des 20. Jahrhunderts,  
Bremen  
*Elke Scherstjanoi*, Dr., Institut für Zeit-  
geschichte München-Berlin, Abt.  
Berlin  
*Uli Schöler*, Dr., Werder  
*Volkmar Schöneburg*, Dr., Potsdam

*Ruth Stoljarowa*, Dr. sc., Berlin  
*Marga Voigt*, Berlin  
*Zhang Minjie*, Prof., Zhejiang Gongs-  
hang Universität, Hangzhou (China)

Diesem Heft liegt ein Korrekturblatt  
zum Beitrag von Horst Klein „Marx-  
Studien 1904-1923“ (JahrBuch 2010/I,  
S. 7) bei.

Wir bitten das technische Versehen  
der Druckerei zu entschuldigen.

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur  
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn,  
Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Bärbel  
Kontny, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla  
Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr.  
Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

[redaktion@arbeiterbewegung-  
jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Email-Adresse der Redaktion für

Buchbesprechungen:

[rez-kon@arbeiterbewegung-  
jahrbuch.de](mailto:rez-kon@arbeiterbewegung-<br/>jahrbuch.de)

Website:

[www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal  
jährlich (Januar, Mai, September) in  
der NDZ GmbH, Weydingerstraße  
14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtum-  
fang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge  
veröffentlicht werden, die nicht bereits  
anderweitig erschienen sind. Manu-  
skripte können per e-mail oder auf  
Diskette, vorzugsweise als word-Datei,  
eingesandt werden. Beiträge sollten  
40.000, Berichte 10.000, Rezensionen  
6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen

nicht überschreiten. Bitte reichen Sie  
stets die letzte Fassung des Beitrages  
ein und beachten Sie die im „Jahr-  
Buch“ übliche äußere Manuskriptge-  
staltung. Die Redaktionsrichtlinien  
senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden  
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen  
sowie Spenden bitte an:

Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000,  
Konto-Nr.: 5744561010

Satz:

Joanna Boegendorff/Christa Kouschil

Realisiert in den Typowerkstätten des  
Giambattista-Bodoni-Museums

Email-Adresse:

[info@bodoni.org](mailto:info@bodoni.org)

Website:

[www.edition-bodoni.de](http://www.edition-bodoni.de)

Die Typowerkstätten des Giambat-  
tista-Bodoni-Museums bieten auf  
Wunsch Sonderdrucke der im Jahr-  
Buch veröffentlichten Beiträge – mit  
und ohne Umschlag – an. Die Kondi-  
tionen sind zu erfragen unter der  
Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 14.04.2010